

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

des

8. (no.) Bundesparteitages 1960

der

Österreichischen Volkspartei

am 11. und 12. Februar 1960

in Wien I., Hofburg

1. Tag  
vormittag

(8) <sup>Bundes-</sup>ao <sup>Freitag</sup> 1960 1. Tag vom.

Inhalt

	Seite
<u>1. Eröffnung durch den Bundesparteivorsitzenden</u>	
Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Julius Raab .....	1
Totenehrung .....	2
<u>2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages .....</u>	4
<u>3. Wahl des Tagungspräsidiums und der Schriftführer .....</u>	4
<u>4. Bestätigung der Zusammensetzung</u>	
a) der Wahlkommission	
b) der Mandats- und Antragsprüfungskommission..	6
<u>5. Referat des Bundesparteivorsitzenden</u>	
Referent Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Julius Raab .....	8
<u>6. Bericht des Generalsekretärs</u>	
Nationalrat Dr. Maleta .....	31
Unterbrechung der Beratungen .....	36

-.-.-.-.-

Wiederaufnahme der Beratungen .....	57
<u>7. Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses</u>	
Berichterstatter Landesparteiobmann Präsident Dr. Gorbach .....	57
<u>8. Bericht des Vorsitzenden des Presseauschusses</u>	
Berichterstatter Landeshauptmann Dr. Gleißner ....	62
<u>11. Bericht des Vorsitzenden des Statutenausschusses</u>	
Landeshauptmann Krainer .....	70
<u>14. Bericht der</u>	
<u>a) Mandatsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter Bundesrat Eckert .....	76
<u>b) Antragsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter Nationalrat Dipl.-Ing. Strobl	78
<u>Debatte:</u> Bundesleiterin NR Lola Solar .....	81
Landtagsabg. Dr. Kean .....	81
Abg. Naumann .....	92
Dr. Finder .....	94, 98
Bundesminister Dr. Beck .....	95
Staatssekretär Hasensauer .....	96
Berichterstatter Landeshauptmann Krainer (Schlusswort) .....	98
Abstimmung .....	99
Unterbrechung der Beratungen .....	101

(8) ao Bundesparteiung  
Inhalt

2. Tag

	Seite
Wiederaufnahme der Beratungen .....	102
<u>12. Bericht des Vorsitzenden des Aktionsprogrammkommissionen</u>	
Berichterstatter Landeshauptmann Dr. Klaus .....	102
<u>13. Debatte</u>	
Bundesminister Dr. Drimmel .....	128
Ing. Fröhlich .....	142
Bundesminister Dr. Beck .....	145
Landtagspräsident Hell .....	154
Bundesminister Dipl.-Ing. Hartmann .....	161
Bürgermeister Dr. Lugger .....	167
<u>16. Erstattung des Wahlverchlages</u>	
Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. Raab .....	172
<u>17. Vornahme des Wahlaktes</u> .....	173
<u>13. Debatte (Fortsetzung)</u>	
Minister a. D. Altenburger .....	174
Landeshauptmann Wagner .....	184
Nationalrat Dr. Kummer .....	189
Nationalrat Kulhanek .....	194
Nationalrat Griesner .....	199
Nationalrat Mitterer .....	206
Präsident Wallner .....	210
Staatssekretär a. D. Dr. Withalm .....	213
Nationalrat Stürgh .....	215
Landeshauptmannstellvertreter Müller .....	220
Nationalrat Mittendorfer .....	226
Nationalrat Prinke .....	231
Landesrat Dr. Koren .....	234
Dipl.-Ing. Sykora .....	242
Dr. Binder-Kriegelstein .....	244
Landtagsabgeordneter Dr. Schwaiger .....	249
Landtagsabgeordnete Martha Weiser .....	252
Dr. Christoph Ginal .....	255
Nationalrat Dr. Piffl .....	259
Nationalrat Dr. Leopold Weismann .....	262
Bezirksobmann Pumpernig .....	265

	Seite
Nationalrat Kranebitter .....	267
Dr. Vogler .....	270
Nationalrat Mayr .....	270
Nationalrat Grete Rehor .....	277
Hofrat Dr. Hochleitner .....	280
Nationalrat Gruber .....	287
Landtagsabgeordneter Weiss .....	288
Gottweis .....	289
Landtagsabgeordneter Dr. Kasm .....	291
Berichterstatter Landeshauptmann Dr. Klaus (Schlusswort) ...	291
Abstimmung über das Aktionsprogramm .....	292
<b><u>19. Bekanntgabe des Wahlergebnisses</u></b>	
Wahlleiter Nationalratspräsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl.....	301
Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleisner .....	301
<b><u>Ernennung des Bundeskanzlers Ing. Raab zum Ehrenmann der ÖVP .</u></b>	
<b><u>20. Schlusswort des neugewählten Bundesparteibanners</u></b>	
Bundesparteibanner Dr. Alphons Gorbach .....	306
Schluss des a. o. Bundesparteitages .....	332

-----

Beginn der Beratungen: 10 Uhr 10 Minuten

Punkt 1: Eröffnung durch den Bundesparteiobmann

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. h. c. Ing. Julius Raab:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit erkläre ich den 8. ausserordentlichen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei für eröffnet.

Es gereicht mir zur grossen Freude, auf diesem Parteitag die Delegierten zum höchsten Organ unserer Partei im Namen der Bundesparteileitung sowie in eigenen Namen auf das herzlichste begrüssen zu können.

Von Rechts wegen müsste ich jetzt alle die hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in unserer Mitte weilen, namentlich begrüssen. Ihre Zahl ist aber so gross, dass ich es summarisch tun muss und mich darauf beschränke, den Ersten und Dritten Präsidenten des Nationalrates, unsere Parteifreunde Figl und Dr. Gorbach, zu begrüssen und mit ihnen die Mitglieder der Bundesregierung, die unserer Partei angehören. (Lebhafter Beifall.) Mein Gruss gilt aber auch den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung Folge geleistet haben, um unsere Beratungen zu verfolgen.

Wie dies bei einem ausserordentlichen Parteitag, der eigens zur Beratung besonderer Fragen einberufen wird, üblich ist, haben wir von einer Einladung ausländischer Vertreter unserer Bruderparteien Abstand genommen. Dagegen begrüsse ich die Vertreter der in- und ausländischen Presse, der Wochenschau, des Rundfunks und des Fernsehens, die in diesen zwei Tagen Gelegenheit haben werden, unsere Beratungen zu verfolgen.

Ich kann diese Begrüßung nicht abschliessen, ohne auch derer zu gedenken, die heute nicht mehr in unserer Mitte sind. (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen.)

Seit dem letzten ordentlichen Parteitag 1958 in Innsbruck hat der Tod wieder eine Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten aus unserer Mitte gerissen. Ersparen Sie mir die Nennung von Namen und lassen Sie mich feststellen, dass die Österreichische Volkspartei und auch ich persönlich den Verlust von Freunden zu verzeichnen haben, die jahrelang mit uns für unsere gemeinsame Sache in verbildlicher Pflichterfüllung gearbeitet haben. Wir ehren das Andenken dieser aufrechten Frauen und Männer am besten, indem wir unser Werk in ihrem Geiste fortsetzen.

Sie haben sich zum Zeichen der Anteilnahme und Trauer von Ihren Sitzen erhoben. Ihre Kundgebung wird in das Parteitageprotokoll aufgenommen werden. (Die Delegierten nehmen die Plätze wieder ein.)

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Wie ich bereits kurz feststellte, ist dieser ausserordentliche Bundesparteitag zur Beratung besonderer Fragen einberufen worden. Ich selbst habe bereits im September des Vorjahres auf einer Arbeitstagung in unserem Schulungsheim Wartholz meine Absicht bekanntgegeben, um eine teilweise Entlastung von meinen Funktionen zu ersuchen. Darüber hinaus hat die Wahl des bisherigen Generalsekretärs Dr. Alfred Maleta zum Bundesobmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes die Partei auch vor die Notwendigkeit gestellt, einen neuen Generalsekretär zu wählen.

Dieser ausserordentliche Bundesparteitag ist aber nicht nur einberufen worden, um personelle Fragen zu regeln. Unsere Österreichische Volkspartei trägt seit mehr als 14 Jahren die Hauptverantwortung in diesem Staat. In wenigen Wochen wird sich zum 15. Male der Tag jähren, an dem Österreich wiedererstandener ist und an dem auch unsere Österreichische Volkspartei ihre Arbeit in diesem Staat und für diesen Staat aufgenommen hat.



In allen diesen Jahren haben wir von Zeit zu Zeit die Gelegenheit einer Einkehr und Selbstbesinnung wahrgenommen. Wir sind zusammengekommen, um die Bilanz der bisherigen Arbeit zu ziehen und sodann in offener und freier Aussprache unser Programm für die nächste Etappe unseres Weges festzulegen. Diesem Zweck dient auch der 8. außerordentliche Bundesparteitag, zu dem wir uns hier versammelt haben.

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Wir gehen nun in die Beratungen ein, und ich stelle zunächst fest, daß die gedruckte Tagesordnung für den Bundesparteitag in Ihren Händen ist. Sie bedarf Ihrer Genehmigung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

Tagesordnungspunkt 2: Es obliegt uns nun, die Geschäftsordnung des Bundesparteitages zu beschließen. Sie finden in den Tagungsmappen die altbewährte Geschäftsordnung der früheren Parteitage. Ich beantrage, sie auch für diesen Parteitag zu beschließen. Wünscht jemand das Wort dazu? - Das ist nicht der Fall, eine formelle Abstimmung kann daher entfallen. Die Geschäftsordnung erscheint hiemit formell genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3: Es ist üblich, auf unseren Parteitagen die Führung des Vorsitzes einem Tagungspräsidium zu überlassen. Es soll aus den Landesparteiobmännern, der Bundesleiterin der Frauenbewegung und dem Bundesjugendführer bestehen. Sie finden die Namen der Mitglieder des Tagungspräsidiums in Ihrer Delegiertenmappe. Außerdem lese ich sie vor:

für das Burgenland den Herrn Landtagspräsidenten

Dr. Karall;

für Kärnten den neuen Parteiohmann Dr. Dipl.-Ing. Karl Schleinzer;

für Niederösterreich den Nationalratspräsidenten Doktor Figl;

für Oberösterreich den Herrn Landeshauptmann Doktor Gleissner;

für Salzburg den Herrn Landeshauptmann Dr. Klaus;

für Steiermark den Präsidenten Dr. Alfons Gorbach;

für Tirol den Landesrat Dr. Aloys Oberhammer;

für Vorarlberg den Landeshauptmann Ulrich Ilg und

für Wien den neuen Landesparteiobmann Nationalrat Leopold Hartl.

Für die Österreichische Frauenbewegung Frau Nationalrat Lola Solar und

für die Österreichische Jugendbewegung Herrn Oberregierungsrat Karl Haider.

Außerdem sind Schriftprüfer zu wählen. Hiezu schlage ich vor den Herrn Leopold Jochberger, Herrn Walter Jesaschek und Herrn Nationalrat Otto Mitterer. Erfolgt ein Gegenvorschlag? - Es ist nicht der Fall. Erfolgt ein sonstiger Einwand? - Auch das ist nicht der Fall. Wird die namentliche Abstimmung über das Tagungspräsidium gefordert? - Es ist nicht der Fall. Ich darf daher die Wahl des Tagungspräsidiums sowie der Schriftführer als erfolgt feststellen.

Ich bitte nun die Mitglieder des Tagungspräsidiums, die Tribüne zu betreten, und übergebe den Vorsitz als erstem dem Landesparteiobmann von Niederösterreich, Nationalratspräsident Dipl.-Ing. Figl. (Die Gewählten nehmen ihre Plätze im Präsidium ein.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Nationalratspräsident

Dr.h.c.Leopold Figl : Herr Bundesparteiobmann! Hoher Bundesparteitag! Ich übernehme den Vorsitz und versichere im eigenen sowie im Namen aller Mitglieder des Tagungspräsidiums, dass wir die Geschäftsordnung loyal handhaben und den Vorsitz streng objektiv führen werden. Der Herr Bundesparteiobmann hat schon gesagt, aus welchen Gründen wir heute den ausserordentlichen Bundesparteitag einberufen haben. Wir müssen daher in unserer Tagesordnung weitergehen.

Wir haben zunächst einige geschäftsordnungsmässige Aufgaben zu erfüllen, nämlich die Wahl der verschiedenen Kommissionen vorzunehmen.

Punkt 4: Bestätigung der Zusammensetzung

a) der Wahlkommissionen

b) der Mandats- und Antragsprüfungskommissionen

Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission und der Wahlkommission liegt in Ihren Mappen. Wird deren Verlesung verlangt? - Es ist nicht der Fall. Werden Abänderungsanträge gestellt? - Auch nicht der Fall. Wird eine Abänderung der einzelnen Kommissionen gewünscht? - Auch nicht der Fall.

Ich darf daher verkünden, dass die Antragsprüfungskommission, die Mandatsprüfungskommission und die Wahlkommission als gewählt erscheint.

Die Bundesparteileitung hat von dem in der Geschäftsordnung des Bundesparteitages vorgesehenen Recht, die vorbereitenden Ausschüsse mit Einzelfragen des Parteitages zu beschäftigen, Gebrauch

gemacht. Es wurden vier Ausschüsse eingesetzt: ein Ausschuss zur Behandlung der Finanzfragen der Partei, unter dem Vorsitz des dritten Präsidenten des Nationalrates Dr. Alphons Gorbach, ein Ausschuss für Pressefragen unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes Dr. Gleißner, ein Ausschuss für Statutenfragen unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes Krainer und ein Ausschuss zur Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes Dr. Klaus.

Ich beantrage, Hoher Bundesparteitag, diese vorbereitenden Ausschüsse zu Ausschüssen dieses Bundesparteitages zu erklären. Ihre Zusammensetzung ist aus dem in Ihren Mappen befindlichen Verzeichnis ersichtlich. Hat dagegen jemand eine Einwendung zu erheben? - Wenn es nicht der Fall ist, so werden diese Ausschüsse wenn notwendig während des Parteitages als Ausschüsse des Bundesparteitages zusammentreten und ihre Arbeiten durchführen.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission unter dem Vorsitz von Bundesrat Eckert sowie die Antragsprüfungskommission unter dem Vorsitz von Nationalrat Dipl.-Ing. Strobl treten zu Beginn der Nachmittagsitzung zusammen.

Hoher Bundesparteitag! Wir schreiten in der Tagesordnung weiter. Wir kommen zum Referat des Herrn Bundesparteilebmannes, Bundeskanzler Ing. Raab. Ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

Punkt 5: Referat des Bundesparteiobmannes

Referent Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. h.c.

Ing. Julius Raab (mit lebhaftem Beifall begrüsst):

Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Frauen und Männer! Ich habe am 17. September 1959 erklärt: "Wenn ich mit gutem Gewissen sagen kann, dass ich dem Land und der Partei gegeben habe, was ich nach bestem Wissen und Gewissen geben konnte, so werde ich nicht zögern, vor das zuständige Forum der Österreichischen Volkspartei zu treten und es zu ersuchen, zumindestens einen Teil meiner Arbeitslast in jüngere Hände zu legen."

Der Bundesparteitag ist das zuständige Forum für mich in meiner Eigenschaft als Bundesparteiobmann. Mit der morgen stattfindenden Wahl eines neuen Bundesparteiobmannes endet eine Funktion, die ich seit acht Jahren - und einschliesslich der geschäftsführenden Obmannschaft seit mehr als sechseinhalb Jahren - ausgeübt habe.

Als geschäftsführender Bundesparteiobmann seit dem 15. Juni 1951 und als der vom ausserordentlichen Bundesparteitag am 29. Jänner 1952 zum ersten Mal gewählte Bundesparteiobmann bin ich Ihnen, meine sehr geehrten Frauen und Männer, einen zusammenhängenden Rechenschaftsbericht schuldig.

Ich habe am 30. September 1945 bei der grossen Kundgebung des Österreichischen Wirtschaftsbundes im Konzertsaal anlässlich der ersten Wahl in den Nationalrat im Herbst 1945 erklärt: Wir sind keine Revolutionäre; wir kennen nur Sicherheit und Ruhe im Staat und eine ungestörte Entwicklung in Gesetzgebung und Wirtschaft.

Wir können aber auch eine andere Forderung verwirklichen: Freie Bahn dem Tüchtigen! Darum stützen wir die Privatinitiative, darum schützen wir redlich erworbenes Eigentum und halten uns verpflichtet, darüber zu wachen, dass dieser Begriff "ordentlich erworbenes Eigentum" unangetastet bleibt. Wenn du von Sozialisierungsbestrebungen sprichst, dann müssen wir fragen: Welches Eigentum meinst du, das meine oder das deine? Wenn es das deine ist, dann wirst du als Held in die Geschichte eingehen. Das sind die grundlegenden Begriffe, die wir im Österreichischen Staat zu verteidigen haben, weil wir in der Privatwirtschaft die Voraussetzung zum Wohlstand des ganzen Volkes sehen.

Die Österreichische Volkspartei hat bisher noch in jedem Schicksalsjahr seit Ende des Krieges die Hauptverantwortung für dieses Land tragen müssen. So war es auch 1951. Österreich war damals ein vierfach besetztes Land im Spannungsfeld des Kalten Krieges. Der Krieg in Korea hatte sich zu einem Krieg der drei westlichen Besatzungsmächte gegen das mit der Sowjetunion verbündete kommunistische China ausgeweitet. Über dem Yalu-Fluss kämpften bereits russische Jäger gegen amerikanische Bomber.

In Österreich hatte ein Jahr zuvor der kommunistische Putschversuch anlässlich des 4. Lohn-Preis-Abkommens aufgezeigt, welche Komplikationen sich für unser besetztes Land ergeben können. 1951 standen wir vor der Notwendigkeit, ein 5. Lohn-Preis-Abkommen abzuschließen. Wir standen aber auch vor der Tatsache, dass nun die bisher reichlich fließenden ERP-Mittel versiegen würden. Weitere Lohn-Preis-Abkommen

hätten bedeutet, dass wir den Schilling weiter entwerten und damit nicht nur die Chancen der Kapitalbildung im Inland, sondern auch die Exportchancen im Ausland verspielen. Budgetdefizite und passive Zahlungsbilanzen hätten aus Österreich ein chronisch hilfsbedürftiges Land gemacht, dem weitere Hilfe wohl nur mehr unter härteren Bedingungen gewährt worden wäre. Damals bestand in Wirklichkeit nicht nur die Gefahr einer Überfremdung der Österreichischen Wirtschaft, sondern einer Vereignung der Fremdherrschaft.

Das Konzept zur Lösung dieser Probleme kam nicht von der Sozialistischen Partei, sondern von der Österreichischen Volkspartei. Ich erklärte bei der Übernahme der Funktion eines geschäftsführenden Bundesparteiobmannes, dass die ÖVP in Zukunft generelle Lohn- und Preisabkommen nicht mehr abschliessen werde. Es kam zu keinem 6. Lohn-Preis-Abkommen mehr. Im Herbst 1951 brachte die Preissenkungsaktion der gewerblichen Wirtschaft den notwendigen Stimmungsumschwung. Anfang 1952 wurden durch die Österreichische Volkspartei die Wirtschaftsministerien durch Professor Dr. Knits, den verstorbenen Handelsminister Böck-Greifessau und den Minister Thoma neu besetzt, und in der Budgetpolitik wurde der damals wie heute unpopuläre Weg der Sparsamkeit beschritten.

Im Herbst 1952 kam es dann zur Demission der Regierung, weil der Budgetentwurf nicht rechtzeitig eingebracht werden konnte. Die SPÖ witterte Morgenluft. Die Stabilisierungspolitik forderte anfänglich das Opfer höherer Arbeitslosigkeit. Das war ein stark gefühlbetontes Argument für höhere öffentliche Investitionen. Solche Investitionen aber waren

damals weder aus Inlandsanleihen noch aus Auslandskrediten, sondern nur durch die Banknotenpresse zu finanzieren. Die Österreichische Volkspartei hatte im Winter 1952/53 die undankbare Aufgabe, im Interesse der künftigen Vollbeschäftigung den Schillingkurs in Zürich gegen den "Raben mit der Arbeitslosenkarte" zu verteidigen.

Wenn einmal die Geschichte dieser Jahre geschrieben wird, wird wohl niemand der Österreichischen Volkspartei den Vorwurf der Grundstutzlosigkeit machen können. Im Gegenteil: Auch für so manchen, dem es heute nicht nur gut, sondern sogar sehr gut geht, haben wir damals die Kastanien der Stabilität aus dem Feuer geholt und sind dabei am 22. Februar 1953 knapp einer Niederlage entgangen.

Nach den Wahlen des Jahres 1953, aus denen wir nur mit dem Versprung eines Mandates hervorgingen, die SPÖ jedoch die grössere Stimmenzahl hatte, war die Regierungsbildung keine leichte Aufgabe. In der zweiten Phase der Verhandlungen wurde ich mit dieser Aufgabe betraut. Dies war schon deshalb ein Wagnis, weil 1945 meine Aufnahme in das Kabinett Figl an einem Einspruch des sowjetischen Hochkommissars scheiterte.

Wenn auch das Jahr 1953 mit der 259. Sitzung der Sonderbeauftragten für den Staatsvertrag nicht sehr vielversprechend begonnen hatte, so übernahm ich doch von meinem Freunde Figl die Regierungsgeschäfte eines Landes, das gerade in den schwersten Jahren der Nachkriegsnot seinen Wiederaufbauwillen und in den härtesten Jahren der Besetzung seinen Widerstandswillen sichtbar unter Beweis gestellt hatte. Dies war das moralische Grundkapital für die weitere Auseinandersetzung mit dem Besatzungsregime.



In meiner ersten Regierungserklärung stellte ich unmissverständlich klar, dass für uns zwar nicht die Form des Staatsvertrages entscheidend ist, wohl aber der Umstand, dass wir Herren unseres Landes, Besitzer unserer Bodenschätze und unserer gesamten Wirtschaft sind.

Gleichzeitig mit dem langfristigen Ziel der Staatsvertragsunterzeichnung verfolgten wir das kurzfristige Ziel einer Milderung des Besatzungsregimes. Schon bei meinem Antrittsbesuch beim sowjetischen Hochkommissar ersuchte ich um die Freigabe von Ybbs-Persebeug, die bald darauf erfolgte. Auch damals nahmen wir mit einer Politik, die auch kleinere Zugeständnisse der Besatzungsmacht mit einem "Danke schön" quittierte, das Wagnis der Unpopularität auf uns, denn die SPÖ scheute sich nicht, uns einer russophilen Politik zu bezichtigen. Der Verzicht der Sowjetunion auf die Besatzungskosten, die Aufhebung der I-Karten-Kontrolle und die Rückgabe der Autobahntrasse waren aber nicht nur Erleichterungen für unsere Bevölkerung, sondern auch eine die Sowjetunion präjudizierende Anerkennung des österreichischen Strebens nach voller Souveränität.

Mit umso grösserer Berechtigung konnte ich nach dem Scheitern der Berliner Konferenz beim Bundesparteitag des Jahres 1954 auf der Forderung nach einem Staatsvertrag mit anschliessendem Abzug der Besatzungstruppen beharren und zu einem verschärften Kampf um die volle Freiheit aufrufen.

Bei diesem Parteitag konnte die Österreichische Volkspartei aber auch bereits auf die ersten wirtschaftspolitischen Erfolge hinweisen. Seit 1. Mai 1953 galt der neue Dollarkurs

des Schillings, seit 1. Jänner 1954 war die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und die Senkung der Gewerbesteuer in Kraft; die Beschäftigtenzahlen und die Spareinlagen stiegen, und mit der Überzeichnung der ersten Energieanleihe war auch der heimische Kapitalmarkt wieder in Funktion getreten. In der beginnenden Entnivellierung der Beamtengehälter und in der Einführung des Familienlastenausgleiches zeigten sich auch schon die ersten sozialen Früchte dieses Wirtschaftskurses.

Das Jahr 1955 begann mit einer Rede des damaligen sowjetischen Außenministers Molotow, die insofern aufhorchen liess, als sie auf einige vorfühlende Gespräche, die ich mit dem sowjetischen Hochkommissar führte, Bezug zu nehmen schien. Der österreichische Botschafter in Moskau wurde sofort beauftragt, die Bedeutung dieser Erklärung zu sondieren. Bald darauf erfolgte die Einladung nach Moskau, die von uns am 29. März angenommen wurde.

Alle diese Entscheidungen erscheinen heute als selbstverständlich. Nach einem fast zehnjährigen Ringen um den Staatsvertrag mit immer neuen Hindernissen, vom Deutschen Eigentum über die Stärke des Bundesheeres und die Koppelung mit Triest und dem deutschen Friedensvertrag bis zu den Erbsenschulden, lagen diese Entscheidungen aber keineswegs auf der Hand. Auch bei Einberufung eines Gremiums der besten Russlandkenner hätten wir damals wohl keine einhellige und eindeutige Empfehlung erhalten. In den Verhandlungen mit dem sowjetischen Hochkommissar Swiridow in Wien und in den Verhandlungen mit Molotow und NikoJan in Moskau musste sehr oft aus der Situation heraus und im Rahmen eines persönlichen Gesprüches eine "einsame Entscheidung" gefällt werden.

Nach dreitägigen Verhandlungen in Moskau konnte ich am 14. April 1955 dem Österreichischen Volk die Botschaft übermitteln: "Österreich wird frei! Wir bekommen unseren Heimatboden in seiner Gänze zurück. Die Kriegsgefangenen und Inhaftierten werden die Heimat wiedersehen. Das hat die aufrechte Haltung des Österreichischen Volkes erduldet, erarbeitet und errungen." (Lebhafter Beifall.)

Am 18. Mai 1955, drei Tage nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages im Belvedere, konnte ich vor dem ausserordentlichen Bundesparteitag feststellen: "Der Österreichische Adler hat die Ketten abgeworfen, die Einheit und Unverletzlichkeit des Österreichischen Territoriums ist gesichert. Die Frage nach der Lebensfähigkeit Österreichs erhebt sich nicht mehr, sie ist eindeutig bejaht." Die Freiheit wurde dem Österreichischen Staat nicht frei von Lasten geschenkt, dem Österreichischen Volk aber blieben Mehrbelastungen erspart, denn die Ablöselieferungen konnten vom Staat aus den Steuererträgen der Wirtschaftsexpansion geleistet werden.

Wer die erhebenden Stunden der Einholung der alliierten Flaggen auf dem Schwarzenbergplatz und die erschütternden Tage der ungarischen Revolution mit den Flüchtlingen an der Grenze erlebt hat, der wird das Gefühl nicht los, dass die Österreichische Politik seither oft in die Niederungen des Gruppenegoismus und des Kleinkrams geraten ist. Aber es ist nun einmal so, dass beim Ausheben eines Fundaments die Zusammenarbeit in der Nachbarschaftshilfe besser funktioniert als bei der Verteilung der einzelnen Räume im fertigen Wohnbau.

Nach der Dachgleichenfeier der staatlichen Freiheit zeigte sich sehr bald, dass innerhalb unserer Grenzen der gesellschaftspolitische Grundriss der beiden grossen Parteien grundverschieden ist. Aus der Ablehnung einer Gesellschaftsordnung, in der eine Handvoll Menschen praktisch alles besitzt, ziehen ÖVP und Sozialisten völlig konträre Konsequenzen:

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Wiederaufforstung des verödeten Volksbodens durch breite Streuung von Eigentum, während die SPÖ für den völligen Kahlschlag des Privateigentums zugunsten eines Staatsmonopols plädiert. Die Frage, was mit den Erdölfeldern, den USIA-Betrieben und den sonstigen Vermögenswerten des ehemaligen Deutschen Eigentums geschehen soll, deckte diese Gegensätze auf.

Die Wahlen des Jahres 1956 brachten eine klare Entscheidung gegen die Verstaatlichungspolitik und für die Politik der Eigentumstreuung. Daran konnte auch der Stimmenvorsprung, den der frühere Parteivorsitzende der SPÖ bei der Bundespräsidentenwahl vor dem überparteilichen Kandidaten errang, nicht rütteln. In der Koalition allerdings ging die SPÖ seit 1957 von der Hypothese der beiden gleich starken Parteien aus und missachtete damit den bei den Nationalratswahlen zum Ausdruck gekommenen Wählerwillen.

Ungeachtet der wachsenden Schwierigkeiten in der Koalition konnte aber Österreich seinen Aufstieg fortsetzen. Beschäftigung, Industrieproduktion, Agrarproduktion, Export, Fremdenverkehrseinnahmen, Spareinlagen und Kapitalbildung erreichten seit 1955 Jahr für Jahr neue Rekordhöhen. Die

Mehreingänge aus der Wirtschaftsexpansion ermöglichen dem Staat nicht nur die Bezahlung der Staatsvertragslasten und den Aufbau des Bundesheeres bei gleichzeitiger dritter Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, sondern auch die Erhöhung der Beamtengehälter, Pensionen und Renten, die Einführung der Selbständigenpension und der landwirtschaftlichen Zuschussrente, die Erhöhung der Kinder- und Familienbeihilfen und sogar die Leistung von Entschädigungen für Schäden, die einst von alliierten Bombern und Besatzungssoldaten verursacht wurden.

Hätte man vor zehn oder auch nur fünf Jahren prophezeit, dass Österreich die Ziele der Vollbeschäftigung und Währungsstabilität, sinkender Steuerlasten und höherer Sozialausgaben zugleich mit der Bezahlung seiner Freiheit erreichen würde, so wäre man als Phantast angesehen worden. Die sogenannten besseren Zeiten aber sind nun einmal die politisch schwereren für eine Regierungspartei, welche die Hauptverantwortung trägt. Die Menschen ziehen sich in das Schneckenhaus ihrer gesicherten Existenz und ihres Privatvergnügens zurück und strecken nur die Fühler aus, um festzustellen, ob vom Staat neue Gaben zu erwarten sind.

Es war deshalb kein Zufall, dass wir den Parteitag des Jahres 1958 als einen Parteitag der Besinnung auf die Grundsätze abhielten und auch im freien Österreich an die Spitze unserer Parteitagssparole noch einmal den Begriff der Freiheit stellten. "Der Mensch", habe ich erklärt, "lebt nun einmal nicht vom Brot allein. Der Mensch als Ebenbild Gottes bedarf des persönlichen Freiheitsraumes, in dem er sich entfalten kann, er bedarf der Unabhängigkeit, er bedarf der

Güter und Werte, die ihm das Leben lebenswert machen, weil sie ihm angehören, weil er sie selbst erworben hat."

Die SPÖ stellte uns Ende 1958 und Anfang 1959 vor die Alternative einer durch ihre Vetopolitik lahmgelagerten Koalition oder der Vorverlegung der Wahlen. Um unserer Grundsätze willen und um unsere Wahlversprechen weiterer Volksaktionenausgaben, der Verabschiedung eines Landwirtschaftsgesetzes und der Umsatzsteuererleichterung für die kleinen Wirtschaftstreibenden erfüllen zu können, stellten wir uns damals vorzeitig den Wählern. Der Wahlkampf stellte uns vor fast unlösbare Aufgaben: Durch den Hinweis auf vollbrachte Leistungen mussten wir um das Vertrauen der Wähler werben, gleichzeitig aber die Sabotage der SPÖ durch den Hinweis auf unerfüllte Punkte des Regierungsprogrammes unter Beweis stellen. Als Koalitionspartei in der Rolle des Anklägers mussten wir es verurteilen, dass die SPÖ unseren Vorsprung von acht Mandaten parlamentarisch überhaupt nicht zur Kenntnis nahm, gleichzeitig aber mussten wir uns gegen den sozialistischen Vorwurf, wir strebten nach der Alleinherrschaft, verteidigen.

Das Wahlergebnis des Jahres 1959 konnte uns ebensowenig wie das des Jahres 1953 befriedigen. Die Ursachen konnten jedoch 1959 nicht mehr in hohen Arbeitslosensiffern gefunden werden, sondern mussten in jenen Problemen gesucht werden, welche die Stimmzettel-Demokratie in Zeiten des steigenden Wohlstandes für eine hauptverantwortliche Regierungspartei aufwirft.

Die Österreichische Volkspartei erkennt und beachtet den Bestand der verstaatlichten Betriebe und nimmt diese

als eine gegebene Tatsache hin und wird bestrebt sein, den Erhalt und die Gesundung dieser Betriebe zu fördern. Die Arbeiter, die dort beschäftigt sind, können und müssen des Schutzes der gesamten Österreichischen Volkspartei stets sicher sein. (Beifall.)

Man spricht soviel vom kleinen Mann, und die Versammlungsredner verwenden bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten diese Phrase. Der Schutz des kleinen Mannes muss in jedem Paragraphen jedes Gesetzes zum Ausdruck kommen. Seine Existenz ist gesichert, wenn er seine Arbeit unter gleichen Konkurrenzbedingungen mit den Grossbetrieben verrichten kann. Es wird die Aufgabe der Österreichischen Volkspartei in der Zukunft sein, noch in verstärktem Mass dafür Sorge zu tragen. (Beifall.)

In allen modernen Demokratien erfolgt die Willensbildung letzten Endes durch den Wähler und mit dem Stimmzettel. Die Motive, aus denen ein- und derselbe Wähler bei einer Wahl dieser Partei und bei der nächsten Wahl jener Partei seine Stimme gibt, sind jedoch von Land zu Land verschieden. Es gibt alte Demokratien, in denen die Stimmzettel-Demokratie nicht mehr Gefahr läuft, in eine Stimmzettel-Diktatur der Begehrlichkeit auszuarten, weil eine Politik der blossen Popularitätshascherei am reifen Urteil des Wählers scheitert. In Österreich sind wir noch nicht soweit, sondern wir steuern von Wahl zu Wahl zwischen der Scylla der Unpopularität und der Charybdis der Inflation hindurch.

Die Österreichische Volkspartei hat die für die Zukunft Österreichs entscheidende Aufgabe, sich mit diesem ihrem

bisherigen Schicksal nicht abzufinden. Wir dürfen uns freilich auch nicht der Illusion hingeben, dass diese Aufgabe leicht ist und ohne einen grossen Vertrauensvorschuss zu lösen ist. Erfordert doch ihre Lösung nicht mehr und nicht weniger als die Umstellung von einer im wesentlichen nur während des Wahlkampfes wahlwerbenden Partei auf eine permanent erziehrisch wirkende Partei. Dies erfordert nicht nur durchschlagskräftige Persönlichkeiten und programmatische Zielklarheit, sondern auch umfangreiche organisatorische, propagandistische und Schulungsmassnahmen mit entsprechender finanzieller Fundierung.

Wir stehen heute vor dem schwierigen Problem der wirtschaftlichen Integration Europas. Die Montanunionstaaten Deutsche Bundesrepublik, Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg haben, während wir uns in der Endphase der Verhandlungen über den Staatsvertrag befanden, die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschlossen. Sie erzielten damit auch auf dem Gebiet der politischen Einigung Europas einen Vorsprung.

Nicht nur Österreich mit seiner jungen Neutralität, sondern auch den traditionellen Neutralen Schweiz und Schweden und dem NATO-Mitglied Grossbritannien fiel es schwer, mit der EWG Schritt zu halten. Die Anrainer der EWG haben sich deshalb zur Europäischen Freihandelsvereinigung zusammengeschlossen, um aus dieser stärkeren Position heraus einen multilateralen Brückenschlag zur EWG zu versuchen. Sollten dabei nicht alle Probleme zwischen EWG und EFTA gelöst werden können, so müssten Rahmenvereinbarungen durch bilaterale Vereinbarungen ergänzt werden.



Ein Land wie Österreich, das zehn Jahre lang um den Staatsvertrag kämpfte, lässt sich von der Langwierigkeit internationaler Vereinbarungen nicht so leicht entmutigen.

Ebenso wie wir in den Oktobertagen 1956 aufatmend feststellen, dass die zur Niederschlagung der ungarischen Volkshebung eingesetzten Panzer mit dem Sowjetstern an der österreichischen Grenze anhielten und nicht wie in einem vierfach besetzten Österreich an der Enns und auf dem Semmering auf amerikanische und englische Panzer stiessen, so können wir auch angesichts der wirtschaftlichen Integrationsprobleme aufatmend feststellen, wovon uns der Staatsvertrag befreite: wenn wir heute noch ein vierfach besetztes Land mit dem Einspruchsrecht der Grossmächte im Alliierten Rat und mit der exterritorialen Erdöl- und USIA-Wirtschaft, dann wäre Österreich entweder von allen wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen Europas ausgeschlossen oder unser Land selbst liefe Gefahr, in wirtschaftliche Einflusssphären des Ostens und des Westens geteilt zu werden.

Wenn heute davon gesprochen wird, dass Österreich in der wirtschaftlichen Integrationspolitik entweder zu wenig elastisch oder zu wenig konsequent sei, dann muss man wenigstens eines gelten lassen: dass nämlich die unerschütterliche und oft an Sturheit grenzende Verfolgung des Zieles unserer staatlichen Freiheit überhaupt erst die Voraussetzung dafür war, dass wir uns heute Sorgen über kleinere oder grössere europäische Lösungen machen dürfen.

Freilich wird sich Österreich für seine europäische Zukunft noch rüsten müssen: die Entscheidung über unsere

Arbeitsplätze und unseren Lebensstandard fällt in unseren industriellen, gewerblichen und bäuerlichen Betrieben.

Wenn vor fünf Jahrhunderten dem König Ludwig XII. auf die Frage, welche Rüstungen für die Eroberung des Herzogtums Mailand notwendig seien, geantwortet wurde: "Zum Kriegführen sind drei Dinge notwendig, Geld, Geld und nochmals Geld", so kann heute die Antwort auf die Frage, was Österreich zur Eroberung europäischer und überseeischer Absatzmärkte braucht, nur lauten: "Zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sind drei Dinge notwendig; Kapital, Kapital und nochmals Kapital."

Wir müssen deshalb die Politik der Förderung der Kapitalbildung in den Betrieben und in den privaten Haushalten fortsetzen, um vor allem den an die Enge des österreichischen Marktes gewöhnten Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit zur Modernisierung und Rationalisierung zu geben.

Ein Sonderproblem ist dabei die österreichische Landwirtschaft, der wir heute den starken Rückhalt eines hohen Selbstversorgungsgrades bei Nahrungsmitteln und darüber hinaus namhafte Exporte verdanken. Das tägliche Brot aus dem eigenen Land ist das letzte, worauf die Staaten bei einer wirtschaftlichen Integration verzichten. Denn es ist noch ein weiter Weg bis zu jener internationalen Solidarität, die in Krisenzeiten und nach Missernten den eigenen Gürtel enger schnallt, um den Nachbarn nicht verhungern zu lassen.

Aus der europäischen Wirtschaftsperspektive ergeben sich für so manches noch ungelöste Problem zusätzliche Argumente:

Wir brauchen das Landwirtschaftsgesetz wie ein Stück Brot (Beifall), denn ohne diese in fast allen europäischen Ländern bestehende Schutzgesetzgebung wird sich bald niemand mehr finden, der die harte und risikoreiche Arbeit in einem bäuerlichen Familienbetrieb auf sich nimmt.

Wir brauchen Wettbewerbsgerechtigkeit, Steuererleichterungen und billige Kredite für die Klein- und Mittelbetriebe unserer gewerblichen Wirtschaft, wollen wir nicht über 800.000 Arbeitsplätze leichtfertig preisgeben.

Und wir brauchen die breite Streuung des Eigentums insbesondere auch durch Ausgabe von Volksaktien der verstaatlichten Industriebetriebe, wollen wir mit der Entwicklung des Kleinaktiensparens und der Investitionen in anderen europäischen Ländern Schritt halten.

Die Österreichische Volkspartei wird es auch in Zukunft nicht leicht haben, diese Notwendigkeiten gegen ihren Koalitionspartner durchzusetzen. Schliesslich betrachtet die SPÖ nicht nur die EWG, sondern jede nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgende wirtschaftliche Integration mehr oder weniger offenherzig als Übel. Mit Zolleenkungen findet sie sich noch ab, weil sie sich davon eine Schwächung der kleinen und mittleren Produktionsmittelbesitzer und damit eine leichtere kalte Sozialisierung erhofft. Am freien Kapitalverkehr aber hat sie schon weniger Freude und erst recht nicht am freien Austausch der Arbeitskräfte. Vor allem aber weiss sie, dass die Arbeitsteilung nicht nur in den Staaten, sondern auch im europäischen Kontinent der Motor des Fortschritts ist. Steigender Lebensstandard ist jedoch

ein schleichendes Gift für jenen einfaltlosen Sozialismus, der auch in seinen neuesten Programmen nur von der Verteilung staatlicher Pfründen an die Armgebliebenen lebt.

Es wird die grosse Aufgabe der christlich-demokratischen Parteien in Europa von morgen sein, eine gesellschaftliche Ordnungspolitik zu betreiben, die mit den modernsten Methoden der Familienpolitik, der Lohn- und Gehaltspolitik, der Politik der Förderung der Eigentums- und Kapitalbildung und einer qualitativen Sozialpolitik dafür sorgt, dass Not nicht nur gelindert wird, sondern dass Not überhaupt nicht entstehen kann. Dieses Ziel soll aber nicht auf dem riskanten Weg eines Übermasses an Hilfe an der Spitze der staatlichen Pyramide erreicht werden, sondern auf der breiten Basis der grossen Masse aller Staatsbürger. (Beifall.)

Die eigene Wohnung und das Eigenheim, Grundanteile und Grundbesitz, die eigene Werkstatt, das eigene Geschäft, der eigene Bauernhof, schuldenfreie, dauerhafte Konsumgüter, eigene Ersparnisse, in Sparbüchern, Wertpapieren und Mit-eigentum an den grossen Produktionsanlagen unseres Landes angelegt, das sind die Grundlagen einer Gesellschaft, an denen sich der Kollektivismus jeder Prägung die Zähne ausbeissen wird. (Beifall.)

Mit einer stabilen Währung und mit einem freien Vaterland hat die Österreichische Volkspartei in den letzten acht Jahren die Voraussetzungen geschaffen, von denen aus eine solche gesellschaftliche Ordnungspolitik betrieben werden kann. Diese Voraussetzungen müssen dabei aber erhalten bleiben, sonst stürzt die schönste gesellschaftspolitische Konstruktion in sich zusammen.

Als scheidender Bundesparteiobmann kann ich der Österreichischen Volkspartei nur zurufen: Seid wachsam und vergesst nicht auf die Verteidigung des en, was wir bereits errungen haben!

Nun möchte ich noch, bevor ich abschliesse, ein Problem behandeln, dessen endlicher Bereinigung sich die Republik Österreich gerade mit Rücksicht auf ihre innen- und aussenpolitisch konsolidierten Verhältnisse nicht verschliessen sollte. Ich möchte ausdrücklich feststellen, dass ich sowohl persönlich wie auch als Bundeskanzler niemals einen Zweifel daran gelassen habe, dass auch das durch das NS-Regime dem ehemaligen Familienversorgungsfonds des Hauses Habsburg-Lothringen zu Unrecht entzogene Vermögen in einem noch zu besprechenden Umfang wieder zurückgestellt werden sollte. (Beifall.) Es wäre traurig um die Standhaftigkeit unserer Republik bestellt, wenn wir nicht den Mut aufbringen würden, diese Frage in fairer Weise zu lösen.

Das Gesetz vom 3. April 1919, betreffend die Landesverwässerung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen, ist durch irgendwelchen Einfluss im Staatsvertrag verankert worden und kann nicht geändert werden. Es muss daher die Verzichtserklärung nach diesem Gesetz abgegeben werden. Eine Änderung könnte nur mit Zustimmung der Alliierten erfolgen. Aber im Artikel 26 des Staatsvertrages besteht im Zusammenhang mit Naziverfolgungsmassnahmen die Verpflichtung Österreichs zur Wiederherstellung geschädigter Vermögensschaften. Durch nationalsozialistische Gewaltmassnahmen wurde im Jahre 1939 durch ein Gesetz der

Familienversorgungsfonds des Hauses Habsburg-Lothringen aufgelöst, dessen Vermögen sowie gewisse Vermögensschaften einzelner Mitglieder des ehemaligen Hauses Habsburg-Lothringen eingezogen wurden. Es ist also nicht nur unsere moralische Pflicht, sondern auch eine rechtliche Verpflichtung, diesen Familienversorgungsfonds wieder herzustellen und über seine vermögensmäßige Dotierung Klarheit zu schaffen.

Unter dem Vermögen der Habsburger, das heute zu Unrecht die Republik verwaltet - immer wieder ist, uns in der Ersten Republik der Vorwurf gemacht worden, dass wir unrecht Gut verwalten und dass darauf kein Segen liegt - befindet sich auch das seiner Herkunft nach erweislich frei vererbliche Privatvermögen der Habsburger. Ich meine hier gewisse Vermögenstücke, die in der Schatzkammer und in der sogenannten Estensischen Kunstsammlung vorhanden sind. Die Republik Österreich sollte es nicht darauf ankommen lassen, erst im Klagewege zur Herausgabe verurteilt zu werden. Es wäre vielmehr richtig, wenn hier eine vergleichsweise Regelung getroffen würde, die der Republik diese Vermögenstücke von künstlerischem und historischem Wert erhält, den Eigentümern aber eine angemessene laufende Vergütung hierfür gewährt.  
(Beifall.)

Man möge mir nicht etwa entgegenhalten, dass durch eine solche vermögensrechtliche Bereinigung etwa der im Jahre 1919 errichtete, heute längst nicht mehr bestehende Kriegsgeschädigtenfonds in seinen Vermögensschaften und Erträgen geschmälert wird. Dieser Fonds ist längst aufgelöst, sein Vermögen ist teils auf die Republik Österreich, teils auf

die Stadt Wien verteilt worden. Niemand seitens der Interessenten hat im Jahre 1945 daran gedacht, diesen Fonds wieder herzustellen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil für die Opfer des Krieges inzwischen von Staats wegen anders und nachhaltiger vorgesorgt ist.

Freilich werden wir erwarten dürfen, dass die Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen, soweit sie dies nicht schon lange getan haben, eine eindeutige und vorbehaltlose Loyalitätserklärung, wie sie den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, für die Republik Österreich abgeben. Das ist nur ein Gebot realpolitischer Einsicht.

Das Leben einer Partei, die eine echte Mission zu erfüllen hat, währt länger als das Leben eines Mannes. Ich habe keine Stunde in den letzten acht Jahren daran gezweifelt, dass es auch nach mir eine Österreichische Volkspartei geben wird. Wenn man sich anschickt, das siebente Lebensjahrzehnt zu vollenden, dann bekommt man einen Blick, der weiter reicht als die Dauer des eigenen Daseins.

In allen Gemeinschaften von der Familie bis zur Nation besteht ein Generationsproblem, das so alt ist wie die Menschheit: Den Jungen fehlt die Erfahrung und den Alten die Unbekümmertheit, die Jungen holen sich oft Beulen, wenn sie mit dem Kopf durch eine Wand wollen, deren Dicke sie unterschätzen, die Alten zaudern aber auch oft vor Hindernissen, die man nur überwinden kann, wenn man sie übersieht. Nicht im Kampf gegeneinander, sondern nur im Austausch von Erfahrung und Unbekümmertheit lässt sich das Generationsproblem lösen.

Die "Wachablöse" zwischen zwei Männern ist nur ein symbolischer Ausdruck eines Prozesses, der sich im Leben der Partei und des Volkes ununterbrochen vollzieht.

Als einfaches Mitglied der Österreichischen Volkspartei bin ich gerne bereit, der Partei jederzeit alle meine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen (lebhafter Beifall), die ich mir als Parteimann in fast dreieinhalb Jahrzehnten erworben habe. Ich werde aber auch nichts dagegen haben, wenn ich durch Erfolge meinen Erfahrungen zum Trotz eines Besseren belehrt werde.

Was vor der Geschichte Gewicht hat, ist allein das Schicksal unseres österreichischen Volkes, jener Gemeinschaft, in die Jahr für Jahr der Tod eine Lücke von fast hunderttausend Menschen reißt, in die aber auch Jahr für Jahr über hunderttausend Erdenbürger neu hineingeboren werden. Wir haben für diese Gemeinschaft eine rückwärtsgewandte und eine der Zukunft zugekehrte Verantwortung zu tragen. Wir haben ihr jene Werte zu bewahren, für deren Bewahrung unsere Ahnen ihr Blut vergossen haben, und es gilt jene Werte zu schaffen, die unseren Kindern und Kindeskindern auf dem Boden dieses christlichen Landes mit seiner abendländischen Kultur auch im grossen europäischen Markt eine gesicherte Existenz bieten. So gesehen weitet sich unsere Verantwortung bis in jene Dimension, in der nicht nur Menschen für Menschen, sondern auch die Menschen vor Gott verantwortlich sind.

Nicht mit steriler Aufgeregtheit, sondern mit leidenschaftlicher Hingabe an die Sache, nicht mit einer Romantik



des intellektuell Interessanten, sondern nur mit dem Augenmass für die echten Werte können Politiker dieser ihrer letzten Verantwortung gerecht werden. Entscheidend ist dabei immer nur die Sache, der man dient, und nicht der Platz, auf dem man ihr dient. Ich werde persönlich der Österreichischen Volkspartei kein anderer werden, die neue Parteiführung in jeder Hinsicht restlos und mit vollem Herzen unterstützen. (Lebhafter Beifall.) Im beiderseitigen Vertrauen und mit Gottes Hilfe werden wir gemeinsam, so wie bisher, unsere Pflicht erfüllen.

Lassen Sie mich mit den Worten des grossen Dichters schliessen, dessen 200. Geburtstag wir 1959, in diesem Jahr der Prüfung unserer Partei feierten: "Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!" (Lebhafter Beifall.)

Ich komme zum Schluss.

Frauen und Männer der Österreichischen Volkspartei, hier in dieser Saale und draussen in Stadt und Land: Lasst dieses Ganze stets unsere Partei sein, diese Partei, deren Weg wir über die Berge des Erfolges immer gemeinsam gingen und die auch dieses Tal durchschreiten wird, wenn wir als dienende Glieder des Ganzen uns den Weg in die Zukunft miteinander erkämpfen!" (Starker Beifall. - Bundesparteiobmann Ing. Raab schüttelt Präsidenten Dr. Gorbach die Hand und begibt sich unter weiter anhaltendem Beifall auf seinen Platz.)

Vorsitzender Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl

Hoher Bundesparteitag! Ich darf unserem Bundesparteiobmann, Kanzler Raab, für diesen seinen Bericht aufrichtigen und herzlichen Dank sagen. Es war ein stolzer Bericht, es war ein Bericht des Erfolges, ein Bericht des Bekenntnisses. Er hat auf gezeigt die Meilensteine, die Österreich seit 1945 gegangen ist auf dem Weg aus Not und Elend, aus Schutt und Trümmer. Aber alle hatten den Glauben im Herzen und den Mut zur Entschlossenheit, waren bereit zu arbeiten und zu opfern und mutig, als die erste Not gebannt war, den Weg der Stabilisierung und der Gesundung zu gehen. Im zähen Ringen, seine Freiheit und Souveränität zu erreichen, hat dieses Österreich dann nach 1945 die Entschlossenheit gezeigt, diese errungene Freiheit nicht nur zu sichern und zu schützen, sondern auch für die Zukunft in unserem Geiste, im Geiste der Freiheit und der Menschlichkeit, seine Mission im christlichen Abendlande getreu seiner Tradition und seiner grossen Aufgabe zu erfüllen.

Harte Klippen mussten überwunden werden, aber in der Endphase war immer wieder ein Meilenstein für die Aufwärtsentwicklung dieses Österreich.

Wenn heute Bundeskanzler und Parteivorsitzmann Raab diesen Bericht abgelegt hat, dann zeigt er, dass ihm die gemeinsame Sache, das Vaterland, die Partei am höchsten steht und erst dann die Person kommt. Ein dienendes Glied der Gemeinschaft war Raab immer, ein dienendes Glied will er auch weiter sein. Damit setzt er heute, der Staatsmann, der Patriot, der grosse Volksparteiler den grössten Meilenstein in der Geschichte unserer Partei. Wenn wir ihm wirklich alle folgen als dienende Glieder dieser Partei, um damit opfernde Mitarbeiter und Verteidiger Österreichs zu sein, dann sichern wir nicht nur unser Vaterland für die Zukunft, dann geben wir auch unserem Parteivorsitzmann Julius Raab den grössten und schönsten Dank. Und das wollen wir auch in der Zukunft tun.

Nochmals herzlichen Dank, Herr Bundesparteiobmann!  
(Lebhafter Beifall.)

Wir kommen nun zum Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht des Generalsekretärs

Ich bitte den Herrn Generalsekretär Nationalrat Dr. Malets, seinen Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Generalsekretär Nationalrat Doktor

Alfred Malets (mit Beifall begrüsst); Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Als ich mir gestern überlegte, welche Leitgedanken ich meiner heutigen Rede unterlegen soll, da war mir eines klar; Jede Partei hat ihren routinemässigen Formalismus, und der Bericht des Generalsekretärs heute ist eine solche routinemässige Angelegenheit. Denn an und für sich verlangt man doch von einem Generalsekretär, dass er, in die Zukunft planend, Richtlinien für die kommende Arbeit gibt.

Aber das, meine Damen und Herren, kann heute nicht meine Aufgabe sein, das muss Aufgabe jener sein, die nach uns die Parteiführung übernehmen. Ich bin mir dabei voll und ganz bewusst, dass der zentrale Mittelpunkt dieser Tagung eben der Bericht der Reformausschüsse sein wird, weil wir eines erreichen müssen: dass diese Österreichische Volkspartei endlich aus der Diskussion der Presse verschwindet, dass wir die personalen Fragen erledigen, dass wir wieder alle gemeinsam mit neuer Kraft dem gemeinsamen Ziel zustreben können, ausgerichtet auf den politischen Gegner, mit neuer Kraft nach Überprüfung unserer Grundsätze und unseres Aktionsprogrammes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es soll auch kein trockener Rechenschaftsbericht sein, und ich will Sie heute nicht mit Ziffern und Zahlen der vergangenen acht Jahre

ermüden, denn im Mittelpunkt unserer Tagung steht ja die Problematik der Zeit.

Meine Rede soll aber auch keine Rechtfertigung gegen Vorwürfe sein, die gegen das Generalsekretariat erhoben wurden. In dieser Frage können weder ich noch meine Mitarbeiter Richter sein, darüber werden Sie zu urteilen haben; allerdings nicht heute, sondern nach Ablauf einiger Zeit, nach einer zeitlichen Distanz. Für heute soll für mich und meine Mitarbeiter genügen, dass wir nach unserem besten Wissen für die Partei das Beste geleistet haben als gläubige Christen, als Überzeugte Demokraten, als fanatische Österreicher und als gute Europäer, nach jenen Grundsätzen, die für mich selbst in den Wirren der Zeit vor 1938 Leitsterne waren und in den Jahren des KZ Leitsterne, Hoffnung und Aussichtspunkte waren, nach jenen Grundsätzen, für die wir nach 1945 wieder eingetreten sind so wie viele tausende kleine Funktionäre und Bürgermeister in der russisch besetzten Zone, wo sie nicht wussten, ob das neuerliche Bekenntnis zu den Grundsätzen der christlichen Demokratie nicht wiederum in einem Konzentrationslager enden wird.

Mein Referat kann aber auch keine Wiederholung und auch keine Überschneidung des Berichtes des Bundeskanzlers sein, dessen Aufgabe es war, den politischen Rechenschaftsbericht, eine Chronologie und Kommentierung der Ereignisse zu geben.

Und dennoch, Hoher Bundesparteitag, will ich dazu einige wenige Worte sagen, gewissermaßen ein Resümee ziehen. Übersehen wir angesichts mancher Kritik in der letzten Zeit nicht die Tatsachen, liebe Parteifreunde: In den 15 Jahren seit dem Wiederaufstehen Österreichs, in einer Zeit des gewaltigsten historischen Zusammenbruches, in der Europa von seiner Vormachtstellung entthront wurde, in der Deutschland in zwei Hälften auseinandergebrochen ist, in dieser Zeit haben wir unser Vaterland wiedererrichtet. 15 Jahre Vorherrschaft der ÖVP in freien demokratischen Wahlen trotz unsagbarer Schwierigkeiten und trotz des Bleigewichtes der mitregierenden Opposition an den Füßen!

Freiheit nach außen - wir sagen das heute leichthin. Blicken wir aber über die Grenzen nach den Satellitenstaaten, dann sind wir uns dessen bewußt, welche bange Stunden wir alle hier erlebt haben, als ein Staat nach dem anderen in unserer Nachbarschaft hinabsank in die Dunkelheit des Ostens. Wir hingegen erfreuen uns der Sicherheit der Neutralität, der Ruhe in einem Wetterwinkel Europas, an einer Schnittfläche zwischen West und Ost angesichts des Kalten Krieges.

Liebe Parteifreunde! Wir haben uns die Freiheit und den Frieden im Innern erhalten, obwohl in beiden staatstragenden Parteien die Erinnerungen und die Ressentiments aus der Bürgerkriegsvergangenheit des Jahres 1934 vorhanden waren.

Trotz dieser Vergangenheit haben wir als Patrioten und Österreicher am gemeinsamen Werk gearbeitet. Vergessen wir nicht, daß das Ergebnis von heute auch ein Ergebnis dieser Arbeit gewesen ist. Wir stehen heute staunend vor einem österreichischen Wirtschaftswunder, wir sehen den gehobenen Lebensstandard, den Beginn eines sozialen Ausgleiches, und wir können feststellen, daß wir am Beginn einer Verwischung der Klassen oder zumindest der Klassenkampf Voraussetzungen stehen.

Hoher Bundesparteitag! Wenn Erfolg und Mißerfolg einander gegenübergestellt werden, dann kann man wohl eines sagen: Der Saldo ist aktiv, es ist eine stolze Bilanz, und diese Bilanz danken wir - zwei Namen seien genannt - dem Kanzler Figl, der in schweren Besatzungszeiten den Staat geleitet hat, und unserem großen alten Mann, unserem Bundeskanzler Julius Raab. (Beifall.)

Es wäre nun sicherlich fehl am Platz, wenn ich jetzt trachten würde, den Anteil am Erfolg oder am Ausmaß der Verantwortung und am Mißerfolg abzuwägen. Wir im Generalsekretariat sind stolz darauf, daß wir bei diesem großen Werk mithelfen durften.

Was also, Hoher Bundesparteitag, kann und soll heute mein Beitrag in meiner letzten Rede als Generalsekretär sein? Ich glaube, das Thema des Referats ergibt sich von selbst. Es kann nur der Versuch eines Beitrages zu einer ideologischen Kommentierung der entscheidenden Spannungsfelder sein, in denen sich die Österreichische Volkspartei befindet, es kann nur der Versuch sein, die politische und geistige Problematik darzustellen, die auch zu dem geführt

hat, was wir mit dem Wort Krise bezeichnen, und es muß letztlich der Versuch sein, zu untersuchen, was zur Entspannung und zur Lösung dieser Krise getan werden kann.

Für mich selbst ist diese heutige Rede gewissermaßen der Abschluß einer Trilogie: Sie begann am Semmering, der rückblickend als der Beginn einer organischen Überleitung zu der neuen Entwicklung der Partei bewertet werden kann.



Denn eines steht wohl fest, meine Damen und Herren: Niemand kann mit einem Jahr 0 beginnen. Eine Generation gibt der anderen das Amt in die Hand, und vor der Situation, in der die alte Parteiführung heute steht, wird auch in Zukunft die neue Parteiführung sein: wir alle tragen dazu bei und bauen mit am gemeinsamen Schicksal der Partei.

Deshalb war die grosse Aufgabe der letzten Wochen die, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass für diesen Bundesparteitag durch eine monatelange Vorbereitung in den Reformausschüssen die Diskussionsgrundlagen erarbeitet werden konnten, die uns wider die Möglichkeit geben, auf einer neuen Linie weiterzuarbeiten.

Der Bundestag in Baden brachte für mich die Übernahme eines neuen Amtes, und so möchte ich jetzt vor Ihnen noch eines sagen, ich muss mich dabei darauf beschränken, stichwortartig gewisse Schwerpunkte aufzugreifen: Heute ist sehr viel von einem neuen Programm die Rede und von einer Selbstbesinnung auf die Grundsätze. Ich verstehe das, weil das im Zuge der Entwicklung liegt. Ich erinnere mich daran, dass ich selbst einmal am vorletzten Bundesparteitag die Geschichte der Partei seit dem Jahre 1945 in Epochen eingeteilt habe: in die Epoche der Improvisation, in der es notwendig war, für die Bedürfnisse des Tages die Voraussetzungen zu schaffen, ferner die Epoche der Einrichtung des Staates und dann nach der Erringung des Staatsvertrages und der Freiheit der Beginn jener Epoche, wo die zwangsläufig zurückgestellten Probleme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in denen sich die Sozialistische Partei und die Volkspartei in ihren Auffassungen diametral gegenüberstehen, endgültig zu einer Klärung heranreifen. Landeshauptmann Klaus als Vorsitzender dieses Aktionsprogramms-

schusses hat ja diesen Gedanken in dankenswerter Weise auf dem Semmering aufgegriffen und ausgezeichnet ergünst und formuliert.

Wir haben daher diese Entwicklung klar zu untersuchen. Sie ist kein österreichisches Spezifikum, Hoher Bundesparteitag! Man ist oft nur zu leicht versucht, immer nur das eigene Haus zu sehen, aber wir müssen auch einen Blick werfen über die <sup>e</sup>Grnzen zu unseren christlich-demokratischen Schwesterparteien, die in ähnlichen Situationen waren oder sind wie wir, die vor ähnlichen Problemen stehen, vor ähnlichen Auseinandersetzungen, die ebenfalls im Jahre 1945 aus dem ungeheuren Zusammenbruch heraus durch das Vertrauen der Massen die Mehrheit in ihren Staaten errungen haben und federführend verantwortlich waren für die politische Entwicklung. Und dies nicht zuletzt aus der Angst der Menschen heraus, vor einem neuen Kollektivismus, vor einem neuen Totalitarismus, aus der Sehnsucht der Menschen heraus, nach der Überwindung des Hungers zu einem neuen Lebensstandard zu gelangen, und schliesslich aus der Erkenntnis der Menschen heraus, dass der Kollektivismus eine Gefahr ist, die wir am eigenen Leib erlebt haben, und dass der Liberalismus vergangener Prägung nicht die Werte und Ordnungselemente in sich birgt, um eine neue Ordnung des Staates aufzubauen.

Hier zeigt sich jenes Spannungsfeld, um das weder eine alte noch eine neue Parteiführung herumkommt, meine lieben Parteifreunde, jenes Spannungsfeld, dass die christlich-demokratischen Parteien Europas ein Sammelbecken geworden sind über die sogenannte Stammwählerschaft hinaus für alle nicht-sozialistischen, antisozialistischen bürgerlichen Kräfte. Und daraus ergibt sich die Erkenntnis, dass man diese Mehrheit braucht und erhalten muss, weil trotz aller "Mauserungsprozesse" und Vorgänge der Programmatik die sozialistischen Parteien noch nicht das Gefühl haben können, dass diese sozia-

listischen Parteien ein Element der Stabilität sind gegenüber dem Ansturm aus dem Osten. Hören wir uns doch nur einmal jetzt die Reden des Vizekanzlers Pittermann an, der gewissermassen aus einem Parteitrieb heraus unbeschadet aussenpolitischer Zweckmässigkeiten oder Notwendigkeiten seine Reden über "Europäismus" hält, nur um jeden Preis aktuell zu sein. Das ist noch nicht diese Garantie der Sicherheit, und daher brauchen wir jene breite Mehrheit und daraus ergibt sich jenes Spannungsfeld, das uns in jeder programmatischen Diskussion, sei es um Grundsatzfragen oder um das Aktionsprogramm, begegnet.

Denn jede Mehrheit verflüssert natürlich ein Programm, weil umso mehr Köpfe, umso mehr Interessen, umso mehr Gruppen vereinigt werden müssen, je weniger aufgesaugt werden kann, um hier Gegensätze zu überkleistern.

Damit habe ich hier die zwei wesentlichen Strukturelemente der modernen christlich-demokratischen Parteien aufgezeigt, die christlich-soziale Idee als sozial-reformatorische Kraft und die christlich-demokratische Partei als ein Sammelbecken.

Das war so lange nicht aktuell, als wir in einer Zeit der Improvisationen gelebt haben, und das musste zwangsläufig aktuell werden im Augenblick der Sättigung, in dem wir uns derzeit befinden und wo also jetzt Entscheidungen fallen müssen. Daher kommt es auch, dass manche Kritiker der ÖVP aus den verschiedensten Reformkreisen das Gegenseitliche von uns verlangt haben. Die einen verlangten eine Ideologisierung der Partei, die anderen verlangten eine Entideologisierung und verwiesen auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika. In diesem Spannungsfeld, meine Damen und Herren, bewegt sich unsere gesamte programmatische Diskussion.

Ich möchte gewissermassen nochmals formulieren und sagen: christlich-soziale Idee als sozial-reformatorische Kraft und das Sammelbecken jener Defensivwähler, die aus dem Verlangen nach der Erhaltung des Bestehenden und dem Besitz heraus interessiert sind an der nichtsozialistischen Partei.

Ich habe gesagt, dieses Problem berührt auch alle anderen christlich-demokratischen Parteien. Sehen wir, um nur ein Beispiel zu nennen, nach Süden zu den Democristiani und ihren inneren ideologischen Auseinandersetzungen.

Aber hier, Hoher Bundesparteitag, muss auch die Nahtstelle gefunden werden. Das Bekenntnis zur Freiheit muss auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Dabei muss uns aber bewusst sein, dass es keine Freiheit in der Negation allein gibt, dass für sie nur dann ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann, wenn sie sinnvoll ist, wenn sie eine Freiheit in Ordnung ist, wenn sie allen Menschen unseres Volkes und des Staates die wirtschaftliche Existenz, die soziale Existenz sichert und Gleichstellung gibt.

Die Freiheit, meine Damen und Herren, ist eine Königs-idee der christlich-demokratischen Parteien, und die Freiheit ist der Lebensinhalt der abendländischen Kulturgemeinschaft. Keine Wirtschaftswunder und keine Atombomben werden uns in der sekularen Auseinandersetzung Europas mit dem Osten den Sieg garantieren können, wenn wir nicht aus dieser inneren Kraft heraus die Menschen um unser Banner zu scharen imstande sind.

Daher ergibt sich, meine Damen und Herren - und jetzt komme ich auf den zweiten springenden Punkt unserer Programmdiskussion -, die Aufgabe der christlich-demokratischen Parteien, gegenüber dem modernen Industriestaat der Gegenwart mit seiner Tendenz zur Nivellierung, zur Vermassung, zur Gleichmacherei, mit seinem Emporwuchern der bürokratischen Kolossalinstitutionen, mit der Flucht des modernen europäischen Menschen vor der Verantwortung in die Existenzsicherheit, in die Rente hinein, in das: Der Staat soll helfen! und: Ich bin der Vogel Strauss und stecke meinen Kopf in den Sand! zu erkennen; Eine christlich-demokratische Partei kann zwar den politischen Kampf um die Freiheit nach aussen führen, aber

der Sieg um die Freiheit sind nur dann gewährleistet, wenn es uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gelingt, die Gesellschaftsordnung so zu gestalten, dass wir nicht auf einem anderen Weg einem neuen Kollektiv in die Hände fallen.

Zu dieser schwierigen Problematik - und ich habe das auch bereits auf dem Semmering ausgeführt - gesellt sich nun ein österreichisches Spezifikum, weil diese Grundsatzauseinandersetzung gerade in eine Zeit starrer Koalitionsbindung fällt.

Ich sagte schon auf dem Semmering: Die Koalition in Österreich ist kein programmatisches Problem, sondern ein politisches Problem. Die neue Parteiführung wird Pro und Kontra sorgfältig überlegen müssen, wobei es folgende Kernfrage zu klären gilt:

Worin besteht denn eigentlich der Unterschied zwischen einer Koalition in Österreich und Koalitionen in anderen demokratischen Staaten? Eine Koalition ist an sich sinnvoll, wenn zwei Parteien sich für eine befristete Zeit zusammenfinden, um ein gemeinsames Arbeitsprogramm, an dem man ein gemeinsames Interesse hat, innerhalb dieser Zeit durchzusetzen. Und wenn man sich eben einmal zerstreitet, dann geht diese Koalition auseinander.

In Österreich aber war auf Grund der Besatzungssituation, der außenpolitischen Situation die unlösbare Ehe der Koalition eine außenpolitische Norm. Das ist der springende Punkt! Und aus dem Wissen heraus, daß man aus außenpolitischen Gründen die Koalition nicht fallen lassen konnte, folgte die Erstarrung im Innern.

Es ist daher zu prüfen - ich habe das am Semmering auch ausgeführt - ob jener Zeitpunkt herangereift ist, wo es hier an eine Auflockerung zu denken ist. (Zustimmung.)

Ich glaube, Hoher Bundesparteitag, in dieser Situation kann es nicht bloß Probleme des Programms geben. Sicherlich, das ist notwendig, und wir müssen es überprüfen, aber jedes Programm ist wie eine Verfassung. Die Verfassung möchte ich definieren als den gestoppten Augenblick einer politischen oder gesellschaftlichen Entwicklung. Aber kaum ist sie niedergelegt, geht das Leben weiter, es entsteht Gewohn-

heiterrecht und in einem bestimmten Zeitpunkt die Notwendigkeit einer Reform und Novellierung.

Ähnliches gilt auch für ein Programm. Es ergibt sich daher die Aufgabe für eine Parteiführung, tagtäglich aus der Konfrontierung mit den aktuellen Gegebenheiten programmatisch-grundsätzlich Stellung zu nehmen. Das aber ist die Schwierigkeit für eine so große, breitgegliederte, in sich aus autonomen Gruppen bestehende Partei mit den verschiedensten ideologischen Einflüssen, einen gemeinsamen Nenner herauszu-kristallisieren.

Hiezu nur ein Streiflicht, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir sind eine österreichische Partei, aber wir haben alle ehemals Nationalen und Liberalen aufgerufen, wir haben sie herangezogen, und es hat sich daraus in Diskussionen und Auseinandersetzungen zwangsläufig die Frage ergeben, ob hiemit nicht eine Preisgabe österreichischen Gedankengutes verbunden wäre. Wir sind eine christliche Partei, und es hat sich damit zwangsläufig das Spannungsfeld ergeben, ob mit dieser Entwicklung nicht eine Verwässerung unseres christlichen Strukturelements verbunden ist. Immer wieder treten eine Fülle von Einzelfragen, ob es sich um die Kameradschaftsbünde, um die Ordensträger des Weltkrieges oder um andere handelt, an ein Generalsekretariat und an eine Parteiführung heran.

Da soviel von Koordination gesprochen wurde: Nicht so sehr entscheidend ist die Koordination der Bünde, entscheidender ist die Koordination der Ideologie, der Grundsätze, der geistigen Auseinandersetzung.

Ich möchte nun gewissermaßen einige Blitzlichter



aufleuchten lassen als Beitrag zu dieser Problematik und dann zu aktuellen Dingen kommen.

Hoher Bundesparteitag! Wir nennen uns mit Recht eine christlich-demokratische Partei. Aber ist das nicht in einem Zeitpunkt unaktuell, wo die Kirche erklärt, sich aus dem tagespolitischen Geschehen zurückzuziehen, wo die konfessionellen Schranken sich verwischen, wo eine gewisse Auflockerung der Fronten stattfindet, wo der Sozialismus gewisse laizistische und indifferente Merkmale annimmt, um von diesem Ausgangspunkt aus an katholische Stammwähler heranzukommen?

Darauf kann man nur die eine Antwort geben: Wir können uns in kein Faulbett legen, und wir können nicht erwarten, daß uns die Kirche so wie in der Vergangenheit der christlich-sozialen Partei zur Verfügung steht. Aber entscheidend ist noch etwas ganz anderes: Wir als christliche Laien sind in unserem Gewissen verpflichtet, an der Ordnung des Staates und der Gesellschaft nach unseren Grundsätzen mitzuarbeiten, und daraus ergibt sich die Existenzberechtigung einer christlich-demokratischen Partei. Denn wenn es heißt: "Machtet euch die Erde untertan!", dann ist damit nicht allein gemeint, daß man die Technik ausbaut und die Naturwissenschaften erweitert, um die äußere Herrschaft des Menschen über die Erde zu sichern, sondern dann ist dies auch der Auftrag, das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen zu ordnen. Dazu finden wir die Kraft und die Erkenntnis in unserer christlichen naturrechtlichen Verankerung, weil die Rechte der Person nur gewährleistet sind in der Natur des Menschen und weil ohne ethische Werte keine technische Sozialordnung errichtet werden kann. (Beifall.)

Und jetzt komme ich auf einen Kernpunkt: Wir wissen, dass die Sozialistische Partei antritt zum Frontalangriff auf unsere, auf katholische Gruppen. Ich sage Ihnen darauf: Der neue weltanschauliche Indifferentismus und Laizismus des sogenannten neuen SPÖ-Programms ist keine Garantie dafür, dass seine Anhänger in ihrer Gesellschaftslehre und in ihrer Wirtschaftslehre die marxistischen Eierschalen abgelegt haben und sich zu einer neuen freien Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft bekommen. Und hier - das sei offen gesagt - liegt der Irrtum sogenannter Linkskatholiken, die glauben, dass, wenn ein weltanschaulich indifferenten Sozialismus vorhanden ist, man aus sozialen Gründen der Sozialistischen Partei angehören kann. Ich sage Ihnen, die moderne Sozialordnung bringt nicht der Sozialismus, bringen nicht die Salonproletarier aus ihrer proletarischen Perspektive heraus für die modernen Sozialprobleme. Das haben wir gesehen bei den Initiativen der Volkspartei in Familienfragen, Wohnungsfragen, Eigentumsfragen. Hier sehe ich die entscheidende Aufgabe des Arbeiter- und Angestelltenbundes, und lassen Sie mich jetzt ein kurzes Wort als deren neugewählter Obmann sprechen.

Hier sehe ich die neue Aufgabe und die Königsidee darin, dass wir all diesen sozial aufgeschlossenen und in Bewegung geratenen katholischen Kreisen zeigen, dass die naturrechtliche Verankerung in diesem Arbeiter- und Angestelltenbund vorhanden ist, dass wir hier ein Bannerträger einer neuen modernen Sozialordnung sind, und deshalb muss er so wie jede andere Arbeiterbewegung hinausgehen in die Betriebe. (Beifall.)

Glauben Sie mir, die Existenzberechtigung einer christlich-demokratischen Volkspartei hängt nicht etwa davon ab, dass wir der-

zeit in Österreich noch kein Konkordat haben, und ist dann etwa in Frage gestellt, wenn dieses Konkordat abgeschlossen ist. Jawohl, wir wollen es so rasch wie möglich, wir glauben, dass die Beziehungen zwischen Kirche und Staat einvernehmlich geregelt werden müssen, aber wir wissen, dass darüber hinaus die Daseinsberechtigung einer christlich-demokratischen Partei in ihrer Ideologie, in ihrer christlichen, naturrechtlichen Verankerung liegt, und deshalb kann es auch - ich habe das schon einmal auf einem Bundesparteitag formuliert und gesagt - im nicht-sozialistischen Lager nicht so sein, dass eine Arbeiterbewegung als eine Art gelber Gewerkschaft angesehen wird; sie muss eine echte Bewegung sein. Und damals habe ich ein Wort an die Industrie gerichtet; Das Gemeinsame zwischen ihnen und uns besteht darin, dass wir uns zu einer freien privaten Eigentumsordnung bekennen, aber die moderne, gesunde, demokratische Gesellschaft erfordert die soziale Gleichberechtigung, weil sie allein uns dann jene Kraft gibt, hier gegen den äusseren Gegner zu bestehen.

Deshalb kann - und das soll auch einmal gesagt werden - die Volkspartei nicht schlechthin einfach als eine bürgerliche Partei angesprochen werden. Was heisst denn "bürgerlich"? Sind das etwa unsere Bauern oder jene kleinen Gewerbetreibenden, die an einer unteren Existenzgrenze liegen? Oder wer soll es sonst sein? Soll es das Denken der Vergangenheit des sogenannten dritten Standes sein? Das kann nur insofern Gültigkeit haben, als wir von dem Begriff des Staatsbürgers ausgehen.

Aber, Hoher Bundesparteitag, ich glaube, in diesem Strukturwandel der Gesellschaft haben wir auch die Aufgabe, mit neuen Formulierungen, mit neuen Termini technici vorzugehen. Ich möchte

daher sagen: Ich habe im Zuge der Reformdiskussion sehr viel gelesen vom sogenannten neuen Menschenbild, das erforderlich ist. Ich möchte es heute selbst zu formulieren versuchen.

Das neue Menschenbild, das gefordert wird, ist nicht das des bürgerlichen und nicht das des proletarischen, sondern es ist das des freien Menschen in einer Gemeinschaft von freien Menschen. Aus dieser Schau heraus ergibt sich die Tatsache, dass wir die modernen Sozialprobleme der Volkspartei nicht bloss auf den Sektor des Arbeiters und Angestellten beschränkt sehen können. Die Probleme der Familienpolitik, der Wohnungspolitik, sind nämlich nicht davon abhängig, aus welcher Quelle, ob aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit ein Familienvater sein Einkommen bezieht, sondern es ergibt sich aus der Notwendigkeit, für unser Volk und für unsere Familien diese Wohnungen zu schaffen oder diese Familienpolitik zu betreiben.

Daher ist es auch wahr, wenn man sagt, dass die Säulen der Österreichischen Volkspartei die drei Bünde sind. Wenn in dieser Schau und in dieser Erkenntnis marschieren sie Schulter an Schulter; Arbeiter und Angestelltenbund, Bauernbund und Wirtschaftsbund. Sie bekennen sich gemeinsam zur Volkspartei als einer Partei des Volkes. Das ist der Kern und das entscheidende, und alles andere ist sekundär an uns gebunden, zwangsläufig gebunden aus einer Reihe von verschiedensten Interessen.

Hoher Bundesparteitag! Ich sehe hier auch keinen Gegensatz zum sogenannten wissenschaftlichen Weltbild. Sie werden es verstehen, wenn ich als abtretender Generalsekretär irgendwie die Diskussion aufgreife, die lange Wochen hier zu verfolgen war. Sicher ist eines richtig: Die moderne Naturwissenschaft drängt zur Synthese, zur Ganzheit, sie verneint

nicht mehr Gott, sie ist nicht mehr materialistisch, sie führt irgendwohin zur Anerkennung eines Übernatürlichen Seins. Aber ich möchte hier verantwortungsbewusst vor einem Irrtum warnen, der uns einlullen und einschläfern könnte.

Meine Damen und Herren! Gott hat die Entscheidungsfreiheit darüber, was gut ist, was böse ist, was richtig, was falsch ist, dem Menschen selbst in die Brust gelegt. Sie und ich und alle müssen persönlich entscheiden, was richtig und was falsch ist. Und dasselbe gilt für die Gesellschaftsordnung. Auch hier haben wir die Wahl der freien Entscheidung zwischen dem Richtigen und dem Falschen. Verlassen wir uns daher nicht auf eine Automatik. Sehen wir doch die Wirklichkeit, den Materialismus - ich meine jetzt nicht als Weltanschauung, sondern als Denken in unserem europäischen Menschen -, sehen wir doch den Nihilismus in unserer Bevölkerung, diese wenig vorhandene Opferbereitschaft. Daher kann dieses wissenschaftliche Weltbild nur eine Hilfestellung sein und kein zentraler Mittelpunkt. Der entscheidende Kampf, Hoher Bundesparteitag, ist doch der um die Freiheit, wie ich gesagt habe.

In den Strassen von Budapest sind die Menschen gegen die Panzer aufgestanden nicht wegen eines wissenschaftlichen Weltbildes, sondern weil in ihrer Brust als Geschenk Gottes die Freiheit gelebt hat, die sie hingerissen und aufgerufen hat und die eine Bewegung ausgelöst hat. Und Europa wird sein oder nicht sein, wenn diese christlich-demokratischen Parteien die Kraft haben, über die Summe der Interessenvertretungen hinaus diesen Idealismus und diesen Glauben aufzureissen.

Daher glaube ich auch, es ist richtig, wenn gesagt wurde, wir wollen ganzheitlich denken. Ja, sicher! Aber vergessen wir eines doch nicht in dieser ganzen Angelegenheit: Es gibt keine Gemeinschaft aus sich selbst heraus. Das wäre doch die Rückkehr zu jenem berühmten Irrtum des Averroes in der Philosophiegeschichte. Wir wissen doch, dass die Person, der Mensch an sich aus der natürlichen Ordnung heraus das Glied der Gemeinschaft ist. Und so sind wir auch eine demokratische Partei.

Meine Damen und Herren! Jawohl, recht, alles recht! Aber denken wir immer daran, dass es eine verlorene Schlacht wäre, wenn wir dem östlichen Kollektiv bloss ein anderes Kollektiv im Westen gegenüberstellen könnten. Denn dann stünde nicht Idee gegen Idee, sondern imperialistisches Kollektiv auf der einen Seite gegen imperialistisches Kollektiv auf der anderen Seite.

Wenn das alles so ist, wie ich sagte, meine Damen und Herren, dann halte ich es auch nicht mehr für ganz so aktuell, einen Appell an Nationale oder Liberale zu richten. Ich glaube doch, daß es Christen gibt, die nicht diese Zeitaufgeschlossenheit haben, und daß es ehemals Nationale und Liberale gibt, die diese Zeitaufgeschlossenheit besitzen, und daß wir diese modernen Menschen sammeln müssen. Die Idee, die wir immer wieder im Generalsekretariat vertreten müssen, ist die: staatsbürgerliche Gleichberechtigung, Eingliederung, Assimilierung, Aufspaltung der alten ideologischen Einheit, aber nicht irgendwelche Konzessionen an Ideologien der Vergangenheit. Vergessen wir doch nie die Taktik der Kommunisten, deren Grundsatz es immer war und immer sein wird, ja sein muß, zwischen sich und der Sozialistischen Partei eine Aktionsgemeinschaft zu gründen. Wir haben solche Gefahrenmomente erlebt, ich denke nur an die Starhemberg-Affäre.

Es muß daher immer die Aufgabe einer wirklich demokratischen ÖVP sein, solche Momente immer zu erkennen und dazwischenzufunken, auch wenn es parteipolitische Opfer erfordert. Daher darf niemals - ich würde eine solche Verantwortung niemals tragen - eine Entwicklung eintreten, die Demokraten hier und Demokraten dort wie in der Vergangenheit auf die Barrikaden führt, denn das wäre der Anfang vom Ende Österreichs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Ich kann hier aus der großen Fülle der Probleme nur einige wenige herausgreifen. Eigentlich hatte ich vor, den Delegierten dieses Parteitages eine Broschüre "Beiträge zur Programmatik" vorzulegen, aber als ich diese Reden und



Artikel gesammelt hatte, waren sie zwei Kilogramm schwer, und ich konnte das in diesen drei Wochen nicht mehr systematisch verarbeiten. Aber Sie werden daraus erkennen können, wie vielseitig und vielschichtig die Aufgabe ist, diese Partei ideologisch in einer Linie zu führen.

Eines erfüllt uns mit einem stolzen Bewußtsein: Immer wieder hat diese Partei die innere Kraft zur Reorganisation gehabt, immer wieder hat sich bei allen scharfen Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen die Notwendigkeit klar vorgezeichnet, daß wir zusammenstehen müssen. Das wäre nicht so, wenn diese Partei nicht verankert wäre im österreichischen Mutterboden mit seinen Klöstern und Domen, mit seinen Fabriken und mit seinem Donaustrom, mit seinem Symbol nach Osten, dem Stephansdom, dem Symbol der Freiheit.

Meine Damen und Herren! Wir sind die Träger des rot-weiß-roten Gedankens, der ein europäischer Gedanke ist, nicht nur ein österreichischer allein, sondern geboren aus einer Geschichte heraus.

Ich habe Ihnen keinen Rechenschaftsbericht des Generalsekretariats gegeben, ich will nur eines sagen: Man hat mir den Vorwurf gemacht, es sei ein Generalsekretariat, das nicht viel verstehe von Ideologie und Programmatik. Ich überlasse das Ihrem Urteil, hohe Delegierte, und ich möchte aus dem Administrativen auch nur einen einzigen Gedanken herausheben. Wissen Sie, daß wir nach der siegreichen Wahlschlacht des Jahres 1956 von der CDU in Deutschland auf eine Woche eingeladen wurden, um dort alle unsere Wahlerfahrungen und unsere technischen Wahlvorbereitungen vorzuführen, und daß sie auf dieser Grundlage dann die große siegreiche Wahlschlacht

geschlagen haben? Aber es gilt eben kein Prophet etwas in seinem eigenen Heimatlande!

Ich darf nun allen meinen Mitarbeitern im Generalsekretariat danken, auch meinem Kollegen Scheidl, und wenn ich mich vielleicht auch mit dem einen oder anderen in Widerspruch gesetzt haben sollte, so sage ich als Mann eben offen und frei heraus, was ich mir denke.

Unser bewährter Organisationsreferent Dr. Glatsl geht nun weg, er wird Landespartei sekretär von Wien. Unser Leiter des Politischen Büros, Dr. Tzöbl, geht ebenfalls weg, in die Sektion 4. Ich selbst gehe weg und viele andere auch. Ich glaube denn doch, Hoher Bundesparteitag, daß auch in einem Generalsekretariat eine Kontinuität vorhanden sein muß, damit wenigstens die Neuen wissen, wo die Alten die Akten hinterlassen haben. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Hoher Bundesparteitag! Nun ein letztes Wort als Generalsekretär: Lebt wohl, ich danke für die Treue und für die Mitarbeit. Es ist ja kein Abschied, weil ich in einer neuen Funktion unter euch sein werde. Mein Vermächtnis als scheidender Generalsekretär an diesen Bundesparteitag ist der Wunsch: Es lebe die neue Führung, es lebe die Österreichische Volkspartei! (Anhaltend lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl

Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seinen Bericht. Ich will der neuen Parteiführung nicht vorgreifen, aber ich glaube, ich darf doch auch jetzt nach diesem Referat, das in solcher Grundsätzlichkeit heute vorgetragen wurde, dem scheidenden Generalsekretär herzlich Dank sagen, und zwar nicht nur für dieses grundsätzliche Referat, sondern auch für die Arbeit, die er all die Jahre als Generalsekretär geleistet hat. (Lebhafter Beifall.) Er scheidet ja nicht von uns, denn er ist zum Bundesobmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes gewählt und sitzt somit auch in Zukunft im Parteipräsidium der Volkspartei. Es bleibt uns somit seine Kraft in der Parteiführung erhalten. Nochmals herzlichen Dank und viel Erfolg als Bundesobmann des ÖAAB! (Beifall.)

Hoher Bundespartei-tag! Bevor ich die vormittägige Sitzung schliesse, schlage ich Ihnen eine Umstellung der Tagesordnung für den heutigen Verhandlungstag beziehungsweise den morgigen Vormittag vor. In der Ihnen gedruckt vorliegenden Tagesordnung sind für heute nachmittag die Berichte des Finanz- und Presseausschusses sowie eine Debatte darüber vorgesehen. Der Bericht des Statutenausschusses sollte dagegen erst morgen früh erfolgen. Wie mir nun von den Vorsitzenden der vier Ausschüsse mitgeteilt wird, erweist es sich nicht als notwendig, dass diese Ausschüsse während des Parteitages noch einmal zu Beratungen zusammentreten. Die Ausschüsse haben ja seit Oktober gearbeitet und ihre Arbeiten auch ordnungsgemäss abgeschlossen. Ich schlage daher vor, dass wir heute nachmittag nach dem Punkt 8 der Tagesordnung, dem Bericht des Presseausschusses durch Landeshauptmann Dr. Gleißner, auch noch den Punkt 11 der Tagesordnung, das ist der Bericht des Vorsitzenden des Statutenausschusses Landeshauptmann Krainer behandeln. Desgleichen würde ich vorschlagen, den Punkt 14 de

morgigen Tagesordnung, das sind die Berichte der Mandatsprüfungskommission und der Antragsprüfungskommission, im Anschluss an den Bericht des Statutenausschusses heute nachmittag zu behandeln. Wenn dies geschehen ist, würden wir dann den Punkt 9 der Tagesordnung, das ist die Debatte über die Berichte der Ausschüsse, vornehmen. Dies würde praktisch bedeuten, dass wir heute nachmittag die Debatte über die Berichte des Finanzausschusses, des Presseauschusses und des Statutenausschusses abführen.

Der letzte Vorschlag geht schliesslich dahin, zum Abschluss der heutigen Nachmittagsberatung den ebenfalls für morgen vorgesehenen Punkt 15 der Tagesordnung, Beschlussfassung über Anträge der Ausschüsse, vorzunehmen. Das heisst wiederum in der Praxis, dass wir anschliessend an die Debatte über die Ausschussberichte auch über die von den Ausschüssen gestellten Anträge abstimmen könnten. Im Hinblick auf die Abstimmung über die Anträge möchte ich aber darauf hinweisen, dass wir diesmal einen ausserordentlichen Parteitag haben, der zu Behandlung bestimmter Fragen einberufen ist. Aus diesem Grunde hat die Bundesparteileitung nicht, wie dies bei ordentlichen Parteitagen der Fall ist, die einzelnen Bünde in jeder Organisation aufgefordert, Anträge zu stellen. Sollten trotzdem Anträge von Bünden, Landesorganisationen und Zweckverbänden eingebracht werden, so werden sie den Ausschüssen zugewiesen und diese werden dann in ihren Berichten und Anträgen auch diese Anträge behandeln, sodass somit diese Fragen mitbehandelt werden können.

Der von mir erattete Vorschlag, einige Punkte der morgigen Tagesordnung auf heute vorzuverlegen, hat zunächst den Vorteil, dass wir heute nachmittag in einer geschlossenen Debatte zu den drei Ausschussberichten und den aus ihnen hervorgehenden Anträgen Stellung nehmen können. Ausserdem gewinnen wir durch die Ververlegung für morgen mehr Zeit, um eine ausführliche Debatte über das Aktionsprogramm abhalten zu können.

Wir hätten daher für morgen den Bericht des Aktionskomitees durch Landeshauptmann Klaus, Debatte, Neuwahl der Bundesführung und die gemeinsame Resolution.

Wird gegen diesen meinen Vorschlag ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Mandatsprüfungskommission und die Antragsprüfungskommission, heute um 14 Uhr in den ihnen bekannten Ausschusslokalen zusammenzutreten.

Das Plenum des Bundesparteitages bitte ich, sich pünktlich um 14,30 Uhr hier einzufinden, damit wir in der Tagesordnung in der von mir vorgeschlagenen Form weiterschreiten können.

Den Vorsitz wird nachmittag Herr Landeshauptmann Ilg führen.

Ich unterbreche hiemit die Sitzung.

**Unterbrechung der Beratungen: 12 Uhr**  
=====

**Wiederaufnahme der Beratungen: 14 Uhr 40 Minuten**  
=====

Vorsitzender Landeshauptmann Ulrich I l g l Ich übernehme den Vorsitz.

Wir setzen die unterbrochenen Beratungen wieder fort. Sie haben die Abänderung der Tagesordnung zur Kenntnis genommen. Wir gehen danach vor.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses

Ich ersuche den Herrn Präsidenten des Nationalrates Dr. Gorbach, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Landesparteiobmann Präsident Doktor

Alphons G o r b a c h : Hoher Bundesparteitag! Es ist eine Binsenwahrheit, dass zu jeder Organisation, soll sie sich erfolgreich entfalten und wirksam werden können, die finanzielle Seite gehört. Wir haben Vorsorge zu treffen, und dies vor alle in der Bundesparteileitung, dass die Gelder zwischen den Wahlen regelmässig einfließen und nicht in letzter Minute hektisch zu einem bestimmten Urnengang zusammengekrast werden müssen.

Man wird ein Parteiystem niemals in Ordnung halten können, wenn man nicht über Gelder verfügt, die in einem regelmässigen Strom einfließen und an deren Ausgabe keinerlei Bedingungen geknüpft werden. Finanzierungsmethoden, die von bestimmten Gegenleistungen abhängig gemacht werden, sind nicht sauber. Sie widersprechen den ungeschriebenen Gesetzen der Ordnung, der Rechtschaffenheit und Moral und sind daher auf das schärfste abzulehnen.

Um diesen Grundsätzen zu entsprechen, sind Kontrolleinrichtungen zu schaffen, die in den Statuten Aufnahme zu finden haben. Die Kontrolle hätte sich demnach nicht nur auf die rein buchmässige Prüfung zu erstrecken, sondern ebenso auf die Herkunft und widmungsgemässe Verwendung der vorhandenen Parteimittel.

Die Beteiligung an Unternehmungen, die Gründung oder Zugehörigkeit zu Vereinen, die wirtschaftlichen Interessen der Partei dienen sollen, ist von der einzuholenden Genehmigung der Landesparteileitung beziehungsweise der Bundesparteileitung

abhängig zu machen. Es ist selbstverständlich und klar, dass die solche Richtungen in der Finanzkontrolle der Parteileitung zu unterliegen haben.

Im Mittelpunkt jeder Parteifinanzierung hat das Beitragsaufkommen der Mitglieder zu stehen. Die Mitgliedsbeiträge sind begrifflicherweise in den einzelnen Ländern und Bünden von verschiedener Höhe und meist gestaffelt. Als Richtlinie soll für alle Mitglieder ein Durchschnittsbeitrag von 30 S pro Kopf und Jahr gelten.

Die Reorganisation unseres Inkassos ist in erster Linie in Angriff zu nehmen. Die Evidenz der Mitglieder ist zu überholen, zu ergänzen und laufend instandzuhalten. Den Bünden der Österreichischen Volkspartei erwächst daraus eine verantwortliche Aufgabe. Die wiederholten Aussagen mancher Mitglieder: "Ich möchte sehr gerne mein Schäflein für die Partei leisten, aber bei mir ist noch niemand zum Inkasso erschienen", sagen alles. Dass ein lückenloses Inkasso die ständige Kontaktnahme mit den Mitgliedern im Gefolge hat, ist uns allen ja bekannt, ebenso aber auch, dass dadurch eine lebendige Verbindung zu den Wählern und Parteifreunden und zu ihren Ansichten, Wünschen und Anträgen hergestellt wird.

Wie sie alle aus den Statuten wissen, sind von Mitgliedsbeitragsaufkommen von den Landesorganisationen der Bünde 10 Prozent den Landesparteileitungen und 10 Prozent der Bundesparteileitung abzugeben. In Zukunft sollen die der Bundesparteileitung geschuldeten Beträge nicht über die Landesorganisationen der Bünde, sondern über die Bundesleitung der jeweiligen Bünde eingefordert und bezahlt werden.



Die Berechnung der auf die Bünde entfallenden Beiträge kann auf Grund von Pauschalvereinbarungen erfolgen. Die Berechnungsgrundlagen dieser Vereinbarungen sind jeweils vom Finanzausschuss der Österreichischen Volkspartei der Bundesparteileitung zur Genehmigung vorzulegen.

Die Landesparteileitungen sollen verpflichtet werden, einen Parteischilling einzuheben. Damit werden nicht nur erhebliche Beträge für die Landesparteileitungen und die Bundesparteileitung erschlossen, sondern darüber hinaus wird dem Mitglied gegenüber die Einheit der Partei dokumentiert und unterstrichen. Sowohl die Höhe als auch die Einhebungsmodalitäten werden von der Bundesparteileitung nach den Vorschlägen des zu schaffenden Finanzausschusses festzulegen sein.

Dieser Finanzausschuss, welcher unter dem Vorsitz des Hauptreferenten für Finanzen zu wirken und ihn in allen Fragen der Finanzierung und Finanzverwaltung der Partei zu beraten hätte, wäre über Beschluss der Bundesparteileitung zu konstituieren.

1/1450 1

Unbedingt notwendig erscheint dem Finanzausschuß - also dem Finanzkomitee, daß die Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Bundesparteitag geleistet hat - die Bestellung eines Finanzsekretärs im Rahmen des Generalsekretariats. Aufgabe dieses Finanzsekretärs würde es vor allem sein, a) die Beitragseinzahlung in organisatorischer und in technischer Hinsicht zu überwachen, b) die Aufbringung von Spenden zu organisieren und c) sonstige Finanzierungsmethoden zu realisieren.

Die Anträge für die Anpassung der Statuten an die von mir in Telegrammstil skizzierten Grundsätze einer sowohl sauberen als auch effektiven Finanzverwaltung liegen in den Delegiertenmappen vor. Ich glaube daher, Sie entheben mich der Verpflichtung, die Anträge nunmehr im Wortlaut vorzulesen. Wenn dagegen kein Einspruch erhoben wird, darf ich wohl annehmen, daß sie in meritorischer Verhandlung stehen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Ich danke Herrn Präsidenten Dr. Gorbach für den Bericht. Ich glaube, man kann noch nachträglich unterstreichen, was der Kanzler schon heute vormittag gesagt hat: Nicht nur für die Wirtschaftspolitik, sondern auch zur Erfüllung unserer Parteiaufgaben brauchen wir Kapital und noch einmal Kapital. Ich bitte, das ernst zu nehmen und auch in der Aussprache und Beschlußfassung zu beherrsigen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zu Punkt 8:

Bericht des Vorsitzenden des Presseausschusses.

Ich bitte den Vorsitzenden des Presseausschusses, Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner, seinen Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Landeshauptmann Dr. Gleißner:

Hoher Bundesparteitag! Der von der Bundesparteileitung eingesetzte Presseausschuß hat seine Arbeiten durch ein Arbeitskomitee und in vier Plenarsitzungen durchgeführt. Experten aus dem Verlags- und Druckereiwesen und aus dem Kreis der Journalisten wurden beigezogen.

Bevor ich das Ergebnis der Beratungen beziehungsweise die erarbeiteten Anträge vorbringe, sei es mir gestattet, ein paar einleitende allgemeine Worte zu dem Kapitel Presse zu sagen, wobei ich mir bewußt bin, daß ich nichts Neues bringe, sondern nur einige Wahrheiten ins Gedächtnis rufe.

Trotz Rundfunk und Fernsehen, deren Bedeutung als meinungsbildende Nachrichteninstrumente mit großer Breitenwirkung natürlich unbestritten sind und von der Partei selbstverständlich entsprechend gewertet werden müssen, ist die Presse immer noch das wichtigste und wirksamste Mittel der Verbreitung von Nachrichten sowie der Schaffung und der Widerspiegelung der öffentlichen Meinung geblieben. Sie reicht in Millionen Haushalte, in ungezählte Köpfe und Herzen und beeinflusst in stärkstem Maß das Urteil und die Weltanschauung der Leser.

Der Erziehungswert der Presse ist groß, wenn sie von dem Bestreben getragen ist, der objektiven Berichterstattung und der Ermöglichung eines gerechten Urteils zu dienen, ihre destruktive Wirkung ist noch größer, wenn Zweckklügen und Verdächtigungen Atmosphäre und Urteil trüben und vergiften.

Die Pressefreiheit, eine unerläßliche Voraussetzung der Demokratie, findet ihr Korrelat in der Presseverantwortung. Eines ohne das andere ist nicht denkbar. Die freie Presse stellt

in einer Demokratie ein wichtiges politisches Korrektiv dar,  
 das mit Kritik und Kontrolle die Demokratie stützt und sichert.  
 Da die Demokratie die Staatsform ist, in der das Volk direkt  
 oder indirekt die Regierung bestimmt, ist das reife Urteil und  
 das Verantwortungsbewußtsein des Staatsbürgers die Voraussetzung  
 dafür, daß er die Programme der wahlwerbenden Gruppen kritisch  
 beurteilen kann, ja ist schlechthin die Voraussetzung für das  
 Funktionieren der Demokratie.

Eine verantwortungsbewusste Presse wird die Urteilsbildung der Staatsbürger fördern und damit den Boden der Demokratie festigen, eine verantwortungslose wird mit Unwahrheit und Verdrehung der Tatsachen der Unsicherheit und dem inneren Unfrieden die Tore öffnen, an Stelle der Vernunft die Leidenschaft und Demagogie setzen und damit die freie Lebensform gefährden. Die staatspolitische Funktion der Presse in der Demokratie kann nicht überschätzt werden, besonders nicht in einer Zeit, in der auch bei uns die Neigung zunimmt, Freiheit und Eigenverantwortung kleinerer Gemeinschaften einzuengen eine Neigung die gelegentlich geradezu groteske Formen annimmt. Wie zur Illustration berichten heutige Morgenzeitungen von einem eigenartigen Erlass einer Zentralstelle, wonach den Landeshauptleuten und Bürgermeistern das Recht abgesprochen wird, bei allgemeinen Beflaggungen auch die Bundesgebäude miteinzubeziehen. Man könnte es für einen Faschingsascher halten, dass hierfür nur der Ministerrat die Erlaubnis geben darf. So gering der Anlass ist, ist er bezeichnend für die fast manische Sucht, die Bevormundung auch auf die belanglosesten Dinge auszuweiten, ohne zu ahnen, dass mit jeder Beschneidung der Eigenverantwortung eine Schwächung der Demokratie mit verbunden ist. (Beifall.)

Es muss das Anliegen aller Österreicher sein, auf dem Gebiet der Presse für die Erhaltung des freien Wortes, aber auch für die Hebung des Niveaus der politischen Publizistik beizutragen, ebenso aber auch Auswüchse, wo immer sie sich zeigen, zu bekämpfen. Ein hohes geistiges Niveau, verbunden mit Verantwortungsbewusstsein, muss erstrebt werden, gleichgültig, ob es sich um die eigene, gegnerische oder unabhängige Presse handelt.

Im Interesse des Landes und seiner freien Lebensformen sollten wir uns auch gemeinsam bemühen, den Ursachen nachzugehen, die zu manchen unerwünschten und unerfreulichen Erscheinungen in der politischen Publizistik führen. Ich glaube, dass vor allem zwei Feststellungen berechtigt sind:

Bei dem weiten Wirkungsgrad jeder journalistischen Tätigkeit scheint mir zuwenig Wert auf eine gründliche zielbewusste Ausbildung des journalistischen Nachwuchses gelegt zu werden. Es gibt wenige Berufe, die grösseres Wissen, stärkere geistige Konzentration und so hohe Verantwortung erfordern nebst vielem technischen Zubehör als der des guten Journalisten. Und wir wissen alle, dass nicht immer diese notwendigen Voraussetzungen vorhanden sind.

Zweitens scheint mir die Selbstkontrolle und die Selbstreinigung des Standes von Schädlingen sehr zu wünschen übrig zu lassen. Ich denke an die grossen Gefahren, die manche Zeitschriften insbesondere für die Jugend bedeuten, und bedauere immer wieder, dass Hersteller und Verbreiter von solchen Machwerken denselben Berufeschutz geniessen sollen, wie ihre so wertvollen und verantwortungsvollen Kollegen, die sich innerlich sträuben, mit diesen auf eine Stufe gestellt zu werden. (Starker Beifall.)

Zusammenfassend wollen wir feststellen, dass unsere Demokratie noch zu jung und zuwenig verankert ist im Bewusstsein der Menschen, als dass wir ohne Risiko alle Unsitten nachahmen können, die in anderen Ländern weniger gefährlich sind.

1/1455 3

4 Wenn ich nun auf die Fragen "Partei und Presse" übergehe, so möchte ich mit einer selbstverständlichen Tatsache beginnen. Keine politische Bewegung kann darauf verzichten, ihr Gedankengut, das sind die Grundsätze ihres Programmes und ihr jeweiliges aktuelles Wollen, möglichst allgemein und mit Nachdruck zu verbreiten. Wie der gesicherte Absatz das Rückgrat jeder wirtschaftlichen Produktion ist, so ist der erfolgreiche Verkauf der Absichten und der gesetzten Taten einer politischen Bewegung die Voraussetzung ihres Bestandes und eines weiteren Bodengewinnes.

Die nächste Frage ist die nach den besten Mitteln der Popularisierung der Ideen und Handlungen der Partei. Hierzu einige ehrliche Worte: Es wird nicht überall erkannt, dass Presse und Propaganda verschiedene Dinge sind. Propaganda fragt nicht nach Gewinn, nicht einmal nach Deckung der Kosten, sie ist eine bewusste Verlustpost, die den indirekten Nutzen in politischen Gewinnen erbringen soll. Die Presse dagegen ist ein kommerzielles Unternehmen, das den Absatz braucht, um bestehen, sich ausbauen und ihre Qualität verbessern zu können. Ist die Parteipresse zu konformistisch, ist sie nur Befehlsempfänger, wird sie an Bedeutung und Absatz verlieren. Auch bei der Parteipresse wird daher die individuelle Gestaltung der Tatsachen, der Probleme, der Aufmachung nicht entbehrt werden können, wenn sie nicht an Anziehungskraft verlieren soll.

Die zunehmende Bedeutung der unabhängigen Presse, die an jeder Statistik abgelesen werden kann, erfordert die Aufmerksamkeit und Beachtung der Partei bzw. der hierfür zustän-

digen Organe in besonderem Masse. Natürlich wird in dieser Presse eine kritischere Beurteilung der Parteipolitik zu finden sein; wenn sie von Sachkenntnis und Objektivität und konstruktiver Absicht getragen ist, sollten wir sie als notwendiges Korrektiv hinnehmen. Fragen wir uns, ob nicht manchmal von Parteiseite böse Absicht und Unobjektivität auch dort vermutet werden, wo echte Sorge um die Gefährdung eines gemeinsamen Zieles die Feder führt. Und irrthümliche Auffassungen oder unrichtige Darstellungen werden nicht durch Verärgerung ausgeschaltet, sondern durch kontinuierlichen persönlichen Kontakt mit der Absicht, auch eine gewisse persönliche Vertrauensbasis herzustellen. Möglichste Presseaufgeschlossenheit sollte die Parole dieses Parteitages sein!

Ich hoffe, Zustimmung zu finden, wenn ich sage: Verstim- mungen, wo immer sie auftreten, werden nie durch Verschweigen, sondern nur durch freundschaftliche Offenheit am besten und dauerhaftesten.

Und nun zu den Folgerungen aus den geschilderten Er- kenntnissen: Für die Partei ergibt sich eine doppelte Not- wendigkeit zu untersuchen:

a) wo die schwachen Punkte in ihren bisherigen Beziehungen zur Presse liegen,

b) welche Massnahmen vorzukehren sind, und diese Schwächen zu beseitigen und das Verhältnis zur Presse auf gesunde und wirksame Grundlagen zu stellen.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, im Detail die vorge- nommenen Untersuchungen des Pressesausschusses vorzutragen und die zur Verbesserung gemachten Vorschläge im einzelnen zu



erwähnen. Sie beziehen sich auf wirtschaftliche Koordinierungs- und Konzentrationsmaßnahmen im parteieigenen Presse-, Verlags- und Druckereiwesen, die auf Grund von in Durchführung befindlichen genauen Bestandsaufnahmen des ÖVP-Pressewesens zu treffen sind. Sie beziehen sich ferner auf eine Einflussnahme bei Absichten, neue periodische Druckschriften herauszugeben, deren Finanzierung nicht einwandfrei gesichert ist.

Die Presseschulung der Funktionäre der Partei wird eine vordringliche Aufgabe der Parteiorganisation sein müssen. Sogar aber die eigene Presse im Dienst der Partei stehen soll, so soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass man nicht vergessen darf, dass die Presse nach kommerziellen Erwägungen zu arbeiten hat.

Bei aller Anerkennung des Eigenlebens der Bünde soll durch eine entsprechende Koordinierung dafür gesorgt werden, dass die Grundsätze der Gesamtpartei und ihre wesentliche Auffassung in aktuellen Fragen deutlich und nachdrücklich der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Es muss auch erreicht werden, dass in den wirtschaftlichen Fragen der Presse zwischen Partei und eigenständigen Bünden Verhandlungen geführt und Abmachungen getroffen werden, die für das Gesamtinteresse der Partei notwendig sind. (Zustimmung.)

Hand in Hand mit der Lösung der Probleme, die auf den Sektor der eigenen Parteipresse bestehen, muß eine klare und für alle Funktionäre und Gliederungen der Partei verbindliche Grundhaltung gegenüber der unabhängigen Presse erarbeitet werden, die durch die Parteiführung als verbindlich zu erklären ist.

Um diese Reformen durchzusetzen, ist es notwendig, die zur Zeit sehr unklaren und ungenügenden Kompetenzen auf dem Presse-sektor in der Partei zu klären und neue Richtlinien festzusetzen, durch die der Bundesparteileitung entsprechende Vollmachten durch den Bundesparteitag eingeräumt werden.

Ich erlaube mir daher, nachfolgenden vom Presseausschuß beschlossenen, von der Bundesparteileitung einstimmig gebilligten und vom Statutenausschuß mitübernommenen Antrag zu stellen:

"Der Abschnitt F Parteipresse des Bundesparteiorganisationsstatutes der Österreichischen Volkspartei in der Fassung der Beschlüsse des Bundesparteitages 1958 wird wie folgt geändert:

§ 46: (1) Angelegenheiten der Pressepolitik werden durch Beschlüsse der Bundesparteileitung, in dringenden Fällen durch Beschlüsse des Bundesparteivorstandes geregelt.

(2) Verantwortlich für die Pressepolitik ist das Generalsekretariat, das sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf einen von der Bundesparteileitung einzusetzenden Presseausschuß und von der Bundesparteileitung zu erteilende Vollmachten stützt.

(3) Das Generalsekretariat bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben des Pressereferates der ÖVP."

Ich bitte um Annahme dieser Anträge, durch die die organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Pressepolitik

der Partei und auch für eine erfolgreiche Entwicklung der Österreichischen Volkspartei in Zukunft geschaffen werden sollen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Ich danke Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner für seinen Bericht. Seinen Ausführungen über die Wichtigkeit und über die Verantwortung der Presse ist, glaube ich, nichts hinzuzufügen. Die Aussprache über seine Anträge erfolgt, wie auch über die anderen Ausschüsse, bei einem späteren Tagesordnungspunkt.

Wir gehen weiter zu Punkt 11:

Bericht des Vorsitzenden des Statutenausschusses.

Ich bitte Herrn Landeshauptmann Krainer, seinen Bericht namens des Statutenausschusses zu erstatten.

Berichterstatter Landeshauptmann K r a i n e r (mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Werte Frauen und Herren! Der Statutenausschuß hat sich in drei Sitzungen eingehend mit der Verfassung der Partei beschäftigt. Es wurden eine Reihe von Anträgen gestellt, die ich die Ehre habe, dem Hohen Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Es ist aber im Statutenausschuß selbst die Auffassung vertreten worden, daß nicht so sehr das Wort, das geschriebene Wort, in den Statuten wesentlich und entscheidend ist für die Entwicklung der Partei, sondern der Geist und die Männer, die die Partei führen. (Zustimmung.) Es wird daher darauf Wert gelegt, eine Konzentration der Macht der Bundesparteileitung herbeizuführen, sodaß eine Ausrichtung aller Organisationen auf die Beschlüsse der Bundesparteileitung erfolgt. Es wird, wie schon meine Vorredner ausgeführt haben, in dem Statut die Frage der

Finanzen eine Festlegung erfahren und ebenso die künftige Pressepolitik.

Eine sehr eingehende Behandlung und Diskussion hat die Frage der Wirksamkeit des Parteivorstandes und seine Zusammensetzung erfordert. Die Meinungen waren hier keineswegs einheitlich. Es wird Sache gerade auch des Bundespartei Vorstandes sein, jenes Instrument - wenn es auch nicht im einzelnen im Statut festgelegt wurde - so herauszubilden, daß es schlagkräftig genug ist, um die Partei, die Organisationen der Partei und ihre Männer zu führen.

Zur Behandlung der Einzelheiten möchte ich die Damen und Herren bitten, den in der Mappe liegenden Vorschlag zur Änderung des Bundesparteiorganisationsstatutes in die Hand zu nehmen. Ich werde die einzelnen Paragraphen nur kurz erklären und dann um die Annahme bitten.

Bevor ich dies tue, will ich zu dem Problem, das einen eigenen Antrag zur Folge hatte und im Statutenausschuss nicht gelöst werden kann, noch kurz etwas sagen - es handelt sich dabei um die künftige Gestaltung unserer Jugendorganisation.

Es ist hier ein Vorschlag vorgelegen, der nicht die Zustimmung des Statutenausschusses finden konnte, weil gerade das Jugendproblem nicht nur das wichtigste für die Partei, sondern, was den organisatorischen Aufbau betrifft, auch das heikelste ist. Ich werde daher, weil diese Frage der Jugendbewegung und der Jugendorganisation eine so entscheidende Rolle spielt, einen eigenen Antrag vorlegen, und der Ausschuss, der hierfür eingesetzt ist und den unsere besten Kräfte begleiten, wird hoffentlich in kürzester Frist in der Lage sein, eine Form der Organisation zu finden, die uns den jungen Nachwuchs in der Partei sichert.

Die Anträge des Statutenausschusses beinhalten im wesentlichen folgendes: § 19) unserer Parteiverfassung wird dahin geändert, dass die Hauptreferate nun nicht mehr in Geltung sein werden.

Im (§ 20) wird der Name für den Finanzreferenten geändert; er wird künftighin Finanzreferent der Partei heißen. An Stelle des Hauptreferenten für Organisation und Propaganda wird der Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs dem Vorstand der Bundesparteileitung angehören.

Zu § 21, Aufgabenkreis der Bundesparteileitung, ist mit zwei Sätzen neu festgelegt, dass die Grundsätze der Partei in der Bundespolitik und die bezüglichen Beschlüsse für alle Parteiorganisationen verbindlich sind. Ausserdem wurde festgelegt, dass die Herbeiführung des Interessenausgleiches in Grundsatzfragen, die mehrere Bundesländer betreffen oder mehrere gesetzlichen Interessenvertretungen berühren, ebenso von der Bundesparteileitung zu behandeln sind und dann auch für die Unterorganisationen verbindlich sein sollen.

§ 22 hat die Mitglieder des Bundespartei Vorstandes festgelegt. Es waren hier verschiedene Meinungen und Auffassungen. Ich hatte die Auffassung vertreten, dass dem Bundespartei Vorstand ein möglichst kleiner Kreis angehören soll. Das war nicht zu erreichen, weil sich einzelne Herren, meiner Meinung nach allerdings unbegründet, ausgeschlossen gefühlt haben. Wir werden den Kreis derer, die sich ausgeschlossen fühlen könnten, nie so gross und so weit ziehen können, dass wir zu einer allgemein befriedigenden Lösung kommen.

Es wird nun dieser Bundespartei Vorstand zusammengesetzt sein aus dem Bundesparteiobmann, dem Bundeskanzler, den Bundesparteiobmann-Stellvertretern - das sind also die drei Bundesobmänner und die Obfrau der Frauenbewegung -, dem Generalsekretär, seinem Stellvertreter, dem Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs, dem Finanzreferenten der Partei, den Generalsekretären der Bünde, 2 Landeshauptmännern beziehungsweise Stellvertretern und 2 Landesparteiobmännern.

Zu § 35 brauche ich nichts zu sagen, hierüber hat Präsident vorher ausführlich berichtet. Es hat nur das, was früher gesagt wurde, in § 35 seinen Niederschlag gefunden.

Ebenso haben wir es für notwendig gefunden - und das ist im § 36 niedergelegt -, die Kontrolle der Gebarung nicht nur nach der ziffermäßigen Ordnung hin durchzuführen, sondern auch die Beurteilung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebarung vorzunehmen und darüber der Landesparteileitung zu berichten.

In § 40 des Statuts wird die Frage des Mitgliedsbeitrages und des Parteischillings neu geregelt.

§ 41 spricht aus, dass die Bünde in den Ländern an die Bürde des Bundes 10 Prozent der Beiträge abzuführen haben, und diese erst an die Bundesparteileitung. Dasselbe gilt für die Frauenbewegung. Hier sind auch Pauschalabfindungen vorgesehen.

Schliesslich wurde § 46 in Hinblick auf die so dringend notwendige Pressepolitik sowohl der Parteipresse als auch der Presse im allgemeinen neu gefasst.

Der Antrag, den ich Ihnen in bezug auf die Jugendkommission vorzulegen habe, hat folgenden Wortlaut:

1.) Zum Studium der Nachwuchs- und Jungwählerfragen wird ein Ausschuss eingesetzt. Dieser soll sich wie folgt zusammensetzen:

Vorsitzender: der Bundesparteiobmann;

Mitglieder: 1. der Generalsekretär der Partei

2. der Generalsekretär-Stellvertreter der Partei

3. der Generalsekretär des ÖAAB

4. der Generalsekretär des ÖNB

5. der Direktor des ÖBB

Ferner: Staatssekretär Franz Grubhofer, LAbg. Franz Wegart, Landesrat Dr. Erwin Wenzl und Oberregierungsrat Karl Haider.

2.) Dieser Ausschuss hat bis spätestens 30.VI.1960 der Bundesparteileitung ein Konzept vorzulegen, das künftighin eine Betreuung des Nachwuchses auf breitester Basis ermöglicht.

3.) Die Bundesparteileitung wird ermächtigt, das vorgelegte Konzept für alle Partei-Instanzen verbindlich zu erklären und die entsprechenden statutarischen Änderungen vorzunehmen.



Damit habe ich mich meiner Aufgabe entledigt. Es fehlt künftighin nicht an den Verfassungsbestimmungen, die wir für die Ordnung in unserer Partei brauchen. Es kommt darauf an - davon sind wir wohl alle überzeugt -, dass wir alle, ob alt ob jung, welcher Stellung wir immer angehören mögen, zusammenhelfen, um diese Partei zu neuen Taten zu führen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Ulrich I l g : Ich danke Herrn Landeshauptmann Krainer für seinen Bericht. Seine Ausführungen haben ihren Niederschlag in den Anträgen gefunden, die jeden einzelnen in der Mappe schriftlich vorgelegt sind.

Bevor wir weiterfahren möchte ich aber über den Kreis der Vorsitzenden der Ausschüsse hinaus auch den Mitgliedern dieser Ausschüsse recht herzlich danken für die umfangreiche Arbeit, die sie in den vergangenen Wochen als Vorarbeit für den heutigen Bundesparteitag geleistet haben.

Bevor wir in die Debatte eingehen, haben noch die Mandatsprüfungskommissionen und die Antragsprüfungskommission ihre Berichte zu erstatten.

Wir kommen also zu Punkt 14 a der Tagesordnung:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich bitte Herrn Bundesrat Eckert, seinen Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Bundesrat Fritz E c k e r t : Wertes Präsidium! Hohr Bundesparteitag! Die Mandatsprüfungskommission hat in ordnungsgemäßer Zusammensetzung, auf Grund der vorgelegten Unterlagen, der Postaufgabenscheine, festgestellt, dass

der 8. ausserordentliche Landesparteitag der Vaterländischen Volkspartei am 28. § 17 des Landesparteiorganisationsstatutes richtig und in Ordnung einberufen wurde.

Die Zusammensetzung wurde gemäss § 18 Abs. 1 lit. a bis i, Abs. 2 lit. a bis c und Abs. 3 überprüft, und es wurde festgestellt, dass 398 Delegierte mit beschliessender Stimme und 147 Delegierte mit beratender Stimme zum 1. Mai 1934 im Landesparteitag einberufen wurden.

1/1520 1

Von den geladenen Delegierten waren anwesend: 340 Delegierte mit beschließender Stimme und 80 Delegierte mit beratender Stimme.

Auf Grund des Überprüfungsergebnisses wird festgestellt, daß der 8. außerordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei statutengemäß einberufen wurde und beschlußfähig ist. Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Ich danke für den Bericht. Sie haben aus den Ausführungen entnommen, daß der Bundesparteitag rechtmäßig ausgeschrieben und ordnungsgemäß einberufen und besetzt ist. Ich erkläre deshalb den Bundesparteitag statutengemäß für beschlußfähig.

Ich bitte nun noch zu Punkt 14 b um den

Bericht der Antragsprüfungskommission.

Herr Nationalrat Dipl.-Ing. Strobl hat das Wort.

Berichterstatter Nationalrat Dipl.-Ing. S t r o b l :

Hoher Bundesparteitag! Der Beschluß der Antragsprüfungskommission, über den ich zu berichten die Ehre habe, hat folgenden Wortlaut:

"Der 8. außerordentliche Bundesparteitag wurde zur Bewältigung besonderer Probleme einberufen, die im Statutenausschuß, Presseausschuß, Finanzausschuß und Aktionsausschuß behandelt wurden. Es sind daher keine Anträge zum Bundesparteitag eingefordert und es ist kein Termin zur Einbringung solcher Anträge ausgeschrieben worden. Etwaige einlangende Anträge werden, sofern sie nicht ohnedies in den genannten Ausschüssen behandelt wurden, der Bundesparteileitung zugewiesen."

Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, diesen Beschluß zur Kenntnis zu nehmen. Er ist in einer Niederschrift zusammengefaßt, die ich hiemit dem Präsidium überreiche. (Der Redner übergibt die Niederschrift. - Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Wir haben den Bericht der Antragsprüfungskommission zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zu Punkt 9:

Debatte.

Bevor wir in die Debatte eingehen, darf ich vielleicht einige Bestimmungen der Geschäftsordnung bekanntgeben. In § 10 Abs. 2 heißt es: Die Reihenfolge der Debattenredner richtet sich nach der Reihenfolge der Wortmeldung. In der Debatte soll<sup>sich</sup>/in der Regel kein Delegierter öfter als zweimal am selben Gegenstand beteiligen. Die Sprechzeit soll in der Regel nicht mehr als zehn Minuten dauern. Was die Wortmeldungen betrifft, bitte ich, dieselben schriftlich hier beim Präsidium abzugeben.

Ich darf vielleicht vorausschickend auch schon bezüglich der Abstimmung bekanntgeben, daß dieselbe durch Erheben der Delegiertenkarte erfolgt, wenn nicht jemand ausdrücklich beantragt, daß eine schriftliche Abstimmung erfolgen soll.

Was beabsichtigte Anträge betrifft, möchte ich noch wiederholen, was schon vormittag gesagt worden ist: Allfällige Anträge wären schon früher einzubringen gewesen, damit sie die Antragsprüfungskommission untersuchen hätte können. Es ist also nicht möglich, daß jetzt bei der Behandlung im Plenum noch Abänderungs- oder Ergänzungsanträge gestellt werden. Anträge können sich lediglich auf die Art des Abstimmungsmodus beziehen, darauf, ob getrennte Abstimmung über irgendwelche Punkte erwünscht ist,

welchen Wunsche absolut entprochen werden kann.

Wir gehen also nun in die Behandlung des Punktes 9 ein. Als erster hat sich zum Wort gemeldet die Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung, Frau Nationalrat Solar. Ich erteile ihr das Wort.

Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung

Nationalrat Lola Solar (mit Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Die vier Ausschüsse, von denen jetzt berichtet wurde, sind von Mitgliedern der Bundesparteileitung besetzt worden; daher war nicht in jedem Ausschuss eine Frau vertreten. Ich möchte darum auf einen Fehler hier hinweisen. Bei der Aufstellung des Ausschusses für Jugendfragen fehlt daher auch die Vertretung der Frauen.

Ich glaube, dass unter den Jungwählern zumindest so viele weibliche wie männliche Wähler sind, wenn nicht mehr. Es wäre deshalb angezeigt, dass neben den Vertretern der Bünde auch eine Vertreterin der Frauen in diesen Ausschuss aufgenommen wird. Ich bitte daher, bei der Abstimmung diese Ergänzung aufzunehmen. (Beifall bei den Frauen.)

Landtagsabgeordneter Dr. K a a n (Graz): Hoher Bundesparteitag! Meine Herren! Mich veranlasst zur Wortmeldung der § 21 der Statuten, deren Änderung Herr Landeshauptmann Krainer Ihnen eben vorgetragen hat. Ich darf dazu etwas weit ausholen.

Als Churchill den Begriff des Eisernen Vorhanges in den Wortschatz der Politik eingereicht hat, haben wir alle damit die Vorstellung eines wirklichen eisernen Kerkervorhanges verbunden, der also brachial den Zuscherraum von der Bühne trennt, sodaß keine geistige und auch keine körperliche Kommunikation bestehen kann, dass kein Wort, kein Gedanke, aber auch kein Feuer herüberschlagen kann - ebenso wenig hinüber, denn nicht wir haben den Eisernen Vorhang errichtet, sondern die andere Seite. Dennoch hat uns diese Vorstellung

des Eisernen Vorhangs ein gewisses Sicherheitsgefühl gegeben. Das kann nicht bestritten werden.

Diese Vorstellung vom Eisernen Vorhang ist aber schon längst falsch geworden. Wir sind dazu verleitet worden, daran festzuhalten, weil der Anblick des Minengürtels von der Ostsee bis fast zu der Adria wirklich die Ansicht aufrechterhalten muss, dass keine Kommunikation stattfindet. Tatsächlich ist aber dieser Eiserner Vorhang schon vielfach durchlöchert. Sie kennen ja die Kulturoffensive des Ostens. Denken Sie an die Festivals, denken Sie an die Fremdenverkehrswerbung usw. Aber ich meine, dass dieser Vorhang sich auch schon geistig aufzulösen und vielleicht zu verschieben beginnt. Es mag noch ungewiss sein, ob er nach dem Osten oder nach dem Westen wandert. Pessimistische Auffassungen sprechen davon, dass er nach dem Westen wandert. Das ist eine böse Echaupung, eine gefährliche Behauptung, und sie bedarf der Untersuchung. Ihr seien meine Worte gewidmet.

Worin haben wir in geistiger Hinsicht immer den wesentlichen Unterschied zwischen hüten und drüben gesehen? In der Freiheit und in der Menschenwürde gegenüber der Unfreiheit, wie wir sie drüben sehen; in Eigentumsbegriff, wie wir ihn haben, und in Kollektiv, wie es drüben verwirklicht ist; und letzten Endes in der Rechtsstaatlichkeit, an der wir festhalten und an die wir glauben, während drüben der Machtstaat in Willkür arbeitet.

Untersuchen wir daher, ob dieses Hüben und Drüben wirklich noch so gilt, insbesondere ob Eigentum und Rechtsstaatlichkeit bei uns im gleichen Maße noch aufrechterhalten sind, wie wir sie als Voraussetzung unseres Staates genommen haben.

Gestatten Sie mir einige Beispiele.

Der Ausgangs- und Anfangspunkt ist die erste Erbsünde, das 1. Verstaatlichungsgesetz. Es ist heute eine historische Tatsache, die wir hinnehmen müssen und die aus dem Drang der damaligen Zeit zu verstehen ist. Es ist nur bitter, dass man damals nicht mehr historisch gedacht und gemerkt hat, dass die Sozialistische Partei ihren wesentlichen Programmpunkt, nämlich die Verstaatlichung der Urerzeugung und der Schwerindustrie, auch schon in der Geburtsstunde der Ersten Republik mit dem Schwindel der drohenden Überfremdung begründet hat. Ganz den gleichen Schwindel hat sie ja jetzt wieder aufgeführt, indem sie behauptet hat, es sei notwendig, zu verstaatlichen, damit die Russen nicht darauf greifen. Den Zugriff der Russen hat sie damit nicht verhindert, aber die Verstaatlichung hat sie durchgesetzt.

Das erste böse Kind dieser Sünde war das 2. Verstaatlichungsgesetz, und da kann in gewissem Sinn die Sonderschuld der ÖVP nicht geleugnet werden, denn bei diesem 2. Verstaatlichungsgesetz hat der erste Regierungsentwurf eine Mindestgrenze von 1000 kW enthalten, also nur grosse Werke erfassen wollen, diese Grenze wurde bei der ersten Beratung auf 500 kW herabgesetzt und dann auf Verlangen des damaligen Nationalrates und jetzigen Landeshauptmannstellvertreters Müllner auf 200 kW gesenkt. Damit wurde der Bereich der zu verstaatlichenden Werke ausserordentlich ausgedehnt. Das wurde, wenn ich richtig unterrichtet bin, damit begründet, dass man sagte, es sei in der Nazizeit schon so manches von den E-Werken, die jetzt die Landesgesellschaft bilden, aufgesaugt worden und man soll es nicht zurückgeben müssen.

Dann kam ein weiteres böses Kind des ersten Sündenfalls, die berühmte Amstettner Affäre, die meines Wissens 1951 oder 1952 war,



nachdem der Bundesparteitag schon feierlich beschlossen hatte, es dürfe keine weiteren Verstaatlichungen geben. Sie erinnern sich, dass damals mit Gendarmerieassistenz versucht wurde, das Amstettner Werk, welches ohnedies einer Gemeinschaft gehörte, der NEWAG einzuverleiben.

Das dritte Kind dieser Sünde - vielleicht das schwerste - ist das niederösterreichische Landesgesetz, welches an jenem schwarzen Freitag, dem 19. 12. - warum er ein schwarzer Freitag ist, werde ich mir noch zu erläutern erlauben -, beschlossen wurde. Der Ehrgeiz der treibenden Kräfte war nicht zu bändigen, und man beschloss ein Gesetz, das rüder als das rüdeste Enteignungsgesetz war, denn in diesem niederösterreichischen Landesgesetz ist bekanntlich gar keine Untergrenze für den Eigentumszugriff gesetzt, sodass man, wie ein Scherzwort sagt, auch eine Taschenlampenbatterie damit verstaatlichen kann, aber jedenfalls auch ein E-Werk von 1 bis 2 kW. Es war also ein Griff an die Gurgel auch des kleinsten Mannes. Dass diesmal die allgemeine Empörung zur Wirkung gekommen ist, ist sehr zu begrüßen. Es wurde bekanntlich dieses Gesetz von der Bundesregierung einhellig beeinsprucht - einhellig musste das geschehen -, und zwar mit der verfassungsrechtlichen Begründung, dass damit ein ganzer Stand verstaatlicht würde, nämlich der Stand, der in Niederösterreich Energie erzeugt. Mir wäre es lieber gewesen, wenn deutlich ... (Ruf: Das ist vollkommen unrichtig, was Sie da erzählen!) Ich bin in der Lage, es nachzuweisen, dass der Einspruch ... (Weitere heftige Zwischenrufe.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Darf ich einen Augenblick um Aufmerksamkeit bitten. Ich möchte den Redner am Redner-

pult darauf aufmerksam machen, dass heute vor allem Fragen der Parteifinanzien, der Statuten und der Presse zur Diskussion stehen, während morgen allgemeine Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden können. Ich bitte daher, sich möglichst kurz zu fassen.

Dr. K a a n (fortsetzend): Mein Gedankengang geht dahin, daß diese Vorkommnisse, von denen ich noch einige andere aufzählen werde, eine Verletzung der Grundsätze der Partei dargestellt haben und daß es daher notwendig sein wird, das Partiestatut dahin zu ergänzen, daß die Wahrung der Parteigrundsätze durch den Parteivorstand gesichert erscheint. (Lobhafter Beifall.)

Gegenüber dem Zwischenrufer darf ich festhalten, daß ich jederzeit in der Lage bin, darzutun, daß die Beeinträchtigung durch die Bundesregierung deswegen erfolgt ist, weil Gewerbeinteressen zu schützen waren in dem genannten Umfang.

Ich darf nun, um mich kurz zu halten, da ich dies als einen Ruf zur Sache angesehen habe, erwähnen, daß das Vorgehen des Burgenlandes gleiches Aufsehen erregt hat und daß auch darin ein Verstoß gegen die Grundsätze der Partei erblickt wurde. Ich will mir hier nicht ein Urteil anmaßen, weil ich die taktischen Erwägungen nicht vollkommen kenne. Die Vorkommnisse waren aber, kurz geschildert, die: Am 28. Feber um 8 Uhr früh wurde den Vertretern der Newag und der Steweag ein Bescheid zugestellt mit dem Inhalt, daß deren Anlagen, soweit sie sich auf burgenländischem Gebiet befinden, von der Bewag übernommen werden, was auch tatsächlich zur gleichen Stunde mit Gendarmorleansassistenten geschah. Diesem Bescheid war die aufschiebende Wirkung hinsichtlich einer Berufung aberkannt.

Dieser Bescheid wurde dann im Berufungswege durch das Bundesministerium nach sechs Monaten aufgehoben, worauf der Landtag am 15. September ein Gesetz beschloß, das am 23. Dezember verlautbart wurde. In diesem Gesetz wurde die Verstaatlichung tatsächlich im Sinne des zweiten Verstaatlichungsgesetzes oder analog zu diesem durch Autorisierung der Bewag mit einer Legalenteignung ausgesprochen.

Ich führe hier nur die Tatsachen an. Ich bin der Meinung, daß keine taktische Erwägung einen derartigen Verstoß gegen unseren Eigentumsbegriff und unsere Grundsätze zugelassen hätte.

Nun komme ich zu Maßnahmen auf der Bundesebene zu sprechen. In beiden Verstaatlichungsgesetzen war ausdrücklich die angemessene Entschädigung zugesagt. Der Verfassungsgerichtshof hat mit Recht erklärt, diese Zusage ist die Entschädigung. Tatsächlich hat die Entschädigung durch die beiden Verstaatlichungsentschädigungsgesetze 9 beziehungsweise 14 Jahre auf sich warten lassen.

Gegen das erste Verstaatlichungsentschädigungsgesetz haben sich schwere Bedenken erhoben, die auch grundsätzlicher Natur waren, weil es ein Maßnahmegesetz ist und es einheitlich ein schematisches Vielfaches für jede Aktie vorsieht. Meine Damen und Herren! Das wäre das gleiche, wie wenn man bei einem Straßenbau oder bei einem Eisenbahnbau pro Quadratmeter drei Schilling als Entschädigung bezahlte, egal, ob es ein Wald, ein Ödland, ein Sumpfland oder ein Bauland ist. Es haben sich also verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich des Grundsatzes des Eigentumschutzes und der Gleichheit ergeben.

Der Nationalrat hat nun an diesem "Schwarzen Freitag", am 19. Dezember 1959, das zweite Verstaatlichungsentschädigungsgesetz mit dem gleichen Schema und nur einer kleinen Steffellung beschlossen. Die Regierungsvorlage enthielt noch keinen § 12. Dieser § 12 wurde dann im Budgetausschuß angefügt. Darin sehe ich den schwersten Verstoß gegen die Grundsätze unserer Partei.

Bei allen Bedürfnis, zur Sache zu sprechen, muß ich es kurz erläutern. Dieser § 12 enthält die sogenannte authentische Aus-

legung, mit den ganz kurzen Worten überschrieben: "Authentische Auslegung - Verfassungsbestimmung. Die Entschädigungen des ersten und des zweiten Verstaatlichungsgesetzes entsprechen der Verfassung." Das heißt, sie entsprechen den in der Bundesverfassung, Artikel II und VII, und im Artikel V des Staatsgrundgesetzes vorgesehenen/Grundsätzen des Eigentumsschutzes, der Gleichheit und der Gewaltentrennung.

Damit hat der Nationalrat etwas gemacht, was seit 150 Jahren nicht geschehen ist und meines Wissens als Verfassungsbestimmung noch niemals gemacht wurde. Er hat, offenbar vom schlechten Gewissen hinsichtlich des 1. Verstaatlichungsgesetzes bestimmt, einer diesbezüglichen Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vorgegriffen. Es war im Drang und in der Hitze der vorweihnachtlichen Gesetzesbeschlüsse. Nur so ist es, meine Damen und Herren, zu verstehen, dass folgendes dabei nicht bedacht wurde. Es wurde dabei nämlich nicht bedacht, dass man doch ein Gesetz niemals auslegen kann, während man es beschliesst. Denn wenn es auslegungsbürftig wäre, könnte man ihm ja einen deutlicheren Wortlaut geben. Tatsächlich wurde also nicht das ~~Entschärfungsgesetz~~ Entschärfungsgesetz, sondern die Verfassung ausgelegt.

Nun ist es nach allgemeiner Lehre die Folge einer Auslegung durch den Gesetzgeber, dass sie Allgemeinwirkung hat. Wenn also der Verfassungsgesetzgeber sagt: Der Gleichheitsgrundsatz gilt hier nicht! Der Eigentumsgrundsatz gilt hier nicht!, so kann auch in anderen Fällen darauf berufen werden. Ausserdem ist unser föderalistisches Prinzip in der Verfassung durch den Artikel 140 verankert, indem jede Landesregierung ein Bundesgesetz anfechten kann, so wie die Bundesregierung jedes Landesgesetz anfechten kann, und zwar vor dem einzig zuständigen Forum, dem Verfassungsgerichtshof. Wenn nun der Verfassungsgesetzgeber diesen Schutz der Verfassung vor dem Gesetzgeber von sich aus damit illusorisch macht, dass er selbst auslegt, greift er diesem Urteil des Verfassungsgerichtshofes vor und schliesst die Länder und die

anderen berufenen Stellen von der Anrufung des Verfassungsgerichtshofes aus.

Jede authentische Interpretation durch den Gesetzgeber ist eine Willenserklärung. Er erklärt damit nicht: Ich weise es besser!, sondern: Ich will es so! Diese Willenserklärung hat Fernwirkung nach allen Richtungen. In diesem Falle bei genauester Untersuchung die Wirkung einer Gesamtänderung der Verfassung. Warum? Weil er die drei Prinzipien unserer Verfassung angreift. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz ist die Grundlage der Demokratie. Das Prinzip der Kontrolle der Organe ist das Prinzip des Föderalismus. Und letztlich ist die Anrufbarkeit des Verfassungsgerichtshofes die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit, die die beiden anderen Prinzipien erst zur Vollendung bringt.

Wenn nun ein Akt des Verfassungsgesetzgebers an diesen Prinzipien durch die erstmalige authentische Interpretation einer Verfassungsbestimmung rüttelt, so ist das eine Gesamtänderung der Verfassung, die der Volksabstimmung zu unterziehen gewesen wäre. Sie können begreifen, dass diese Verletzung der Grundsätze tiefstes Unbehagen hervorzurufen geeignet ist. Das, was Sie da oben gelesen haben: *fundamentum regnorum iustitia*, gilt für jedermann, wer immer Regni sind, auch in der Republik. (Beifall.)

Ich bin daher der Meinung, dass kein Zweck die Mittel heiligen könnte. Wir geben uns einer Täuschung hin, wenn wir glauben, 15 Jahre solcher Tätigkeit sind ohnedies von den Wählern ruhig hingenommen worden. Meine Herren! Das sagen uns die Wähler nicht, das können sie uns nicht sagen.

Aber wir müssen uns wenigstens bewusst sein, und ich mache von dem Rechte Gebrauch, auf das, Herr Landeshauptmann Gleißner, glaube ich, angespielt hat, man soll offen aussprechen; Meine Herren! Ich mache niemandem von denen, die das getan haben, einen Vorwurf. Einziger Zweck meiner Rede ist das, ein Mittel zu suchen, damit das verhindert wird. Und ich sehe in der vorgesehenen Änderung der Satzungen ein solches Mittel.

Jeder von uns, der in der Öffentlichkeit tätig ist, weiss ja, dass er unter dem Brand der augenblicklichen Umstände, Zeitnot und andere gewöhnliche Gründe, einen Fehler begehen kann. Sogar auch die Steiermark kann einen Fehler begehen. (Heiterkeit.) Aber wenn ein kontrollierendes Organ da ist, dann wird es eben rechtzeitig sein Nein entgegensetzen. Ich glaube daher, dass es richtig ist, wenn jetzt eine Trennung vorliegt, wo das kontrollierende Organ auch die Exekutive bekommt und selbstverständlich in den entscheidenden Momenten sein Nein zu sagen hat.



Ich bin nämlich davon überzeugt, dass die Kräfte, die in der ÖVP vorhanden sind, tatsächlich wieder zu den Grundlagen unserer Grundsätze zurückfinden werden. Ich bin aber ausserdem auch davon überzeugt, dass alles Üble auch sein Gutes hat. Jede schlechte Tatsache hat auch ihre gute Seite. Ich kann feststellen, dass diese Vorkommnisse doch immer - Sie alle haben es erlebt - Männer und Kräfte auf den Plan riefen, die sich bisher abseits gehalten haben. Es sind Männer darunter, die nicht etwa einen Sonnenplatz auf den politischen Bänken suchen, sondern die einzig und allein den Wunsch haben, für sich, für die Kinder und Kindeskinde zu verhindern, dass Österreich in eine Nacht ohne Sonne versinkt. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Wir nehmen zur Kenntnis, dass der letzte Redner mit seinen Ausführungen zum Ausdruck bringen wollte, dass eine bestimmte vorgeschlagene Änderung der Statuten von ihm begrüsst wird. (Weiterkeit.) Im übrigen bitte ich aber die künftigen Debatteredner, besonders zu beachten, dass die Behandlung allgemeiner Wirtschaftsprobleme mehr in die morgige Debatte hineinpasst.

Wir fahren weiter. Abgeordneter Haumann aus Bregenz hat das Wort.

Abg. Haumann (Bregenz): Hoher Bundesparteitag! Ich habe vor, zu zwei Berichten, die hier vorgebracht wurden, zu sprechen, zum ersten zum Bericht des Prozedurausschusses und zum zweiten im Auftrag der Vorarlberger Delegierten zum Bericht des Statutenausschusses.

Zum ersten: Der Herr Landeshauptmann Gleißner hat auf die brennende Frage des Journalistennachwachses hingewiesen. Wenn

ich richtig unterrichtet bin, ist die Arbeit des Presseaus-  
schusses nicht zu Ende und wird fortgeführt. Einen Antrag kann  
man hier nicht stellen. Ich glaube daher und würde Sie bitten,  
dem zuzustimmen, dass der ausserordentliche Bundesparteitag  
diesen Presseausschuss bitten sollte, dass er dieser Frage des  
journalistischen Nachwuchses nicht nur sein ganzes Interesse  
zuwendet, sondern auch versucht, zu systematischen Massnahmen  
zu kommen, die wirklich Abhilfe bringen können.

Und nun zum zweiten: Meine Damen und Herren, wie ich schon  
gesagt habe, ein Auftrag der Vorarlberger Delegierten. Herr  
Landeshauptmann Krainer hat über die meritorischen Statutenän-  
derungen hinaus namens des Statutenausschusses einen Antrag be-  
züglich der Schaffung <sup>eines</sup> Ausschusses für Nachwuchs- und Jungwähler-  
fragen gestellt. Dieser Antrag besteht aus drei Teilen:

1. Einsetzung eines Ausschusses zum Studium;
2. Terminisierung der Arbeiten dieses Ausschusses;

damit kann man einverstanden sein, aber nun heisst es im Antrag:

"3. Die Bundesparteileitung wird ermächtigt, das vorgelegte  
Konzept für alle Partei-Instanzen verbindlich zu erklären und  
die entsprechenden statutarischen Änderungen vorzunehmen."

Ich muss Ihnen mitteilen, dass die Delegierten Vorarlbergs  
gegen diesen letzten Nebensatz schwerste Bedenken anmelden, und  
zwar deswegen, weil nach § 19 des geltenden Statutes für die  
Beschlussfassung über das Parteiprogramm und über das Bundespar-  
teilorganisationsstatut sowie für deren allfällige spätere Ände-  
rungen ausschliesslich der Bundesparteitag zuständig ist.

1/1550 1

Ich möchte Sie daher bitten, unserer Auffassung beizutreten, daß eine solche Ermächtigung statutenwidrig ist. Sollte der Bundesparteitag wider Erwarten sich dieser Ansicht nicht anschließen, so bitte ich den Herrn Vorsitzenden, über diesen Punkt getrennt abzustimmen. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Landesheuptmann I. L. G. : Als weiterer Debattenredner ist gemeldet Herr Dr. FINDER, Österreichische Jugendbewegung. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Dr. FINDER (Österreichische Jugendbewegung): Hoher Bundesparteitag! Als Sprecher der Delegierten der Österreichischen Jugendbewegung möchte ich den Antrag des Statutenausschusses auf Einsetzung eines Ausschusses zum Studium der Nachwuchs- und Jungwählerfragen grundsätzlich begrüßen, obwohl es an sich bedauerlich ist, daß nicht bereits heute der außerordentliche Bundesparteitag in dieser wichtigen Frage Beschlüsse faßt. Der nächste Bundestag der Österreichischen Jugendbewegung wird sich mit dem Problem beschäftigen und dem Ausschuß auch entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Prinzipiell wird der Ausschuß aber eine klare Linie der Österreichischen Volkspartei zum Nachwuchs- und Jugendproblem festzulegen haben, die dann auch für alle Parteigliederungen verbindlich zu sein hat. Entweder muß der § 7 des derzeitigen Bundesparteiorganisationsstatutes, nachdem die Österreichische Jugendbewegung die Jugendorganisation der ÖVP ist und ihr die politische Vertretung der jungen Generation im Rahmen der Gesamtpartei ohne Rücksicht auf Berufszugehörigkeit zukommt, endlich mit Realität ausgestattet werden, oder es ist festzustellen, daß auf Grund einer ungenügenden bisherigen Entwicklung in den Jugend- und Nachwuchsfragen eine neue Linie zu suchen ist.

Es erscheint uns auch dringendst notwendig, daß dieser Ausschuß der ÖVP ein klares Konzept einer österreichischen Jugendpolitik unterbreitet. Mit gelegentlichen Sonntagsreden zu Jugendproblemen oder mit Wahlaufrufen allein wird die junge Generation nicht für die ÖVP gewonnen werden können.

Zur personellen Zusammensetzung des Ausschusses, zu der sich auch bereits die Frauenbewegung zu Wort gemeldet hat, wird vorgeschlagen, neben dem Bundesobmann der Jugendbewegung auch noch mehrere Vertreter der Jugendbewegung, vor allem auch aus dem Funktionärskorps der Bundesländer, beizuziehen, um eine entsprechende Vertretung der Jugendfragen innerhalb dieses Ausschusses zu gewährleisten.

Es ist zu begrüßen, daß dieser Ausschuß im Interesse der Zukunft der Partei eine ersprießliche Arbeit leistet und die neue Parteiführung dann die Jugend- und Nachwuchsfragen mit allem Nachdruck in der Gesamtpartei betreiben wird. Ich danke.  
(Beifall.)

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. B o g k :

Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann Gleißner hat heute in seinem Referat Bezug genommen auf die in den Tageszeitungen erschienene Meldung, daß eine Dienststelle der Bundesgebäudeverwaltung II eine Anordnung herausgegeben hat, derausfolge den Landeshauptleuten und Bürgermeistern das Recht genommen worden wäre, die Beflaggung von Bundesgebäuden zu veranlassen.

Zunächst stelle ich fest, daß ich das selber erst heute zu meiner eigenen großen Verwunderung in der Zeitung gelesen habe. (Heiterkeit.) Es liegt hier anscheinend ein Mißverständnis einer nachgeordneten Dienststelle der Bundesgebäudeverwaltung II vor.

1/1550 3

In der diesbezüglichen Präsidialerinnerung des Handelsministeriums an die nachgeordneten Dienststellen wird geregelt, wann und unter welchen Voraussetzungen seitens des Handelsministeriums eine Anordnung zur Beflagung von Dienstgebäuden erfolgt. Es heißt dann im letzten Absatz: "Hinzugefügt wird, daß das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau nur zur Anordnung der Beflagung der Dienststellen des hierortigen Ressorts zuständig ist und daher Beflagungsaufträge an Dienststellen, die anderen Ressorts unterstehen, unzulässig sind."

Das scheint mißverstanden worden zu sein. Ich stelle also authentisch fest, daß es niemals eine solche Verfügung gegeben hat und daß mithin die Kompetenz der zuständigen Stellen wegen der Beflagung der Gebäude nach wie vor selbstverständlich unberührt bleibt. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Das wird zur Kenntnis genommen.

Nun hat Herr Staatssekretär Hasenauer das Wort.

Staatssekretär H a s e n a u e r : Sehr geehrter Bundesparteitag! Ich spreche zum Kapitel Finanzen. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, wir brauchen Kapital, Kapital und wieder Kapital.

Wir sind die Kapitalistenpartei, haben aber kein Kapital.

Herr Präsident Gorbach hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, von wo und wie das Geld hereinzukommen hätte. Die Karte hör ich wohl, aber mir fehlt der Glaube. Unsere Organisation ist viel zu schlapp, unsere Organisation in den Ortsgruppen. Wir müssen nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch die Wähler erfassen. Wenn uns das gelingt, dann wird die Partei auch Geld haben, dann wird es möglich sein, auch für die Partei das Nötige aufzubringen.

Mit den Finanzsorgen hängt ja letzten Endes die Pressefrage zusammen. Wenn die Finanzsorgen behoben sind, werden wir auch eine Presse haben. Ich möchte dem Finanzausschuss vielleicht einen kleinen Tip geben, der eventuell berücksichtigt werden könnte. Wir haben ja gegen unseren Willen einen 14. Monatsgehalt bekommen. Ich möchte den Finanzausschuss fragen, ob er diese Frage untersucht hat und ob es nicht möglich wäre, gerade von diesem 14. Monatsgehalt eine erhöhte Mandatsabgabe für die Partei hereinzubringen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Ulrich I l l : Wir kommen zum Schlusswort der Berichterstatter.

Herr Präsident Dr. Gorbach und Herr Landeshauptmann Dr. Gleisner verzichten.

Ich möchte Herrn Landeshauptmann Krainer bitten, noch zu den vorgebrachten Zusatzenträgen Stellung zu nehmen. In dem Zusammenhang will ich noch einmal aufmerksam machen, dass ich als Vorsitzender keine Zusatzenträge der einzelnen Debattierenden entgegennehmen kann. Sollen wir sie berücksichtigen, müssten sie sich die betreffenden Ausschüsse zu eigen machen. Ich bitte also den Landeshauptmann Krainer, sich zu äussern.

Berichterstatter Josef Krainer (Schlusswort):

Ich nehme den Antrag der Frau Abgeordneten Solar auf und be-  
entrage, dass auch die Frau Abgeordnete Solar diesem Aus-  
schuss für Jugendfragen beigezogen wird. (Beifall.)

Zu dem Antrag des Abgeordneten Naumann möchte ich einen  
Vermittlungsantrag stellen, und zwar, den Satz so zu ändern,  
dass es unter Punkt 3 zu § 7 heißt: "Die Bundespartelleitung  
wird ermächtigt, das vorgelegte Konzept für alle Partei-  
instanzen verbindlich anzuwenden so lange, bis der nächste  
Parteitag die entsprechenden statutarischen Änderungen be-  
schliesst." Ich danke.

Vorsitzender Landeshauptmann Ulrich Ill: Wir kommen  
also zur Abstimmung über die von den Ausschüssen des Parteitags  
vorgelegten Anträge auf Abänderung der Statuten. Wir werden,  
wie ich schon angekündigt habe, die Abstimmung in der Form  
vornehmen, dass die Delegierten durch die Erhebung der Dele-  
giertenkarte ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen. Ich bitte  
also, sich die Delegiertenkarte zurecht zu legen. (Ruf: Bitte  
zur Geschäftsordnung!)

Es hat sich ein Herr zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich  
bitte ihn.

Dr. F i n d e r (Österreichische Jugendbewegung): Als  
Sprecher der Jugendbewegung habe ich vorgeschlagen, neben  
dem Bundesobmann noch mehrere Vertreter der Jugend, insbe-  
sondere aus den Bundesländern, dem Ausschuss beizuziehen.  
Landeshauptmann Krainer ist nicht auf diese Frage eingegangen.

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Wir nehmen zur Kenntnis, dass er sich nicht in der Lage gesehen hat, diesen Antrag zu seinem zu machen. Ich kann das nicht als einen Antrag des Statutenausschusses betrachten und auch nicht zur Abstimmung bringen.

Ich lasse aber immerhin paragraphenweise abstimmen. Wir kommen somit zu den vorgeschlagenen Änderungen des § 19. Wer diesen vorgeschlagenen Änderungen zustimmt, den bitte ich, mit der Delegiertenkarte ein Zeichen zu geben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den vorgeschlagenen Änderungen des § 20. Ich brauche sie nicht zu verlesen, es hat ja jeder den Antrag vor sich liegen. Wer diesen Abänderungen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Ich danke schön. Wer ist dagegen? - Niemand. Angenommen.

Wir kommen zu den Abänderungen des § 21 über die Grundsätze der Partei in der Bundespolitik, die die Bundesparteileitung festzulegen hat. Wer die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Karte. - Danke schön. Gegenprobe. - Niemand. Angenommen.

Wir kommen zur Zusammensetzung des Bundesparteivorstandes, § 22. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Niemand. Angenommen.

Wir kommen nun zu den Abänderungen des § 35, betreffend den Finanzreferenten und die übrigen Referenten. Wer diesen Anträgen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Karte. - Gegenprobe. - Angenommen.



§ 40: Ich bitte um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenprobe. - Angenommen.

§ 41: Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung mit der Karte. - Gegenprobe. - Eine Stimme dagegen. Angenommen.

Schliesslich erhält auch der § 46 eine neue Fassung. Wer dieser beantragten Abänderung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Karte. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einstimmig angenommen.

Nun kommen wir noch zu dem Antrag des Statutenausschusses, betreffend die Vorsorge auf dem Gebiete der Jugendbewegung, wobei einerseits der Statutenausschuss den Zusatzantrag der Österreichischen Frauenbewegung zu dem seinen gemacht hat, sodass ich das als in dem Antrag inbegriffen betrachte. Es ist nun auch gleichzeitig zu Punkt 3 ein Vermittlungsvorschlag gemacht worden, aber dessen ungeachtet eine getrennte Abstimmung beantragt. Ich würde also bei dem letzten Antrag auf Seite 5 vorerst die Punkte 1 und 2 mit dem übernommenen Antrag, betreffend die Österreichische Frauenbewegung, zur Abstimmung bringen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke schön. Wer ist dagegen? - 5 Stimmen habe ich gezählt. Angenommen.

Wir kommen zur getrennten Abstimmung über den Punkt 3, und zwar nehme ich den Antrag des Obmannes des Statutenausschusses, der besagt, dass der letzte Satz wegen der Statutenänderung nicht mehr eine Ermächtigung darstellt, sondern dass die Verbindlichkeit nur bis zu dem Zeitpunkt besteht, an dem ein ordentlicher Delegiertentag die Satzungen ändert, als den nunmehrigen Antrag des Statutenausschusses an.

Dessenungeachtet ist beantragt, über den letzten Satz: " ... und die entsprechenden statutarischen Änderungen vorzunehmen", getrennt abzustimmen. Das besteht aber in dem Sinn nicht mehr zu Recht. Ich stelle deshalb die Frage an den Antragsteller aus Vorarlberg, ob er seinen Antrag aufrechterhält.

Landespartei sekretär N a u m a n n (Vorarlberg): Ich bin mit der Änderung einverstanden!

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Also der Antrag wird zurückgezogen. Dann kann ich über den Punkt unter einem abstimmen lassen. Wer diesem Punkt mit der vom Obmann des Ausschusses vorgeschlagenen Änderung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Ungefähr zehn Stimmen sind dagegen. Damit sind die Anträge mit den vorgesehenen Änderungen angenommen.

Damit ist das heutige Arbeitspensum beendet. Ich danke allen Referenten noch einmal, vor allem auch den Debattenrednern, und möchte nun bekanntgeben, daß der außerordentliche Bundespartei-tag morgen vormittag pünktlich um 9 Uhr fortgesetzt wird. Ich bitte also, schon etwas vor 9 Uhr hier zu sein. Morgen wird das Aktionsprogramm zur Verhandlung kommen. Die diesbezüglichen Entwürfe werden morgen in der Früh ausgeteilt. Sie sind gestern noch einer letzten Redaktion unterzogen worden und konnten deshalb erst heute vervielfältigt werden. Sie werden also morgen an die Delegierten ausgeteilt.

Damit erkläre ich die heutige Sitzung für geschlossen.  
Fortsetzung ist morgen um 9 Uhr.

Unterbrechung der Verhandlungen: 16 Uhr 10 Minuten.  
=====

Wiederaufnahme der Verhandlungen: 9 Uhr 15 Minuten  
 =====

Vorsitzender Landesparteiobmann Nationalrat H a r t l :

Meine Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Wir nehmen unsere Beratungen wieder auf.

Ich bitte den Vorsitzenden des Aktionsprogrammausschusses, Herrn Landeshauptmann Dr. Klaus, seinen Bericht zu erstatten.

12. Punkt: Bericht des Vorsitzenden  
des Aktionsprogrammausschusses

Berichterstatter Landeshauptmann Dr. Josef K l a u s

(mit lebhaftem Beifall begrüsst): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Lassen Sie mich, liebe Parteifreunde und verehrte Gäste, dem Berichte über die Ergebnisse der Beratungen des Aktionsprogrammausschusses ein dreifaches Bekenntnis zur Kontinuität, zum Geist und zur Tat vorausschicken und dann einige Vorbemerkungen im Sinne eines Kommentars anknüpfen.

I.

Zuerst das Bekenntnis zur Kontinuität der Idee

Dieses Aktionsprogramm will und darf an der Kontinuität unserer Idee einer christlich-demokratischen Volkspartei nichts ändern und ist insofern ein konservatives Programm. Unsere Grundsätze der Freiheit und Würde des Menschen, der durch das Subsidiaritätsprinzip geschützten Eigenständigkeit der kleinen Gemeinschaften, allen voran der Familie; die Grundsätze des Eigentums, des privatwirtschaftlichen Unternehmertums und

der persönlichen Initiative; der Sicherheit, Bildung und Aufstiegschance für jeden, insonderheit für den wirtschaftlich Schwächeren; die Fundamente unserer Politik: Währungsstabilität, Wirtschaftsexpansion, Vollbeschäftigung, Lastenausgleich und vor allem des Solidarismus zwischen den Ständen und Gruppen in einem freien und christlichen Österreich - diese unumstößlichen Grundsätze unserer Österreichischen Volkspartei bleiben nicht nur aufrecht, sie wurden uns vielmehr in diesen monatelangen oftmaligen Beratungen zu verlässlichen Prüfsteinen, an denen wir uns immer wieder aufgerichtet und orientiert haben.

Dann ein Bekenntnis zu den verdienstvollen Trägern  
dieser Kontinuität

1945 hiessen sie Kunschak, Figl und Raab; 1952 hiessen sie Raab und Kamitz, die den führenden Beitrag zu Österreichs Wiedergeburt aus dem Glauben an seine geschichtliche Bestimmung im Herzraum Europas und an seine in einem neuerwachten Lebenswillen offenbar gewordene Lebensfähigkeit leisteten, ohne auf die Missgunst des Gegners und die Grenzen der eigenen Gesundheit zu achten. Dies gilt in besonderer Weise für die historische Leistung Julius Raab's (Beifall) "historisch" auch in dem Sinne, dass Österreich in jeder der drei letzten Generationen einen grossen christlichen Staatsmann geschenkt erhielt: vor drei Generationen, 70 Jahren in Dr. Lueger, vor zwei Generationen, 40 Jahren in Dr. Seipel und in unserer Generation, seit 15 Jahren in Ing. Raab. Zu diesen Männern, ihrem Werk und ihrem dereinstigen Erbe, an dem wir noch lange Jahre dankbar zu zehren haben werden, bekennen wir uns in Treue

und Dankbarkeit besonders an diesem Tage, da die Partei sich anschickt, die Führung in neue, schon vielfach bewährte Hände zu legen.

Schliesslich sei ein Bekenntnis zur Kontinuität  
der österreichischen Geschichte ausgesprochen

Wer unter uns verspürt nicht die gnädige Hand des Herrn der Geschichte, wenn wir nur die letzten fünfzehn Jahre österreichischen Schicksals an unserem geistigen Auge vorübersehen lassen:

- 1945 erfolgreicher Wiederaufbau und Widerstand,
- 1952 Währungsstabilität; sodann ständige Vollbeschäftigung und Wirtschaftsexpansion,
- 1955 Abschluss des Staatsvertrages,
- 1956 Feuerprobe unserer jungen Neutralität,
- 1958 trotz amerikanisch-westeuropäischer Rezession Konjunktur in Österreich und nun
- 1960 steht Österreich an der Schwelle eines Jahrzehnts, in dem mit der europäischen Integration ernst gemacht wird, in dem die soziale Integration - bedingt durch Atomenergie und Automaten, Raketentechnik und Weltraumfahrt - mit Riesenschritten vorangeht und eine "neue Gesellschaft" entsteht.

Vor das Bekenntnis zur Tat setzen wir aber das leidenschaftliche Bekenntnis zum Geist. Es ist nicht nur der Irrglaube des Doktor Faust: "Im Anfang war die Tat"; Goethes falsche, vielleicht bewusst falsche Übersetzung aus dem Buch der Bücher zeigt nur das Verhängnis des aus wahrer Wertordnung herausge-

fallenen abendländischen Menschen, der sich bald dem geistfeindlichen Vitalismus, bald dem ebenso geistfeindlichen Technizismus verschrieben hatte, in beiden Fällen aber dem Materialismus verfallen war.

Im Anfang war Gott, und Gott ist Geist! Darum bekennen wir uns im Gegensatz zum Materialismus, der in jedem Fall auch folgerichtig Atheismus sein muß, zu den geistigen Realitäten und Prinzipien: zum Gottesglauben, zur Hierarchie der Werte, zum Freiheits-, Subsidiaritäts- und Rechtsstaatsprinzip, nach denen sich jede politische Aktion, vor allem Gesetzgebung und Verwaltung, zu richten haben. (Beifall.)

Der Staat ist aber nicht nur Ordner der öffentlichen Dinge, er ist auch Helfer der Schwachen und Kleinen, ob sie ihm nun als Individuen oder in Gemeinschaften gegenübertreten. Und wir wehren uns deshalb gegen die Bedrohung des Menschen als Einzelpersönlichkeit oder im Schutzverband seiner kleinen Gemeinschaften: Familie, Gemeinde, Berufskörperschaften, freie Gesinnungsbünde und Bildungseinrichtungen, durch die Übermacht des Staates; denn unmittelbar hinter dem Versorgungsstaat, der uns scheinbar alles gibt, steht der totale Staat, der uns alles nimmt. (Zustimmung.)

Dabei sind gewisse parastaatliche Institutionen für den einzelnen oft noch gefährlicher, da sie im Kleide - um nicht zu sagen, im Schafpelz - von ungefährlich scheinendem - weil formal sogar privatwirtschaftlichen "Gesellschaften" - biederer landes- und gemeindeväterlichen Gehaben sozialistischer Manager - denken Sie nur an den total dirigistischen Kärntner Volksbildungsgesetzentwurf oder an das GÖC-Warenhaus in einem

Klagenfurter Regierungsgebäude - ~~die~~ unter vernebelnden Firmenbezeichnungen wie "Kommunalpolitik", "Gemeinwirtschaft", "Volkswohlfahrt", "Volksgesundheit" und anderen geschickt gewählten Tabu-Begriffen Kollektivismus reinsten Inhalts in täuschender Verpackung bieten.

Daher keine Politik aus der Kurzsichtigkeit, aus der Enge und dem Kleinkram des Alltags, der unsere geistigen Grundlagen allzu leicht vergessen lässt, sondern Politik aus dem Glauben, aus der Unterscheidung der Geister, wie sie Dr. Gorbach jüngst forderte; Politik aus dem Gewissen, aus der Tiefe unserer Ideen und Grundsätze! Vor allem Politik aus dem Konzept der Freiheit, die primär gilt gegenüber den hohen, aber doch sekundären Werten der Bindung, Gleichheit und Sicherheit der Freiheit, die durch sittliche Wertbindung erhöht ist und daraus erst Sinn und Inhalt empfängt; der Freiheit, die zugleich auch ein Postulat der praktischen Politik ist und uns täglich und stündlich die Mühsal des verantwortlichen Denkens und Zuendedenkens und das Wagnis abfordert, vom Gedanken und der einmal erkannten Notwendigkeit mutig den Sprung in die anfangs oft sogar unpopuläre Tat zu tun.

Dann Politik aus dem Prinzip der Subsidiarität, das für uns längst die "bessere Formel", ich möchte sagen, die Zauberformel für eine gesunde, gerechte, kostensparende Gemeinschaftsordnung geworden ist; sie lässt nämlich staatsfreien Raum für freie und selbständige Gemeinschaftsleistungen offen und sie lässt im Geiste der Selbstverwaltung überall eigenständiges schöpferisches Wirken zu. Die ÖVP muss der Motor einer Bewegung werden, die die Menschen dazu aufruft und auf breiter

Basis dazu heranbildet, dass sie diesen Freiheitsraum mit Leistung und Initiative auch ausfüllen. Schliesslich verwirklicht solche politische Gesinnung am ehesten den Rechtsstaat, der mehr und mehr zum wesentlichen Anliegen des Staatsbürgers an die Verwalter der Macht - also die Politiker - wurde; in dem Sinne nämlich, dass die Anständigen geschützt und durch keine Willkür benachteiligt werden. Überhören wir in diesem Sinne die ernstesten Worte des gestrigen Debatteredners Dr. Kaan nicht! Der beste Garant des Rechtsstaates ist der rechtlich denkende, auf die Verfassung nicht nur versidigte, sondern ihr auch verschworene und gerecht handelnde Volksvertreter, ob er in der Regierung, im Parlament oder im Landtag sitzt, der Volksvertreter, der ein Herz hat, sich für alle interessiert und verantwortlich fühlt, der die Vermenschlichung des Staates und nicht etwa die Verstaatlichung des Menschen demonstriert, der Autorität besitzt, aber mit der Macht sparsam umzugehen versteht und so zur Autorität die Popularität hinzugewinnt.

(. ebhafter Beifall.)

Aus dieser Gesinnung entspringt letztens das Bekenntnis zur Tat. Das politische Handeln wird dann von Zustimmung und Erfolg gekrönt sein, wenn es drei Stadien durchläuft: Zuerst und immer wieder in das Volk hineinhören: in Sprechstunden, Diskussionen, Reden, Aufsätzen und Interviews, Korrespondenz und Gesprächen müssen wir die Kunst des Zuhörens und Anhörens, ja des Hineinhörens hinter die oft ungeschickten, oft auch übergeschickten Worte unseres Gegenüber üben. Dann folgt das zweite Stadium: Das Notwendige verwirklichen. Den guten Politiker muss Tatbereitschaft und Stärke eignen, ihn muss der Mut



auszeichnen, auch "heisse Eisen" anzufassen; das imponiert, schafft Abhilfe und bringt obendrein die Zinsen zusätzlichen Vertrauens, indessen es für eine Partei tödlich wirkt, wenn es heisst, man müsse zur anderen Seite gehen, wenn einem geholfen werden soll. Besser ist manchmal ein notwendiges Nein als ein halbes Ja. Nicht nur unsere Rede, sondern auch unser Handeln müsste von dem Wort bestimmt sein: "Deine Rede sei ja, ja oder nein, nein - alles andere ist von Übel." Im Zweifel aber: Ja!, weil nur so der letzte Rest von Feigheit und Faulheit in jedem von uns besiegt wird.

Das dritte Stadium ist dann leicht und einfach, wenngleich nicht unwichtig: Der Bevölkerung berichten. Jede Henne, die ein Ei gelegt hat, darf Anerkennung heischen, indem sie laut und eifrig gackert ..... (Beifall.)

## II.

Nach diesen Bekenntnissen sind noch einige kommentierende Vorbemerkungen zum Aktionsprogramm zu machen.

1.) Der Aktionsprogrammausschuss durfte nicht verwechselt werden mit einem Programm-Ausschuss. Dennoch war von Anfang an bei unseren Beratungen die Notwendigkeit einer ständigen Orientierung an unserem Programm, besonders am Innsbrucker Grundsatzprogramm, ebenso spürbar wie die Notwendigkeit einer zeitgemässen - ich sage ausdrücklich: einer zeitgemässen - Revision unseres Programmes. Ein diesbezügliches Ersuchen erging schon nach unserer ersten Sitzung an den Bundespartei Vorstand, und es wurde von dort Herr Minister Drimmel beauftragt, Vorarbeiten zu einer naturgemäss auf längere Sicht gedachten Programmrevision

einzuweisen. Ich behalte mir vor, noch am Schlusse der Diskussion einen diesbezüglichen Antrag dem Hohen Bundesparteitag zu stellen.

2.) Unser Arbeitsziel bestand in einem neuen, geschlossenen und zugkräftigen Konzept für die praktische Politik der ÖVP in den nächsten Jahren, die auf den bewährten wirtschaftlichen und staatspolitischen Grundsätzen des Raab-Kamitz-Kurses aufbauend, neue Initiativen einer qualitativen Politik mit besonderer sozialer Zielrichtung hervorleuchten lässt, um so die Aufmerksamkeit, die Hoffnung und das Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten wieder stärker der ÖVP zuzuwenden. Kommt mit einem echten Sozialprogramm, und wir kommen zu euch, sagten die sozialistischen Arbeiter einer grossen Halleiner Fabrik zu unserem dortigen Bezirksobmann.

3.) Der durchgehende Leitgedanke dabei war, wie es Dr. Drimmel formuliert hat, dem Mitbürger zwar nicht das "Risiko des Lebens" ein für allemal abzunehmen, wie es die Sozialisten fälschlicherweise immer wieder versprechen und versuchen, wohl aber echte Lebenshilfen dort zu bieten, wo echte Not vorhanden ist; darüber hinaus aber alle Österreicher für die Teilnahme am europäischen Markt, an der europäischen Integration zu rüsten und zu qualifizieren; dies mit umso grösserem Nachdruck, als der sozialistische Vizekanzler gerade jetzt vor einem, von ihm sogenannten "Europäismus" warnt und wütende Angriffe, man kann es nicht anders nennen, gegen die EWG startet, die immerhin über 50 Prozent unserer Industrie- und über 90 Prozent unserer Agrarexporte aufnimmt und mehr als zwei Drittel unseres Ausländerfremdenzustromes

bestreitet, ohne davor zurückzusehen, mit einer solchen Politik zehntausende Arbeitsplätze zu gefährden und überhaupt nicht wiedergutzumachenden Schaden anzurichten. Umsomehr wird es nun Aufgabe der Österreichischen Volkspartei sein, ein Österreich-Programm auszuarbeiten und in Angriff zu nehmen, welches zugleich ein Europa-Programm sein wird und darüber hinaus die persönlichen und politischen Ambitionen des Außenministers einer scharfen Beobachtung vom Standpunkt unserer Auffassung vom christlichen Abendland und unserer geistigen Zugehörigkeit zur freien Welt des Westens zu unterziehen.  
(Beifall.)

4.) Dieses Aktionsprogramm geht nicht von irgendwelchem parteipolitischen taktischen Opportunismus aus; es konfrontiert sich vielmehr in jedem konkreten Punkte mit unseren Grundsätzen. Der Text ist deshalb so gestaltet, dass schon die Überschrift der einzelnen Kapitel auf das konkrete Ziel hinweist, dann einige programmatische Sätze anführt, die der Begründung der nachfolgenden Aktionsvorschläge dienen.

5.) Das Aktionsprogramm kann nur Anfang und Richtlinie einer wirklichen politischen Aktion sein; der nächste Schritt wird die Ausarbeitung und Durchsetzung der einzelnen Punkte sein. Da es aber langfristiger vor der nächsten Wahl erstellt wurde, hat es jedenfalls bessere Aussicht auf Verwirklichung als jedes bisher übliche Wahlprogramm, das schon von der Not der Zeit diktiert wird und dessen Verwirklichung in Frage gestellt sein muss.

6.) Das Aktionsprogramm kann ferner nur eine Auslese von politischen Aufgaben unserer Volkspartei sein, von Aufgaben

allerdings, die einerseits vordringlich gelöst werden müssen, andererseits aber bei gutem Willen auch in etwa zwei, drei Jahren realisierbar sind. Es handelt sich um die brennenden ungelösten Fragen unseres Gemeinwesens und um Lösungsvorschläge, die breitesten Schichten zugute kommen. Sie wurden von unseren Fachexperten und von unseren Fachministern erarbeitet und dann von zahlreichen Wissenschaftlern begutachtet. Da es sich um ein politisches Aktionsprogramm handelt, sind wir bewusst nicht den umgekehrten Weg gegangen. Was aber von aussen an Vorschlägen herankam, wurde dankbar aufgenommen im Sinne des Pauluswortes: "Prüfet alles und behaltet das Beste." Dieser neue Arbeitsstil soll beibehalten, ja ausgebaut werden.

Anderer wichtige Punkte, die noch der Prüfung, Klärung und Kostenberechnung bedürfen, sind nicht aufgenommen worden, ohne deshalb von der ÖVP vernachlässigt oder vergessen zu werden, zum Beispiel die wichtigen Anliegen der Aussenpolitik, der Wehrpolitik, der Strafrechtsreform, die sämtliche baldigst in Angriff genommen werden müssen. Ich verweise nochmals auf die unserem Einfluss zu entgleiten drohende Aussenpolitik - eine gefährliche Entwicklung, der die ÖVP durch die Aktivierung eines aussenpolitischen Expertenteams entgegenwirken müsste.

(Beifall.)

7.) Was wir mit diesem Aktionsprogramm aber letzten Endes wollen, ist: Heraus aus der Defensive! (Neuerlicher Beifall.) Es hat gestern einen grossen und nachhaltigen Eindruck gemacht, als der Bundeskanzler erklärte: Seid wachsam! Vergesst nicht auf die Verteidigung, dessen, was wir errungen haben! Und wir wollen im Geiste der proklamierten Kontinuität unserer Partei

die Wachsamkeit von diesem Bundesparteitag mitnehmen.

Wir haben aber in Österreich nicht nur etwas zu verteidigen, wir haben in Österreich auch etwas Neues, Notwendiges, Zugkräftiges, wir haben neue Wählerschichten zu erproben, besonders in den Reihen der Jugend und in den Reihen der Arbeitnehmer. (Beifall.) Welche Form auch immer die Integration Europas haben wird, Österreich wird trachten müssen, europafähig zu werden. Daran sind in besonderen die um ihre Arbeitsplätze besorgten Arbeitnehmer und die an ihre Lebenschance denkenden Jungwähler interessiert. Die Zukunft unserer Partei hängt gleichfalls von den beiden Gruppen der 630.000 Jungwähler die bis 1963 wahlberechtigt werden, und der 2,370.000 Arbeitnehmer ab. Ihnen müssen von uns konkrete Möglichkeiten gezeigt werden, in einer "neuen Gesellschaft der grösseren Chance für jeden" ihre Persönlichkeit geistig-sittlich zu entfalten, aber auch - und wir scheuen uns nicht, das zu sagen - mehr zu verdienen und mehr zu besitzen. (Beifall.) Die Möglichkeiten hierzu ergeben sich bei Förderung der Fleissigen, der Tüchtigen und Begabten aus der wirtschaftlichen Expansion im Europamarkt, ohne dass deshalb irgend jemandem etwas weggenommen oder vorenthalten werden muss.

### III.

Und nun einen kurzen Kommentar zum Aktionsprogramm selbst. Folgende Massnahmen erachten wir als die im gegenwärtigen Zeitpunkt wichtigsten:

- 1.) Wenn Österreich sich für eine aktive und stärkere Teilnahme an der europäischen Integration qualifizieren will,

muss es seine besten Kräfte aufbieten und auch im Lande behalten, der bereits fühlbaren Abwerbung von Wissenschaftlern, Technikern und Facharbeitern ins Ausland entgegenwirken und nach Berücksichtigung der günstigeren Lebensbedingungen in Österreich diese Kräfte - wie es ja weithin schon geschieht - auch besser bezahlen. (Beifall.) Unter dem "Europa-Lohn-Plan" verstehen wir also die stufenweise Angleichung der Löhne und Gehälter, insbesondere auch des dringend benötigten Fachpersonals, wobei das Tempo von der Leistungs- und Produktivitätssteigerung durch Rationalisierung, den finanziellen und betrieblichen Möglichkeiten ebenso abhängt wie von der unbedingten Erhaltung der Währungsstabilität und Kaufkraft.

2.) An der wirtschaftlichen und sozialen Aufrüstung sollen alle Österreicher teilnehmen können, daher muss ein umfassendes Steuersenkungsprogramm für den kleinen Mann Platz greifen. (Beifall.) Vom Zuwachs des Sozialprodukts der nächsten Jahre soll daher ein massgeblicher Anteil für den kleinen Mann reserviert werden: für die Lohn- und Gehaltsempfänger soll die leistungsfeindliche Steuerprogression weiter gemildert werden; für die kleinen Selbständigen aber soll besonders durch Entlastung bei der Gewerbe- und Umsatzsteuer, aber auch durch verbilligte Kredite für Investitionen die dauernde Existenzsicherung und damit die Möglichkeit geschaffen werden, die Chancen der neuen Wirtschaftsstruktur zu nützen, um bei der Vorsorge für das Alter nicht nur auf die Altersrente angewiesen zu sein. (Beifall.)

3.) Wenn die wirtschaftliche Teilnahme Österreichs am europäischen Markt nur in einem verstärkten Geben und Nehmen gedacht sein kann, so wird unser kultureller Beitrag kraft unserer Begabung und Tradition in einem überwiegenden Geben bestehen. Die Ausschöpfung aller vorhandenen Begabungen und die Verbreiterung der Bildungsmöglichkeiten in der Schul- und Erwachsenenbildung wird aber auch zu sinnvoller Freizeitgestaltung und Kräftesammlung führen, die wieder die Voraussetzung höherer Leistung und höheren Lebensstandards sind. Unsere Vorschläge zur Aktivierung des Schul- und Erziehungswesens, insbesondere auf dem kaufmännisch-technischen Sektor, der Studienförderung und Hochschulreform, der Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugendbetreuung dienen daher alle dem einen Ziel: In Österreich durch höhere Bildung ein noch höheres Niveau zu erreichen. (Beifall.)

4.) Diesen Ziele kommen wir auch näher, wenn die Beziehungen zwischen den beiden gesellschaftlichen Höchstformen, Kirche und Staat, im Geiste einer friedlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Ergänzung bei Wahrung der beiderseitigen Eigenständigkeit geregelt werden. Die Religion hat nicht nur für den Einzelmenschen fundamentale Bedeutung, sie stellt auch den gesellschaftlichen Höchstwert dar. Es muss daher jeder Staatsbürger in Glaubens- und Gewissensfreiheit sein Leben nach den Lehren seiner Religion gestalten können, ohne deshalb benachteiligt zu werden. Wir fordern daher: Wiederherstellung der konkordatären Beziehungen zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl (Beifall), Ersatz des

Protestantenpatents durch ein zeitgemässes Gesetzeswerk (Beifall), Gleichstellung der privaten Schulen mit den öffentlichen. (Neuerlicher Beifall.)

5.) In den Schulen und Werkstätten, in den Volkshochschulen und Fortbildungskursen, in unseren Familien, Nachbarschaften, beim Jugendsparen und so fort bemerken wir eine steigende Bereitschaft unserer Jugend zur Selbsthilfe und zum beruflichen Aufstieg. Dieses erfreuliche Streben aber darf unsere Anerkennung nicht nur in Worten finden. Deshalb schlagen wir die Einführung der Jugendbürgerschaft vor: Um den jungen Menschen die berufliche Weiterbildung an Fach- und Hochschulen, oder die Gründung einer eigenen Existenz oder die Hofübernahme, vor allem aber die Gründung eines eigenen Haushaltes und die Beschaffung einer eigenen Wohnung zu erleichtern, fordern wir Einführung eines Ansparsystems, um jungen Österreichern, die in mindestens drei Jahren durch Einzahlung auf ein Sparbuch ein selbstgestecktes Sparziel bereits erreicht haben, die Erlangung eines billigen Kredites in der Höhe des von ihnen angesparten Betrages, höchstens jedoch 30.000 S zu ermöglichen. (Beifall.) Jungen Ehepaaren kann im Falle des Wohnung<sup>er</sup>werbes oder einer beruflichen Existenzgründung ein solcher Kredit bis zur Höhe des von beiden Teilen angesparten Betrages gewährt werden. Der erste Schritt hierzu müsste die Gründung eines Bürgschaftsfonds sein, um Jungbürgschaftskredite auch ohne die üblichen Sicherstellungen gewähren zu können. Ich glaube, wer unsere Jugend kennt oder in unseren Wohnaufonds oder in unseren Kleingewerbefonds mitgewirkt hat, weiss heute schon, dass die Zahl der



dubiosen Fälle, die Zahl derjenigen, die den Vater Staat, der ihnen bei ihrer Existenzgründung helfend an die Seite tritt, ausnützen, ganz klein sein und innerhalb von ein oder zwei Prozent liegen wird.

6.) Neben den Jugendfragen steht heute die Familie mit zahlreichen ungelösten Problemen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Hunderttausende Frauen tragen heute die doppelte und dreifache Last der Berufstätigkeit, der Haushaltsführung und der Kindererziehung. Jeder Frau soll die berufliche Bewährung offen stehen. Es soll aber auch keine Familie geben, in der Kinderreichtum durch Senkung des Lebensstandards bestraft wird. (Beifall.) Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir:

Familiengerechte Besteuerung u.a. durch Beseitigung der Ungerechtigkeit auf dem Gebiet der Haushaltsbesteuerung.

Konzentration der familienfördernden Massnahmen auf das System der Kinderbeihilfen und weitere Erhöhung der Kinderbeihilfen.

Gewährung von zinsverbilligten Darlehen für den Erwerb familiengerechter Wohnungen und für die Anschaffung arbeits erleichternder Einrichtungen für kinderreiche Haushalte.

Hier, meine Parteifreunde, auch einmal ein offenes Wort für diejenigen, die gerne Kinder hätten, aber keine haben: Hilfe für die kinderreichen bedeutet aber nicht Diffamierung der kinderlosen und kinderarmen Familien! (Beifall.)

Die Stellung der Frau und Mutter muss durch unsere Familienpolitik überall emporgehoben werden. Ein praktisches Beispiel: Die Kinderbeihilfe müsste zweckgebunden bleiben,

das heisst, in die Hand der Mutter oder derjenigen Person kommen, die das Kind tatsächlich betreut. (Beifall.) Und noch eines: Verdienende Kinder sollten zu den Gesamtkosten der Familie mehr beitragen. Nur so ist Eigentumserwerb, besonders an Haus und Grund oder an einer Wohnung bei kleinstem Einkommen möglich.

7.) Die wichtigste Voraussetzung für ein blühendes Familienleben ist das familiengerechte Heim.

Das eigene Heim ist der stärkste Rückhalt des freien Menschen. Hier kann sich die Persönlichkeit und die Familie entfalten, hier findet das Kind Geborgenheit, die Hausfrau Erleichterungen ihrer Arbeit, der Berufstätige Entspannung und der alte Mensch einen würdigen Lebensabend. Moderner und familiengerechter Wohnraum für alle ist keine unlösbare Aufgabe; sie kann durch eine konsequente Politik gemeistert werden. Deshalb fordern wir:

Verstärkte Fortführung jeder Wohnbautätigkeit in Stadt und Land und Aufhebung aller den Familienwohnbau behindernden Einschränkungen. Unser Programm sieht hier nicht nur eine einheitliche und gerechtere Wohnbaufinanzierung und besondere Förderung des Wohnungseigentums sowie des Eigenheimes vor, sondern auch eine gerechte und ausschliesslich nach sozialen Grundsätzen erfolgende Vergabe der unter ausschliesslicher Verwendung von Steuergeldern errichteten Wohnungen durch unabhängige Kommissionen unter Vorsitz eines Richters vor. (Beifall.)

Wir fordern gesetzliche Massnahmen gegen Wohnungspekulation und Bodenwucher;

die Aufstockung der Wohnungsbeihilfen auf die Kinderbeihilfen und Renten;

und die endliche Beseitigung des asozialen Mietzinsgefälles durch Herstellung einer Mietzinsgerechtigkeit, die bei der Mietzinsberechnung von Grösse, Ausstattung und Lage der Wohnung ausgeht und für echten sozialen Notstand bei der Entrichtung des Mietzinses eine soziale Mietzinsbeihilfe bietet. (Beifall.)

8.) Das eigene Heim und die eigene Wohnung sind aber nicht die einzigen Möglichkeiten - vielleicht sind sie die vornehmste und beste Möglichkeit - des Eigentums, das für den Menschen den eigentlichen Freiheitsraum bedeutet. Daher: Verbesserung der Voraussetzungen für das Entstehen einer breiten Schicht von Kapitalbesitzern, insbesondere durch Aktivierung des Kapitalmarktes, Beseitigung der Doppelbesteuerung der Aktie und Ausdehnung der für Anleihen geltenden Steuerbegünstigungen auf Neu-Emissionen von Aktien und Anteilen an Investmentfonds.

Direktes Miteigentum des österreichischen Volkes an den verstaatlichten Unternehmungen durch breit gestreute Ausgabe von vollstimmberechtigten Volksaktien; (Beifall) bevorzugte Zuteilung dieser Volksaktien an Belegschaftsmitglieder. Verwendung der Erträge aus dem Verkauf von Volksaktien unter anderem auch für die Dotierung eines Fonds zur Förderung von Forschung und Wissenschaft, um der österreichischen Wirtschaft neben dem erforderlichen Geldkapital auch das für ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidende geistige Kapital in Form von Forschungsergebnissen und Erfindungen zur Verfügung zu stellen.

Empfehlung an die privaten Aktiengesellschaften, den nach Beseitigung der Doppelbesteuerung gangbar gewordenen Weg der Kapitalaufstockung durch Ausgabe von Kleinaktien zu nutzen.

9.) Unsere Wünsche zur Sicherung und Förderung der Landwirtschaft konzentrierten sich in letzter Zeit mit Recht auf das Landwirtschaftsgesetz (Beifall), doch wissen wir alle, dass durch ein wirtschaftliches Schutzgesetz allein, so wichtig und notwendig es ist, die Probleme des Bauerntums und des Dorfes nicht gelöst werden können. Unser Landwirtschaftsminister sieht das Dorf und den bäuerlichen Lebenskreis als ein Ganzes; uns allen bedeutet neue Lebenskraft für das Dorf, auch neue Lebenskraft für das ganze Volk, und das ganze Vaterland. (Neuerlicher Beifall.)

Unser Aktionsprogramm geht hier von der notwendigen Beseitigung des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land aus und ist für den Ausbau der Landschule, der Dorfbüchereien, den Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens und der Betriebsberatung, also zuerst für geistige Voraussetzungen, dann aber auch für stärkere Berücksichtigung der finanzschwachen Landgemeinden im Finanzausgleich und im Kulturbudget, unter anderem ferner für kräftige Kredithilfe für die Verbesserung der Ertragslage durch Mechanisierung; für die Existenzfestigung des bäuerlichen Familienbetriebes und die Sicherung eines gerechten Lohnes für die harte und risikoreiche Arbeit der Bauern und ihrer Helfer. (Beifall.)

Schliesslich Einrichtungen, die der Entlastung der Landfrauen, vor allem der schwer arbeitenden Bäuerinnen dienen, wie

unter anderem "Haus der Bäuerin", Erholungsheime, Erntekindergärten.

Abgrenzung von Industrie-, Agrar- und Erholungsgebieten unter Auswertung der Erkenntnisse der Raumforschung und Landschaftsplanung.

10.) Heute gilt es in Österreich, nicht nur die Landflucht einzudämmen, sondern auch die Vaterland-Flucht, womit die gefährliche Abwanderung von Fachkräften gemeint ist, die in ihrer Heimat und in ihrem Betrieb nicht Wurzel fassen konnten. Ich habe vor einigen Wochen das grosse Unternehmen der Glöckner-Humboldt-Deutz-Werke in Köln besucht. Mit grosser Freude konnte ich dort feststellen, dass vom Generaldirektor über die Mehrzahl der Vorstandmitglieder und Abteilungsvorstände österreichische Ingenieure und österreichische Fachleute dieses 26.000 Arbeiter und Angestellte umfassende Riesenunternehmen leiten. Aber zugleich erfüllte mich als Österreicher grosse Traurigkeit, weil wir doch diese Kräfte hier brauchen würden, hier in unseren Betrieben, hier in der Wirtschaftsverwaltung und wo immer! (Lebhafte Zustimmung.) Die gesellschaftspolitisch wünschenswerte Neugestaltung der Betriebe zu echten Leistungsgemeinschaften wird durch den Wettbewerb auf dem europäischen Markt zu einer besonders dringlichen Aufgabe. Als hervorragendes Mittel, die Arbeitnehmer noch stärker am Gedeihen ihrer Arbeitssätze zu interessieren, haben sich die in England und den USA erprobten Systeme erwiesen, denen gemeinsam ist, dass die Arbeitnehmer nach einem voraus bestimmten Schlüssel einem vom wirtschaftlichen Erfolg des jeweiligen Unternehmens abhängigen Betrag zusätzlich zu ihrem normalen Lohn erhalten.

Um die Zusammenarbeit in den Betrieben zu verstärken, fordern wir: Verstärkte Information der Betriebsangehörigen über die allgemeinen Probleme ihres Betriebes.

Ausbau des Vorschlagswesens durch die Betriebsangehörigen in den von ihnen überschaubaren Teilbereichen.

Einführung bereits bewährter Systeme für die Beteiligung am Betriebserfolg vorerst in verstaatlichten Betrieben und in Konzernbetrieben der verstaatlichten Banken.

Empfehlung an private Unternehmungen, unter Anleitung informierter Vertreter dieser Modellbetriebe, gleichfalls derartige Systeme einzuführen. (Beifall.)

11.) Bisher war die Rede vom gesunden und arbeitsfähigen Menschen; denn die Sorge für die kranken, invaliden und alten Mitbürger kann nur von denen getragen werden, die noch voll leistungsfähig sind. Wo die Vorsorge des einzelnen und die Kraft der Familie und der kleinen Gemeinschaften nicht ausreichen, ist das helfende Eingreifen des Staates erforderlich. Um das verfügbare Ausmass an Gemeinschaftsleistungen in erster Linie denen zugute kommen zu lassen, die am weitesten vom Existenzminimum entfernt sind, fordern wir die Aufstellung eines sozialpolitischen Kataloges. Darunter verstehen wir:

Erstellung eines Kataloges für jene Massnahmen, die eine Mehrbelastung des Staatshaushaltes bewirken,

Reihung dieser Massnahmen nach dem Grundsatz der Dringlichkeit und Notwendigkeit,

Ausarbeitung eines Etappenplanes für die Durchführung dieser Massnahmen auf Grund genauer Kostenvoranschläge und im Rahmen der budgetären Möglichkeiten.

12.) Schliesslich bedarf die Frage der Sozialversicherung und der Volksgesundheit gerade heute einer näheren Behandlung. Die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft haben die Lebenserwartung erhöht, und die Menschen haben den Wunsch, dieses längere Leben in Gesundheit zu geniessen. Von der Erfüllung dieses Wunsches hängt nicht nur das Wohlbefinden des einzelnen, sondern die Leistungskraft des ganzen Volkes ab. Der beste Weg zur Hebung der Volksgesundheit ist aber nicht die Flucht in einen staatlichen Gesundheitsdienst mit seiner Verewigung der Defizitwirtschaft. (Starker Beifall.) Um Österreich dieses in anderen Ländern bereits missglückte System zu ersparen und dem Arzt die für den Kranken entscheidende Ausübung seines Berufes unter grösster Eigenverantwortlichkeit zu ermöglichen, fordern wir: Reform der Krankenversicherung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Rahmen einer Reform der gesamten Sozialversicherung, die auch durch Dezentralisation den einzelnen Berufsgruppen für ihre Beiträge die bestmöglichen Leistungen bietet. Zu diesem Zweck sollen nach meiner Meinung ruhig auch einmal die Erfahrungen anderer Länder insbesondere auch solcher mit dem System der Wahlkrankenkassen studiert werden. Sosehr eine grundlegende Reform der Sozialversicherung Zeit zu grundsätzlichen Überlegungen und Neugestaltungen erfordert, könnten doch nachfolgende Massnahmen raschest in Angriff genommen werden:

Bei Aufrechterhaltung der Krankenversicherungspflicht für die bereits versicherten Bevölkerungsgruppen Herausnahme besser und best verdienender Gruppen gestaffelt nach der Familiengrösse.

Einführung einer Spitalsversicherung für jene Bevölkerungsgruppen, die keinen Versicherungsschutz genießen und einen solchen in Form einer Pflichtversicherung wünschen.

Förderung der medizinischen Forschung und Ausbildung, insbesondere auf den Gebieten der Herz-, Kreislauf-, Krebs- und Berufserkrankungen sowie der Unfallbehandlung.

Verstärkung der Gesundenuntersuchungen und rechtzeitigen Erkennung von Krankheitsherden. Ausbau des Unfallschutzes in Beruf, Haushalt und Verkehrswesen. Modernisierung der Spitäler, Ausbau von Schwangeren- und Mütterberatungsstellen insbesondere in ländlichen Gebieten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe einleitend gesagt, dass das Aktionsprogramm nur eine Auslese von wichtigsten und notwendigsten Punkten sei, die in Angriff genommen werden müssten. Sie sehen, es ist doch ein umfangreiches Programm geworden. In sieben Sitzungen des Plenums unseres Aktionsprogrammausschusses, in ungezählten Einzelbesprechungen, in der Diskussion mit anerkannten Fachleuten wurde ehrlich um dieses Aktionsprogramm gerungen. Es mussten oft Konzessionen gemacht werden, dies auch deshalb, um den Grundsatz, der immer vor uns gestanden ist, nicht zu verletzen.

Ich bin nun am Ende der Darstellung dieses Aktionsprogrammes, und es obliegt mir nun, zu danken, zu danken den Mitgliedern des Programmausschusses, zu danken allen jenen im Lande, die uns durch Zuschriften oder bei Beratungen des Aktionsprogrammes Hilfe geboten haben, zu danken für jeden Zuspruch und für jeden Widerspruch. Nur durch diese Spannungen und durch diese Auseinandersetzungen sind wir zu einem einigermaßen geschlossenen und vertretbaren, von uns allen vertretbaren Ganzen gelangt.



Ich fasse zusammen: Es handelt sich hier um kein Grund-  
satzprogramm der Partei, sondern um ein politisches Aktions-  
programm. Es war uns bei der Ausarbeitung dieses Programms  
klar, dass wir uns nicht im luftleeren Raum bewegen dürfen,  
sondern auf dem Boden der österreichischen Innenpolitik und  
dass die einzelnen Punkte im Rahmen der Koalition realisierbar  
sein müssen. Wir waren uns aber ebenso klar, dass dieses Pro-  
gramm Neues und Zugkräftiges bieten muss; etwas, das auch bei  
den sogenannten Randschichten, ja sogar in den Reihen der  
sozialistischen Wähler Anklang findet und so für unsere Partei  
ein neues Wählerreservoir erschliessen kann. So wie wir schon  
in den letzten zehn Jahren früher durch Schwerpunktbildung,  
durch Initiativen, die von unserer Seite gekommen sind und  
sich dann wohltätig auf die gesamte Bevölkerung ausgewirkt  
haben, wie Wohnungseigentum, Steuersenkung, Familienhilfe, den  
Nachweis sozialer Tatbereitschaft der Volkspartei erbracht  
haben, wollen wir durch die Punkte dieses Aktionsprogrammes  
vor allem der Jugend, den Arbeitnehmern, den Familien und den  
kleinen Selbständigen in Stadt und Land Besseres bieten als  
es der Sozialismus tut, wobei das Bessere nicht immer das  
Kostspieligere, unter allen Umständen aber das Menschlichere  
sein muss, das ~~zu~~ allen Österreichern besser entspricht und  
allen Österreichern eine bessere Zukunft bringt. (Starker,  
lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Nationalrat Leopold

H a r t l: Hoher Bundesparteitag! Ich spreche wohl im Namen aller Delegierten, wenn ich dem Herrn Landeshauptmann Klaus für seinen Bericht herzlich Dank sage. (Neuerliche Beifall.)

Wir konnten seinen Ausführungen entnehmen, dass er mit seinem Ausschuss hundertprozentige Arbeit geleistet und mit grösster Sorgfalt das Programm vorbereitet hat, jenes Programm, das uns nun irgendwie zum Handeln veranlassen soll.

Der Herr Landeshauptmann hat uns auch einen ausführlichen und eingehenden Überblick über die Situation, in der wir uns am Beginn des europäischen Jahrzehntes befinden, gegeben. Darüber hinaus hat er uns mit bestechender Klarheit bekanntgegeben, welche Konsequenzen uns aus dieser Situation erwachsen und welchen Weg wir beschreiten müssen, um auch in Zukunft dem uns verpflichtenden Namen "Österreichische Volkspartei" gerecht zu werden. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann nochmals, ebenso seinem Ausschuss und den Experten für ihre Bemühungen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, Debatte, kommen, übergebe ich Herrn Landesparteiobmann Oberhammer den Vorsitz.

Vorsitzender Landesparteiobmann Landesrat Dr. Aloys

O b e r h a m m e r: Hoher Bundesparteitag! Ich muss Ihnen einleitend gestehen, dass es für uns eine grosse Ehre bedeutet, dass das Land Tirol in der nun nachfolgenden ausserst wichtigen Diskussion den Vorsitz führen darf.

Ich freue mich ebenso herzlich darüber, dass heute in diesem Saal - ich hoffe, dass es nicht nur eine subjektive

Empfindung ist - eine ganz neue Atmosphäre ist. Es kommt mir hier bedeutend wärmer vor als gestern, und ich habe auch die Empfindung, es sei mehr Spannung hier. (Beifall.)

### 13. Debatte

Bevor wir in die Diskussion eingehen, darf ich zwei Bemerkungen machen. Es ist gestern irgendwo in der Diskussion, der ohnedies nicht sehr reichlich, zum Ausdruck gekommen, dass die Jugend den Wunsch hat, im Komitee der künftigen Jugendbewegung einen Vertreter der Jugend drinnen zu haben. Es ist selbstverständlich, dass ein solcher Jugendvertreter der Länder in dieses Komitee mit aufgenommen wird. (Beifall.)

Ein zweites, meine verehrten Damen und Herren. Ich habe gestern aus Äußerungen von Delegierten vernommen, dass man Sorge hat, man könne sich hier nicht völlig frei aussprechen - offensichtlich bewegt durch die reich besetzte Estrade der Journalisten und meinend, dass das, was wir hier sagen, etwa gefährlich wäre.

Es müsste schlecht um die Österreichische Volkspartei, es müsste miserabel um das Schlagwort "Freiheit" bestellt sein, wenn wir hier nicht offen über alles diskutieren könnten, was wir auf dem Herzen haben! (Lebhafte Zustimmung.)

Hoher Bundesparteitag! Was uns gestern der Herr Bundeskanzler Raab vorgetragen hat und was heute in sehr gedrängter Fassung Herr Landeshauptmann Klas seinen Ausführungen gewissermassen als Kommentar und Einleitung vorausgeschickt hat, nämlich die atemberaubende Geschichte des Aufstieges Österreichs, könnte einem Sorge machen, ob wir wohl instande sind, diesen Aufstieg fortzusetzen. Auf diesen heutigen Parteitag, auf die Diskussion hier, auf den Geist dieser Diskussion wird es ankommen, was wir in Zukunft zu leisten vermögen. Deshalb darf ich bitten, der Freiheit der Rede wirklich keine Schranken zu setzen.

Trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren: Freiheit heisst auch Ordnung. Deshalb darf ich bitten, die Bestimmung der Geschäftsordnung, die als Höchstzeit für jeden Redner 10 Minuten vorsieht, einzuhalten. Ich darf darauf hinweisen, dass bis jetzt bereits 29 Redner vorgemerkt sind. (Bewegung.) Ich habe mir ausgerechnet, dass selbst bei Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten wir 2 1/2 Stunden für die Debatte benötigen. Ich vermute, dass mancher Redner länger reden wird. Ich möchte im Sinne derjenigen, die zuhören müssen, sehr bitten, dass

nur die guten Redner länger als 5 Minuten reden.

Aber, meine sehr Verehrten, Freiheit soll vor allem heissen: keine Beschränkung in der Zahl der Redner. Wir haben keinen Numerus clausus, sondern wir lassen jeden reden, und er hat Zeit, selbst wenn es bis 12 Uhr nacht dauern sollte.

Und nun darf ich in die Diskussion eingehen. Ich darf als ersten den Herrn Bundesminister Drimmel bitten, das Wort zu ergreifen. Herrn Bundesminister Drimmel nicht nur deshalb, weil er für den Geist in unserem Vaterlande besonders verantwortlich ist, sondern auch deshalb, weil die Propeller seiner Flugmaschine nach Squaw Valley bereits angelaufen sind und er dazusehen muss, wie er auf den Flugplatz kommt. Ich darf ihn also bitten, das Wort zu ergreifen.

Bundesminister für Unterricht Dr. Heinrich Drimmel: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Ich begrüße es ausserordentlich, dass die moderne Technik es zustandegebracht hat, dass auf dem heurigen Bundesparteitag durch ihre Erfordernisse das Referat über Kultur in den Vordergrund gerückt wird. Ich möchte mich, da über die Angelegenheiten der Kultur schon in den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns Klaus im Detail die Rede gewesen ist, auf einige Grundsätze beschränken.

Vor drei Monaten hielt ein prominenter Schulmann aus der Sowjetunion in Wien einen Vortrag über die jetzt in der UdSSR im Gange befindliche Schulreform. In diesem

Vortrag sagte er:

"In jedem Staat hängt das Prinzip des Schulwesens und der Volksbildung von den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Einrichtungen des Landes, von der Entwicklungsstufe seiner Kultur, von den gesellschaftlichen und nationalen Besonderheiten ab." Und stolz bekannte er sich dazu: "Im Sowjetstaat gibt es keine Widersprüche zwischen der Schule als Erziehungsinstitution und der Gesellschaft und keine Widersprüche zwischen Schule und Familie."

Dem ist nichts hinzuzufügen, höchstens die Feststellung, dass man in der UdSSR nach diesem Prinzip der Erziehung handelt, während der bürgerliche Westen auf weiten Strecken an einer Entwicklung teilnimmt, die auch ohne direkte Interventionen des Kommunismus eines Tages zum Sieg des Materialismus und des Kollektivismus führen muss, und zwar in geistiger und in materieller Hinsicht.

Gestatten Sie mir zu dieser These eine Bemerkung.

Der grosse Bundesgenosse der kommunistischen Denkweise der gegenwärtigen Zeit ist die Angst. Ich meine nicht so sehr die Angst vor den bolschewistischen Methoden, sondern die Angst vor der Not, vor Krankheiten, vor dem Alter, kurz die Angst vor den Risiken des Lebens, die offenbar die Kräfte des einzelnen allein nicht mehr bewältigen können.

Der Freund und Bundesgenosse des Menschen in der Abwehr der Angst ist das Gefühl der Sicherheit vor der Not, vor den Krankheiten, vor den Altersbeschwerden, vor politischen Bedrohungen und vor vielem anderen mehr.

In diesem Existenzkampf lautet also der Kampfauftrag des einzelnen kurz gefasst folgendermaßen: Mehr Sicherheit und weni Risiko! Ein solches natürliches Sicherheitsbedürfnis macht dem Kaufmann bei seinem Geschäft ebensowenig Schande wie dem Kulturschaffenden in seiner Existenz am Rande des bürgerlichen Erwerbslebens.

Das natürliche Sicherheitsbedürfnis hatte seit eh und je zwei starke Stützen im Kampf um die Selbstbehauptung des Menschen: erstens das gesunde Selbstvertrauen und zweitens ein unerschütterliches Gottvertrauen. Wenn Sie in dem Saal um sich blicken und aufblicken zu diesen Deckengemälden, in dem es in einem unendlichen Jubilieren und Triumphieren der österreichischen Geschichte über die Mächte der Finsternis und über die Gegner des Hauses Österreich nur so strahlt und glänzt, dann bemerken Sie doch, dass an den Seitenwänden dieses Firmament getragen wird von der Darstellung der

Persönlichkeit von Menschen unserer Geschichte, von Priestern und Heerführern, von Staatsmännern und einfachen Männern unseres österreichischen Volkes, die in diesem Selbstvertrauen in einer gefährdeten Welt und aufgerichtet von dem von mir zitierten Gottvertrauen in der Geschichte Bestand gehalten haben.

Dieses Selbstvertrauen des Menschen ist aber ein hohes Gut und ein ewiger Besitz und niemanden angeboren. Lehrt man die Jugend Gehorsam, Reinlichkeit, Wahrhaftigkeit, Pflichttreue, so wird man die Jugend wohl auch Selbstvertrauen lehren müssen. Die Jugend muss Lehrer und Gelegenheit haben, um sich dieses Selbstvertrauen anzueignen. In dem Prinzip der Erziehung, das in diesem Lande gelten soll, muss der Wille zur Leistung und zur Bewährung in einer natürlichen Auslese gestärkt werden.

Frühzeitig soll in diesem Erziehungssystem der Mensch lernen, dass die Leistungskonkurrenz eine der stärksten Triebfedern im menschlichen Existenzkampf und in der Bewährung im materiellen wie im geistigen Leben überhaupt ist. (Beifall.)

Der Kampf ist ein Motiv des Lebens, und dass der Kampf ein Motiv des Lebens ist und dass zumeist der Mensch am glücklichsten ist, der diesen Kampf nicht einfach als eine lästige Unterbrechung der beschaulichen Muße betrachtet, sollte den jungen Menschen rechtzeitig gesagt werden, im Elternhaus und in der Schule, um den jungen Menschen spätere Lebensenttäuschungen und den Mangel an Lebensmut zu ersparen. Wie notwendig das ist, ergibt sich aus der Tatsache, dass dieser



Kongress in der Stadt abgehalten wird, die bedauerlicherweise seit Jahren den Höchstrekord in der Zahl der Selbstmorde auf dem europäischen Kontinent hält.

Dass die Nationen und Nationalitäten das Recht der Selbstbestimmung haben, ist allgemein bekannt. Wir Österreicher haben uns im alten und im neuen Staat an dieses Recht gehalten. Dass dieses Recht der Selbstbestimmung zunächst einmal dem einzelnen Menschen zukommt und dass er es nicht aus Lässigkeit verkümmern lassen darf, davon ist leider in der modernen Gesellschaft immer weniger die Rede. Und immer drückender und willkommener empfindet der Mensch das Recht und die Möglichkeit, nach seinem Gutdünken für sein höchst persönliches Leben vorzusorgen. Man erblickt in dieser Lebensvorsorge nicht mehr die Chance des Erfolges, sondern das gefährliche Risiko des Scheiterns im Lebens, und an Stelle der Selbstvorsorge, die uns frei macht, akzeptiert man mehr und mehr die anscheinenden Vorteile der Fremdevorsorge, die das Kollektiv in wachsendem Maße anbietet.

Kein Wunder, dass der Mensch mehr und mehr das Gefühl der Selbstverantwortung einbüsst und seine moralischen Anlagen dafür verkümmern. Die Verantwortung für das Scheitern seines Lebens schiebt er dem "grossen Anonymen" im Kollektiv zu und lässt ihn diese Verantwortung mit den Mitteln der Stimmzetteldemokratie erbarmungslos spüren.

Selbstbestimmung, Selbstvorsorge und Selbstverantwortung im Leben des Menschen, das sind die drei Lebensaufgaben, auf die der Mensch auf allen Stufen der Erziehung, vom Elternhaus bis auf die Hochschule vorgebildet werden muss.

Dieser Lebenserziehung und Lebenshaltung steht heute in der sogenannten freien Welt ein anderes Prinzip der Erziehung und des Lebens gegenüber, das einem fehlgeleiteten Sicherheitsdrang entspringt. Auch dieses Prinzip kommt zunächst dem Menschen im Kampf gegen die Lebensangst und in dem Bedürfnis nach Sicherheit entgegen. Und dieses Prinzip rechnet zunächst mit einer unbestreibaren Tatsache: mit der Tatsache, dass wir in der gegenwärtigen Zwischensituation zwischen Freiheit und Kollektivismus einen Menschen vor uns haben, der mit dem eigenen personalen Kräften oft nicht mehr imstande ist, das Risiko des persönlichen Lebens zu meistern.

Wieso ist es dazu gekommen in der freien Welt, in der nicht das Gesetz des Kollektivismus und des Marxismus, sondern das Gesetz der Freiheit und einer christlich-konservativen Ordnung noch in Kraft ist?

In den Verfassungen aller modernen Staaten findet sich ein Katalog der Grundrechte, der Menschenrechte, die nach christlicher Auffassung im Naturrecht begründet sind.

Bevor ich diese Rechte näherhin bezeichne, möchte ich den wichtigen Hinweis einschalten, der den Kern meiner Ansicht ausmacht, dass nämlich diese Grundrechte des freien Menschen aufs engste mit dem Bestand und der Lebensfähigkeit bestimmter kleiner gesellschaftlicher Einheiten verbunden sind. Diese kleinen gesellschaftlichen Einheiten verteidigen daher schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb heraus die Grundrechte des freien Menschen, den sie zu ihrer Existenz brauchen, gegen das Kollektiv, gegen den totalen Staat, der diese Grundrechte zwar in den Katalog der verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechte aufgenommen hat, im Übrigen aber in einer fortschreitenden Entwicklung die kleineren gesellschaftlichen Einheiten mehr und mehr zurückdrängt und ihnen den Lebensraum nimmt.

Nach Johannes Messner nenne ich Ihnen diese Beziehung zwischen den kleinen gesellschaftlichen Einheiten und den Menschenrechten nur ganz kurz. Mit der Familie ist verbunden das Recht auf das eigene Leben, das Recht auf Ehe und Familie sowie das Recht zur Erziehung der Kinder;

mit der Nachbarschaft, mit der Gemeinde und mit den Ländern das Recht auf Autonomie der Landschaften, der Länder und der Gemeinden;

mit den religiösen Gemeinschaften das Recht auf Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit;

mit den Berufsgemeinschaften das Recht zum Unterhaltserwerb, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Berufswahl und freie Berufsausübung;

mit den Minderheiten das Recht auf Autonomie;

mit den politischen Interessen- und Gesinnungsgemeinschaften das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Mitbestimmung in der Ordnung und Verwaltung des Staates.

In dem Maße, in dem gegenwärtig die Existenzfähigkeit der kleinen Gemeinschaften, von der Familie angefangen bis zu den anderen, die ich Ihnen genannt habe, durch den kollektiven Staat geschmälert wird, wächst die Zuständigkeit und die Verantwortung dieses Staates, in die Existenz des einzelnen mehr und mehr einzugreifen, bestimmend, versorgend, letztlich verantwortlich. Und er tut es mit den Mitteln und Methoden der öffentlichen Hand, die heute bereits bestimmt, wann der Mensch nach einem gesetzlichen Kodex ins Leben treten darf und wann sie die Tötung dieses Menschen, die vorsätzliche Tötung unter den verminderten Strafsatz des neuen Strafgesetzes stellen wird.

Als Ergebnis dieser Entwicklung tritt eines ein: Die Staatsleistung; wird mehr und mehr die normale Form der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Und an Stelle der Selbstbestimmung tritt die Fremdbestimmung; an Stelle der Selbstvorsorge im Leben, die für unsere Alten ein Privilegium und nicht eine Last gewesen ist, tritt die Fremdvorsorge; an die Stelle der Selbstverantwortung die Fremdverantwortung. Das Selbstvertrauen als Rückgrad einer Existenz in Freiheit wird geschwächt zugunsten des Vertrauens in den funktionierenden Apparat der Gemeinfürsorge. In der öffentlichen Meinung und in der politischen Willensbildung vollzieht sich mehr und mehr die Hinkehr zu letzten Konsequenz des so veränderten Lebensziels des Menschen.

Die Willensbildung wird mehr und mehr darauf abgestellt, das Risiko des Lebens als lästig und entbehrlich zu bezeichnen. Dagegen aufzumucken wird als "politisch unmöglich" bezeichnet.

Letzthin bezeichnet man als "politisch unmöglich" vielfach Handlungen, von denen jeder einzelne von uns zutiefst überzeugt ist, dass sie moralisch, sozial oder wirtschaftlich angemessen sind, von denen wir aber zur gleichen Zeit annehmen, dass sie von unseren Gegnern leicht dazu missbraucht werden könnten, um uns vor Teilen der Wählerschaft zu kompromittieren.

Indem wir diesem Trend in dem gegenwärtigen fatalen Transitorium, in dieser Zwischenphase der österreichischen Geschichte nachgeben, machen wir breite Schichten der Wählerschaft dazu reif, dass sie an den Marxismus und an den Sozialismus ideologisch und ihren Lebenserwartungen gemäss abgegeben werden und zum Kader dieser Partei stossen.

An dieser Stelle drängt sich mit unabwiesbarer Aktualität die Existenzfrage für jene auf, die nicht in den Wahlstrom der allgemeinen Linksentwicklung, des "Sinistrismus" kommen wollen. Wird nämlich ihre Partei schliesslich daran zugrundegehen, weil sie das "politisch Unmögliche" unternehmen will, oder wird ihr dieses Schicksal zuteil werden, weil sie ihre in der "Rentnermentalität" bestärkten Wähler für die Abstellung an den Sozialismus fertig macht?

**N** Nichts gegen die Rentner, nichts gegen die Mentalität des Rentners. Sie entspricht der Lebenssituation des Rentners, so wie die Mentalität des Beamten, die Mentalität des Kaufmanns, die Mentalität des Ingenieurs der Lebenssituation dieser Berufe entspricht. Gefährlich wäre es aber zum Beispiel, wenn der Kaufmann die Beamtenmentalität übernehmen würde, und gefährlich ist es in diesem Staat schon geworden, weil Beamte die Kaufmannsmentalität übernommen haben. (Zustimmung.)

Das Gefährlichste aber wäre es, wenn es den Sozialisten gelingen würde, allen diesen Ständen gemeinsam das graue Kleid der Rentnermentalität anzuziehen und geistig anzuerziehen! (Neuerliche Zustimmung.)

Meine Parteifreunde! Ich möchte dafür plädieren, dass solche Erwägungen in unserem Kreis genauso eine ernste und aktuelle politische Erörterung finden wie die verständlichen Sorgen jener Freunde unter uns, die wissen, dass das Problem des Rentners, das Problem der Vorsorge für den alternden Menschen in einer Gesellschaft, in der die Zahl der Alten immer grösser wird, zu einem Tagespolitikum allerersten Ranges wird.

Aber das notwendige Umdenken und Neudenken ist keine kostspielige Arbeit, die man sich nicht leisten kann, weil einem die Probleme unter den Nägeln brennen. Wahrscheinlich wird davon einmal unsere Existenz in der Freiheit abhängen.

Freiheit und Sicherheit, von denen so viel gesprochen wird, die Freiheit des einzelnen und die Rechte der Gemeinschaft sind komplementäre Grössen, gehören irgendwie zusammen. Übersteigt einmal das Mass der kollektiven Sicherheit einen bestimmten Grenzwert, dann müssen die Rechte des einzelnen in denen des Kollektivs mehr und mehr aufgehen. An diesem Grenzwert erlischt aber auch der Unterschied unserer Existenz in einem freien Staat von der Existenz in einem volksdemokratischen Staat, mit dem einzigen Unterschied, dass der heute hier lebenden Generation die politische Verfolgung und das Konzentrationslager als Mittel der Beugung des Rechtes der Freiheit erspart bleibt. Ein sehr fragwürdiges geschichtliches Privilegium, wo wir doch aus der Geschichte gelernt haben, dass gerade die brutale Herausforderung der proletarischen Kampfmethoden es gewesen ist, die den Abwehrwillen im Kampfe gegen das Geistige dieses Systems in unseren Kreisen hervorgerufen und gefestigt haben!

(Beifall.)

Die Tatsache, dass uns in der sogenannten freien Welt der Terror erspart bleibt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gefahr der unsichtbaren Diktatur in der Demokratie vor uns, ja mitten unter uns steht.

Die Diktatur des anonymen Elements ist weitaus gefährlicher und schwieriger zu bekämpfen als die persönlich ausgeübte Diktatur, deren Hässlichkeit und Abscheulichkeit zum Widerstand geradezu herausfordert.

Dem gegenüber muss sich ein neues Selbstvertrauen erheben, das einen Wurzelboden wohl am besten in den von mir erwähnten kleinen Gemeinschaften, die sich über der Familie erheben, findet. Solange wir diese kleinen Gemeinschaften nicht der Auslöschung durch den alles tuenden Staat ausliefern, können sie und wir mit ihnen noch Widerstand leisten. Wir brauchen uns dabei vor der Überlegenheit des Gesetzes der grossen Zahl nicht zu scheuen. Auch in den grossen totalitären Staaten mit ihren politischen Massenbewegungen ist es so, dass die letzten Entscheidungen in dieser Welt stets von einer verhältnismässig kleinen Gruppe von Menschen gefällt werden, von denen allerdings jeder von der Richtigkeit seiner Idee überzeugt und willens ist, sich für die Verwirklichung dieser Idee unter allen Umständen einzusetzen.

Kulturpolitisch bedeutet das - um nur ein Wort zu sagen - den Kampf gegen das um sich greifende System der Massenbildung als Mittel der Massenbeeinflussung und die Durchsetzung des Prinzips der Persönlichkeitsbildung als Unterpfand der Freiheit. Freilich bliebe dieses neugestärkte Selbstvertrauen des freien Menschen zuletzt ohne Orientierung und Stütze, würde es nicht überhört durch jenes Gottvertrauen, das den endgültigen Schutz gegen die Gefahr des Materialismus gewährleistet. Die weltanschauliche, die religiöse Entscheidung bleibt uns allen und jedem einzelnen nicht erspart. Der grosse



Trug des Sozialismus in unserer Zeit, durch Entideologisierung die Spannungen der freien Welt zu beseitigen, ist in Wirklichkeit die Gefährdung der freien Welt, weil er sie damit ihres geistigen Zentrums und der Strahlungskraft, aus der heraus alle materiellen Kräfte des Widerstandes ihre Orientierung erfahren, berauben würde. (Beifall.) Nicht als Katholik allein spreche ich dieses Wort. Ich erinnere euch, liebe Parteifreunde, an den Satz Wilhelm Röpkes, den ich bei unserer letzten Begegnung in Innsbruck zitiert habe. Er stellt in seinem Buch "Jenseits von Angebot und Nachfrage" fest: "Der tiefste Sitz der Krankheit unserer Kultur liegt in der geistig religiösen Krise, die sich in jedem einzelnen vollzogen hat, und nur in der Seele eines jeden einzelnen kann sie überwunden werden."

Der Kommunist kann diese letzte Konsequenz, nämlich die Entscheidung im religiösen Bereich, bestreiten, er wird damit seiner Weltanschauung gerecht. Der freie Mensch kann an ihr nicht vorbeisehen. In diesem Sinne, liebe Parteifreunde, ist für uns Religion nicht eine der vielen Lebensweisheiten, so wie sie der Sozialismus anbietet, sondern der Weisheit letzter Schluss und hat daher verdient in den Grundsätzen und im Aktionsprogramm dieser Partei, das Ihnen nunmehr zur Beschlussfassung vorgelegt ist, den richtigen Platz gefunden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Dr. Aloys Oberhammer:

Hoher Parteitag! Ich bitte die Tatsache, dass dieser Redner etwas zu lange geredet hat, weder mir noch dem Herrn Minister anzukreiden. Schuld daran ist die Parteitagsbürokratie, die

vorgesehen hatte, die Redezeit heute etwas zu erweitern. Wir müssen uns aber angesichts der grossen Zahlen von Rednern - inzwischen sind noch einige dazugekommen - einigermaßen streng an die Redezeit halten. Sie werden also Verständnis dafür haben, wenn ich nach diesem Auswuchs in Zukunft werde strenger sein müssen.

Ich darf den Herrn Ing. Fröhlich bitten, das Wort zu ergreifen.

Ing. Fröhlich: Hoher Bundesparteitag! Als Betriebsrat eines der grössten Industriekonzerne Österreichs und als geschäftsführender Obmann der innerhalb des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes bestehenden Arbeitsgemeinschaft Verstaatlichter Industrie möchte ich Sie alle, meine sehr geehrten Parteifreunde, auf die entscheidende Bedeutung unserer Arbeit in den Betrieben hinweisen.

Dass es der Sozialistischen Partei trotz ihrer ideologischen Krise, trotz ihrer programmativen Unsicherheit und Verwaschenheit möglich ist, uns in der Koalition, im Parlament und überall sonst immer noch Schwierigkeiten zu bereiten, ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass es ihr schon vor dem ersten Weltkrieg gelungen war, in den Betrieben machtvolle Bastionen aufzubauen. Inzwischen hat sich freilich, ich möchte sagen, Gott sei Dank, herausgestellt, dass diese ihre Positionen nicht uneinnehmbar sind.

Zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs ist es dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund gelungen, eine grosse nichtsozialistische Arbeiterbewegung auf Massenbasis zu mobilisieren. Es ist gelungen, das Monopol, das die Sozialisten für alle arbeitenden Menschen beansprucht haben, zu brechen.

Unser ÖAAB und die Fraktion christlicher Gewerkschafter sind in den Betrieben im unaufhaltsamen Vordringen. In vielen der grössten Betriebe sind wir die zweitstärkste Fraktion. Ja, darüber hinaus gibt es sogar Betriebe, in denen wir stärker sind als die Sozialisten und die Kommunisten zusammen.

Welchen Opfermut, welche Überzeugungstreue und Kampfentschlossenheit alle diese Männer und Frauen beweisen müssen, die in der vordersten Front gegen das Sperrfeuer von oft fanatisierten politischen Gegnern unsere Offensive vorwärtstragen, das kann von allen denen nicht genug gewürdigt werden, denen das Schicksal und der Sieg unserer Partei wirklich eine Herzensangelegenheit ist. (Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Erfolge dürfen aber keine Eintagserfolge sein. Die Aussichten, sie zu halten, neue hinzuzufügen und den Gegner zu schlagen, wo immer *wir* ihn treffen, sind gut. Denn das Unbehagen über die Ideenlosigkeit, über die Zwiespältigkeit und über die Spiegelfechtereier innerhalb der Sozialistischen Partei steigt ständig an und hat bereits grosse Teile ihrer Kernwählerschichten ergriffen.

Was können wir nun tun, um diese unsere Chancen voll und ganz auszunützen und unser Vordringen in den Betrieben zu beschleunigen? Ich möchte nur drei wesentliche Punkte herausheben:

1. Es kommt vor allem auf die unablässige, intensive und unermüdliche Kleinarbeit eines ständig wachsenden Kadrs überzeugter und gutgeschulter Mitkämpfer an. Darin sieht unser Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund eine seiner wichtigsten und vordringlichsten Aufgaben.

2. Durch die steigende Mechanisierung in der Landwirtschaft zusammen mit anderen Strukturwandlungen auf diesem so entscheidenden Wirtschaftsgebiet hat es sich ergeben, dass die bäuerliche Bevölkerung in einem früher nicht vorstellbaren Mass mit der industriellen Welt in Beziehung kommt. Wir müssen

dafür Sorge tragen, dass die junge bäuerliche Generation, wo immer sie zur Arbeit an der Maschine kommt, den Sozialisten nicht zur billigen Beute wird.

Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine enge, eine brüderliche Zusammenarbeit mit dem Bauernbund das Gebot der Stunde; sowohl für diesen wie auch für den ÖAAB und für die gesamte Volkspartei. (Beifall.)

3. Glücklicherweise sind an den Kommandostellen in der gewerblichen und industriellen Wirtschaft immer noch die Männer unserer Partei in der Mehrzahl. An diese möchte ich namens aller meiner Kollegen den Appell richten, dass jeder einzelne von ihnen es endlich zur Kenntnis nehmen möge, dass die Sozialisten schon lange nicht mehr ein Monopol auf die politische und die Interessenvertretung der arbeitenden Menschen haben. (Beifall.)

Wir wollen nicht den Klassenkampf, sondern ein loyales Verhältnis geordneter Partnerschaft.

Wenn das einmal ganz klar erkannt und herausgestrichen ist, dann wird auch kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass das Schicksal der einen, der Arbeitnehmer, untrennbar mit dem Schicksal der anderen, der Arbeitgeber, verbunden ist. Dies erfordert eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund und dem Wirtschaftsbund, die auf die Zusammenordnung bestehender natürlicher Interessensgegensätze zum höheren Wohl aller abgestellt sein muss.

In diesem Sinne bekennen wir uns zur ÖVP, zu der grossen Partei des Volkes, in der ÖAAB, Bauernbund und Wirtschaftsbund zu einer machtvollen Kampfgemeinschaft verbunden sind! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Dr. Oberhammer:

Ich danke dem Redner herzlich dafür, dass er die knappe Redezeit eingehalten hat.

Ich darf nun Herrn Minister Bock um das Wort bitten.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Fritz

Bock: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Das Aktionsprogramm, das uns Herr Landeshauptmann Klans hier vorgetragen hat, steht unter der Gesamtüberschrift "Österreich für Europa rüsten". Diese Rüstung Österreichs für Europa muss eine doppelte sein: eine geistige - wir haben soeben die Ausführungen Dr. Drimmels hierzu gehört -

und eine wirtschaftliche.

Erlauben Sie mir, dass ich im Bemühen, die Redezeit nicht allzu stark zu überschreiten, mit ein paar Schlagworten dieses wirtschaftliche Rüstzeug für Europa hier kurz darstelle, was mir deshalb geboten erscheint, weil ja die Fragen der Integrationspolitik die Diskussion in der Weltöffentlichkeit in den letzten Monaten sehr stark beherrschen und darüber ~~h~~ innerhalb und ausserhalb unseres Landes zahlreiche Missverständnisse bestehen.

Zunächst die Frage: Was ist Integration? Unter Integration verstehen wir das Zusammengehen selbständiger Teile zu einer gemeinsamen Arbeit bei Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit. Auf wirtschaftlichem Gebiet verstehen wir unter Integration daher das Zusammengehen der freien europäischen Nationen zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit, wobei die Autonomie und die Souveränität der einzelnen Teile unangetastet bleiben soll.

Zweite Frage: Warum Integration? Wir stehen - damit sage ich nichts Neues - am Beginn der Automation und der sinnvollen Arbeitsteilung. Die Betriebe müssen modernisiert werden, sie müssen automatisiert werden. Dazu bedarf es grösster Kapitalaufwendungen, die vor allem in kleinen Staaten nicht oder nicht in genügendem Ausmass vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Der Schrei nach der besseren, billigeren und rascheren Produktion ist gegeben, und ihn zu erfüllen ist notwendig, wenn man mit der

eigenen Produktion heute auf den Weltmärkten konkurrenzfähig bleiben will. Daher müssen sich die 19 freien europäischen Volkswirtschaft zu gemeinsamer Arbeit zusammenschliessen, weil wir sonst bei einem wirtschaftlich in 19 Teile geteilten Europa auf kurz oder lang, aber jedenfalls sicher von den integrierten Grossräumen des Ostens und des Westens einfach erdrückt würden. (Zustimmung.)

Wenn wir uns also zu dem Zwang zur Automation und zur sinnvollen Arbeitsteilung bekennen, dann ist nicht mehr die Frage, ob Europa wirtschaftlich integrieren soll, sondern die Frage ist nur mehr, wie es möglichst rasch diesen sicherlich nicht leichten Weg gehen kann.

Der erste Schritt zur europäischen Integration war der Vertrag von Rom über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der zweite Schritt ist der Vertrag von Stockholm über die Europäische Wirtschaftsassoziatiön.



Darf ich jetzt, bitte, eine sehr wichtige Frage beantworten, nämlich die, welches eigentlich die wesentlichen Unterschiede zwischen der EWG und der EFTA sind, eine Frage, die wir zunächst klären müssen, wenn wir unsere Stellungnahme zu diesen beiden Wirtschaftsgemeinschaften präzisieren wollen. Schlagwortartig zusammengefasst:

1. Die EWG ist ein umfassender wirtschaftspolitischer Vertrag, der sämtliche wirtschaftspolitischen Sparten regelt, also nicht nur die Frage der Zölle und Handelsbeschränkungen, sondern auch die Frage des Kapitalverkehrs, der Investitionen, der Löhne, der Niederlassungen usw. usw., während die Freihandelsassoziation, die EFTA, ein Vertrag ist, der sich im wesentlichen nur mit handelspolitischen Dingen beschäftigt.

2. Die EWG hat bekanntermaßen übernationale Einrichtungen. Der Ministerrat der EWG beschliesst Dinge, die die einzelnen Parlamente der EWG-Staaten ausführen müssen. Die EFTA hat solche supranationale Institutionen nicht, es existiert nur der Ministerrat, der nur einstimmige Beschlüsse fassen kann, das heisst im Bereich der EFTA ist die Zustimmung der einzelnen Regierungen zu den einzelnen Massnahmen jeweils erforderlich.

3. In der EWG liegt - ich möchte keine Hehl daraus machen - eigentlich zu unserem Missvergnügen ein sehr starker politischer Akzent. Wenn ich sage, zu unserem Missvergnügen, so nicht deshalb, weil wir etwa den grandiosen politischen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich nicht begrüßen würden, nein, ganz im Gegenteil, das ist eine historische Entwicklung von einmaliger Grossartigkeit. Aber wenn man

diese Fragen mit den reinen handelspolitischen Fragen vermengt, dann müssen für Staaten mit anderer politischer und völkerrechtlicher Konstruktion natürlich Schwierigkeiten entstehen. Dieser politische Akzent fehlt in der EFTA zur Gänze, die EFTA ist eine reine wirtschaftspolitische internationale Vereinigung.

Was ist dann die Folge davon, dass es diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gibt, und dass es nun auch die EFTA geben wird? Wir lesen es alle Tage in der Zeitung, wenn davon die Rede ist, dass die österreichische Wirtschaft und die Wirtschaft anderer nicht zur EWG gehörender Staaten von der Diskriminierung Angst hat, mit Recht Angst hat, weil die Begünstigungen auf dem Zollsektor und bei den handelspolitischen Massnahmen nur innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aber nicht gegenüber dritten Staaten angewendet werden sollen.

Man hat sich - Sie wissen es - durch zweieinhalb Jahre hindurch bemüht, eine grosse Freihandelszone zu schaffen. Warum ist sie nicht zustande gekommen? Sie konnte nicht zustande kommen, weil man sich leider - österreichischerseits wurde immer wieder darauf hingewiesen - ein viel zu grosses Programm gestellt hat. Es ist österreichischerseits immer wieder vorgeschlagen worden, man möge diese Freihandelszone allein darauf beschränken, dass die handelspolitischen Schwierigkeiten ausgeschaltet werden. Diese Beschränkung ist nicht gelungen, so kam es zum Scheitern der Freihandelszone. Die französische Regierung hat - und ich muss hier objektiv sagen, mit einigem Recht - immer gesagt: Ihr könnt

euch aus dem EWG-Kuchen nicht einfach die Rosinen herausholen, ohne auch die Verpflichtungen dieser EWG zu übernehmen.

Damit, Hoher Parteitag, bin ich nun bei der wichtigsten Frage angelangt: Warum ist Österreich zur EFTA und nicht zur EWG gegangen? Wenn ich eben sagte, dass es der allgemeine Standpunkt der EWG-Staaten gewesen ist, dass man sich nicht nur der Vorteile bedienen darf, sondern auch die Verpflichtungen übernehmen muss, so ist das einer der Gründe, warum für uns zunächst der Weg zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht gangbar war.

So oft die österreichische Delegation nach Paris gefahren ist - und ich habe das Vergnügen gehabt, diese Sitzungen mitzumachen -, bekam sie mit Recht von der österreichischen Wirtschaft ein ganzes Paket von Ausnahmewünschen mit. Aber nicht nur von der Wirtschaft, also von der Industrie und vom Gewerbe, sondern auch von den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer. Diese Ausnahmewünsche der gesamten österreichischen Wirtschaft hätten bedeutet, dass wir gegenüber der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft praktisch eine grosse Summe von Ausnahmsbestimmungen hätten durchsetzen müssen, die man weder uns noch anderen Staaten einzuräumen bereit gewesen wäre.

Daher kam es zu der Vereinigung von Stockholm mit der Massgabe, dass die sieben in der EFTA zusammengeschlossenen Staaten sich nun zum Ziel gesetzt haben, durch eine Freihandelsvereinigung den Weg zu einer Beseitigung der wirtschaftlichen Spaltung Europas zu finden. Die Frage ist also nicht ganz richtig gestellt, wenn man sagt: EWG o d e r EFTA, sondern es muss eigentlich heissen: EWG u n d EFTA. Das heisst also, es ist ein Weg zu finden, um beide zusammenzubringen.

Ich möchte hier auf die Präambel des EFTA-Vertrages verweisen, in der es ausdrücklich heisst, dass die vertragsschliessenden Teile die feste Absicht haben, eine multilaterale Assoziation einschliesslich der Mitglieder der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen. Und ich möchte feststellen, dass diese Präambel für uns ein essentieller Bestandteil dieses EFTA-Vertrages ist.

Mit anderen Worten: Wenn es sich in gebotener Zeit herausstellen sollte, dass dieser Versuch von Stockholm mit der Freihandelsassoziation nicht zu dem gewünschten gesamteuropäischen Konzept führt, müssten wir uns andere Wege dahin überlegen. Ich glaube aber, nach der gegenwärtigen Situation feststellen zu können, dass, so wie die Dinge liegen, diese europäische Freihandelsvereinigung momentan der einzige Weg ist, der uns zu einer gesamteuropäischen Lösung bringen wird.

Nun noch eine politische Bemerkung. Auf diesem Weg zur gesamteuropäischen Lösung haben uns die Äusserungen der sozialistischen Führer, vor allem die des Herrn Dr. Pittermann, den grössten Schaden zugefügt. Man kann eine internationale Organisation nicht einfach deshalb beleidigen, weil sie auf Grund des frei geäusserten Willens ihrer Völker wenige oder gar keine Sozialisten in ihren Reihen hat (Beifall) - ganz abgesehen davon, dass uns diese Organisationen und Gemeinschaften, und das ist schon gesagt worden, die Hälfte unserer Exportprodukte abkaufen. Aber dem Herrn Dr. Pittermann ist es anscheinend völlig egal, was mit dem österreichischen Export einmal geschehen soll, wenn er in dieser Tonart gegenüber denen fortführt, von deren Kaufbereitschaft schliesslich und endlich die Arbeitsplätze hunderttausender Arbeitnehmer abhängig sind. (Beifall.)

Was soll also nun geschehen? Ich glaube, es ist richtig, wenn wir

1. in Ruhe die europäische Freihandelsassoziation begründen;
2. uns bemühen, die Handelsbeziehungen im Bereich der EFTA nach Kräften zu stärken;

3. ständige Untersuchungen anstellen, was laufend zu geschehen hat;

4. Möchte ich eine Anregung geben, die auf das Referat des Herrn Landeshauptmannes Klaus zurückgeht. Er hat darauf verwiesen, dass wir Sorge haben müssen, dass die österreichische Aussenpolitik Wege gehen könnte, denen wir nicht zustimmen können. Da die Handelspolitik heute ein wesentlicher Teil der Aussenpolitik ist, erlaube ich mir, diesen Vorschlag zu machen.

Ich glaube, der Bundesparteitag sollte der Bundesparteileitung die Gründung eines aussenpolitischen Ausschusses empfehlen, der sich laufend mit diesen Problemen zu befassen hat,

denn ich gebe zu: Wir haben bisher über diese meist schwierigen Probleme zuwenig diskutiert. (Zustimmung.)

Die Handelspolitik ist heute ein Teil der Weltpolitik, von ihr hängt in erster Linie auch die wirtschaftspolitische Konjunktur im Inland ab.

Hoher Bundesparteitag! Ich komme zum Schluss. Die Freiheit, nach der wir das Programm entwickelt haben und der zu dienen wir verpflichtet sind, braucht auch das tägliche Brot. Für dieses vorzusorgen ist unter anderem vornehmste Aufgabe der österreichischen Handelspolitik in dieser Zeit. (Lebhafter Beifall.)

Landtagspräsident Franz Heil (Salzburg): Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Im Aktionsprogramm, das heute dem Hohen Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorliegt, ist auch die Reform der österreichischen Sozialversicherung, der Krankenversicherung, vorgesehen. Wie dringend dieses Problem ist, möchte ich an der Entwicklung der Einrichtungen der Sozialversicherung in den letzten Jahren dem Hohen Bundesparteitag vor Augen führen.

Wir haben derzeit in unserer Krankenversicherung 18 aktiv gebarende und 13 passiv gebarende Träger der Krankenversicherung. Der Abgang der Krankenversicherung betrug in den Jahren 1957 und 1958 bei den ASVG.-Krankenkassen 150 Millionen Schilling. Am 31.10.1959 hatten diese Sozialversicherungsträger Schulden an die Rentenversicherungsanstalten von 140 Millionen Schilling, weil ihnen

die Mittel zur Abführung dieser Beiträge nicht zur Verfügung gestanden sind. Die Krankenversicherungsträger verfügen über keine Reserven, die Liquidität der Kassen ist im wesentlichen gleich null.

Dazu kommt, dass man mit neuen Forderungen an diese Sozialversicherungsträger herangetreten ist. Und zwar verlangen die Ärzte eine 20prozentige Erhöhung ihrer Honorare, was für die Krankenversicherung eine Mehrbelastung von 100 Millionen Schilling jährlich bedeuten würde. Es verlangen die Zahnärzte, die Bandagisten und die Krankenanstalten eine erhöhte Honorierung ihrer Leistungen. All das zusammen würde jährlich einen Mehraufwand von 250 Millionen Schilling bedeuten.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind darin zu suchen, dass man den Krankenversicherungsträgern keine kostendeckenden Beiträge für die Rentner und die Kriegsoffer zur Verfügung gestellt hat. In Salzburg allein beträgt der Abgang aus diesen Versicherungszweigen 1958 bis 1959 20 Millionen Schilling. Hätten diese Versicherungseinrichtungen kostendeckende Beiträge erhalten, so könnte auch die Salzburger Gebietskrankenkasse aktiv abschliessen und entsprechende Rücklagen anlegen!

Durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz wurden bedeutende Leistungsverbesserungen in der Arbeiterkrankenversicherung eingeführt, die ebenfalls eine starke Belastung für diese Versicherungsträger bedeuten. Die Arbeits- und Verkehrsunfälle haben eine solche Steigerung erfahren,



dass bereits ein Viertel der gesamten Krankenstände auf Arbeits- und Verkehrsunfälle zurückzuführen sind.

Die Ärzte und Medikamentenkosten sind allein bei unserer Krankenkasse von 14,7 Millionen Schilling im Jahr 1951 auf 36,4 Millionen im Jahr 1957 angestiegen. Vor 1938 waren bei unseren Krankenversicherungsträgern 30.000 Rentner kranken- versichert - heute sind fast 1 Million Rentner durch die Kran- kenversicherung zu betreuen.

Die Krankenkassen sind heute mit 2,3 Millionen Schilling...

Das hat verursacht, auf der Einkommenseite dafür Fortschritt zu treffen, während der Beitrag in der Arbeiterkassenversicherung...

Wir haben nach 1945 700.000 Familienangehörige in die Krankenversicherung neu einbezogen, ohne dass auf der Einnahmenseite hierfür Vorsorge getroffen worden wäre. Wir haben heute laufend 800 Millionen Schilling in unseren Krankenversicherungen für Familienversicherung aufzubringen, oder ein Viertel der gesamten Beitragseinnahmen gehen für diese Zwecke auf. Wir haben heute 5 Millionen Versicherte in unseren Krankenversicherungen zu betreuen, während nur 2,1 Millionen überhaupt Beiträge entrichten. Dazu kommt, Hoher Bundesparteitag, dass sich seit 1910 die Lebenserwartung von 35 Jahren auf 70 Jahre erhöht hat und dass durch die Steigerung der Lebenserwartung auch die Ansprüche der älteren Versicherten an unsere Versicherungsleistung angestiegen sind, weil diese älteren Jahrgänge krankheitsanfälliger sind und deshalb auch die Leistungen der Sozialversicherung in verstärkter Maße in Anspruch nehmen.

Man hat vergessen, auf der Einnahmenseite dafür Vorsorge zu treffen. Während der Beitrag in der Arbeiterkrankenversicherung vor 1938 bis zu 8,5 Prozent betragen hat, beträgt er heute 7,5 Prozent. Trotz gewaltiger Verbesserung der Leistungen hat man also den Beitrag herabgesetzt und auf der anderen Seite Leistungserhöhungen zugestanden, für die auf der Einnahmenseite nicht vorgesorgt worden ist. Bei den Privatangestellten ist man den gegenteiligen Weg gegangen. Hier hat man die Leistungen in der Sozialversicherung bedeutend herabgesetzt und den Beitrag erhöht. Die Privatangestellten sind die einzige Berufsgruppe, die heute noch schlechtere Leistungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung hat, als das vor 1938 der Fall gewesen ist.

In Westdeutschland ist man einen anderen Weg gegangen. Hier hat man gleichzeitig mit den Leistungsverbesserung auch auf der Einnahmenseite vorgesorgt. Der Beitrag in der Arbeiterkrankenversicherung in Westdeutschland beträgt heute bereits 10 Prozent, und man ist derzeit daran, auch auf diesem Gebiet eine Reform herbeizuführen.

Meine sehr Geehrten! Wenn in den letzten zwei Jahren einzelne Krankenversicherungsträger aktiv gebart haben, so ist das darauf zurückzuführen, dass wir in den beiden letzten Jahren keine Epidemie gehabt haben und dass darüber hinaus zum Beispiel bei unserer Kasse der Beitrag für die Angestellten erhöht worden ist, was eine Mehreinnahme von 2 Millionen Schilling bedeutet hat. Ich möchte weiters darauf hinweisen, dass eine Steigerung der Rentenversicherungsbeiträge eingetreten ist, und nur durch diese beiden Komponenten war es möglich, dass diese Kassen aktiv gebaren konnten. Heute stehen wir bereits wieder vor dem Problem: Wir haben in dieser Krankenversicherung bereits Krankenstände, die den Krankenstand vom 1957 überschritten haben, und damit erwachsen unserer Krankenversicherung wieder Ausgaben, die für die finanziellen Situation von entscheidender Bedeutung sein werden.

Meine sehr Geehrten! Ich glaube, auch hier besonders unterstreichen zu müssen, dass wir es vom Standpunkt der Freiheit der Persönlichkeit, des Rechtes zur Mitgestaltung in unserer Sozialversicherung mit aller Entschiedenheit und mit allem Nachdruck ablehnen müssen, dass man auch bei uns einen staatlichen Gesundheitsdienst einführt. Ich weiss, es ist sicher bequem, wenn vielleicht mit dem Meldesettel Sozial-

versicherungseleistungen in Anspruch nehmen kann. Wer die  
 Verhältnisse in England kennengelernt hat, weiss, dass gerade  
 eine solche Entwicklung dazu führen würde, dass Millionen  
 von uns Versicherten, Arbeitern und Angestellten, in einem  
 Kollektiv des Staates untergehen würden, in dem jede Frei-  
 heit und jedes Mitbestimmungsrecht verhindert wird.

die Dienstleistungen auf ein solches Niveau zu heben, was  
 bedeutet, dass die Kostenversicherung in der Höhe  
 des Jahresumsatzes von 2,5 Milliarden Pfund  
 wird. Aber gerade diese Erleichterung in unserer Gesundheits-  
 versicherung, dass wir diesen Weg nicht gehen dürfen,  
 der Schöpfer des englischen Gesundheitswesens, der vor  
 mehr als ein Jahrzehnt eingeführt wurde, Lord Beveridge,  
 sagt auf Grund seiner Erkenntnisse und Erfahrungen, die er sich  
 mit der Einführung dieses Gesundheitswesens verschaffen konnte,  
 dass soziale Sicherheit und Schutzrecht nicht unvereinbar  
 sind. Eine Gesundheitsversicherung ist nicht die Erhaltung, sondern die  
 Erhaltung der Sicherheit und stellt, so wie verwirklicht wird,  
 den Punkt Nummer 1 der persönlichen Freiheit dar. Der Staat  
 hat ein Mindestmass an sozialer Sicherheit zu bieten und dabei  
 die Grundbedingung zu betonen, seine höchste Aufgabe aber ist es  
 die Sicherstellung der Gesundheit, und für die Freiheit ist die Infor-  
 mation die grösste Gefahr.  
 Wenn wir heute in grosser Mehrheit bereits 12 Mil-  
 liarden Schilling für die soziale Sicherheit erhalten haben,  
 wenn uns bekannt ist, dass weitere Milliarden für die Infor-  
 mation und die Sicherstellung notwendig wären, dann müssen  
 wir auch, dass wir für unseren Anteil an wirtschaftlichen

Wir wissen, mit welcher gewaltigen Belastungen wir in diesem Zusammenhang rechnen müssen. Auf Seite der Proponenten rechnet man mit 3, in Wirklichkeit sind es aber 6 bis 7 Milliarden Schilling, die die Einführung dieses Gesundheitsdienstes kosten würde. Und das soll nun aufgebracht werden zu einem Drittel durch die Gesundheitssteuer, zu einem Drittel durch die Dienstgeberbeiträge und zu einem Drittel durch einen Staatszuschuss. Wir wissen, dass die Rentenversicherung in den kommenden Jahren einen Mehraufwand von 2,3 Millionen Schilling kosten würde. Aber gerade diese Entwicklung in unserer Sozialversicherung muss aufzeigen, dass wir diesen Weg nicht gehen können.

Der Schöpfer des englischen Gesundheitsdienstes, der vor mehr als einem Jahrzehnt eingeführt worden ist, Lord Beveridge, sagt auf Grund seiner Erkenntnisse und Erfahrungen, die er sich mit der Einführung dieses Gesundheitsdienstes verschaffen konnte: **Wahre soziale Sicherheit und Wohlfahrtsstaat sind unvereinbar!**

Eine Gratissicherheit ist nicht die Krönung, sondern die Entartung der Sicherheit und stellt, wo sie verwirklicht wird, den Feind Nummer 1 der persönlichen Freiheit dar. Der Staat hat ein Mindestmass an sozialer Sicherheit zu bieten und dabei die Grundsätze zu betonen. Seine höchste Aufgabe aber ist die Sicherstellung der Währung, und für die Freiheit ist die Inflation die grösste Gefahr.

Wenn wir heute in unserem Bundeshaushalt bereits 12 Milliarden Schilling für die soziale Sicherheit enthalten haben, wenn uns bekannt ist, dass weitere Milliarden für die Einführung dieses Gesundheitsdienstes notwendig wären, dann wissen wir auch, dass wir für unseren Aufstieg auf wirtschaftlichem

Gebiet nicht jene Mittel haben werden, die wir brauchen, um auf dem europäischen Markt bestehen zu können.

Ein brennendes Eisen ist unsere österreichische Sozialversicherung. Es muss Aufgabe der nächsten Zeit sein, mit Mut und Entschlossenheit dieses Problem zu lösen. (Beifall.)

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Eduard Hartmann (mit Beifall begrüsst); Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Wir stehen am Beginn eines neuen Jahrzehnts, und wir nennen es mit Recht das Jahrzehnt Europas.

Als Vertreter der Land- und Forstwirtschaft begrüsse ich es daher ausserordentlich, dass auch das neue Aktionsprogramm, das Ihnen der Herr Landeshauptmann Klaus vorgetragen hat, unter dem Leitmotiv "Österreich für Europa rüsten!" steht. Viele Zweige der österreichischen Wirtschaft müssen sich für Europa vorbereiten. Das gilt selbstverständlich auch für die Land- und Forstwirtschaft. Gestatten Sie, dass ich Ihnen drei kurze Hinweise mache, und Ihre Aufmerksamkeit darauf besonders lenke.

Zunächst will ich noch einmal Ihre Aufmerksamkeit auf den Abschnitt im neuen Aktionsprogramm lenken, der die Überschrift trägt: Lebenskraft für das Dorf. Dieser Abschnitt beinhaltet die wichtigsten Massnahmen, die im Interesse der Landwirtschaft, die wichtigsten Massnahmen, die im Interesse der Landwirtschaft, des gesamten Bauerntums und aller Dorfbewohner in Angriff genommen werden müssen oder verstärkt durchgeführt werden sollen oder fortgesetzt werden müssen. Nur dann, wenn wir diese grosse und verantwortungsvolle Aufgabe bewältigen, können wir die Bauern im Bergland, im Flachland und im Hügel- und alle zum

Lebenskreis des Dorfes gehörigen Menschen auf das zu einigende Europa vorbereiten.

In allen Integrationsfragen, die für die gesamte österreichische Wirtschaft und nicht zuletzt für die Land- und Forstwirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung sind, befinden wir uns auf Seite der Land- und Forstwirtschaft mit den übrigen Wirtschaftsministern, also mit dem Handelsminister und dem Herrn Finanzminister, in voller Übereinstimmung.

Herr Landeshauptmann Klaus als Vorsitzender des Aktionsprogrammausschusses hat den Mitgliedern und Mitarbeitern dieses Ausschusses gedankt. Als einfaches Mitglied dieses Ausschusses glaube ich mich mit Ihnen in Übereinstimmung zu befinden, wenn ich in Ihrer aller Namen ihm, dem Herrn Landeshauptmann Klaus, als dem Vorsitzenden herzlich danke. (Lebhafter Beifall.)

Neben diesen Abschnitten im Aktionsprogramm hat aber das Generalsekretariat der Österreichischen Volkspartei eine weitere sehr dankenswerte Initiative entfaltet. Über Anregung des Generalsekretariates wurden zwei Dorf-Enqueten veranstaltet, die am 18. Dezember 1959 und am 22. Jänner 1960 stattfanden. An dem Ergebnis dieser Dorf-Enqueten arbeiteten Funktionäre und Fachleute aus allen Berufsschichten mit. Drei wichtige grundlegende Referate wurden vor den Diskussionen in diesen Dorf-Enqueten gehalten. Universitätsprofessor Dr. Lendl hielt einen Vortrag über das Thema "Das österreichische Dorf als neue Lebensform", Herr Hochschulprofessor Dr. Franz sprach über "Das Dorf als Ort der Begegnung der Stände und Wirtschaftsformen" und Herr Dr. Lackinger über das Thema "Die bevölkerungspolitischen Vorgänge im heutigen Dorf".

Aus diesen drei grundlegenden Referaten ging hervor, wie sehr sich unsere Dörfer nach einer jahrhundertlangen wie sehr sich unsere Dörfer nach einer jahrhundertlangen kontinuierlichen Entwicklung gegenwärtig in einem fast revolutionierenden Umwandlungsprozess befinden, dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist. Es war übereinstimmende



Auffassung, dass wir es nicht zu einem Verfall der Dorfgemeinschaft kommen lassen dürfen; die damit verbundenen gesellschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Gefahren wären viel zu gross. Daher hat sich die Dorf-Enquete zur Aufgabe gemacht, den in Wandel begriffenen geistig-kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine möglichst klare Zielsetzung zu geben, damit das Dorf nicht zum Schlachtfeld von Klassenkämpfen und von unüberbrückbaren Interessengegensätzen werde.

Herr Ing. Fröhlich hat auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen dem Bauernbund und dem Arbeiter- und Angestelltenbund gerade in diesem Zusammenhang hingewiesen. Ich gebe die Erklärung ab, dass wir diese Zusammenarbeit gerne und bestens fördern werden. (Beifall.)

Die Ergebnisse der Dorf-Enquete sind in einer Resolution zusammengefasst. Sie trägt den Titel: "Das Dorf als politische Aufgabe". Ich werde den Inhalt nicht wiedergeben, die Zeit ist zu kurz, und die Resolution befindet sich in Ihren Händen. Ich bitte sie aufmerksam zu lesen. Ich möchte Herrn Generalsekretär Maleta, Herrn Generalsekretär-Stellvertreter Bundesrat Scheidl, Herrn Dr. Glatzl und allen Teilnehmern an der Dorf-Enquete für ihre Initiative und Mitarbeit herzlich danken.

Und nun ein dritter und letzter Hinweis: Auch die letzte Tagung des Österreichischen Akademikerbundes in Linz im November 1959 hat sich erstmalig und sehr ausführlich mit den grundlegenden Fragen der Agrarpolitik

befasst. Diese Initiative verdanken wir dem Präsidenten des Akademikerbundes, Herrn Finanzminister Prof. Dr. Kamitz. Es ist sehr erfreulich, dass auch der Akademikerbund einen heimatverbundenen und leistungsstarken Bauernstand auf christlicher Grundlage für die geistige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung von Volk und Heimat als unerlässlich erachtet. "Der eigene Grund und Boden" - so heisst es in dieser Resolution - "prägt den freien bäuerlichen Menschen und dessen persönliche und wirtschaftliche Selbständigkeit. Der marxistische Kollektivismus hingegen beraubt die Bauern ihres Eigentums und ihrer Freiheit und öffnet dadurch den Weg für die Unfreiheit auch der anderen Bevölkerungskreise."

Wir sehen, dass von einem freien Bauern auf heimatlicher Scholle unser gesamtösterreichisches Schicksal weitgehend abhängt.

Die drei kurz skizzierten Dokumente empfehle ich ganz besonders Ihrem Interesse. Sie sind eine wichtige Arbeitsunterlage für unsere künftige Tätigkeit. Ganz besonders erfreulich ist es, dass an der Erarbeitung dieser Unterlagen und Dokumente nicht nur Bauernvertreter oder Agrarier mitgearbeitet haben. Nein! Mitgewirkt haben auch Professoren und Dorflehrer, Pädagogen und Volksbildner, Gewerbetreibende und Beamte, Gemeindefunktionäre und Arbeitervertreter, Richter und Rechtsanwälte. Kurzum: alle Berufsstände waren gemeinsam mit den Agrarfachleuten am Werke, um zu einem geeigneten, modernen Arbeitsprogramm zu gelangen, das den Erfordernissen des Bauernstandes im Berg-, Flach- und Hügelland und unserer Dörfer am besten Rechnung tragen wird.

Wir dürfen, verehrte Frauen und Herren, nicht vergessen, dass gerade im Dorfe die alten und neuen Ideologien besonders scharf aufeinanderstossen und sich treffen. Dasselbe gilt auch für die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, die im Dorfe viel deutlicher werden. Der begrenzte Raum des Dorfes ist heute zum Schauplatz entscheidender gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen unserer Zeit geworden. Es wird für die Zukunft des österreichischen Volkes und der österreichischen Volkspartei von ausschlaggebender Bedeutung sein, in welchem Geiste es gelingen wird, die neue Gesellschaft des Dorfes zu formen.

Wenn wir dem Dorf neue Lebenskraft, wie es das Aktionsprogramm vorsieht, und eine verstärkte politische Initiative geben sollen, dann werden die in diesen drei erwähnten Dokumenten aufgezeichneten Massnahmen durchzuführen sein, und zwar auch gegen den Widerstand des Koalitionspartners, nämlich der Sozialistischen Partei. Wir müssen alle Berufs- und Bevölkerungskreise über die unentbehrliche Funktion der Land- und Forstwirtschaft in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft aufklären. Die Agrarpolitik und das künftige Schicksal des Dorfes dürfen nicht allein eine Angelegenheit der Bauernschaft sein oder bleiben. Diese lebenswichtigen Fragen müssen vielmehr Gemeingut aller gutgesinnten Österreicher sein. Wir müssen das land- und forstwirtschaftliche Bildungs- und Beratungswesen weiter ausbauen und eine gesetzliche Regelung und Zusammenfassung der für die Landwirtschaft erforderlichen Massnahmen in einen Landwirtschaftsgesetz anstreben, ebenso die unbefristete Verlängerung des Marktordnungsgesetzes. Ich

danke dem Herrn Bundeskanzler Raab, dass er gestern in seinem Referat auf die Notwendigkeit dieser Massnahmen hingewiesen hat.

Zur Beruhigung des Herrn Vorsitzenden zum Schlusse: Die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes und die Verhältnisse im neuen Dorf stellen auch die Parteipolitik und die Parteiarbeit vor grosse neue Aufgaben. Die Zusammenfassung aller ist hiefür unerlässlich, wobei die Heranziehung neuer Kräfte unbedingt durchgeführt werden muss. Wenn wir diesen Forderungen Rechnung tragen, dann wird der weitere Wandel der Gesellschaftsstruktur im Dorf und Staate der Österreichischen Volkspartei nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen gereichen. Wir müssen daher alles daran setzen, durch verstärkte Zusammenarbeit und durch neue Impulse auch zu neuen Erfolgen zu gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister Dr. Alois LUGGER (Innsbruck):

Hoher Bundesparteitag! Erlauben Sie mir, dass ich als einer, der irgendwie im Volke drinnen steht, eine kleine Bemerkung zur Aussenpolitik mache.

Es heisst, die Linie der österreichischen Aussenpolitik werde durch die österreichische Bundesregierung einheitlich festgelegt. Ich glaube, auf dem Bundesparteitag darf man heute sagen, dass die Gedanken der Österreichischen Volkspartei hier zum Tragen kommen müssen. Ich glaube, dass wir von der Österreichischen Volkspartei draussen irgendwo derzeit zweierlei feststellen können:

1. eine gewisse Aktivität der österreichischen Außenpolitik, bei der man sich nicht mehr ganz auskennt, ob es sich um die Regierungspolitik oder um eine andere internationale Politik handelt. (Beifall.)

Und zweitens ist ein gewisses Unbehagen beim Mann auf der Strasse darüber festzustellen, welchen Weg die österreichische Aussenpolitik in Zukunft gehen wird, wenn sie nicht nur von der Tagespolitik leben will.

Diese beiden Feststellungen findet man auch bei jenen Menschen, die sich nicht für Politik interessieren, die auch nicht die hohen Gedankenjänge kennen für und wider dieses oder jenes System. Aber blitzartig aufgeleuchtet hat man festgestellt, dass die Begründungen für EFTA, gegen EWG doch von so grosser politischer Bedeutung sind, dass man wohl bei Spitzenmandataren die Linie der ÖVP einerseits und die Linie der SPÖ andererseits feststellen konnte, dass man bei Mandataren der ÖVP aber auch eine gewisse Unsicherheit und vielleicht auch ein gewisses Festlegen und demnach ein gewisses Begründen dieses Festlegens beobachten konnte.

Ich möchte sagen: Bei aller Achtung und Anerkennung der Bedingungen des Staatsvertrages, der militärischen Neutralität ist es der Österreichischen Volkspartei doch allein zur Verantwortung überlassen, welchen Weg wir als Bestandteil Europas hier in geistiger Freiheit, aber auch in Rücksicht auf die Sicherstellung der Arbeitsplätze gehen wollen. Die Aussenpolitik scheint mir derzeit fast die tragende Politik in gewisser Richtung geworden zu sein. Ich glaube, wir müssen uns selbst bekennen, dass unsere Macht, dass unser Machtpotential nicht so gross ist, dass wir uns allein als die Vermittler zwischen Blöcken in Europa betrachten können. Es wäre auch falsch, zu glauben, dass wir die geistige und wirtschaftliche Kraft einer

haltbaren Pufferzone besitzen, die droben vom Norden über Jugoslawien hinüber in das hintere Indien geht. Ich glaube nicht, dass wir als Österreicher diese Aufgabe erfüllen können. Hüten wir uns deshalb, geistig neutralistisch zu werden, auch wenn konkrete Fragen der Wirtschaft aktuell sind. (Beifall.) Dies wäre das Ende der Freiheit, auch jedes einzelnen von uns und nicht die Sicherung der Wirtschaft.

Lassen wir uns daher von den freien Staaten, die sich zur Heimat Europa bekennen, nicht wegdrängen oder wegspielen. Wir würden die Achtung des freien Westens verlieren, aber nicht die des Ostens gewinnen. (Neuerlicher Beifall.)

1960 wurde der Beginn des europäischen Jahrzehnts genannt. Ja, die Vereinigung wird kommen, es ist nur die Frage, ob unter dem Zeichen der Menschenwürde, der individuellen Anerkennung der Persönlichkeit, oder unter dem Zeichen des Kollektivs; symbolisch betrachtet, auf einen Nenner gebracht, ob unter dem Zeichen des Kreuzes oder dem von Sichel und Hammer. (Zustimmung.)

Die Fragen der Aussenpolitik sind in ihrer Vielfalt und Ganzheit ernst und aktuell auch bei uns, auch in der Österreichischen Volkspartei geworden. Die Österreichische Volkspartei muss sich daher nach Ansicht meiner Freunde in Tirol immer mehr mit der Ganzheit der Aussenpolitik befassen. Wir Tiroler unterstützen die Anregung - wir haben das auch schriftlich eingebracht -, die Herr Minister Bock zum Schluss in seinem Referat ausgesprochen hat, dass man für diese Fragen im Rahmen der Bundesparteileitung einen permanenten Ausschuss bilden soll, für den die besten Köpfe gut genug sind, mitarbeiten zu dürfen.

Die Österreichische Volkspartei trägt also auch die Verantwortung für die gesamte Aussenpolitik, weil wir unsere Geisteshaltung bei der Festlegung dieser Linie mit hineingeben müssen und uns durchsetzen müssen, wollen wir nicht mitschuldig sein, wenn die Freiheit verlorengeht! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Dr. Aloys Oberhammer

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Obwohl die Debatte zunächst nur gerade da und dort kleine Feuerchen gezeigt hat, bin ich genötigt, sie jetzt zu unterbrechen. Wir müssen nämlich jetzt die Wahlhandlung abführen.

Ich muss dazu jetzt gemäss § 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Bundesparteitag den Vorsitz dem ältesten Landesparteiobmann, Herrn Landeshauptmann Gleißner, übergeben.



Punkt 16: Erstattung des Wahlvorschlages

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Heinrich

G l e i ß n e r : Hoher Bundesparteitag! Ich übernehme den Vorsitz zur Einleitung des Wahlaktes.

Ich bitte den Herrn Bundesparteiohmann Bundeskanzler Ing. Raab, den Wahlvorschlag zu erstatten.

Bundesparteiohmann Bundeskanzler Ing. R a a b (mit starkem Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Am 4. Feber 1960 hat der Wahlausschuss der Bundesparteileitung getagt und folgenden Antrag der Bundesparteileitung übermittelt, die dann beschlossen hat, diesen Antrag heute dem Bundesparteitag vorzulegen. Ich erstatte daher folgenden

Wahlvorschlag

zum Bundesparteiohmann zu wählen den Dritten Präsidenten des Nationalrates und Landesparteiohmann der Steiermark Dr. Alphons G o r b a c h (lebhafter Beifall),

zum neuen Generalsekretär Staatssekretär a.D. Dr. Hermann W i t h a l m (lebhafter Beifall),

zum Generalsekretär-Stellvertreter Bundesrat Josef S c h e i d l (Beifall), und

zum Hauptreferenten für Finanzen unseren bisherigen bewährten Finanzreferenten, Generaldirektor Dr. Carl H a b i c h (Beifall).

Damit ist der Wahlvorschlag erstattet.

2/1130 3

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Heinrich

G l e i ß n e r : Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für die Erstattung des Wahlvorschlages.

Sie, verehrte Parteifreunde, haben den Wahlvorschlag gehört. Wird ein Antrag auf Eröffnung der Debatte über den Wahlvorschlag gestellt? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zu

Punkt 17: Vornahme des Wahlaktes.

Ich würde bitten, dass der Wahlleiter, Nationalratspräsident Dipl.-Ing.Figl, die technischen Einzelheiten für die Durchführung der Wahl bekanntgibt.

(Wahlleiter Nationalratspräsident Dr.h.c.Dipl.-Ing. F i g l gibt die Namen der Vorsitzenden und Beisitzer der vier Wahlkommissionen bekannt und teilt mit, in welchem Wahllokal die einzelnen Wahlberechtigten ihre Stimme abzugeben haben.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr.Heinrich

G l e i ß n e r : Ich unterbreche zur Vornahme der Wahlhandlung die Verhandlungen. Ich bitte sich in einer halben Stunde wieder im Saal einzufinden.

(Unterbrechung der Verhandlungen: 11 Uhr 40 Minuten.)

**Wiederaufnahme der Verhandlungen: 12,10 Uhr**  
=====

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleisner:

Wir setzen die Beratungen fort.

Ich möchte zunächst eine Anregung machen. Die Debatte wird jetzt bis zum Schlusswort des Herrn Landeshauptmannes Klaus fortgesetzt, dann wird über das Aktionsprogramm abgestimmt und schliesslich das Ergebnis der inzwischen ausgezählten Stimmen bekanntgegeben und damit der Wahlakt zu Ende geführt. Ich will nun die Anregung geben, dass wir nicht für eine Mittagspause unterbrechen (Zustimmung), sondern mit kleinen Erfrischungen, die draussen zu bekommen sind, uns zufriedengeben und durcharbeiten.

Ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind. (Neuerliche Zustimmung.)

Dann fahren wir also in der Debatte fort. Auf der Rednerliste steht als nächster Redner Minister a.D. Altenburger. Herr Landeshauptmann Wagner ist dann der nachfolgende Redner.

Ich bitte Herrn Minister Altenburger, zu sprechen.

Minister a.D. Nationalrat Erwin Altenburger:

Hoher Bundesparteitag! Werte Delegierte! Wir haben bereits vom Herrn Minister Drimmel gehört, dass von der kulturellen Seite her auf dem Gebiet der Integration besondere Probleme und Notwendigkeiten vorhanden sind. Herr Handelsminister Dr. Bock hat diese Frage von der wirtschaftlichen Seite her beleuchtet. Ich vermissе aber eines: Von den hohen Regierungsmitgliedern wurde ein Problem - und mir scheint das auch sehr wesentlich

zu sein -, nämlich die soziale Integration bisher überhaupt nicht erwähnt. Ja, ich habe überhaupt das Gefühl, dass es sich hier neuerlich so ergibt, dass in unseren Reihen die wirtschaftliche Seite das Ausschlaggebende ist und die soziale Frage wieder der Sozialistischen Partei überlassen wird.

Es wäre dies nicht nur sehr unangenehm, sondern von diesem Konzept aus gesehen eine schwere Benachteiligung in unserer gesamten politischen Situation. Ich muss daher sehr bitten, dass im Rahmen des europäischen Konzeptes diese Frage, die Sozialintegration, mehr als in der Vergangenheit berücksichtigt wird.

Dankenswerterweise ist es gelungen, im Aktionsprogramm mit dem grossen Hinweis auf die europäischen Ideen hier auch die soziale Frage anklingen zu lassen, und ich hoffe, dass dieser Teil des Aktionsprogrammes nicht als ein nebensächlicher oder nicht gleich wichtiger Abschnitt behandelt wird.

Nun möchte ich zu einer anderen Frage kurz Stellung nehmen. Aus einem Bericht der "Arbeiter-Zeitung" vom 9. Februar war zu entnehmen, dass auf die Sozialistische Partei und auf den sozialistischen Herrn Sozialminister anscheinend auch das Bad Schallerbach keine Heilwirkung ausübte. Das, was der Herr Sozialminister bei dieser Tagung der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte unternahm, war meiner Auffassung nach nichts anderes als der plumpe Versuch, die Österreichische Volkspartei vielfach für die durch die Sozialisten in eine Ausweglosigkeit geratene Sozialpolitik verantwortlich zu machen.

Dazu möchte ich feststellen: Der Träger des echten sozialen Fortschrittes ist nicht die Sozialistische Partei, sondern der Träger des echten sozialen Fortschrittes ist und bleibt die Österreichische Volkspartei. (Beifall.)

2/1215 1

Sie war es, die durch ihre Wirtschaftspolitik wesentlich dazu beitrug, dass die Wertbeständigkeit der Renten und Sozialleistungen erhalten blieb und der Sozialpolitik das wichtige Merkmal und die notwendige Voraussetzung eines wirtschaftlichen Rückgrates gegeben wurde. Und es muss viel stärker herausgestellt und den Sozialisten beigebracht werden: Eine Sozialpolitik ohne wirtschaftliches Rückgrat ist eine Demagogie und kann niemals zur sozialen Sicherheit führen! (Beifall.)

Wenn daher in manchen Belangen unser Vertrauen zur Führung des Sozialministeriums verloren ging, dann deswegen, weil Gesetzentwürfe dieses Ministeriums offenkundig vielfach den Stempel marxistischer und rein kollektivistischer Grundhaltung trugen. Und dagegen, verehrte Delegierte, leisteten wir Widerstand, und daher beanspruchen wir für uns als Österreichische Volkspartei, dass dieser Kampf, den wir da ansetzen und dauernd bestehen müssen, dazu beigetragen hat, dass Österreich auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht zu einem Satelliten des Ostens geworden ist!

Dieser Parteitag steht im Rahmen einer europäischen Konzeption. Wir werden trachten, dass dieses unser Konzept und diese Erkenntnisse auch bis in das Bundesministerium für soziale Verwaltung vordringen.

Ein wirtschaftliches Konzept bedarf auch eines sozialen Konzepts. Die Österreichische Sozialpolitik, wenn sie Bestand haben will, kann sich nicht im luftleeren Raum und auf dem Boden rein demagogischer Parteilizitation bewegen.

Wir haben in den letzten Jahren auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit grosse Fortschritte erreicht: das ASVG., das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, die Zuschussrente in der Landwirtschaft, um nur drei wesentliche Abschnitte hervorzuheben. Im Wege des Bundeskollektivvertrages konnten wir bei vollem Lohnausgleich die Arbeitszeit vermindern. Macht es nicht einen eigenartigen Eindruck, wenn ein Bundesminister für soziale Verwaltung kein einziges Wort dafür fand, was selbst im Ausland als grosse Leistung Österreichs anerkannt und gewertet wird?

Wir als Österreichische Volkspartei stellen und bekennen uns zum sozialen Fortschritt, wir können es beweisen, dass wir daran initiativ mitgearbeitet haben, und wir stellen klar heraus, dass wir für diese österreichische Sozialpolitik auch die volle Mitverantwortung tragen!

Was uns von der Sozialistischen Partei und vom Herrn Sozialminister unterscheidet, ist, dass wir nicht nur den Weg des sozialen Fortschrittes fordern, sondern dass wir auch verlangen, dass dieser soziale Fortschritt wirtschaftlich gesichert wird.

Der seinerzeitige Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, auf den sich der Herr Sozialminister auch bei dieser Tagung berief - ich sage das ganz offen und klar - , hat auch in den sozialistischen Reihen mehr als Besorgnis erweckt. Dieser seinerzeitige Entwurf widerspricht im Grundsätzlichen der internationalen Sozialpolitik in der freien Welt

2/1215 3

und steht zum Teil in Widerspruch zum Aktionsprogramm des ÖGB. Wir sind für ein modernes Arbeitszeitgesetz, aber nicht für ein Gesetz, das am Ende zur Quelle neuer Arbeitslosigkeit wird! Der Gesetzgeber ist auch kein Sozialpartner in der Wirtschaft, der mit der Festlegung im Gesetz gleichzeitig auch den Arbeitsverdienst regelt.

Nicht wir, nicht die Österreichische Volkspartei, sondern der Herr Sozialminister und die Sozialistische Partei haben in den letzten Jahren in das Gebirge der Sozialpolitik Sand gestreut, was vielfach zu deren Versteifung geführt hat. In den letzten Jahren mussten wir feststellen, dass bei der Durchführung der sozialen Gesetze langsam immer mehr und mehr neue sozialistische Machtpositionen entstanden sind. Wir stellen auch fest, dass in bezug auf die Personalpolitik das Sozialministerium förmlich zu einer Stellenvermittlung der Sozialistischen Partei geworden ist! (Zustimmung.)



Es gibt in Österreich meines Wissens kaum ein zweites Ministerium, in dem die Beamten bis hinauf zu den Sektionschefs so unter Kuratel gestellt sind wie in diesem Ministerium, was dazu geführt hat und dazu führt, dass in diesem Ministerium eine erspriessliche Zusammenarbeit kaum möglich ist, wodurch die Tätigkeit zur Erreichung einer fortschrittlichen Sozialpolitik langsam aber sicher lahmgelegt wird. Ich muss aber auch sagen, dass kaum ein anderes Gebiet so wie die Sozialpolitik des Vertrauens und des Verständnisses aller Kreise der Bevölkerung bedarf. Wir wollen soziale, aber keine sozialistischen Gesetze, und wir sind keine Steigbügelhalter, die vielleicht noch daran mitarbeiten, dass über den Weg sozialer Gesetze eine marxistische Diktatur in Österreich entsteht.

Die Volkspartei wird daher nach wie vor versuchen, in der nationalen Gesetzgebung das Bestmögliche an sozialer Sicherheit zu erreichen; doch können wir uns der Tatsache nicht verschliessen, dass wir auch über den engen Rahmen des Landes hinausschauen müssen und unsere Urteile zu fällen haben. Wir streben zum Unterschied von der Sozialistischen Partei unter Wahrung der eigenen Interessen nach einer europäischen Lohn-, Sozial- und Wirtschaftsordnung, weil nur in einer solchen Vollbeschäftigung, zunehmender Wohlstand und Freiheit gewahrt sind.

Um festzustellen, dass es in Österreich noch offene soziale Fragen gibt, hätte der Herr Sozialminister Proksch auch nicht nach Bad Schallerbach fahren müssen. Es wäre nach meiner Ansicht für den beurlaubten Generalsekretär des Ge-

werkschaftsbundes nicht schwierig gewesen, zu erkennen, dass es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer unterschiedliche Auffassungen gegeben hat.

Was soll man aber von einer Partei und von einem sozialistischen Minister halten, die anscheinend parteipolitische Erwägungen so weit über den Rahmen hinausstellen, dass sie nicht mehr in der Lage sind, reale Tatsachen zu sehen, und eine sachliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik förmlich verhindern.

Wenn Bundesminister Proksch behauptet, dass nur die Sozialistische Partei Arbeitnehmerforderungen durchsetzen kann, dann hat hier der Herr Minister bewusst und wider besseres Wissen die zahlreichen Initiativanträge der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei im Parlament verschwiegen, verschwiegen die Mitarbeit unserer Abgeordneten im Ausschuss für soziale Verwaltung, verschwiegen die Mustergültigen Sozialmassnahmen in jenen Bundesländern, in denen die Sozialisten eine Minderheit sind. Es ist eine Brückierung unserer gemeinsamen Arbeit im Österreichischen Gewerkschaftsbund, in den Arbeiterkammern, wo manche Initiative von unserer Seite zu Fortschritten in der Sozialpolitik geführt hat. Wir sind nicht gesonnen, es auf die Dauer hinzunehmen, dass die Sozialistische Partei in Wirtschaftsfragen und in der Aussenpolitik als Koalitionspartei ihre Rechte bis zum Äussersten beansprucht, in der Sozialpolitik sich aber als alleiniger Herr aufspielt.

Verehrte Delegierte! Lassen Sie mich abschliessend auch einige Worte der Kritik an unserem eigenen Verhalten sagen.

Zu manchen optischen Erfolgen der Sozialistischen Partei haben wir dort und da selbst beigetragen. Das, was notwendig ist und am Ende doch durchgeführt werden muss, soll man sich vom Gegner nicht abzwängen lassen. (Beifall.) Es muss wieder zur Grundsatzfestigkeit in unserer Partei kommen.

Wenn wir in den letzten Jahren manche nicht ganz grosse und erhebliche Forderung gestellt haben, dann wurde darauf hingewiesen, dass ihrer Erfüllung förmlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führt, die Stabilität der Währung gefährdet ist und Ähnliches mehr. Und nach der Erfüllung der Forderung - und leider haben wir da vielfach den Ball dem Gegner zugespielt - gab es einen Wirtschaftserfolg nach dem anderen, die Banken verwiesen auf Spareinlagen wie noch nie und der allgemeine Lebensstandard hat sich zweifellos nicht verschlechtert.

Ist es daher ein Wunder, wenn solchen Argumenten dann auf die Dauer nicht jener Ernst zuerkannt wird, den vielleicht diese Argumente als solche beanspruchen könnten? Ich begrüße daher den Versuch der Aufstellung einer Rangordnung notwendiger sozialpolitischer Massnahmen.

Unsere Sozialpolitik kann sich nicht nach den Wünschen weniger, die nie genug haben und zumeist ausserhalb unserer Partei stehen, ausrichten, sondern es muss dies nach dem verantwortlichen Willen des Klein- und Mittelstandes geschehen, nach den um ihre Existenz ringenden kleinen und mittleren Bauern, nach dem Willen der nichtmarxistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, denn diese Kreise sind die Mehrheit der Österreichischen Bevölkerung und sie sind die Mehrheit der Österreichischen Volkspartei! (Beifall.)

Die Marxisten sind zumeist dort stark, wo wir schwach sind. Wir brauchen keine Generalstübler ausserhalb der Partei, sondern aktive Funktionäre, die sich in wahrer Kameradschaft mit dem "Fuessvolk" verbunden fühlen und die nur eines kennen: den Sieg der Österreichischen Volkspartei gegenüber sozialistischer Demagogie und Parteimachtstellung, Durchbrechung der annektierten Monopole der Marxisten in den Betrieben, in den sozialen Bereichen der Menschen und des Monopols, das sie innerhalb des Bundesministeriums für soziale Verwaltung aufgebaut haben. (Beifall.)

Wir wollen eine aktive, fortschrittliche Sozialpolitik auf dem Boden des Christentums und in Hinerdnung nach einer europäischen Integration, die als die grosse Gemeinschaft freier Menschen den dialektischen Materialismus überwindet und

damit den Willen des Schöpfers erfüllt.

Das, glaube ich, soll unser Programm sein. Das ist im Aktionsprogramm in grossen Zügen festgehalten. Ich glaube daran, dass es unser Weg und damit auch unser Sieg ist!  
(Beifall.)

Landeshauptmann Johann Wagner, Hoher Bundesparteitag! Ich möchte vorerst eine kleine Richtigstellung machen. Im Verlauf der gestrigen Tagung hat ein Kollege aus Graz in seiner berechtigten Besorgnis um das Heiligtum des Eigentums unter anderem auch das Burgenland angegriffen, als ob es bei der Errichtung der eigenen Landeselektrizitätsgesellschaft diese Grundprinzipien unserer Partei verletzt hätte. Darf ich zur Aufklärung und zur Richtigstellung einiges sagen.

Vor allem haben wir uns auf das Recht der Verfassung gestützt, welche vorsieht, dass alle Bundesländer gleichberechtigt sind, wo aber nicht drinnen steht, dass es acht Bundesländer erster Klasse und ein Bundesland zweiter Klasse gibt.  
(Beifall.)

Wir haben uns weiter auf das Verstaatlichungsgesetz gestützt, in dem ausdrücklich drinnen stand und steht, dass bis zur Bildung einer eigenen Landesgesellschaft im Burgenland die NEWAG und die STEWEAG die Aufgaben einer solchen Landesgesellschaft im Burgenland versehen sollen. Wir haben also von einem Recht Anspruch genommen, das jedem Bundesland zusteht, und ich möchte feststellen, dass wir keinen einzigen privaten Betrieb enteignet oder verstaatlicht, sondern nur

bereits verstaatlichte Betriebe beziehungsweise Anlagen in unsere Verwaltung übernommen haben. (Beifall.) Es war dazu auch keine Gendarmerieassistenten notwendig.

Hohor Bundesparteitag! Wenn ich noch etwas hinzufügen darf: Es ist so, dass die Kleineren immer sehr empfindlich sind, wenn es um ihre Rechte geht. Und gerade wir Burgenländer, die wir das jüngste Kind Österreichs sind, sind in dieser Beziehung sehr empfindlich, weil wir auf dem Standpunkt stehen, dass, während die Bürger aller anderen Bundesländer durch Gottesgnade Österreicher geworden sind, nämlich durch ihre Geburt, wir Burgenländer durch Jahrhunderte alte Zähigkeit und durch Opfer uns die Heimkehr zur Mutter Österreich erst erkämpfen mussten. Darum sind wir besonders empfindlich, wenn man glaubt, dass wir weniger gute Österreicher wären als die anderen. (Beifall.)

Ich möchte hier etwas feststellen: Es mögen uns die übrigen Bundesländer infolge ihres glücklicheren Schicksals in den vergangenen Jahrhunderten überflügeln - ich darf das auch im Namen der nationalen Minderheiten im Burgenland erklären - , in der Liebe und Treue zu Österreich wird uns kein anderes Bundesland überflügeln!  
(Starker Beifall.)

Herr Bundesminister Dr. Drimmel hat heute in seiner Rede den Befürchtungen Ausdruck gegeben, dass die Entwicklung zu einem allgemeinen Rentenstaat grosse Gefahren in sich birgt. Darf ich dazu vielleicht auch einige Worte sagen. Wir Mitglieder der gewerblichen Wirtschaft haben es als eine unserer Aufgaben empfunden, unseren alten Kollegen, die nicht durch ihre Schuld, sondern durch die beiden Weltkriege, durch Inflationen usw. um den Ertrag ihrer Arbeit und ihrer Sparsamkeit gebracht worden sind, ihren Lebensabend zumindest halbwegs zu verbessern. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, dass mit Renten die Zukunft natürlich nicht gesichert werden kann. Die Rente kann wohl eine Hilfe sein, aber es kann nicht unser Ideal, unser Ziel sein, einmal Rentner zu werden.

Ich glaube, dass wir hier mit der Zeit vor einem Scheideweg stehen: Entweder geht unsere Politik dahin, dass wieder die Möglichkeit geschaffen wird, dass das alte Sprichwort "Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!" wieder mit Recht angewendet werden kann, oder wir

schlittern eben in den Rentenstaat hinein. Darum muss die Politik der Österreichischen Volkspartei in der Richtung gehen, durch eine richtige Steuerpolitik dem wirtschaftlich Schwächeren, sowohl den Bauern wie den Wirtschaftstreibenden die Möglichkeit zu geben, dass er selbst für sein Alter vorsorgen kann. Wenn es uns dann möglich ist, auch die Renten aufrechtzuerhalten, so kann das nur eine willkommene Zusage sein. (Beifall.)

Wir dürfen eines nicht vergessen: Der heutige Drang und Zug nach Sicherheit wirkt sich in der Form aus, dass die Masse glaubt, dass der Staat eine unbedingte Sicherheit gewährleisten kann. Das ist aber nicht der Fall. Denn wir wissen: Wirtschaftliche oder politische Ereignisse in der Welt können derartige Katastrophen hervorrufen, dass der Staat trotz der schönsten und besten Gesetze nicht in der Lage ist, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Wir müssen uns heute die Gewissensfrage stellen: Können wir mit Recht vor unseren Kollegen draussen von einer Sicherung des Alters durch eine Rente sprechen oder nicht? Denn was geschieht dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung rückläufig wird und wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, diese Verpflichtung zu erfüllen? Wie kann man das dann vor den Menschen verantworten, die jahrelang, vielleicht sogar jahrzehntelang selbst eingezahlt haben und die dann durch die Entwicklung, durch ein



Unglück um ihre wohlerworbenen Rechte gebracht werden oder die wohl eine Rente bekommen, aber eine Rente, die durch eine Inflation vollkommen entwertet wurde?

Ich möchte daher alle Kollegen und alle Delegierten bitten, wohl dafür einzutreten, dass wir diese Stütze für unsere alten Kollegen wohl weiterhin aufrechterhalten, sie aber auch darauf aufmerksam machen, dass das allein keine Sicherheit bietet, sondern dass auch in der Zukunft die Schaffung von Eigentum die einzig noch mögliche Sicherheit für das Alter bieten kann. Und hierfür durch eine entsprechende Steuerpolitik die Voraussetzungen zu schaffen ist eben Aufgabe der Österreichischen Volkspartei.

Hoher Delegiertentag! Ich glaube, dass das Aktionsprogramm, das uns heute vorgelegt worden ist, die Grundlage für die zukünftige Arbeit unserer Partei bildet. Nur bin ich der Ansicht: Dem Programm muss die Aktion folgen. Dieses Programm muss auch verwirklicht werden. (Beifall.)

Ich glaube, eines kann uns mit Mut und Zuversicht erfüllen: Diese österreichische Volkspartei hat aus Not und Elend, aus Hunger und Ruinen Österreich wieder aufgebaut, wieder die Freiheit für uns gebracht, und wenn wir in Zukunft unsere Pflicht erfüllen, werden wir mit Gottes Hilfe auch unsere Aufgabe meistern können. (Beifall.)

Nationalrat Dr. Karl K u m m e r (Wien): Hoher Bundesparteitag! Zunächst möchte ich meinem <sup>ed</sup> Bauern darüber Ausdruck geben, dass wir erst heute früh das schriftliche Aktionsprogramm bekommen haben, sodass es nicht möglich war, es eingehend zu studieren. (Beifall.) Ich glaube, dass das gesprochene Wort und das geschriebene Wort zwei verschiedene Dinge sind.

Gestatten Sie mir zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Aktionsprogramm.

Ein Aktionsprogramm - ich glaube, auch Dr. Klaus hat darauf hingewiesen - ist kein Grundsatzprogramm, kein Statut, sondern etwas Lebendiges, das, den Grundsätzen angepasst, ständigen Veränderungen unterworfen ist. Es ist nicht erstarrtes, sondern muss immer in Entwicklung bleiben, wenn es fortschrittlich sein will.

In dem gegenständlichen Aktionsprogramm scheinen mir Grundsätze und Aktionen irgendwie vermengt und nicht klar

aneinandergehalten. Auch scheint mir in diesem Programm die Aktion zuwenig konkret gedacht und entwickelt zu sein. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass man zum Beispiel die beiden Kapitel "Eigentum" und "Beteiligung" voneinander getrennt hat. Ich bin der Auffassung, dass gerade die Beteiligung die Voraussetzung für zu bildendes Eigentum ist, und daher sind diese beiden Kapitel selbstverständlich untrennbar miteinander verbunden.

Meine Damen und Herren! Das soll keine Ablehnung des Programmes sein, sondern ich will damit nur zum Ausdruck bringen, dass es noch notwendig ist, dieses Programm ständig zu kontrollieren, ständig fortzuentwickeln.

Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund kämpft seit seinem Bestehen um eine fortschrittliche Sozialpolitik und Sozialreform. Diese muss heute stärker denn je Angelegenheit der gesamten Partei werden. (Beifall.) Wenn Dr. Pittermann heute gross verkündet, dass er die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben einführen will, so ist das nichts Neues, sondern eine Forderung, die von uns seit Jahren, ja man kann sagen, von der christlichen Arbeiterschaft seit Jahrzehnten vertreten wird. Wir werden sehen, was sich der Herr Dr. Pittermann eigentlich unter dieser Gewinnbeteiligung vorstellt, denn die verstaatlichten Industrien haben manche in aller Stille bereits da und dort, besonders dort, wo unsere Vertreter an Werke waren, Beteiligungen eingeführt.

Hoher Bundesparteitag! Wie wäre es, wenn wir gerade jetzt von der Österreichischen Volkspartei aus auf jene Vorschläge zurückgreifen würden, die bereits 1946 hinsichtlich der verstaatlichten Industrie gemacht wurden?

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Werksgenossenschaftsgesetz, das bisher in keinem einzigen verstaatlichten Betrieb durchgeführt wurde. (Zustimmung.)

Es mißt wie eine Ironie des Schicksals an, wenn mir gerade heute in diesem Saale eine Einladung von einer internationalen Begegnung europäischer christlicher Arbeitnehmer gezeigt wird und es hier von einem Referenten heisst, er ist der Initiator der Werksgenossenschaften.

Meine Damen und Herren! Ich weiss schon, dass wir heute nicht so ohne weiteres auf dieses Gesetz zurückgreifen können. Aber auf die Form und die Bezeichnung soll es nicht ankommen, sondern auf die Durchsetzung eines alten Grundsatzes des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes.

Sie wissen auch, dass uns eine Reihe von Forderungen seit Jahren auf dem Herzen liegen, die bisher unerfüllt geblieben sind. Ich will nur als Beispiele anführen das Hausgehilfengesetz, das Problem der Einstellung älterer Dienstnehmer, die Novellierung des § 25 des Betriebsrätegesetzes, das heisst also des Kündigungsschutzes, und so weiter, ich will sie jetzt in diesem Zusammenhang nicht alle aufzählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen mehr Verständnis für unsere Anliegen verlangen, als dies bisher der Fall war. (Beifall.) Diese unsere Anliegen bewegen sich durchaus nicht im Rahmen einer Lizitationspolitik mit den Sozialisten, sondern das sind eben unsere Anliegen, und sie müssen von der gesamten Partei unterstützt werden. Ich möchte da nur darauf verweisen, welchen Widerstand die Sozialisten gerade dieser Novellierung des Kündigungsschutzes im Betriebsrätegesetz entgegengesetzt haben.

Wir vom Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund haben noch immer Verständnis für die Belange anderer Bünde gezeigt, wie in der Familienpolitik der Selbständigen, in der Altersversicherung der Selbständigen; aber wir müssen das gleiche Verständnis auch für uns von seiten der anderen Bünde verlangen. Die Kräfte innerhalb der Partei, deren Stärke in den drei Bünden liegt, müssen mehr denn je miteinander und dürfen nicht gegeneinander arbeiten. Sie müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass diese Partei frei von allen fremden Einflüssen bleibt. Wir lassen uns nicht von jemandem, der vielleicht nicht einmal Mitglied dieser Partei ist, vorschreiben, was wir zu tun haben. (Beifall.)

Wir haben Verständnis für die Forderungen der Bauern hinsichtlich des Landwirtschaftsgesetzes, und ich möchte noch einmal, wie es gerade Kollege Fröhlich und der Herr Minister Hartmann gemacht haben, auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Bauern und Arbeitern besonders hinweisen. Die anlässlich der Dorfsequete gefasste Resolution beinhaltet hervorragende Gedanken und Vorschläge. Dadurch, dass die ländlichen Gemeinden heute in den Bereich der Industrie gelangen, läuft der junge Bauer und Bauernsohn Gefahr, der sozialistischen Propaganda zu unterliegen. Hier kann nur der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund mit seiner Organisation helfen. Dazu ist aber Voraussetzung, dass Bauernbund und Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund zusammenarbeiten.

Ich möchte das also nochmals unterstreichen, nochmals betonen: Gerade dem ÖAAB wird die Aufgabe zukommen, besonders

in den Städten den jungen Bauernsohn, der sich der Industrie verdungen hat, in seine Reihen aufzunehmen und ihn dadurch von marxistischen Einflüssen fernzuhalten, denen er ansonst vielleicht allzu leicht erliegen würde. Der ÖAAB will daher auf diese Weise den Bauern in ihrer schweren Arbeit helfen, das Dorf vor dem Marxismus zu bewahren.

Wir sind daher auch für dieses Aktionsprogramm, dessen Richtlinien aber - und Landeshauptmann Wagner hat es ja gesagt - in die Tat umgesetzt werden müssen. Bedenken Sie, dass wir alle miteinander entweder siegen oder gemeinsam fallen.

**Der ÖAAB ist innerhalb dieser Partei der stärkste Band.**  
Gelingt es ihm, in die Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft einzubrechen, - und nur er ist es mit seinem Programm imstande; allerdings darf es dann nicht bei Worten bleiben, sondern es müssen auch Aktionen, Taten gesetzt werden -, dann wird dies auch unserer Partei nützen. Denn nur wenn der ÖAAB stark ist, wird auch die Partei stark sein und bleiben!  
(Lebhafter Beifall.)

Nationalrat Hans K u l h a n e k (Wien): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Wir zerpfücken immer wieder das Wahlergebnis vom 10. Mai und vom 25. Oktober und suchen nach den Gründen. Wir stellen dabei fest, dass es gerade der kleine Mann gewesen ist, der uns eine gewaltige Einbusse gebracht hat. Wir stellen weiters fest, dass wir in der Vergangenheit zuwenig für ihn getan haben und dass wir für ihn in der Zukunft mehr tun müssen. Ich kann mich aber des Gefühles nicht erwehren, als wäre all dieses Wollen recht platonisch gefärbt und als würde das mehr der Tendenz entspringen, hier nur das Mitleid sprechen zu lassen, gleichsam um das eigene christliche Gewissen zu beruhigen. Denn nirgends sehe ich, dass in dieser Hilfe für den kleinen Mann zugleich auch eine historische Tat gesehen wird.

Ich darf Ihnen zu dieser Behauptung nur eine Parallele aus der Vergangenheit vor Augen führen. Schon einmal ist wohl nicht die Volkspartei, aber ihre ideenmässige Vorgängerin in der gleichen Situation gewesen. Damals, als in der sogenannten Gründerzeit in dem Siegeslauf der ersten technischen Revolution eine Konjunktur herrschte wie niemals zuvor. Und in dem Taumel des Erfolges hat man zugleich vergessen, das soziale Problem zu lösen. Man liess das Proletariat der Arbeiterschaft entstehen und überantwortete die Lösung dieses Problems kampflos den Sozialisten.

Heute stehen wir vor einer ähnlichen Situation. Wieder herrscht eine Konjunktur wie nicht in der Ersten und bisher nicht in der Zweiten Republik. Und wieder hat sich im Zuge der Entwicklung ein Proletariat gebildet, aber nicht mehr das Proletariat der Arbeiterschaft, sondern das Proletariat der Gewerbe- und Handelstreibenden, das Proletariat des kleinen Mannes.

Und ich frage Sie: Wollen wir ein zweitesmal in dieser Frage versagen? Wollen wir ein zweitesmal die Lösung dieses Problems den Sozialisten überantworten, noch dazu in einem Zeitpunkt, wo sich die Sozialisten verbraucht haben, wo sie ihr Ziel erreicht haben, wo sie mit beiden Händen zugreifen würden, um sich wieder zum Anwalt der Entrechteten, der wirtschaftlich Zurückgesetzten aufspielen zu können? Wir wissen, dass diese Hilfe der Sozialisten nur Köder wäre, um die Stimmen des kleinen Mannes zu erhalten und um sie, wenn sie einmal die Mehrheit hätten, vollends zu ruinieren. Aber auch dann käme unsere Hilfe schon zu spät.

Nun sagen wir: Wir helfen ja dem kleinen Mann. Die Gewerbesteuersenkung hat bestimmt grosse Vorteile gebracht. Im Aktionsprogramm der Partei wird in der Frage der Umsatzsteuer eine Lösung vorgeschlagen, ist die Einkommensteuersenkung vorgesehen. Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren: Kann ich jenen Existenzen noch mit einer Steuererleichterung helfen, die ja auf Grund ihres Einkommens



fast keine Steuer mehr zahlen? Hier muss ein anderer Weg gegangen werden. Man muss diesen kleinen Existenzen Schutz vor der Übermacht des Kapitals, Schutz vor der wirtschaftlichen Konzentration gewähren! Sonst müssen diese Existenzen zugrundegehen.

An uns wird es liegen, uns zu entscheiden, ob wir in Zukunft einen Supermarkt, ein neues Warenhaus und hunderte weitere Filialen als wichtiger und bedeutsamer ansehen als die Erhaltung der bodenständigen kleinen Existenzen. Aber Sie dürfen nicht glauben, meine Damen und Herren, dass wir damit ein Geschenk an den kleinen Mann machen, dass wir altruistisch handeln, wenn wir uns nur die Kulissen vor Augen führen, vor denen ein solcher Entschluss gefasst würde.

Europa drängt zur Integration. Wir wissen, dass der Konkurrenzkampf schärfer werden wird. Ist es nicht weit eher anzunehmen, dass die eine oder andere Grossunternehmung durch die hohen sozialen Lasten in unserem Staat im Konkurrenzkampf mit dem Ausland eher zum Fall kommt als ein kleiner, persönlich geführter Betrieb, der sich durch eine persönliche Mehranstrengung leichter und sicherer in das vergrösserte Wirtschaftsgefüge einarbeiten wird?

Ich muss noch einmal sagen, es ist kein Geschenk an den kleinen Mann, und es steckt kein Altruismus in einer solchen Handlung. Vergewärtigen wir uns doch nur den grossen Konflikt, der heute zwischen Ost und West besteht, die grosse Auseinandersetzung. Ja sind nicht gerade diese hunderttausende kleinen Existenzen das natürliche, organische Bollwerk gegen jede Vermassung? Sind jene Menschen, die vital um ihre Existenz kämpfen, die in Liebe zu ihrem kleinen Reich bereit sind, 12, 14 und 16 Stunden zu arbeiten, nicht zugleich auch die besten Garanten gegen jede Kollektivisierung?

Und noch einmal muss ich Ihnen sagen: Es ist kein Geschenk, das Sie dem kleinen Mann machen, es ist kein Altruismus, der in dieser Handlung steckt. Wir brauchen uns nur folgende Frage vorzulegen: Wo wird denn einmal dieser Konflikt zwischen Ost und West, zumindest auf dem sozialen Sektor, auf dieser Ebene, seine endgültige Lösung finden? Man braucht nicht Prophet zu sein, aber aus der Geschichte wissen wir, dass sich die Extreme mit den Jahren doch in einem Kompromiss der Mitte zur endgültigen Lösung finden. Erkennen wir aber auch daraus, welche Bedeutung einem Stand der Mitte, dem Mittelstand, dem Bürgertum, dem kleinen Mann damit zufällt. Sind wir nicht deshalb verpflichtet, diesen kleinen Mann für diese kommende Aufgabe vorzubereiten und ihn zu wappnen und zu stärken?

Wir brauchen dazu nicht einmal eine neue Reform der Partei. Es genügt, dass wir jene alten Grundsätze, die unsere Vorgänger vertreten haben und die seit hunderten Jahren schon auf den Emblemen und Fahnen stehen, die ethischen Grundlagen des Christentums, nicht nur auf unsere Fahnen schreiben,

sondern auch im Herzen tragen. Das drinnen muss der Motor sein, von diesen Grundsätzen gespeist, der unser ganzes Handeln bewegt. Und deshalb, glaube ich, darf für die Zukunft nur ein Imperativ herrschen, der heisst: Selbstbeschränkung, Beschränkung im Geist, indem wir demütiger werden, und Beschränkung im Materiellen, indem wir bescheidener werden.

Wir müssen dem kleinen Mann in dieser Weise als Stütze entgegenkommen. Nicht wenigen Vieles, sondern allen etwas in der gerechten Abstufung einer erbrachten Leistung.

Ich möchte sagen, diese Gedanken sind nicht willkürlich dahergeflogen, sie sind auch nicht geboren aus einem verliebten Herzen zu dem Stand um zu einer Vertretung, die er da entgegengenommen hat, sie lassen sich wieder aus der Geschichte erklären. Ich darf Sie erinnern an den Ausgang des Siegeszuges, den seinerzeit der Liberalismus aus Manchester angetreten hat, an das Echo, das er auf dem europäischen Kontinent in dem Slogan gefunden hat: *Laissez faire, laissez passer!*, und wo halten wir heute? Längst ist die liberale Wirtschaftsauffassung einer sozialen Marktordnung gewichen. Und da frage ich: Was wir den Unselbständigen zu geben bereit waren und mit Recht honorierend anerkennen müssen, das sollten wir nicht den mitarbeitenden Selbständigen auch geben können, wenn er noch dazu in unserem Lager steht, unser Bruder ist? Ich glaube, sagen zu dürfen: Wenn in dieser Art die österreichische Volkspartei, innerlich geläutert und ehrlich vom Willen beseelt, dem kleinen Manne zum Schutz und zum Bund die Hand entgegenstreckt, dann darf sie ebenso die stolzen Worte sagen wie einst Don Carlos: *Arm in Arm mit dir, so ford're ich mein Jahrhundert in die Schranken.* (Beifall.)

Präsident Nationalrat Isidor G r i e ß n e r (Salzburg):

Hoh-r Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Der Aktions-  
ausschuss hat in sein umfangreiches Referat auf die Frage:  
Neuer Lebensraum für das Dorf, eingebaut. Wenn man vom Dorf  
und Land kommt, kann man diesem Einbau die Zustimmung geben.

Es wird besonders erwähnt, dass es eine der Hauptforde-  
rungen der ~~Ö~~sterreichischen Landwirtschaft sein muss, in ab-  
sehbarer Zeit das Landwirtschaftsgesetz zu bekommen, und ich  
darf daher doch in diese Materie eingehen.

Es ist sicher, dass das heutige Dorf ein wesentlich anderes  
Gesicht hat als das Dorf vor 20 oder vor 25 Jahren, und wir  
freuen uns als Dorfbewohner draussen auf dem Lande, dass das  
Dorf eigentlich in der Masse stärker geworden ist, dass sich  
die Lebenskraft ebenfalls vielfach gestärkt hat.

Aber es ist bedauerlich, dass leider, leider die Landwirtschaft besonders in den Gebirgslagen diesen Aufschwung der Nachkriegszeit nicht mitmachen konnte.

Wir wissen, dass die Bauernschaft nach wie vor die Stammwählerschaft der Österreichischen Volkspartei darstellt. Die Führung der Österreichischen Bauernschaft, ob Bauernbund oder Landbund, war sich sofort nach Kriegsschluss darüber klar, dass der Wiederaufbau dieses Landes nur unter Überwindung ungeheurer Schwierigkeiten erreicht werden kann und dass es deshalb notwendig ist, dass sich die Bauernschaft politisch zusammenfindet. Deshalb haben sich auch die beiden Gruppen - der Bauernbund und der Landbund - gleich nach Kriegsschluss im Österreichischen Bauernbund vereinigt. Wir können immer wieder darauf hinweisen, dass dieser Österreichische Bauernbund auch heute noch draussen in den Landwirtschaftskammern und in verschiedenen anderen Organisationen bis zu 99 Prozent vertreten ist.

Ich glaube nur, dass die Österreichische Volkspartei in der Sorge um den Aufstieg in der Nachkriegszeit und in der Sorge, neue Wählermassen zu erfassen, manchmal doch etwas auf diese Stammwählerschaft vergisst, wohl auch in dem Bewusstsein, dass die Bauernschaft, diese Stammwählerschaft, in der Nachkriegszeit ihre Pflicht restlos erfüllt hat und es schon ihrer Eigenschaft und ihrer Mentalität entspricht, nicht sosehr zu raunzen und zu meutern, und sie weiss, dass ihr vom Herrgott die Verpflichtung auferlegt wurde, den Tisch des Volkes zu decken.

Aus dieser Schicksalslage heraus haben wir in den ersten Nachkriegsjahren gemeinsam durch eine Sonderbesteuerung den Kriegsschaden in der Land- und Forstwirtschaft behoben. Wir haben auch, glaube ich, unsere Aufgabe, den Tisch des Volkes zu decken, ehrlich und aufrichtig erfüllt. Aus dieser Erfahrung heraus haben wir in der Nachkriegszeit bestimmte Gesetzesmassnahmen treffen und die sogenannten Wirtschafts-gesetze nachliessen müssen, die allerdings in der heutigen Zeit vielleicht nicht mehr ausreichen, um den Anforderungen der Land- und Forstwirtschaft gerecht zu werden.

Deshalb hat man sich schon vor langer Zeit, und zwar 1952 schon, bemüht, eine Form für das Landwirtschaftsgesetz zu finden. Man hat verschiedene Studien und Beratungen durchgeführt und war 1957 so weit, für einen Gesetzentwurf die Zustimmung aller in der Österreichischen Volkspartei vertretenen Bünde zu haben.

Wir haben auch nach der Konstituierung des neuen Parlaments vom Bauernbund aus im vorigen Jahr sofort wieder einen Initiativantrag auf Schaffung eines Landwirtschaftsgesetzes eingebracht. Der Herr Landwirtschaftsminister hat sich dieser Forderung der Bauernschaft als Aufgabe Nummer 1 angenommen und bemüht sich nun im Ausschuss in Verhandlungen mit den Sozialisten, dass dieser Initiativantrag in absehbarer Zeit in Gesetzeskraft erwächst.

Wenn wir heute auf diesem Bundesparteitag schon offen sprechen, dann muss man doch auch davon reden, dass es ausserordentlich bedauerlich ist, dass bei diesen mühevollen

Verhandlungen und Arbeiten sehr, sehr oft auch Querschüsse aus der eigenen Familie heraus kommen. Ich glaube nicht, dass das notwendig ist, denn die Schwierigkeiten, die vielleicht in der Frage der Genossenschaften bestehen mögen, müssen auch ausgedet und ausgehandelt werden und sind nicht von so grosser Tragweite, dass man ein Gesetz, das die Belange der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft als Berufsstand umfassen soll, einfach gewissermassen in eine Sperre zieht.

Wir verspüren, dass wir in der Konjunktur der Nachkriegszeit, besonders aber in den letzten Jahren weit zurückgeblieben sind. Die Einkommensdisparität ist ungeheuer gross - die Zeit, die mir zur Verfügung steht, ist viel zu kurz, um diese Probleme näher erläutern zu können -, sie ist so gross, dass bei unserer Bauernschaft draussen nicht zu Unrecht eine gewisse Unzufriedenheit besteht. Die Bauernschaft blickt daher mit Sehnsucht und Sorge auf diesen heutigen Bundesparteitag in Wien und erwartet sich mit Recht, dass gerade jetzt, wo es um Reformen und die Festlegung der Aufgaben für die Zukunft geht, auch die Frage dieser Disparität behandelt wird.

Wir wissen schon, dass wir seitens des Bundes und seitens der Bundesländer bestimmt gewisse Mittel für die Landwirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt bekommen. Wir können auch nachweisen, dass die österreichische Landwirtschaft trotz Abwanderung von vielen tausenden, ja zehntausenden Arbeitskräften ihre Produktion immer mehr erhöht hat, dass sich die Qualität der Erzeugnisse immer mehr verbessert hat und die Landwirtschaft zu einem ganz hohen Prozentsatz in der Lage ist, dem österreichischen Konsum das zu geben, was er braucht.

Wir haben aber im Rahmen der Landwirtschaftsförderung beim Bund und auch bei den Bundesländern wahrnehmen müssen, dass wir nicht den entsprechenden Fortschritt erreichen konnten, den wir brauchen würden, um die künftige Konkurrenz auf dem Europamarkt aushalten zu können. Wir müssen deshalb verlangen, dass in diesem Landwirtschaftsgesetz der Grüne Bericht enthalten ist, das Feststellungsverfahren über die Lage der Landwirtschaft, und müssen auch verlangen, dass nach diesem Feststellungsverfahren - wenn also die Karten auf dem Tisch liegen - auch die entsprechende Konsequenz gezogen wird.



Wir haben eine sehr arbeitswillige Landjugend draussen, die sich trotz dieses Zwiespaltes und dieser schlechten Verhältnisse bisher nicht hat abirren lassen, für den Bauernhof, für unseren Berufsstand zu arbeiten. Aber auch unsere jungen Leute fragen sich schon immer mehr: Wie lange wird es dauern, bis Österreich in der Lage ist, der Landwirtschaft ein entsprechendes Grundsatzgesetz zu geben?

Wir wissen, dass wir verschiedene Sorgen haben, die wir anmelden müssen. Etwa dass es draussen noch Tausende von Bauernhöfen gibt, die nicht einmal über elektrische Kraft verfügen, dass die Wohnverhältnisse auf dem Lande teilweise ausserordentlich schlecht sind und dass die Verkehrslage der heutigen Zeit bei weitem noch nicht entspricht. Wir wissen wohl, dass jedes Jahr tausende Kilometer Güterwege und Forstaufschliessungswege gebaut werden, aber das ist noch viel zuwenig und vor allem wird viel zuwenig rasch gearbeitet, um die Bergbauern an den Güterverkehr anzuschliessen. Die Österreichische Landwirtschaft hat in den letzten Jahren durch die Tierseuchenbekämpfungsmassnahmen, die Tbc-Bekämpfung, Bang-Bekämpfung usw. nicht nur einen Fortschritt innerhalb des Berufsstandes erreicht, sondern sie hat auch von volkswirtschaftlicher Seite aus gesehen namhafte Leistungen erbracht.

Aus diesem Grund können wir mit gutem Recht verlangen, dass diese Diskrepanz der Verhältnisse, die bei uns in Österreich zwischen der Wirtschaft im allgemeinen und zwischen der Landwirtschaft besteht, doch in absehbarer Zeit beseitigt wird und dass wir zusätzliche Einnahmen für die Landwirtschaft finden müssen. Wir müssen auch in Steuerfragen Gehör finden, denn nach den letzten Einheitswertfeststellungen kann sich die Landwirtschaft und besonders die Forstwirtschaft nicht beklagen, dass sie zuwenig Steuern zahlt. Wir wissen z.B.

dass das Bergbauerngebiet auf Grund der neuen Einheitswertfeststellung gefallen ist und dass auch die sogenannten Grundsteuerausschläge auf einen Prozentsatz von 1000 und mehr aufgebaut sind, die eben die Landwirtschaft aufzubringen hat, die im allgemeinen bei der Steuerleistung bestimmt ihren massgeblichen Anteil aufbringt.

Es hat in der letzten Zeit der Landwirtschaft eine gewisse Enttäuschung bereitet, dass der Verfassungsgerichtshof eine Lücke bei der Zuschussrentenversicherung verursacht hat, und ich darf hier nur ersuchen, dass durch die Gesetzgebung diese Lücke ehebaldigst ausgefüllt wird, dass die Ausfüllung dieser Beitragsleistung so geschieht, dass dadurch nicht die Masse geschädigt wird, sondern dass wir in irgendeiner Art und Weise den Solidaritätsbeitrag wieder erreichen können.

Nochmals meine Bitte - die Redezeit ist viel zu kurz, um alle Sorgen und Schwierigkeiten aufzuzeigen -, mehr als bisher die Landwirtschaft zu beachten und das Programm, das in diesem Aktionsprogramm enthalten ist, auch entsprechend durchzuführen; denn man kann wirklich sagen so wie Andreas Hofer: Es ist Zeit! (Beifall.)

Nationalrat Otto Mitterer (Wien); Herr Bundeskanzler! Hoher Landesparteitag! Aus dem Aktionsprogramm der Existenzsicherung für die Kleinen darf ich auf eine besondere Frage hinweisen, die uns im Parlament und in den öffentlichen Diskussionen zu wiederholten Malen beschäftigt hat. Das ist die leidige Frage der Umsatzsteuer. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler aufrichtig dafür danken, dass er gestern in seiner Rede diese Frage separat gestreift hat. Ich danke auch dem Herrn Landeshauptmann Klaus, der nicht nur mit Verstand, sondern auch mit Herz heute dieses Programm hier vorgetragen hat. Ich bin erfreut darüber, dass es im Aktionsprogramm ebenfalls gestreift wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zehntausende kleine Firmen warten nun seit Jahren auf eine Lösung dieses Problems. Für den kleinen Mann, meine Damen und Herren, ist nicht entscheidend, was wir hier sagen und reden, für den kleinen Mann ist entscheidend, was getan wird, um ihm dieses schreckliche Los wirklich etwas zu erleichtern, und letztlich entscheidet die Tat und nicht eine Resolution. Die Versprechen, die Erklärungen<sup>en</sup> sind alle sehr erfreulich, aber ich glaube, wir müssen uns darüber klar werden: Entscheidend wird sein, dass wir nicht nur die Fragen im Auge behalten, wie es in einem jüngsten Brief des Koalitionsausschusses zu lesen ist, sondern dass wir nun endlich zur Tat schreiten. Ich darf darauf hinweisen, dass Deutschland in dieser Frage nunmehr fortgeschritten und nun zur konkreten Tat übergegangen ist. Auch dort ist eine diesbezügliche Regelung seit einigen Tagen bereits als Gesetzesvorlage vorhanden und wird in Kürze zum Beschluss erhoben werden.

Die derzeitige Konzentration der Betriebe, über die heute schon gesprochen wurde, die in Österreich steuerlich belohnt wird und nicht nur irgendwie nicht aufgehoben wird, ist nicht nur eine Frage für die Betroffenen. Im ersten Schritt ist sie notwendigerweise eine Frage für den Betroffenen, gewiss, aber im zweiten Schritt gibt es dann nur mehr einige grosse Konzernbetriebe, und dann betrifft es vielleicht noch Tausende, aber der dritte Schritt ist die totale Kollektivisierung, denn es ist leichter, vier Grossbetriebe zu sozialisieren als zehntausende kleine. Wenn aber einmal nur Grossbetriebe vorhanden sind, dann werden, wie es so schön im sozialistischen Programm heisst, diese Betriebe in die Gemeinwirtschaft überführt, zu deutsch, der Kollektivismus marschiert ungehindert weiter. Ich glaube, darum geht es letztlich, weil wir alle miteinander, in welchem Bund wir immer stehen und wie immer wir sonst eingestellt sein mögen, es nicht zulassen können, dass diese unhaltbare Situation weiter bestehen bleibt. Es liegt ein Initiativantrag im Parlament, und ich bitte den Parteitag, mir beizustimmen, dass nun endlich die Tat, und nicht nur Worte gesetzt werden. (Beifall.)

Der Herr Landesrat Oberhammer hat ein sehr schönes Wort gesagt von der Offenheit der Diskussion und von der Möglichkeit, ein heisses Eisen anzurühren. Darf ich nun noch etwas sagen, was vielleicht nicht überall Widerhall finden wird, ich bin zutiefst überzeugt davon, nämlich zur Frage Koalition und Proporz. Dass die Koalition bis zum Besatzungsende eine Notwendigkeit war, ist unbestritten. Dass sie auch nachher, solange

die russischen Lieferungen gehen, in einem gewissen Maß bestehen bleiben muss, um nicht irgendwelche Schwierigkeiten heraufzubeschwören, ist auch klar. Aber ich glaube, wir sollen uns darüber klar sein und es auch zur Kenntnis nehmen, dass die Koalition als solche keine von irgendeiner höheren Macht eingeführte Notwendigkeit ist und nicht ewig bleiben muss. Die Koalition in ihrer heutigen Art hat eine lähmende entsetzliche Wirkung auf alle positiven Kräfte, denn die Sozialisten haben es ja verstanden, irgendwie den berühmten Satz so zu variieren: Koalition der Weg, Sozialismus das Ziel! Die Koalition, wie wir sie heute haben, ist drauf und dran, nicht nur in der Jugend jedes Verständnis für den Parlamentarismus zu zerstören, sondern sie ist, und das ist für uns parteipolitisch noch viel schwieriger, drauf und dran, mit dem russischen Vetorecht des Nein alle noch so guten Massnahmen der ÖVP zu konterkarieren und uns in immer grössere lähmende Situationen hineinzuführen.

Wenn wir nun heute fordern, dass diese Koalition endlich einem freien Raum Platz geben möge, damit wir nicht nur Gefangene dieser Koalition sind, sondern uns auch etwas bewegen können, dann glaube ich, ist das auch etwas, was in der Bevölkerung Wiederhall finden wird. Denn die Bevölkerung und die Wähler, meine Damen und Herren, wählen nicht einen ~~asiatischen~~ Zwillings, sondern sie wählen die ÖVP und wollen sie stark und gross machen. (Beifall.)

Ich weiss, man sagt, die Koalition schafft Ruhe und Frieden - sicher etwas sehr Erfreuliches. Wir alle wissen auch, dass sie grosse Vorteile hat. Aber wenn der Frieden so aussieht, dass wir überhaupt nur mehr Randfragen erledigen können, die entscheidenden Fragen aber von Jahr zu Jahr zurückgestellt und zurückgedrückt werden, und wenn wir sie dann erledigen, das in einer sehr vagen Form geschieht, dann werden das die Wähler auf die Dauer nicht mehr verstehen.

Sie verstehen auch nicht, dass wir glauben, mit dem Proporz wirklich etwas für sie getan zu haben, wenn sie auf der anderen Seite feststellen müssen, dass unsere Mandatäre und Funktionäre, wenn wir sie dort oder dahin entsenden, auch wenn es um grundsätzliche Fragen geht, völlig umfallen, wie es zum Beispiel in der Frage der Beschlüsse des Aufsichtsrates, betreffend Rekonzernierung, oder etwa beim Ausbau der Kremser Betriebe der VÖEST der Fall war. Hier zeigt es sich am deutlichsten: Wir haben unsere Leute hineingeschickt und letzten Endes stimmen sie dann für das rein sozialistische Programm.

Ich bitte daher den Parteitag, dass wir uns wieder ein wenig aufraffen, dass wir weniger Angst und mehr Stärke und Charakter zeigen, denn der Wähler wählt letzten Endes den, der mutig ist und bereit ist, zu kämpfen. Eine Partei, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist kein Sparverein und kein Klub, sie ist eine Kampforganisation, und die wollen wir wieder werden, damit wir stark und gross werden. (Beifall.)

Präsident Josef Walzner (Steiermark): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Ich gestatte mir als Landesobmann des steirischen Bauernbundes zum Aktionsprogramm unserer Partei etwas zu sagen. Die Bauernschaft Österreichs ist seit 1945 in guten und bösen Tagen immer ein tragender Pfeiler der österreichischen Volkspartei gewesen. Die bäuerliche Familie war immer ein wesentlicher Kulturträger unseres Volkes. Unsere Bergbauernfamilien waren seit eh und je der Gesundbrunnen unseres Volkes, und unser Bauerndorf war in Zeiten, wo die politischen Wogen hochgegangen sind, der ruhende Pol.

Nun leben wir in einer Zeit der Hochkonjunktur, der Mechanisierung bis zur Fließbandarbeit, und es ist möglich geworden, vielen Menschen mehr Freizeit, mehr Erholung zu bieten, als es ehemals der Fall war. Zum freien Sonntag ist bereits der freie Samstag gekommen.

Ganz umgekehrt steht es bei der Bauernschaft. Der Abzug vieler, vieler Arbeitskräfte vom Land hat es mit sich gebracht, dass vielfach auch schon der Sonntag dazu dienen muss, die Arbeit leisten zu können. Und unsere Bäuerinnen sind die am meisten geplagten Menschen. Sie haben oft nicht mehr die Zeit,

ihrer ureigensten Aufgabe nachzukommen, nämlich die Kinder zu erziehen. Muss das so sein? Ist das eine unabänderliche Entwicklung?

Hoher Bundesparteitag! Nicht nur in Österreich geht diese Entwicklung vor sich, auch in anderen Staaten ist es so. Aber alle modernen Staaten bieten heute der Landwirtschaft eine Ausnahmsstellung, weil eben die Landwirtschaft in dieser Zeit der rasanten Entwicklung nicht mitkommt, weil wir im Ertrag unserer Arbeit unabänderlich den Gewalten der Natur und dem Risiko ausgeliefert sind. Wir müssen unsere Ernten noch immer nach den vier Jahreszeiten einrichten, und deshalb ist es der Landwirtschaft nicht möglich, Schritt zu halten.

Seit dem Bundesparteitag 1958, wo auch wir in Innsbruck unsere Forderungen aufgestellt haben, ist wieder vieles vor sich gegangen.



Eine 45 Stunden-Woche ist eingeführt worden und der 14. Monatsgehalt wurde Wirklichkeit. Nicht einmal die leidige Milchauffettung, die 20 Groschen, die wir gebraucht hätten, um die Milchauffettung durchzuführen, hat man durchbringen können, geschweige denn ein Landwirtschaftsgesetz, wie es eine Reihe anderer Staaten ihrer Bauernschaft bieten. (Lebhafter Beifall.)

Mir kommt es so vor, als ob die österreichische Landwirtschaft in ihrer Entwicklung mit den neuen Wohnhausbauten, mit den Hochhausbauten zu vergleichen ist. So wie es dort gestattet ist, bei den Mieten die tatsächlichen Kosten zur Anrechnung zu bringen, so wird die österreichische Bauernschaft immer mehr in die Rolle des Althausbesitzers gedrängt. Wie soll die Bauernschaft diesen Gegebenheiten entgegentreten? Fleiss und Genügsamkeit ist im Bauernstand mehr noch vorhanden, als wir es irgendwo anders finden. Es muss diesen Fragen der Bauernschaft mehr Verständnis entgegengebracht werden. Wir müssen ständig neue Belastungen auf uns nehmen: die Eisenpreise wurden erhöht, die Traktoren sind teurer geworden, die Löhne sind gestiegen, ebenso die Tarife und die Frachtkosten. Wir haben heute noch die Preise für Schweine, die im Jahre 1952 amtlich festgesetzt worden sind, und es hat sich da gar nichts geändert.

Hoher Parteitag! Muss das so sein, dass von den 400.000 Schweinen, die der Markt Wien im Jahre braucht, im Vorjahr bereits 200.000 aus den Oststaaten eingeführt werden mussten, weil die Inlandsproduktion infolge der nicht mehr kostendeckenden Preise zurückgeht? (Beifall.)

Ich glaube, es ist deshalb notwendig, wenn hier im Aktionsprogramm schon die Notwendigkeit der Hilfe für den Bauernstand aufgezeigt wird, dass wir erstens das gleiche Recht für uns in Anspruch nehmen, die tatsächlichen Kosten unseren Produkten anzurechnen; denn

es ist nicht Aufgabe des Bauernstandes, soziale Leistungen für Minderbemittelte zu erbringen, das ist Aufgabe des Staates und der Gesamtheit. (Beifall.)

Zweitens müssen wir verlangen, wenn der Weg auch schwierig sein mag, dass es so rasch wie möglich zu einer Assoziation zum EWG-Raum kommt. Die Landwirtschaft hat sich vom Anfang an dazu bekannt, weil ihre Absatzgebiete eben nur dort liegen.

Drittens: Die Bundesparteileitung muss sich dazu entschließen, nun endlich auch der österreichischen Landwirtschaft ein modernes Landwirtschaftsgesetz zu geben.

Hoher Bundesparteitag! Wenn wir die Landwirtschaft nicht gesund und lebenskräftig erhalten, dann wird es in Zukunft auch kein freies Österreich geben. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär a.D. Dr. Hermann W i t h a l m (mit Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Wir haben es uns bei der Erstellung des Aktionsprogramms nicht leicht gemacht. Es wurden schon Dankesworte für Herrn Landeshauptmann Klaus gesprochen, aber ich glaube, es ist notwendig, ihm nochmals herzlichen Dank zu sagen für die grosse Arbeit, die er als Vorsitzender des Aktionsprogrammausschusses geleistet hat. (Beifall.) Ich darf hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ein Dankeswort einflöchten für den Redakteur Piss (Beifall), der wirklich mit viel Mühe sich der schwierigen Aufgabe, die er zu leisten hatte, unterzog.

Wir haben es uns, so sagte ich, nicht leicht gemacht. Wir haben, wie Sie aus dem Antrag ersehen, versucht, zwei Dinge ganz besonders im Auge zu behalten.

Der Aktionsprogrammausschuss hat sich bemüht, zu versuchen, die effektiv in diesem Programm enthaltenen Forderungen mit unserer Weltanschauung, mit unseren Grundsätzen in Einklang zu bringen. Ich darf mit aller Offenheit aussprechen, weil ich eben davon sprach: Unsere Weltanschauung, meine Damen und Herren, ist ohne jeden Vorbehalt und uneingeschränkt die christliche Weltanschauung. (Beifall.)

Das Zweite: Wenn Sie die Forderungen, die im Antrag enthalten sind, durchsehen, werden Sie finden: Wir haben uns redlich bemüht, die natürlich vorhandenen Interessengegensätze zwischen den drei Bündern auszugleichen. Wir haben versucht, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Wir haben uns bemüht, zu koordinieren.

Damit, Hoher Bundesparteitag, komme ich schon zum Schluss. Wenn die neugewählte Parteiführung, wenn der neugewählte Generalsekretär sich gleichfalls bemühen werden, in ihrer künftigen Tätigkeit das zu tun, was wir alle im Aktionsprogrammausschuss zu tun versucht haben, und, ich glaube, sagen zu können, nicht ganz ohne Erfolg taten, dann wird, glaube ich, der neuen Parteiführung ein gewisser Erfolg bei der künftigen Arbeit nicht versagt bleiben, wenn sie zwei Gedanken besonders im Auge behält: Immer, bei jedem Faktum, das gesetzt wird, an die Grundsätze zu denken und zu versuchen, alle Gegensätze zwischen den Bündern auszugleichen, zu koordinieren. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die zwei Hauptgedanken. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das versucht wird, wenn das getan wird, dann braucht uns um die künftige Entwicklung der Österreichischen Volkspartei nicht bange zu sein. (Beifall.)

Nationalrat Ökonomierat Barthold Stürgkh Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Seitdem die römischen Verträge ratifiziert wurden und in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Integrationsprogramm abzurollen begann, entstand auch eine gewisse Besorgnis in unserem Lande, dass Österreich, das infolge seiner hohen Exportabhängigkeit einen größeren Wirtschaftsraum benötigt und gerade in diesem Wirtschaftsraum rund 50 Prozent seiner gewerblich-industriellen und 80 bis 90 Prozent seiner land- und forstwirtschaftlichen Produkte absetzt, den Anschluss verpassen könnte.

Ich glaube, es ist bereits allgemeines Gedankengut geworden, dass Österreich zufolge seines Neutralitätsstatus nicht der EWG als Vollmitglied beitreten kann. Die grosse Freihandelszone, beziehungsweise der MacMillan- oder auch Maudling-Plan war daher ursprünglich das Modell für eine multilaterale Wirtschaftsassoziation der OEEC-Länder.

Das Nichtzustandekommen der Einigung zwischen Grossbritannien und Frankreich hat diesen Plan, der uns, trotzdem die Landwirtschaft nicht inbegriffen war, manch günstige Dinge gebracht hätte - ich verweise hier besonders auf die Freizügigkeit gegenüber Drittländern, die unserer Mittlerrolle zwischen Ost und West besonders gedient hätte -, zu Fall gebracht.

Aus dieser Situation heraus ist die europäische Freihandelsassoziation der Sieben entstanden.

Die österreichische Regierung hat erstaunlich rasch den Beschluss gefasst, den Stockholmer Verträgen beizutreten, und hat diese durch ihre Bevollmächtigten schon unterfertigt.

Dieser hastige Schritt ist von der Bevölkerung mit einem gewissen Erstaunen und von Wirtschaftskreisen mit viel Kritik bedacht worden. Kein Wunder, meine Damen und Herren, wenn ein so wichtiger Entschluss, den ich in seiner Schicksalhaftigkeit fast mit dem Staatsvertrag vergleichen möchte, im Lichte der öffentlichen Meinung und auch der Wirtschaftsgruppen unseres Staates beinahe gar nicht oder so wenig vorbereitet war.

Erst post festum beginnen sich Meinungen abzuklären und es werden ebenso viele Dafür und Dawider noch immer ausgesprochen. Ich glaube, dass diese sehr klaren und präzisen Feststellungen des Herrn Bundesministers für Handel und Wiederaufbau einen wohltuenden Beitrag zur Klärung dieser Situation geleistet haben. Wir haben ihm dafür dankbar zu sein.

Das ist ja auch nicht verwunderlich, wenn man aus Zeitungsmeldungen erfährt, dass Herren wie Minister Professor Dr. Taucher erst kürzlich in Brüssel bei der Hohen Behörde oder in der Kommission <sup>und in</sup> ~~wart~~ Gesprächen mit dem Präsidenten Professor Hallstein angeblich weitgehendste Konzessionsbereitschaft für eine bilaterale Wirtschaftsassoziaton mit der EWG vorgefunden haben sollen. Dieses schwer gehütete Geheimnis des Inhalts dieser Expertise - wir können es heute aus den Tageszeitungen lesen - scheint mir gestern geliefert worden zu sein. Und man kann vielleicht schon sagen, dass es Epochales nicht beinhaltet. So lese ich es zumindest aus den Zeitungen heraus. Dies klingt ja fast so, als ob seitens der Regierung hier eine Unterlassungsünde begangen worden, das Terrain in dieser Richtung vorher zuwenig gründlich erforscht worden

wäre, bevor der Schritt in die EFTA getan wurde.

Die Argumente, die der Herr Vizekanzler und der Herr Aussenminister vorgebracht haben, haben sehr begreiflicherweise zu weitgehenden Widersprüchen geführt, und so werden auch heute noch die Entschlüsse öffentlich einer Kritik unterzogen.

Wir stehen sozusagen vor der Ratifikation der Stockholmer Verträge ~~und~~ durch unser Parlament, ohne dass die öffentliche Meinung nach dieser Richtung ausgewogen wäre. Man hört, dass diese Ratifizierung womöglich schon am 10. März erfolgen sollte - ich halte es nicht gerade für absolut notwendig, sich hier besonderen Fleissaufgaben zu unterziehen, wobei sich fast täglich, ich möchte sagen, neue Aspekte ergeben und so sehr noch im Fluss sind. Der Grund dazu dürfte wohl sein, dass, wie bekannt, im März ein Treffen der EFTA-Minister in Wien stattfinden soll, und es scheint mancherorts der Ehrgeiz zu bestehen, bei dieser Gelegenheit schon als Vorzugsschüler dazustehen.

Zweifellos, meine Damen und Herren, scheint mir zu sein, dass der Vertragspartner vor der Ratifizierung eines Vertrages interessanter erscheint als nachher. Wir haben auch noch nicht gehört, ob die übrigen Parlamente unserer Vertragspartner ein so rasches Tempo vorlegen. Ein Argument, welches für eine rasche Ratifizierung spricht, ist allerdings die Tatsache, dass man dann vielleicht umso rascher in sogenannte offizielle Brückenschlaggespräche kommen könnte. Andererseits bin ich jedoch der Ansicht, dass solche Gespräche ja auch vor der Ratifikation geführt werden. Ich glaube, man führt sie auch soeben.

Die allgemeine Meinung über den EFTA-Vertrag, und dies geht aus der Präambel des Vertrages ebenso hervor wie aus Erklärungen unserer Unterhändler - und ich darf mich in diesem Saale auf die jüngsten Erklärungen des Ministers Dr. Book berufen -, ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, nämlich einer multilateralen Assoziation zu dem EWG-Block.

Die Chancen eines solchen Brückenschlages worden sehr verschiedenlich beurteilt, und es gibt eine grosse Anzahl Meinungen von versierten Leuten, aus denen hervorgeht, dass dieser Brückenschlag aus denselben oder aus ähnlichen Gründen scheitern würde, wie seinerzeit das Vorhaben der grossen Freihandelszone.

Es wäre daher sicher sehr empfehlenswert und in Betracht zu ziehen, anlässlich der Ratifizierung des Vertrages insofern einen Vorbehalt zu machen, dass, wenn innerhalb einer Jahresfrist die Gespräche über den Brückenschlag nicht perfekt geworden sind oder sich nicht in einem erapriesslichen Verlauf befinden oder aber abgebrochen werden müssten, Österreich sich seiner vertraglichen Verpflichtungen entbunden fühlt und in bilaterale Assoziationsgespräche mit der EWG eintreten kann. (Beifall.)

Ich habe diese Frage hier aufgerollt, meine Damen und Herren, weil ich weiss, dass die Bundesparteileitung und die Partei schlechthin, sich mit diesen Fragen erstaunlicherweise noch nicht befasst haben. Ich gestatte mir daher die Anregung zu geben, dass die Ansichten über diesen Integrationsprozess durch die künftige Bundesparteileitung koordiniert werden, um dadurch eine Meinung der Österreichischen Volkspartei zu erzielen, die dann als Direktive in der öffentlichen Behandlung dieser Fragen anzuwenden sein würde. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dipl.-Ing. Dr. Karl

Schleizer: Hoher Bundesparteitag! Bevor ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Müllner das Wort erteile, darf ich Ihnen mitteilen, dass noch insgesamt 22 Wortmeldungen vorliegen. Mit Rücksicht darauf würde ich mir erlauben vorzuschlagen, dass wir die Redezeit auf 5 Minuten beschränken, so leid mir das tut. (Beifall.) Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? - Es ist nicht der Fall. Doch. Bitte.



Ein Delegierter (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, dass diese Redezeitbeschränkung zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen wird, nachdem Landeshauptmann Müllner drangekommen ist. (Präsident Dr. Gorbach: Eine solche Anregung von mir kann nur gelten, wenn sie einstimmig ist! - Zwischenrufe.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dipl.-Ing. Dr. Karl

Schleiner: Da ich die Redezeit nicht verkürzen möchte, solange keine Einstimmigkeit besteht, bleibt es bei den 10 Minuten Redezeit. Landeshauptmannstellvertreter Müllner hat das Wort.

Bundesrat Wilhelm Salzer: Darf ich aufmerksam machen, dass keine Wiederholungen stattfinden sollen und dass nicht ein und dasselbe Thema von mehreren Seiten behandelt wird.

Landeshauptmannstellvertreter Viktor Müller: Hoher Bundesparteitag! Das Aktionsprogramm hat als besonderen Schwerpunkt die Rechtmässigkeit und die Rechtsgrundlage des Staates herausgestellt. Es wurde von dieser Stelle aus aus diesem Grund auch über Verstaatlichungsgesetze gesprochen. Ich möchte hier auf die Worte replizieren, die hier angeführt wurden. Es wurde vom 1. und vom 2. Verstaatlichungsgesetz gesprochen. Vor allem möchte ich die Unterschiede zwischen dem 1. und dem 2. Verstaatlichungsgesetz hervorheben. Das 1. Verstaatlichungsgesetz zählt juristische Personen auf, während das 2. Verstaatlichungsgesetz solche Aufzählungen nicht vornimmt, sondern nach objektiven Merkmalen die Verstaatlichung verschiedener Betriebe oder juristischer Personen zulässt.

Das hatte zur Folge, dass wir zum Beispiel nach dem 2. Verstaatlichungsgesetz keine so grossen Unterschiede mehr haben als es nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz möglich war. Das Fehlen der objektiven Merkmale im 1. Verstaatlichungsgesetz hat es daher mit sich gebracht, dass ausserhalb der verstaatlichten Banken eine Bank besteht, und zwar die sozialistische Arbeiterbank, die, wenn es nach objektiven Merkmalen gegangen wäre, ebenso verstaatlicht hätte werden müssen wie die anderen Banken. (Beifall.)

Dieser grundsätzliche Unterschied zwischen dem 1. und dem 2. Verstaatlichungsgesetz hat sich aber noch mehr vertieft, indem wir im 2. Verstaatlichungsgesetz einen wesentlichen Unterschied gegenüber dem 1. Verstaatlichungsgesetz festgelegt haben, der darin liegt, dass die Kompetenz von den Bundesstellen auf die Länder übertragen wurde. Denn es heisst ausdrücklich: In erster Instanz entscheidet der Landeshauptmann. Und Sie können die einzelnen Landeshauptleute fragen, wie sie von diesem Recht Gebrauch gemacht haben!

Es ist aber auch über die Entschädigung gesprochen worden. Ich will die Ausführungen nicht widerlegen, ich möchte nur als Beispiel anführen, dass wir in Niederösterreich die Aktionäre in der Weise entschädigt haben, dass wir für eine Aktie, die vor der Verstaatlichung einen Kurswert von 60 S hatte - und das war nicht der tiefste Kurs - einen Entschädigung von 600 S gezahlt haben.

Ich gebe zu, dass das 2. Verstaatlichungsgesetz manche Fragen nicht erledigen konnte, so insbesondere nicht die Frage der Abgrenzung des Gebietes zwischen Wien und Niederösterreich. Das war auch schwer, weil damals die Randgemeinden russisch besetzt waren.

Dazu kam noch in der letzten Zeit die Frage des Burgenlandes. Wir haben uns bemüht, hier im Verhandlungswege zu einem Ergebnis zu kommen. Leider haben diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Das Burgenland hat einen anderen Weg gewählt, es hat nach dem 2. Verstaatlichungsgesetz Anlagen und Betriebe enteignet. Diese Enteignung wurde dann durch die Bundesstelle aufgehoben. Dann hat das Burgenland ein Landesgesetz beschlossen, kraft dessen die Enteignung ausgesprochen wurde. Wenn aber eine Verstaatlichung kraft Gesetzes durchgeführt wird, ist dagegen leider kein Rechtsmittel möglich. Es hat derjenige, den die Enteignung betrifft, keine Klagelegitimation bei irgendeinem Gericht, was sich sehr, sehr unangenehm auswirkt. Der Betroffene kann nicht zum Verfassungsgerichtshof gehen. Das ist der grosse Unterschied, der hier zwischen Österreich und Deutschland besteht. Denn in Deutschland steht auf Grund des Artikels 90 des Grundgesetzes jedem die Klagelegitimation zu, der von einem Gesetz in seinen Rechten betroffen wird. Das ist die grosse Schwierigkeit gewesen.

Hätten wir jetzt gegen unseren Parteifreund Landeshauptmann Wagner zu Felde ziehen sollen und eine Hetze

gegen ihn oder seine Mitarbeiter aufziehen sollen? Wir haben das nicht gemacht. Es ist zu einer Vereinbarung gekommen, und zwar zu der Vereinbarung, dass Niederösterreich den Weg wählen soll, dass es ebenfalls ein Landesgesetz beschliesst, das gegen Wien gerichtet ist und die Handhabe bietet, zum Verfassungsgerichtshof zu gehen. Das wurde einvernehmlich festgelegt. Der Sinn des niederösterreichischen Landesgesetzes war daher von allem Anfang an, den Weg zum Verfassungsgerichtshof zu suchen.

Was wäre also geschehen, wenn dieses Gesetz beschlossen worden wäre? Es wäre ein Bescheid ausgestellt worden, und zwar gegen die Städtischen Werke der Gemeinde Wien. Ich habe das auch den Vertretern der Gemeinde Wien gesagt, selbst dem Herrn Bürgermeister. Für die anderen Unternehmungen hätten sofort Ausnahmsbescheinigungen bzw. Ausnahmsbescheide ausgestellt werden können, sodass niemand beunruhigt worden wäre. Es wäre dieses Gesetz in kürzester Zeit vollzogen worden. Statt dessen ist aber durch die Zeitungen eine sehr lebhaft Propaganda gegen dieses Gesetz geführt worden.

Es sind Unrichtigkeiten behauptet worden, die wir einfach nicht verstehen. Nach diesem Gesetz ist es überhaupt unmöglich, Eigenversorgungsanlagen zu verstaatlichen oder zu enteignen. Es ist unmöglich, mit diesem Gesetz elektrische Leitungen in einem Bauernhaus zu enteignen, und auch unmöglich, Taschenlampenbatterien zu verstaatlichen, wie es in einer Zeitung geheißen hat. Was können Sie aber machen, wenn das immer wieder und tagtäglich neu behauptet wird! Unrichtigkeiten werden nicht richtig, wenn man sie zehnmal und wenn man sie hundertmal oder tausendmal sagt. Das ist ein für allemal unmöglich, was Recht ist, ist Recht, und wenn so etwas tausendmal gesagt wird. Denn das ist dasselbe wie das, was unser "grosser Adolf Hitler" gesagt hat: Ob es wahr ist oder nicht wahr, ich muss es nur so oft sagen, bis es geglaubt wird. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Die Bundesregierung hat nun Einspruch erhoben. Der schwere Schlag, den die Niederösterreicher erlitten haben, liegt nicht in der Aufhebung, sondern nur darin, dass nicht durch die Tat bewiesen werden kann, dass diese Behauptungen, die immer vorgebracht wurden, nicht richtig sind. Der Landtag von Niederösterreich hätte die Möglichkeit gehabt, sofort einen Beharrungsbeschluss zu fassen. Wir haben diesen Beharrungsbeschluss nicht gefasst, um vor aller Öffentlichkeit aufzuzeigen, dass hier Gesetzeslücken vorhanden sind, die auf alle Fälle irgendeinmal geschlossen werden müssen, und zwar Lücken, die insbesondere im Verfassungsgerichtshof <sup>gesetz</sup> liegen. Es ist nicht möglich - und ich warne davor, das so zu lassen -, dass nur derjenige den Verfassungsgerichtshof anrufen kann, der durch einen Bescheid

betroffen wird, denn wie dieses Gesetz zeigt, kann ich dann jeden durch ein Gesetz verstaatlichen oder enteignen. Das ist zu reformieren und zu novellieren nach dem Muster des deutschen Verfassungsgerichtshofgesetzes.

Wenn wir immer wieder darauf Wert legen, dass die Grundsätze unseres Programms und unsere Idee eingehalten werden, muss vor allem anderen entschieden werden, wie die Kompetenzen geteilt sind. Da ein Elektrizitätsgrundsatzgesetz fehlt, können Sie heute nicht sagen, welche Kompetenz für diesen oder jenen Bereich zuständig ist. Wir wollen endlich erreichen, dass hier Klarheit geschaffen wird. Unser Bestreben war es daher, in dieses Rechtschaos endlich Klarheit zu bringen, denn heute können Sie fragen, wen Sie wollen, es kann nicht behauptet werden, dass es so oder so ist. Hier kann nur der Verfassungsgerichtshof ein endgültiges Urteil fällen. Wir müssen uns daher dazu bekennen, dass wir im Gegensatz zu den verschiedenen Behauptungen nach wie vor einzig dafür eintreten, dass das Versprechen, das uns gegeben wurde, eingelöst wird, dass endlich festgestellt wird, was rechtens ist. Es ist nicht möglich, dass man gerade heute, an dem Tag der Erinnerung an den 12. Februar, der nicht gerade glücklich für Österreich gewesen ist, meint, durch Lüge, Verleumdung oder Hass könnte eine glückliche Zukunft geschmiedet werden. Im Gegenteil, mit Verständigung auf Treue und Glauben und auf ein gegebenes Wort aufgebaut, müssen wir helfen, die Zukunft für uns zu schmieden. (Beifall.)

Nationalrat Josef Mittendorfer, Hoher Bundespartei tag! Das Generalsekretariat der Bundesparteileitung hat im Herbst des vergangenen Jahres im Zuge der Reorganisation der Partei unter anderem auch einen Studienkreis für die Probleme der Ortsparteiorganisationen geschaffen, der die Aufgabe erhielt, Arbeitsunterlagen für die Ortsgruppen unserer Partei zu erarbeiten. Ich wurde von meiner Landesparteileitung in diese Studienkommission entsandt und erhielt dort die Aufgabe zugewiesen, die Führung dieses Arbeitskreises zu übernehmen. Es ist daher meine Pflicht, den Mitarbeitern für ihre geleistete Arbeit recht herzlich zu danken, wobei ich in erster Linie dem Herrn Generalsekretär Scheidl und dem Herrn Dr. Glätzl für seine Mitarbeit danke. Wir haben in vielen Arbeitstagungen ein Arbeitsprogramm für die Ortsgruppen fertiggestellt, das nun in Form einer Broschüre unter der Bezeichnung "Die Anderen sind unsere Chance" hinausgegangen ist. Ich möchte gleich vorwegnehmen, dass dieser Arbeitskreis nicht aus Theoretikern besteht, sondern dass hier Praktiker aller Bundesländer aus dem reichen Schatz ihrer jahrelangen Erfahrungen und Verantwortung, die ihnen übertragene Aufgabe durchführten. Ich darf auch gleichzeitig sagen, dass mit der Ausarbeitung dieses Behelfs die Arbeit nicht abgeschlossen ist, sondern dass dieser Arbeitskreis auch beauftragt ist, für die Gemeindefunktionäre ähnliche Unterlagen auszuarbeiten.

Das Handbuch soll nun eine Hilfe sein, es soll den Vertrauensleuten in der Ortsgruppe zeigen, wie man sich das Mindestmass der Arbeit einer Ortsgruppe vorstellt. Die darin angeführten Beispiele sind allgemein gehalten, und es muss der Findigkeit des einzelnen überlassen bleiben, sie auf den Kreis anzuwenden, in dem er als Vertrauensmann der Partei wirksam ist. Wir sind auf die Kleinarbeit unserer vielen tausenden Vertrauensleute angewiesen, die sie ohne materielle Vorteile in den Ortsgruppen leisten. In diesem Handbuch

wird in erster Linie auf die geistige Grundhaltung für die Arbeit der Ortsgruppe hingewiesen. Sie muss offensiv, sie muss werbend sein. Die Arbeit richtet sich daher in erster Linie auf die anderen, denn diese anderen sind die Chance für unsere Partei. Es sind dies jene, die uns zwar gewählt haben, aber nicht unsere Mitglieder sind, und jene, die uns noch nicht gewählt haben, aber auch uns gegenüber vielleicht bisher abseits standen. Um auf die anderen wirken zu können, müssen unsere Ortsgruppen weiter ausgebaut werden; wir müssen unsere Mitglieder schulen und ihnen jene werbende Haltung geben, die ihrer Arbeit zum Erfolg verhilft. Unser Ziel muss sein: möglichst wenig Mitläufer, aber möglichst viele aktive Arbeiter, nur so viel Arbeit als notwendig für uns, so viel als möglich die Kleinarbeit für die anderen. Eine Ortsgruppe, deren Arbeit nach aussen ausgerichtet ist, dehnt sich aus, und wächst, sie hat Anreiz für die anderen. Dagegen gilt von einer Zelle oder einer Gruppe, die nur nach innen wirkt, die über sich nicht hinausieht, dass sie einschrumpft und langsam verdorrt. Sie wird keine anderen anziehen. Wenn wir nur bestrebt sind, unseren Besitzstand zu bewahren, wird die Partei nicht wachsen. Unsere Ortsgruppen müssen daher offensiv werden.



Aus dem Arbeitsheft wäre nun vieles aufzuzeigen. Ich möchte nur einen Punkt herausnehmen, und das ist der Kontakt mit den Wählern. Ich glaube, hier werden wir in Hinkunft auch andere Wege beschreiten und uns besserer Mittel bedienen müssen. Die Wählerversammlung, die grösstenteils immer nur von unseren Mitgliedern besucht wird, scheint mir kein genügendes Mittel zu sein.

Aber auch mit dem Werbematerial, das immer knapp vor den Wahlen in Massen hinausgegeben wird, wird nicht immer die gewünschte Wirkung erreicht, weil es viele, viele Wähler gibt - und das werden Sie mir bestätigen - , die sich aus der Masse, die sie da kriegen, wohl wenig herausnehmen, vielleicht manches Mal diese Werbeschriften gar nicht lesen. Vielleicht ist es besser, wenn wir in der Zeit zwischen den Wahlen Nachrichtenblätter oder Werbeblätter hinausgeben, vielleicht auch Briefe, wie sie unmittelbar vor der Wahl immer hinausgehen.

Wenn ich vom Beschreiten neuer Wege spreche, so will ich in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass die englischen Wahlen den Konservativen in erster Linie deshalb einen Wahlsieg brachten, weil sie sich neuer Methoden bedient haben, weil sie ihre Werbung grösstenteils auf die Hausbesuche, auf die Kleinarbeit verlegt haben.

War es denn nicht so, dass wir hinsichtlich des amtlichen Stimmzettels ursprünglich der Meinung waren, wir

könnten viele ungültige Stimmen bekommen? Wenn das dann nicht eingetreten ist, so nur deshalb, weil wir uns Mühe gegeben haben und aufklärend gewirkt haben. Wie wäre es, wenn wir uns diese gleiche Mühe, die die Kleinarbeit erfordert, auch machen würden, um unser schönes neues Aktionsprogramm an den kleinen Mann heranzubringen? Natürlich brauchen wir dazu einen sehr gut geschulten ausreichenden Vertrauensmännerapparat.

Aber wir könnten uns vielleicht bei dieser Arbeit auch der Frauen bedienen. Wir können oftmals, wenn man darüber spricht, die Frauen auch in die Propaganda einzuschalten, ein sehr mitleidvolles Lächeln feststellen. Trotzdem kann ich Ihnen sagen: Dort, wo die Frauen mitarbeiten, sind meistens auch grössere Erfolge erreichbar. (Beifall.)

Abschliessend darf ich noch folgendes sagen: Die Frage der Parteiarbeit und die Frage der Sicherung des Lebens der kleinsten Zelle unserer Partei hängt davon ab, ob es uns gelingt, in allem, was wir tun, planen und durchführen, in aller politischen Aktivität den Menschen zu sehen, der zu allermeist ein kleiner Mann ist, dem oft mit kleinen Dingen geholfen ist, der oft nur kleine Dinge machen kann.

Es wird vom Mass der Einsicht abhängen, ob es uns, der Partei, gelingen wird, diese kleinen Dinge zu suchen und zu finden. Unten, wo die eigentliche Front unserer

Partei steht, muss sich unsere Arbeit auswirken. Sie muss im Leben, in den kleinen Dingen expansiv wirken und damit das Wachstum unserer Partei sichern. Ich bin zu tiefst davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, von diesem imposanten Bundesparteitag mit dem grossen Aktionsprogramm jene Kraft zu bekommen, die unserer Partei wieder Auftrieb gibt und sie zu weiteren Erfolgen führt. (Beifall.)

Vorsitzender LAbg. Dr. Dipl.-Ing. Karl Schleinzer : Ich darf die weiteren vorgemerkten Redner bitten, sich möglichst konkret zum Aktionsprogramm zu äussern, und ich möchte, da sich die Zahl der Redner in der Zwischenzeit nicht vermindert, sondern um zwei vermehrt hat, neuerdings an Sie die Frage richten, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir die Redezeit auf 5 Minuten beschränken. Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? (Lebhafter Widerspruch.) Dann muss ich das zur Abstimmung bringen. Wer mit der Verkürzung der Redezeit auf 5 Minuten einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe. - Gegen 6 Stimmen angenommen. (Widerspruch.)

Herr Nationalrat Prinke hat das Wort.

Nationalrat Franz P r i n k e : Hoher Bundesparteitag!

Meine Damen und Herren! Im Aktionsprogramm nimmt auch die Frage der Wohnung einen besonderen bevorzugten Platz ein. Auf allen Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen ist die Frage der Wohnung mit ein Gegenstand der sorgenvollen Diskussion. Wie könnte es auf dem Bundesparteitag anders sein, werden wir doch als Funktionäre, als Mandatäre fast jeden Tag mit den Wohnungssorgen der österreichischen Bevölkerung beschäftigt. Neben der Sorge um die Sicherung der Existenz und damit der Schaffung von Nahrung und Kleidung gehört auch die Wohnung mit zu den Lebensnotwendigkeiten, und die Lage auf diesem Gebiet bedarf dringendst einer Änderung.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in Diskussionen mit unseren Vertrauensleuten oder mit jenen Wohnungssuchenden, die ihre Wünsche an uns herantragen, ins Gespräch kommen, dann wird uns immer wieder gesagt: Ihr sprecht seit Jahren von einer Reform auf dem Gebiete des Wohnungswesens, aber bisher ist das Gesamtwerk aus dieser Reform noch nicht gegossen. Wir haben uns auf dem letzten Bundesparteitag in Innsbruck und auch bei anderen Gelegenheiten auf dem Semmering sehr intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Wenn wir in den Beratungen mit dem Koalitionspartner nur so schwer weiterkommen, meine Damen und Herren, so hat das seine Ursache in erster Linie im Grundsätzlichen. Während auf der einen Seite die Sozialisten nach der Zwangswirtschaft, nach dem Kollektiv drängen und ihre Monopolstellung, die sie in der Ersten Republik auf dem Gebiet des Wohnungswesens innehatten, wieder erreichen wollen, stehen wir auf der anderen Seite wieder auf dem Standpunkt,

dass möglichst viel Eigentum und Eigenheime geschaffen werden müssen, um die Freiheit des Einzelmenschen in der Wohnung zu sichern und darüber hinaus dem einzelnen auch Eigentum an Grund und Boden, somit an einem Stück Heimateerde, und darüber hinaus auch persönliches Eigentum an der Wohnung zu geben.

(Beifall.) Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, dass die Verhandlungen aus diesen Gründen nur sehr zähe weitergehen.

In den letzten Tagen ist wieder die Diskussion über die Schaffung eines Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes aufgeflammt. Wir können uns nicht der Notwendigkeit solcher Gesetze verschliessen, weil sonst für die Zukunft jedes Planen von Wohnungsbauten hinfällig wäre, weil die Grundstückspreise von Spekulat<sup>n</sup>en so hoch hinaufgetrieben werden, dass das Bauen unmöglich wird, oder die Grundstücke überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren! Sie können die Gewissheit haben: Diese Verhandlungen ziehen sich zwar schon seit/<sup>dem</sup>Jahr 1953 hin und werden seit einem Jahr besonders intensiv geführt. Wir sind aber auch hier darauf bedacht, in erster Linie das persönliche Eigentum zu schützen. Ich bin nicht befugt und berechtigt, einzelne Dinge aus diesem Gesetz zur Diskussion zu stellen, weil die Verhandlungen vertraulich geführt werden, aber ich kann Ihnen versichern, dass unser Kampf darum geht, bei aller Notwendigkeit, auf diesem Gebiete Ordnung zu machen, in erster Linie das persönliche Eigentum zu schützen. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir diese Verhandlungen wahrscheinlich noch eine Zeitlang führen müssen.

Die Materie ist ja sehr gross, neben dem Grundsätzlichen gilt es ja, auf dem Gebiete des Wohnhauswiederaufbaufonds, des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds weitere Massnahmen zu setzen, um hier einen Ausbau durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht so, dass die Österreichische Volkspartei in der Zweiten Republik nichts erreicht hätte. Wir haben nicht nur das Monopol der Sozialisten auf dem Wohnungsbau gebrochen, sondern wir haben auch den Gedanken des Wohnungseigentums, und darauf sind wir, die wir darüber verhandelt haben, stolz, in der Wohnbauförderung 1954 so verankert (Beifall), dass auch von den Sozialisten, die die heftigsten und grössten Gegner des Wohnungseigentums waren, heute dieses Wohnungseigentum nicht nur anerkannt, sondern nachgeahmt wird und jetzt nun als ihre Idee - Sie werden das in der Zukunft in der öffentlichen Diskussion erleben - dargestellt wird.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Erfolg, weil wir dadurch das Kollektiv der Sozialisten gebrochen haben. Wir haben den Menschen die Freiheit in die Familie getragen, wir haben ihnen Eigentum gegeben an Grund und Boden, wie ich schon sagte, und wir haben damit die Voraussetzungen zu einer günstigen und glücklichen Entwicklung nicht nur auf dem Gebiet des Wohnungswesens, sondern auch zur Entfaltung einer gesunden und glücklichen Familie geschaffen.

Wenn Sie also hören, dass die Verhandlungen zäh sind und schleppend dahingehen, dann mögen Sie aus dem wenigen, das ich Ihnen in diesen fünf Minuten sagen konnte, verstehen, wie gross der Kampf ist, den wir hier führen. Sie können die Versicherung entgegennehmen, dass wir unbeugsam sind in unserem Willen, auf diesem Wege weiterzugehen, um möglichst viele gesunde Wohnungen zu bauen, um so den Familien in unserem Volke den Frieden zu sichern, dadurch, dass wir für viele Menschen glückliche und zufriedene Heime schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat Dr. Hanns K o r e n : Hoher Bundesparteitag! Ich möchte mir erlauben, eine grundsätzliche Frage anzuschneiden, von der ich meine, dass sie zu den heissen Eisen gehört, von denen der Herr Landeshauptmann Klaus gesprochen hat. Es ist selbstverständlich, dass in der dem Debattenredner zugemessenen Zeit nicht die Gründlichkeit gefunden werden kann, die dieser Frage notwendigerweise zukommen müsste. Ich bin daher auch sicher, da ich mich auf abgekürzte Gedankengänge und Andeutungen beschränken muss, dass ich Missdeutungen und Missverständnissen ausgesetzt sein werde, aber ich glaube doch, dass wir auf diesem Parteitag, auf dem wir uns um die Orientierung für die nächste Zeit bemühen, eine grundsätzliche Frage, die für das innerparteiliche Leben nicht unbedeutend ist, stellen müssen oder dass wir uns diese Frage selbst stellen müssen.

Es ist eine Erscheinung im politischen Leben, dass im Vokabular des politischen Kampfes immer wieder ein Modewort oder Schlagworte kommen und gehen. Der Herr Bundeskanzler hat gestern das Schlagwort vom kleinen Mann glossiert. Ein ähnliches Schlagwort ist das von den sogenannten Randschichten.

Es ist kein Zweifel, dass sich hinter diesem Wort eine wirklich grosse Sorge versteckt, eine grosse Sorge für eine Partei, die so Kopf an Kopf mit dem Gegner steht wie wir. Es gibt auch tatsächlich eine Randschichte, vor allem in den neu in das Wahlalter hineinwachsenden Jahrgängen, die sich erst entscheiden müssen. Aber wogegen ich mich aussprechen möchte, wenn ich von diesem Schlagwort spreche, ist die Anwendung des Wortes Randschichte auf die national-liberalen Kreise, die zu uns gekommen sind und die bei uns bleiben sollen. Wir vergessen, dass <sup>die</sup> wir wirkliche Randschicht unserer Wählergruppen nicht ideologisch bestimmt ist, sondern ein soziologisches Problem bildet. Zu diesen wirklichen Randschichten gehören die Mitarbeiter in den

früher patriarchalisch geordneten Bauern- und Handwerkerhäusern. Wenn wir die nationalen und liberalen Kreise als Landschichte unserer Partei bezeichnen, begehen wir zwei Fehler. Es ist einerseits falsch und unaufrichtig, ihnen beliebige Grundsätze unseres Programms in bestimmten Formulierungen, in bestimmten Presseäusserungen und Berichterstattungen usw. verschämt zu verschweigen, und es ist andererseits falsch und ungerecht, eine grosse Menschengruppe, die längst schon bei uns ist und mitten unter uns Holmat gefunden hat, als Anhängsel zu bezeichnen. (Beifall.)

Der Vizekanzler hat auf dem Socialistischen Parteitag in Salzburg die Reformbewegung unserer Partei begrüsst, vor allem wenn es sich, wie er sagt und hofft, um eine Reinigung unter den Neoliberalen und einstigen Mitläufern der faschistischen Diktaturen handelt.



Über den Wunsch, der der Vater dieses Gedankens ist, brauchen wir nicht zu reden. Die Partei des Herrn Vizekanzlers wäre sicher bereit, die von uns Aus- und Abgestossenen liebevoll aufzunehmen, genauso, wie sie bereit ist, für die Katholiken eine breite Handschicht zu öffnen. Durch die Parole von der Partei des echten Christentums der sozialen Tat werden sie dazu eingeladen und von manchen Unverständigen und Leichtgläubigen, die es besser verstehen sollten, werden sie wenn schon nicht ermuntert, so doch kaum abgehalten, diesen Schritt zu tun. Dort freilich müssten, wie die Dinge nun einmal liegen, die Katholiken immer nur die für die Mehrheitsgewinnung notwendige Handschicht bleiben.

Andrerseits gibt es eine sozialistische Propaganda, die sich positiv um eine national-liberale Handschicht bemüht. Sie verspricht offen ein kulturelles Programm, das in einen gesamtdeutschen Rahmen eingefügt ist. Sie beruft sich dabei auf Äusserungen Fritz Adlers und Karl Renners. Wir könnten den Zitaten dieser ohne Zweifel grossen Österreicher leicht Sätze eines Ignaz Seipel entgegenstellen, die den Vorzug haben, dass sie aus dem Mund eines unbezweifelbaren Österreichers kommen, der auf die Gemeinsamkeit der Österreicher mit der gemeinsamen Kultur und Geschichte aller, die die deutsche Muttersprache sprechen, nicht nur in der Hoffnung auf ein Deutschland, in dem die Sozialisten die Mehrheit gewinnen, und denen man sich daher

sinnvoll anschliessen könnte, hingewiesen hat. Wir müssen es uns nur abgewöhnen, von Randschicht zu sprechen, wenn wir die Menschen meinen, die aus dem nationalen und aus dem liberalen Lager gekommen sind und uns nicht nur wählen, sondern mit uns auf unseren Listen in alle öffentlichen Körperschaften gewählt worden sind. Es verfügt auf die Dauer auch nicht, bei Wählerversammlungen gelegentlich einen nationalen Ton anzuschlagen. Es geht nicht um Taktik, sondern um Takt jenen Menschen gegenüber, die längst unsere treuesten Mitarbeiter und Mitträger der Idee der Österreichischen Volkspartei geworden sind.

Was zu fordern ist, ist eine saubere und redliche Lösung bei der Eingemeindung aller unserer Parteifreunde, von wo immer sie gekommen sind. Es geht um die ernsthafte Zusammenschau, um den sinnvollen Zusammenbau der heute noch vertretbaren Grundideen, menschlichen Werte und politischen Anliegen, die aus dem nationalen und liberalen Erbe Österreichs stammen, mit den unverrückbaren Grundideen des Christentums und der Christen in Österreich, die längst darauf verzichtet haben, die Österreichische Volkspartei als eine konfessionelle Partei oder als Partei konfessioneller Interessenvertretung zu betrachten.

Die Nationalen, die heute in unseren Reihen stehen, sind keine Hakenkreuzschmierer. Sie haben von vornherein damit gerechnet, dass sie mit den bekennenden Christen dieses Landes ein gemeinsames Ziel anstreben. Sie haben sich

nicht abgefunden damit, sondern sie respektieren es als selbstverständliche charakterliche Grundhaltung, dass die Christen in der Österreichischen Volkspartei nicht die Partei und den Staat konfessionalisieren, wohl aber die ewigen Gebote des Christentums im öffentlichen Leben durchsetzen wollen.

Sie wissen, dass es kein anderes und vordringlicheres nationales, das heisst völkisches Anliegen mehr gibt in Österreich, als unsere Familie in ihrer geistigen, seelischen und materiellen Substanz gesund zu erhalten und an der Grenze dieses Landes Wache zu halten, die viele hundert Kilometer lang auch die Grenze der deutschen Sprache ist.

Für die Christen, sumal für die Katholiken, ist die Österreichische Volkspartei keine konfessionell gebundene Partei, aber sie ist immer noch die einzige Partei, in der es möglich ist, ihre Forderungen, die sie an den Staat zu stellen haben, offen auszusprechen und mit dem Gewicht der ganzen Partei durchzusetzen. Aber sie haben realistisch zur Kenntnis zu nehmen, dass ohne die zu der alten Kerntruppe gestossenen Mitkämpfer dieses Gewicht nicht mehr zu erreichen wäre. Sie haben sie daher zu respektieren als das, was sie längst sind: uns gleichberechtigte, mit uns mitverantwortende, legitime Mitkämpfer mit gleichem Rang und gleichem Namen! (Beifall.)

Dazu ist keine ideologische Verwässerung erforderlich. Es gibt eine Formel, auf der wir uns alle finden können. In unseren Reihen sammeln sich alle, die noch an Gott glauben, die guten Willens sind und die die Freiheit und Würde der menschlichen Person und ihre ursprünglichen Rechte ehrlich bejahen. Diese Definition stammt von einem Mann, der die reale Situation der Welt und ihre Bedrohung kannte und mit grosser Sorge verfolgte, von Pius XII. Damit gibt der Christ nichts auf. Er muss nur Verständnis haben für die anderen und Verständnis finden bei den anderen, die mit ihm hier übereinstimmen, auch wenn sie selbst für ihr Gewissen eine andere Instanz anerkennen wollen. Wir leben nicht mehr im 16., sondern im 20. Jahrhundert.

Ebenso aber sollten und können wir auch für unser patriotisches Bekenntnis eine gemeinsame Grundlage festhalten. Auch hier gibt es für unsere Partei verschiedene Schichten, verschiedene Herkunftsorte und vor allem verschiedene Werte, die oft mehr trennen als die Inhalte, die unklar mit ihnen bezeichnet werden. Der Sinn unserer ganzen politischen Arbeit liegt, wenn wir über den Alltag hinausschauen, in unserem Bekenntnis zu Österreich. Es gibt viele alte Nationale, ja es gab sogar im Jahre 1938 manche Nationalsozialisten und später noch viel mehr, die unter der Zerschlagung Österreichs, unter der Auslöschung dieses Namens gelitten haben. Heute aber gibt es und kann es unter uns keinen Menschen geben, dem das Bekenntnis zum freien, unabhängigen und neutralen Österreich nicht selbstverständlich wäre.

Nicht nur das Bekenntnis zu Österreich, sondern auch die uneingeschränkte Liebe für das österreichische Vaterland wird von uns gefordert. Wir dürfen aber uns diesen Begriff "Österreich" nicht verkleinern lassen. Für uns beginnt die Geschichte Österreichs nicht im Jahre 1918, aber auch nicht erst 1945 oder 1955. (Beifall.)

Mit dem Eintritt in den Status der Neutralität ist kein Austritt aus unserer wirklich tausendjährigen Geschichte verbunden, im Gegenteil, neu und mit anderen Möglichkeiten und Pflichten ist uns wieder eine Ostmark-Aufgabe zugefallen, nicht mehr die Ostmark des Karolinischen Reiches sind wir, sondern die Ostmark der freien Welt sind wir geworden, aber Mark sein kann ein Land nicht ohne starken Rückhalt. Wir finden und erhoffen ihn in einem einigen Abendland und in einem freien Europa. Wir haben diesen Rückhalt aber auch in der Last unserer Geschichte, die freilich auch unsere Erfahrung ist. In diesem Zusammenhalt mit dem gesamten Europa im Rücken wäre es sinnlos, zu vergessen, was uns mit den unmittelbaren Nachbarn verbindet: die gemeinsame Sprache, die jahrhundertlang gemeinsam für Europa gestaltete und erlittene Geschichte. Deutsch ist unsere Muttersprache, aber unser Vaterland ist Österreich, für dieses Wort haben viele Österreicher unserem Bundeskanzler Julius Raab gedankt.

Bei allem Stolz auf die Leistung unseres österreichischen Genius nimmt uns das Bekenntnis zu dem Anteil, den wir der Kultur der Deutschen gegeben und den wir von ihr empfangen haben, nichts von der Reinheit unserer österreichischen Gesinnung,

aber sie gibt ihr jene Fülle und Wahrhaftigkeit, die der geschichtlichen Wahrheit entspricht. Unser grosses Österreich wurde 1918 zusammengeschlagen, aber geistig wollen wir keine kleinen Österreicher sein und auch nicht werden. Vielleicht klingt es widerspruchsvoll, aber es ist für uns eine tröstliche Wahrheit: Ja älter unsere Volkspartei wird, umso jünger wird sie. Heute trägt jeder von uns auf seinen Schuhen noch die Schollen seines Heimatbodens, und wir haben als Schwarze, Grüne und Braune zusammengefunden. (Ruf: Redezeit einhalten!) Die uns nachwachsen, werden bei aller Treue zu ihren religiösen Bindungen, zu ihren Idealen und Verbindlichkeiten in der Österreichischen Volkspartei von Anfang an das gemeinsame Vaterhaus sehen, in dem das gemeinsame Bekenntnis ihre fraglose Zustimmung findet, zu dem wir uns als ernste und verantwortungsbewusste Menschen strebend bemühen.

Ich wollte keine grossen Worte machen, meine Damen und Herren. Ich habe die Zeit überzogen, weil ich mich noch für die normale Redezeit vorbereitet hatte. Aber wenn wir eine attraktive Partei für unsere Jugend werden wollen und sein wollen, müssen wir - und deswegen habe ich gesprochen - uns selbst ernst nehmen, weil wir die einzige politische Kraft sind, für die unser Österreich in abendländischem Sinne eine Aufgabe ist. Wir müssen nicht nur eine Partei, sondern eine geistige politische Bewegung sein. Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobm. Dipl.-Ing. Dr. Karl S o h l e i n e r

Als nächster ist Herr Dipl.-Ing. Sykora gemeldet. Ich möchte allen sehr darum ersuchen, die hier festgelegte Redezeit möglichst einzuhalten.

Dipl.-Ing. Otto S y k o r a (ÖAAB): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Als Bundesreferent des Arbeiter- und Angestelltenbundes für die verstaatlichten Betriebe gestatten Sie mir, einen Ergänzungsvorschlag für das zu beschliessende Aktionsprogramm unserer Partei zu bringen.

Im Kapitel "Eigentum für alle" ist die Forderung nach Ausgabe breitgestreuter vollstimmberechtigter Volksaktien zur Begründung direkten Eigentums an den verstaatlichten Unternehmungen aufgestellt. Die Auflockerung des Staatskapitalismus durch Volksaktien ist eine Forderung, die seit der Wahl 1956 auf dem Programm der Österreichischen Volkspartei steht, deren Verwirklichung aber immer wieder durch die Sozialisten verhindert wurde. Eine Forderung, die in unserer Partei ebensowenig verstummen darf wie die Forderung nach Schaffung notwendigen Voraussetzungen für die Ausgabe dieser Volksaktien & Beseitigung der Doppelbesteuerung der Aktien und Ausdehnung der Anleihen geltenden Steuerbegünstigungen auf Volksaktien.

Während all diese Forderungen im vorgeschlagenen Aktionsprogramm enthalten sind, erscheint mir im Abschnitt "Beteiligung am Betriebserfolg", Seite 8 und 9 der uns heute schriftlich übergebenen Unterlage dieses Aktionsprogramms, leider ein wesentlicher Punkt zu fehlen. Dort ist zwar die Einführung dieser Beteiligung für Konzernbetriebe der verstaatlichten Banken vorgesehen und eine Empfehlung an private Unternehmen enthalten, gleichfalls derartige Systeme einzuführen, die verstaatlichten Betriebe aber wurden vergessen. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich sagen, dass aber gerade die lohnintensive Urproduktion der verstaatlichten Unternehmungen besonders geeignet wäre, die verschiedenen bewährten Systeme für die Beteiligung am Betriebserfolg anzuwenden. Die Koppelung dieser Beteiligung mit einer absolut bewährten Wertsparkasse könnte gleichzeitig den Erwerb der Aktien dieser verstaatlichten Unternehmungen durch die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten fördern.

Eine Symbiose zwischen Beteiligung und Eigentum sowie eine Ergänzung unseres Aktionsprogramms in diesem Sinne erscheint mir politisch besonders notwendig gerade in dem Augenblick, da Vizekanzler Pittermann mit der Gewinnbeteiligung bei den verstaatlichten Betrieben auf Seelenfang ausgehen will. Handelt es sich doch bei diesem unseren Forderungsprogramm nicht nur um altes Gedankengut christlicher Soziallehre, sondern um Teile des Wiener Programms unseres ÖAAB, aus dem nun Pittermann seine geistigen Anleihen machen möchte, nachdem er drei Jahre lang alles getan hat, um die Verwirklichung dieser Gedanken zu verhindern.



Ich bitte daher diesen wie ich glaube konstruktiven Vorschlag zur Ergänzung des Aktionsprogramms zu berücksichtigen zur Manifestierung unseres geistigen Eigentums an diesen Idealen christlicher Soziallehre, die wir als Partei des Volkes auch in eine neu zu bauende Zukunft mitnehmen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Dipl.-Ing. Karl Scheinzer:

Herr Landeshauptmannstellvertreter Lakowitsch hat das Wort.  
(Rufe: Nicht hier!) Nicht hier.

Als nächster ist zum Wort gemeldet Herr Dr. Binder-Kriegelstein.

Dr. Bruno Binder-Kriegelstein:

Hoher Bundesparteitag! Demokratie bedeutet nicht nur Wahlrecht, sondern auch Mitverantwortung. Solange die Dinge richtig laufen, mag man als Privatmann die Politik den damit Beauftragten überlassen. Wenn aber die Dinge nicht richtig laufen, dann zwingt die Mitverantwortung auch den einfachen Staatsbürger zum Eingreifen. Wenn man einen Eisenbahnzug ins Verderben rasen sieht, dann hat man die Pflicht, einzugreifen, auch wenn man nicht Eisenbahnbeamter ist. Und wenn man das Vaterland einen gefährlichen Weg einschlagen sieht, dann hat man die Pflicht, im Rahmen seiner Möglichkeiten einzugreifen, auch wenn man nicht Berufspolitiker ist. Dabei entspricht die Entschlossenheit der Grösse der Sache, die auf dem Spiele steht. Wenn es um das Vaterland geht, darf diese Entschlossenheit keine

Grenzen kennen, keine Rücksichten und keine Bedenken irgendwelcher Art. Die Reformbewegung stellt daher keine unverbindlichen Anträge, sondern sie kämpft. Und sie wird solange kämpfen, bis das künftige Schicksal dieses Landes wieder gesichert ist.

Aus dieser Haltung heraus muss die bisherige Regie-  
führung der Bundesparteitage abgelehnt werden. Erinnern wir uns an Innsbruck! Damals standen wir vor einem schweren Wahlgang, und jeder Einsichtige wusste, dass der Ausgang durchaus nicht sicher war. Denn die Stimmung der Wählerschaft nach Transfines und Haselgruberei war bekannt. Trotzdem war von innerer Einkehr, von Kritik und Erneuerung, von lebendiger Diskussion, dem harten Aufeinanderprallen von Meinung und Gegenmeinung nichts zu spüren. Die innere Stagnation wurde von einer glänzenden Regie-  
führung überdeckt, durch interessante Referate, durch schöne Resolutionen und durch phrasenreiche Reden. Ausländische Beobachter haben damals ihr Erstaunen bezeugt über diesen Mangel an Kontakt mit der Wirklichkeit. Die Einsichtigen aber haben Innsbruck mit schwerer Sorge im Herzen verlassen, und diese Sorge hat leider recht behalten.

Bundesparteitage haben sich künftig ernst und ehrlich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Die Wirklichkeit aber wohnt nicht in den Parteigremien, sondern bei der Wählerschaft. Das Votum der Wähler ist der einzige objektive Maßstab dafür, ob die Partei gut oder

schlecht gearbeitet hat. Die schönsten Auslassungen von Parteigremien oder Parteitage können diese harte Tatsache wohl verschleiern, nicht aber aus der Welt schaffen. Wenn man sie ignoriert oder wegdisputiert, bekommt man die Folgen unweigerlich am Wahltage zu spüren.

Wir müssen daher den Blickpunkt verschieben und die Dinge nicht von der Warte der Parteigremien aus betrachten, sondern aus der Perspektive der Wähler. Aus dieser Perspektive sehen die Dinge freilich oft nicht so rosa-rot aus, wie man es oben gern haben möchte. Trotzdem ist das die einzig mögliche, die einzig fruchtbare Betrachtungsart auch für Bundesparteitage. Auf einem Bundesparteitag hat die Stimme des kleinen, einfachen Wählers zu erklingen. Denn die Wähler und nicht die Parteispitzen bestimmen den Ausgang der Wahl.

Wir werden uns also um den allerengsten Kontakt mit den Wählern bemühen müssen. Wir dürfen nichts unversucht lassen, ihre wahre Meinung zu erforschen. Diese Meinung hat dann auf dem Bundesparteitag Ausdruck zu finden, so unangenehm sie auch in manchem Ohren klingen mag. Und wenn diese Meinung kritisch ist und Mißstände geißelt, dann ist sie erst recht und mit Nachdruck zu verkünden.

Mißstände gibt es überall, Mißstände schleichen sich überall ein. Das ist an sich noch keine Schande. Zur Schande werden sie erst, wenn man sie nicht bekämpft und beseitigt. Das kann man aber nur, wenn man sie feststellt, wenn man sie offen beim Namen nennt. Die Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Die Selbsterkenntnis muss das Hauptanliegen jeder Parteidiskussion, auch jedes Bundesparteitages sein. Wir haben uns daher ehrlich um die Feststellung und Beseitigung von Mißständen zu bemühen. Wenn wir nicht selbst wüssten, dass es viele gibt, so müsste uns dies das Nachlassen der Zustimmung des Volkes anzeigen und beweisen.

Es mangelt die Zeit, sich ausführlich mit diesen Mißständen zu befassen. Es seien nur wahllos einige beim Namen genannt:

ein übersteigter Byzantinismus, der vor den Mächtigen in der Partei buckerlt, statt ihnen offen die Meinung ins Gesicht zu sagen;

die planmäßige Unterdrückung jeder wirklichen Kritik;

der Mangel an offener Diskussion;

der Mangel an engem Kontakt mit der wirklichen Meinung

der Wähler;

die Ämterkumulierung, die von der Bevölkerung als Postenjägerie und als politische Geschäftemacherei verurteilt wird;

die daraus folgende Vernachlässigung der Nachwuchsfrage und der Jugend, die ja auch politisch wirken und Verantwortung tragen will;

der blinde Aberglaube an die Koalition als die einzige mögliche Lösung und die daraus sich ergebene Koexistenzgesinnung;

der Unsinn der Gleichgewichtstheorie;  
das Übergewicht der Interessenpolitik über die Staats-  
politik;

das monatelange Zögern beim Herausschneiden von Korrup-  
tionsgeschwüren;

die überhebliche Hybris, die den Staat mit den Koalitions-  
parteien gleichsetzen will und im öffentlich geäußerten  
Satze gipfelt: Der Staat, das sind wir, die Parteien;

der Verrat an Grundsätzen der Partei; und so fort.

Die Liste der Mißstände liesse sich mühelos fortsetzen.  
Mit ihrer Feststellung nimmt die Reform erst ihren Anfang.  
Ihre Beseitigung wird noch manchen harten Kampf kosten und  
zahlreiche Kräfte der Beharrung auf den Plan rufen. Man denke  
etwa nur an die notwendig gewordene Entflechtung der Ämter-  
kumulierung. Wir<sup>haben</sup>/daher festzustellen: Was wir heute und hier  
in Wien erleben, das ist erst der Auftakt. Die wirkliche Er-  
neuerungsbearbeitung liegt noch vor uns wie ein Berg. Sie so recht-  
zeitig zu bewältigen, dass sie dieser Partei bei der nächsten  
Wahl wieder die Mehrheit sichert, wird die Zusammenfassung  
aller gutwilligen Kräfte erfordern. Wir dürfen uns daher um  
Gottes Willen jetzt nicht etwa zur Ruhe setzen und alles den  
neuen Männern überlassen. Der eigentliche Kampf beginnt erst  
jetzt. Er wird nur dann Erfolg haben, wenn alle entschlossen  
mitarbeiten. Wenn wir einen guten Kampf kämpfen, dann, aber  
nur dann, wird uns Österreich in der von uns gewünschten Form  
erhalten bleiben.

Die neuen Männer, die ab heute an der Spitze dieser Partei stehen, dürfen unseres Vertrauens und unserer entschlossenen Mitarbeit sicher sein, solange ein frischer Wind diese Gemeinschaft erfüllt und vorwärts trägt. Beim ersten Anzeichen von Flaute, von Stillstand und Rückschritt, aber werden sich sofort energische Stimmen erheben und Rechenschaft, wenn nötig offene Rechenschaft auf einem weiteren ausserordentlichen Bundesparteitag fordern. Auf diese Weise, durch Mitarbeit und Wachsamkeit, dürfen wir hoffen, das Schiff doch noch in den sicheren Hafen einer sicheren Mehrheit zu bringen. Unsere heissen Wünsche begleiten das Schiff mit dem neuen Kapitän und dem neuen Steuermann auf seinem neuen Kurs. Der Österreichische Akademikerbund ist zur aktiven Mitarbeit entschlossen und bereit. (Beifall.)

Abg. Dr. Rudolf Schwaiger (Tirol): Hoher Bundesparteitag! Die eindrucksvollen Ausführungen unseres Herrn Bundeskanzlers von gestern haben uns wohl einmal mehr in der Überzeugung gestärkt, dass wir, die ÖVP, die staats-erhaltende und staats-tragende Partei sind. Aus dieser Überzeugung sind uns oft Aufgaben erwachsen, die vielleicht für die momentane Tagespolitik nicht immer populär waren. Eine Aufgabe, die wir als staats-tragende Partei auch mit haben, ist die Aufgabe, der Landesverteidigung das nötige Gewicht und den nötigen Wert beizumessen.

In dieser Aufgabe, glaube ich, haben wir uns alle etwas vorzuwerfen. Man kann sagen: Heraus mit der Landesverteidigung von der Parteipolitik! Wenn wir uns aber einbilden, die staatstragende und staats-erhaltende Partei zu sein, dann sind wir auch verpflichtet, uns mehr als bisher ~~was~~ dieser Aufgabe zu widmen. Wenn man mir entgegenhält: Was willst du denn, wir haben ja den Verteidigungsminister?, dann müssen wir uns gleichzeitig fragen: Haben wir unsere Pflicht, unseren Minister auch in diesem Aufgabenkreis mit dem nötigen Nachdruck zu unterstützen, bisher getan, oder haben wir sie versäumt? Ich glaube, nach der 15jährigen ideellen Abrüstung, die wir in Österreich hinter uns haben, müssen wir uns in dieser Richtung manchen Vorwurf selber machen.

Ich bitte Sie, meine Herren Delegierten, überlegen Sie sich diese Anregungen, ohne durch vorgefasste Meinungen beeinflusst zu sein, und ich bitte, die drei Anregungen, die ich dabei machen möchte vielleicht auch in Ihrem Kreis einmal zu besprechen. Zur Landesverteidigung, ~~dabei~~ beschränke ich mich bewusst auf den Sektor des Bundesheeres.

Ich möchte drei Punkte dazu andeuten und das ist: Das Bundesheer als volkswirtschaftlicher Faktor, das Bundesheer als Erziehungsfaktor und das Bundesheer als Instrument der Landesverteidigung.

Zu~~er~~st das Bundesheer als volkswirtschaftlicher Faktor.

Es ist wohl den meisten von uns bekannt, dass im Jahr über eine Milliarde Schilling vom Bundesheer in die Wirtschaft fließt, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden, zum Beispiel in der Textilindustrie, in der Schuhindustrie, in der Bauwirtschaft, in der zum grossen Teil verstaatlichten Fahrzeugindustrie, wo es die grossen Investitionen ermöglicht haben, nicht nur Leute zu beschäftigen, sondern auch der Forschung und Entwicklung das nötige Augenmerk zu wid-

men. Ich möchte für die Herren des Bauernbundes andeuten, dass das Bundesheer unter Umständen auch ein sehr brauchbares Regulativ für die landwirtschaftliche Produktion darstellen könnte.

Zum zweiten Punkt, dem erzieherischen Faktor. Dieser Faktor ist zur Zeit sicherlich noch sehr umstritten. Wenn das so ist, dann sind wir auch mitschuldig, denn er könnte ein idealer Erziehungsfaktor für die jungen Menschen in dem Alter sein, wo sie als Männer in das Leben erst richtig einzutreten beginnen. Leider ist in Österreich vielfach die Meinung vertreten, dass der Staat nur die Melkkuh für Spezialinteressen ist, sodass wir darüber das Gesamtinteresse leicht vergessen. Wir müssen uns bewusst sein: Wir haben in der Gemeinschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, und der Dienst, der uneigennützig als Soldat ist, so betrachtet, eine echte soziale Tat. Es wäre verantwortungslos von uns, wenn wir die Beziehung des jungen Mannes zum Staat und zum Volk nicht fördern würden.

Zum dritten Punkt, dem Instrument als Landesverteidigung, möchte ich nur ganz kurz - weil die Zeit überschritten ist - sagen: Wir sind in einem Zwiespalt zwischen dem großstaatlichen Denken, das auf die Monarchie zurückgeht, und einem zwerghaftlichen. Die richtige Ansicht liegt in der Mitte. Wir können uns mit unserer Neutralität und mit unserer Wehrkraft im Ernstfall vieler Nachbarn ohneweiters erwehren. Und machen wir uns nicht schuldig, dass uns unsere Männer später einmal vorhalten sollen: Ihr wart diejenigen, ihr hättet die Gelegenheit gehabt, habt sie aber nicht genutzt; wir müssen eure Versäumnisse jetzt mit unserem Blute bezahlen!

Wenn gesagt worden ist: "Seid wachsam", dann möchte ich mahnen: Seid wachsam auch in der Landesverteidigung! Sie erweisen damit einen grossen Dienst unserem Volk und auch unserem Vaterland. (Beifall)



Labg. Martha Weiser (Salzburg): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Als "unsachliche" Frau möchte ich einige Bemerkungen zu einem Punkt des Aktionsprogrammes machen. Erfreulicherweise ist darin auch ein wichtiger Punkt, die Familienpolitik, in Betracht gezogen. Dass die Familienpolitik wichtig ist, wissen wir alle. Wir wissen, dass es da viele ungelöste Probleme, wie schon Herr Landeshauptmann Dr. Klaus sagte, gibt. Ich nenne nur einige davon, etwa das Problem der kinderreichen Familien, aber auch das Problem der jungen Ehepaare, die, wenn sie ihre Familie gründen, oft nicht wissen, woher sie das Geld für den hohen Mietzins nehmen sollen, sodass schon aus diesem Grund die Frau gezwungen ist, einen Beruf auszuüben. Ich nenne aber auch besonders die Lage der Frau als Frau und Mutter, die so schwer und überlastet leben muss und deren Probleme gänzlich ungelöst sind.

Es hat vor einiger Zeit der Katholische Familienverband die Mütterbeihilfe propagiert. Ich möchte dazu einige ehrliche Worte sagen. Die Mütterbeihilfe ist für uns problematisch, und es ist nicht von ungefähr, dass sie im Aktionsprogramm nicht genannt wird. Wir haben gegen sie zwei Einwände. Einer davon ist grundsätzlicher Art und der andere praktischer Art. Wir wollen die Verantwortung des Mannes und des Vaters nicht dem Staat übertragen, und wir wollen nicht durch eine Grundatzlosigkeit

selber zum Zerfall der Familie beitragen. Wir wollen nicht das erreichen, wie es etwa in Frankreich ist, dass wenn eine Familie vier, fünf Kinder hat, der Mann praktisch nicht mehr zu arbeiten braucht. Wir wollen nicht die ganze Verantwortung für die Familie dem Mann abnehmen.

Ein praktischer Einwand ist der, dass es hierfür einfach an Geld mangelt. Unser Finanzminister hat es ja ausgesprochen, dass man eine halbe oder eine Milliarde Schilling nicht von ungefähr aus dem Boden stampfen kann. Wir dürfen ausserdem nicht vergessen - das wurde heute schon einmal gesagt - : Hinter dem Staat, der alles gibt - ich zitiere ein Wort, das hier gefallen ist - , steht allzuleicht der Staat, der alles nimmt. Und wir möchten daher gerade die Frau und Mutter und die Familie dem Zugriff des Staates gerne noch entzogen wissen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die Not, die wirklich da ist. Sie ist in den kinderreichen Familien und in der Stellung und Lage der Frau gegeben. Und eine Notlage erfordert manchmal Massnahmen, die ohne die Not eben nicht notwendig wären. Echte Lebenshilfe dort zu bieten, wo echte Not vorhanden ist - auch das wurde heute schon gesagt. Wir wissen, dass es eine Tatsache ist, dass der Lebensstandard mit jedem Kind sinkt; das ist erwiesen.

Eine zweite schwere Notlage ist die dadurch erforderliche Berufstätigkeit der Frauen. Wir wissen auch, dass wir die Frau aus dem Berufsleben nicht mehr herausnehmen können, da ja bereits 40 Prozent aller Berufstätigen Frauen sind. Trotzdem sind die Schäden, die die Berufstätigkeit vor allem der Mutter in unseren Familien, damit auch in unserem Volk und schliesslich auch in unserer Partei anrichtet, nicht zu übersehen. Denn vergessen wir nicht: Der beste Kindergarten, und die besten Horte, die übrigens auch Geld kosten, ersetzen niemals die Erziehung in der Familie. Und gerade unsere Partei, die sich auf die Freiheit der Person gründet, müsste die wirkliche Förderung der Familie zu einem ihrer Programmpunkte erheben.

Es ist dabei zweitrangig, welche Wege gefunden werden. Es muss nicht Mütterbeihilfe heissen, es kann auch die Kinderbeihilfe sein. Auf jeden Fall muss etwas getan werden. Ich stelle daher im Namen der Frauenbewegung den **A n t r a g**, es möge so wie für die Fragen der Jugend auch ein Arbeitsausschuss für die Familie gebildet werden, der sich mit diesen ernststen Fragen und Nöten auseinandersetzt. Ihm sollen Experten angehören, aber auch einige Väter und Mütter, und vor allem würde ich bitten, dass auch der Herr Finanzminister diesem Arbeitsausschuss angehören soll, damit sich die Beratungen nicht wie schon manchmal im düftleeren Raum bewegen.

Ich bitte besonders den Herrn Finanzminister um seine Hilfe, um sein Verständnis und möchte meinen Antrag und meine Worte mit einer alpenländischen kleinen Umwandlung eines Ausspruches des Herrn Landesparteiobmann von Wien schliessen: Es nützt uns alles nichts, den Reden s o l l e n Taten folgen, hat er gesagt, aber bei uns heisst es: Den Reden m ü s s e n Taten folgen. (Beifall.)

Dr. Christoph Günz l (Akademikerbund): Hoher Parteitag! Ich möchte im Namen des Akademikerbundes dem Ausschuss, der sich die Arbeit gemacht hat, dieses Aktionsprogramm auszuarbeiten, herzlich Glück wünschen. Ich glaube, dass dieses Programm ein grosser Erfolg ist, und gestatte mir, insbesondere darauf hinzuweisen und das als eine einzelne positive Seite zu bezeichnen, dass es hier erstmalig gelungen ist, einige Gedanken, die wir schon dem neuen Weltbild zuzuzählen haben, in die politische Praxis umzusetzen. Gestatten Sie mir hier ein paar Worte.

Wir selbst haben in der Schule noch gelernt, dass es drei Weltzeitalter gibt: das Altertum, das Mittelalter und die Neuzeit. Unsere Kinder werden sicher lernen, dass es vier solche Zeitalter gibt, und das vierte wird höchstwahrscheinlich mit den beiden Atombomben beginnen, die erstmalig und, wie wir hoffen, einmalig gegen Menschen zum Einsatz gekommen sind. Diese beiden Atombomben haben in das Bewusstsein der Menschheit mit einer unerhörten Eindringlichkeit zwei Tatsachen hineingehämmert:

1. dass der Krieg, der bis dorthin in der Geschichte ein notwendiges Übel gewesen ist, sich nun völlig überlebt hat, denn wir wissen, dass in einem Atomkrieg auch der Sieger ruiniert ist, und daher wird niemand Lust haben, ihn vom Zaun zu brechen;

2. die andere Tatsache scheint mir darin gelegen sein, dass uns diese Bomben eindringlich auf die Physik hingewiesen haben. Die Physik hat es aber nicht nur verstanden, die Materie zu spalten und damit ungeheure Kräfte frei zu machen, sondern sie hat auch das Denken selbst geändert und die Grundlagen unserer Philosophie umgewandelt. Sie hat ein neues Denken, ein neues Weltbild heraufgebracht.

Das Jahr 1945 markiert also nicht nur eine völlig neue historische Situation, sondern auch ein neues Denken, eine neue Philosophie.

Wir befinden uns nun schon im zweiten Jahrzehnt dieses neuen Zeitalters und sehen uns vor Aufgaben gestellt, die es bisher gar nicht gegeben hat. Um nur einige zu nennen: etwa die Integration der europäischen Völker, die durch Jahrtausende hindurch immer im Kampf miteinander lagen, oder die Entwicklungspartnerschaft mit den ehemaligen Kolonialvölkern, die nun zur Freiheit und Selbständigkeit drängen, oder das Bemühen um eine Neubildung der Gesellschaftsstruktur, die Freiheit und Ordnung zu einer Synthese zu bringen vermag. Diese Aufgaben lassen sich mit den überkommenden Methoden und Denkformen nicht mehr lösen, es ist hierzu die neue Philosophie notwendig, die gleichzeitig mit diesen Aufgaben emporgekommen

ist. Wir sollten vor diesem neuen Denken keine Angst haben, denn es richtet sich nicht gegen unsere Grundsätze und nicht gegen die Werte unserer Tradition. Wenn es sich gegen etwas richtet, so gegen den dialektischen Materialismus und gegen die wissenschaftlichen Grundlagen der sozialistischen und kommunistischen Systeme.

Dieses neue Denken, die neue Philosophie ist eine ganzheitliche Philosophie, wobei aber der Begriff der Ganzheit eine Umdeutung erfährt. Während wir damit früher immer den Gedanken einer Totalität verbunden hatten, die die Forderung erhebt, die Glieder gleichzuschalten, haben wir es nun begriffen, dass es gerade das schöpferische Geheimnis der Ganzheit ist, ganz verschiedenartige Glieder zu integrieren, das heißt in einer höheren Einheit zu verbinden, ohne ihre Eigenart und ihre Freiheit zu zerstören.

Dieses neue Weltbild, die neue Philosophie ist noch nicht am Ende, aber einige ihrer Konturen sehen wir schon und die zeigen, dass sich tatsächlich sehr, sehr grosse Chancen für unsere Zeit bieten. Ich möchte nur auf zwei dieser Punkte hinweisen. Das eine ist, dass dieses neue Weltbild eine Synthese von Glauben und Wissen ermöglicht, die bisher noch kaum jemals bestanden hat. Das Wissen, wie wir es heute als Wissenschaft verstehen, hat ja etwa zur Zeit der Renaissance begonnen und hat sich damals neben der Religion, zum Teil sogar gegen die Religion entfaltet und, wie wir wissen, hat es geradezu weltweite atheistische Systeme begründet. Nun schliesst sich diese Kluft, die so lange Jahrhunderte schmerzhaft offen gewesen ist. Allein dieser Vorgang, glaube ich, würde schon berechtigen vom Beginn eines neuen Zeitalters zu sprechen.

Eine andere Eigenart dieses neuen Denkens liegt darin, dass es damit möglich ist, das dialektische Denken zu überwinden, dass wir hier eine Waffe haben, die uns mit der Auseinandersetzung mit dem Osten in die Hand gegeben ist. Die Auseinandersetzung mit dem Osten verschiebt sich in unseren Zeiten auf eine Ebene, die nun tatsächlich eine geistige Ebene ist. Die Soldaten haben aufgehört, Kriege zu planen, und die Politiker beginnen mit der Koexistenz. In diesem Augenblick ist der Philosoph derjenige, der unsere Lebensart und unsere Vorstellungen von den Werten des Lebens zu verteidigen hat.

Nun ist die Notwendigkeit, sich auf geistige Ebenen zum Kampf zu stellen, nicht nur in der grossen Politik, sondern selbstverständlich auch in der kleinen, in der Parteipolitik gegeben. Wir dürfen nicht vergessen, dass es geistige Strömungen sind, die stärkste politische Wirkungen erzielt haben. Denken Sie an die Französische Revolution oder die Reformation. Damals haben einzelne Gedanken das ganze Gesicht Europas verändert.

Es muss daher auch eine Partei, wenn sie in dieser Umbruchzeit bestehen will, sich dieser geistigen Kräfte sehr stark bedienen und sie in politische Praxis umwandeln. Der Ausschussbericht, der uns vorliegt, ist ein erster Versuch in dieser Richtung und, wie wir glauben, ein gelungener. Wir sind daher der Meinung, dass er wirklich die Wege in die Zukunft öffnet und dass er uns ermöglicht, aktiv und aggressiv zu werden.

Der Akademikerbund hat sich immer mit dieser Problematik beschäftigt, seit Jahren schon, und er wird sich auch jetzt, wenn es um diese geistige Auseinandersetzung geht, mit einschalten. Er bietet der Bundesparteileitung seine Mitarbeit an und hofft, dass diese Mitarbeit auch aufgegriffen wird. (Beifall.)

Nationalrat Dr. Theodor P i f f l : Meine Damen und Herren! Das Anliegen des folgenden Diskussionsbeitrages ist im Grundsätzlichen der ganzen Tagung verankert. Ich möchte es nun in seiner Besonderheit kennzeichnen, es ist das Anliegen Südtirols.

Immer wieder klingt uns aus italienischen Blätterstimmen die Meinung entgegen, dass Südtirol in Wahrheit kein Anliegen aller Österreicher, sondern nur ein solches einiger besonders rühriger Innsbrucker sei. Meine steirischen Parteifreunde waren daher der Meinung, dass kein Anlass vorbeigehen dürfe, daher auch insbesondere nicht unser Bundesparteitag, ohne deutlich zu bekunden, dass Südtirol ein Herzensanliegen aller Österreicher in allen Bundesländern ist. (Lebhafter Beifall.)

Herzensanliegen aber, also Anliegen des Gemütes allein, finden im rauhen Klima der Politik nicht immer jene Beachtung, die sie verdienen würde. Darum ist es stets wichtig, auch die ausserordentliche grundsätzliche Bedeutung der Südtirolfrage herauszustreichen. Als sich der Eiserner Vorhang über Europa niedersenkte, gab es auf seiner westlichen Seite drei Territorialprobleme: das Saarland, Triest und



Südtirol. Frankreich bewies wahrhaft europäische Gesinnung, als es in Überwindung stärkster seelischer Widerstände Deutschland nicht bloss die leere Hand zur Aussöhnung des tausendjährigen Haders hin- streckte, sondern auch das Saarland zurückgab. Triest wiederum wurde selbst ohne die von Pella überzeugend geforderte Volksabstimmung Italien zurückgegliedert.

Die das Saarland und der Völkler auf diese ungewöhnlichen Umständen verwickelt hat, ist ein Mann, der es nicht nur ein echtes, ein großartiges und unerschütterliches europäisches Wesen, sondern auch ein Mann ist, der nach die gleiche Frage wie jene des Jahres 1897: Die zeitlichen Schranken der Kultur vor- zuverfügen, und zwar als Jahrhunderte vor langen Jahren auch anderen Lebensgemeinschaften. Dabei wird wohl auch, es glaube ich, auf beiden Seiten die Geschichte jener "Krisen- und Seele" zu studieren sein, welche die Freiheit Italiens gewaltig erzwungen hat. Jedenfalls ist eine solche Lösung mit nicht erlaubender Beharrlichkeit anzustreben. Es darf nicht mehr locker gelassen werden.

Südtirol ist aber nicht nur ein Anhänger des Herzens und des Intellekts, es ist auch ein Anhänger des Gewissens. Denn wir aus dem Gleichnis von herrschenden Mächten, wir können ablesen können, dass derjenige unser Richter ist, der jeweils unserer möglichen Hilfe am meisten bedarf. Dann ist es klar, dass die Südtiroler unsere Richter sind. Darum bestreben auch Zugewandte in allen österreichischen Ländern ohne Unterlass den Leber der Geschichte, er möge die Prüfung für das leiderprote Land bewies.

So verbleibt Südtirol als einziges und letztes territoriales Problem in westlichen Europa. Damit ist es aber zum Prüfstein dafür geworden, was in der westlichen Welt, was diesseits des Eisernen Vorhanges nun wirklich als Freiheit und Würde des Menschen und der Völker auf ihrem angestammten Heimatboden verstanden und geübt wird. Und damit ist es ein echtes, ein grundsätzliches und entscheidendes europäisches Problem.

Das ist aber auch die gleiche Frage wie jene des Jahres 1809! Die leidvollen Erkenntnisse der seither verstrichenen anderthalb Jahrhunderte verlangen freilich nach anderen Lösungsversuchen. Hierbei wird wohl auch, so glaube ich, auf beiden Seiten die Geschichte jener "Grossen Seele" zu studieren sein, welche die Freiheit Indiens gewaltlos erzwungen hat. Jedenfalls ist eine echte Lösung mit nicht erlahmender Beharrlichkeit anzustreben. Es darf nicht mehr locker gelassen werden.

Südtirol ist aber nicht nur ein Anliegen des Herzens und des Intellekts, es ist auch ein Anliegen des Gewissens. Wenn wir aus dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter ablesen können, dass derjenige unser Nächster ist, der jeweils unserer möglichen Hilfe am meisten bedarf, dann ist es klar, dass die Südtiroler unsere Nächsten sind. Darum bestürmen auch Ungezählte in allen österreichischen Ländern ohne Unterlass den Lenker der Geschichte, er möge die Prüfung für das leiderprobte Land beenden.

Es möge sich daher in Rom - beiderseits des Tiber - die Gewissheit festigen, dass uns Österreichern Südtirol ein sittlich-religiöses Anliegen ist. Es möge aber auch in Rom, in ganz Italien, in ganz Europa und in aller Welt die Gewissheit darüber bestehen, dass wir Österreicher den Tag herbeisehnen, an welchem wir die in unseren Herzen wohnende Achtung und Wertschätzung - mehr noch! - , an welchem wir die in unseren Herzen lebendige brüderliche Liebe zum italienischen Volk frei und unbelastet hinausrufen können - unbelastet und frei ab dem Tage, ab welchem die volkliche und räumliche Existenz unserer Südtiroler Brüder unbedroht durch immer neue Auslegungskünste absolut gesichert ist!

Erst ab diesem Tage, erst dann, nur dann wird uns in Wahrheit ein neues Europa beschieden sein! (Lebhafter Beifall.)

Nationalrat Dr. Leopold Weismann (Vöcklabruck): Meine Damen und Herren! Churchill hat einmal gesagt: Es gehört zu den vornehmsten Rechten der Demokratie, auch einen Unsinn reden zu dürfen. Nur aus diesem bescheidenen Grund habe ich mich gegen die Einschränkung der Redefreiheit gewehrt. Ich werde mich aber immerhin der Abstimmungsmaschine beugen und nur über einen Punkt des Aktionsprogramms sprechen, der mir besonders am Herzen liegt. Ich habe über dieses Thema in meiner ersten

Parlamentsrede am 7. Dezember 1956 ausführlich gesprochen und möchte hier, da das Aktionsprogramm auch die Frage von Schmutz und Schund anschneidet und den Jugendschutz behandelt, kurz zu diesem Problem Stellung nehmen.

Im Aktionsprogramm heisst es: "Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund, Förderung der Jugendliteratur, der Jugendgemeinschaften, des Jugendherbergwesens' usw., usw."

Meine Damen und Herren! Wir können das Gute noch so sehr fördern, es wird uns nichts nützen, wenn wir nicht gleichzeitig das Böse vernichten! Badini hat einmal das schöne Wort geprägt: Das Vergnügen ist der grösste Teil der Freude. Aber sehen Sie sich doch nur einmal das Vergnügen an, das heute unserem Volk geboten wird! Gehen Sie vor die Plakatwände hin, dort wird Ihnen kübelweise der geistige Unrat über den Kopf geschüttet.

Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch und finden es in keiner Weise verfassungswidrig, dass wir die Kinder gegen Pocken und gegen Diphtherie und andere Seuchen und Krankheiten zwangsweise impfen. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, Rauschgift an der Grenze zu beschlagnahmen. Mit demselben Recht können wir auch die geistige Gesundheit unseres Volkes und insbesondere unserer Jugend schützen vor neuen Bazillen, die im eigenen Land entstehend, und vor jenen Bazillen, die von aussen hereinkommen.

Ich habe damals in meiner Rede - nur diese paar Sätze will ich Ihnen sagen - gesagt:

"Während tausend Menschen im neuen Haus der 'Burg' sich an Schillers 'Maria Stuart' aufrichten, werden Millionen in den Kinos wie Bäume gefällt und in Treibholz verwandelt."

"Wenn Sexualmorde in Riesenlettern auf der ersten Seite unserer Presse prangen und der Text pikante Einzelheiten verspricht, wenn Grausamkeiten photographiert werden und in Millionenausgaben die Sensationslust weckend ... dann müssen in einer naturnotwendigen Kettenreaktion aus der Darstellung von Verbrechen neue Verbrechen und aus der Schau von Abwegigkeiten neue Verwirrungen der Gefühle entstehen."

Ich stelle hier daher aus diesen Erwägungen heraus den Antrag, dass in das Aktionsprogramm hineinkommt die Forderung nach einem Sittenschutzgesetz. (Beifall.) Sagen Sie mir ja nicht: Das geht nicht, denn in der Verfassung ...! Was ist nicht schon alles trotz Verfassung bei uns gegangen. Und sagen wir ja nicht, es geht nicht aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen. Der Herr Gewerkschaftspräsident Olah hat sich unlängst

dieser Angelegenheit angenommen. Ich bin überzeugt, wenn sich die Sozi dieser Sache annehmen werden, dann wird es gehen. Die Österreichische Volkspartei würde ihr christliches Erbe verspielen, wenn sie nicht in diesem Punkt die Initiative behalten würden. (Beifall.)

Bezirksobmann Eduard P u m p e r n i g (Steiermark):

Es könnten sich viele Delegierte ein Beispiel an Herrn Bundeskanzler nehmen, der hier sitzt und die gesamte Diskussion mitanhört. (Beifall.) Ich darf mich daher an den Rest des Hohen Bundesparteitages wenden.

Von der Ideologie her gesehen, muss man auch nach dem 10. Mai 1959 durchaus optimistisch sein. Für die Umprägung dieses Edelmetalls, nämlich der Grundprinzipien: christlich, österreichisch und sozial, in das Handgeld der politischen Erfolgspraxis sind allerdings wichtige Voraussetzungen nötig, unter anderem die wirkliche und gründliche Kenntnis des eigentlichen Ideengutes der Partei bei allen Mandataren, Funktionären und solchen, die beides werden wollen. Eine kurze, allgemein verständliche, treffende Formulierung des Ideengutes, ein richtiger Parteikatechismus ist notwendig, der dann aber auch wirklich bis an den letzten Vertrauensmann, aber auch an den höchsten Mandatar herangetragen werden muss bis zur restlosen geistigen Resorption. Die ÖVP muss sich endlich fortentwickeln von der Partei der Hausbesitzer, Agrarier, Industriellen, Beamten und so weiter zu der Partei mit dem christlichen, österreichischen und sozialen Programm, dessen Verwirklichung dem Hausbesitzer, Bauern, Industriellen, Beamten und so weiter

letzten Endes eben das meiste bieten kann. Dafür ist allerdings Weitblick erforderlich, der eben geschult werden muss.

Was die vielen Fragenkomplexe bezüglich der Gedanken über den 10. Mai 1959 betrifft, möchte ich nur einen Mosaikstein herausgreifen, die Ämterkumulierung.

Ein Hauptgrund der Verzweiflung des Durchschnittsösterreichers an der Ehrlichkeit aller Politik ist die Ämterkumulierung.

Man komme mir nicht mit dem Argument, dass es dieselben Kritiker ebenso machen würden, wenn sie selbst an der Krippe sässen. Wer Wahlen gewinnen will, muss mit feinstem Ohr den Pulsschlag des Volkes abhören können. Darin aber versagen leider viele Parteileute. Dass darunter unsere Partei sehr leidet, wiewohl uns auch hierin die Sozialistische Partei in nichts nachsteht, entspricht der höheren Verpflichtung moralischer Art, die man einer Partei mit der Grösse und der Tradition wie der ÖVP zumisst. Damit muss man einfach rechnen. Tufteleien, dass das Unrecht sei, haben nicht den geringsten Sinn, auch nicht geistreiche Leitartikel; damit ändert man eben keine Volksmeinung.

Ich rufe daher abschliessend allen Stellen der Partei heute zu: Setzen Sie an mit dem Skalpell, sofort, und ohne Rücksicht auf Blutvergossen! (Lobhafter Beifall.)

Nationalrat Franz Kranebitter; Hoher Bundesparteitag

Mein Herz drängt mich, zunächst den Delegierten zum Bundesparteitag dafür zu danken, dass Sie vorhin bei der Rede des Herrn Dr. Piffli ein neuerliches warmes Bekenntnis zu Südtirol abgelegt haben, ein Bekenntnis dafür, dass allen Delegierten, die ja das österreichische Volk hier zu vertreten haben, Südtirol ein echtes und grosses Herzensanliegen ist. Dafür herzlichen Dank!

Ich darf nun noch zu diesem Problem etwas sagen. Vor 14 Jahren wurde das Gruber - de Gasperi-Abkommen abgeschlossen. Es ist also jetzt fast 14 Jahre lang in Anwendung, und wenn wir nun untersuchen, welche Auswirkungen es zeitigte, dann ist das Untersuchungsergebnis ein bedrückendes. Wir können zwar feststellen, dass es unterdessen geglückt ist, den Südtirolern manche Erleichterungen zu erkämpfen, manche beschränkt gewesene Freiheiten wiederzugeben, aber es ist auf



das grosse Ganze blickend so, dass nach wie vor die nachgeborenen Kinder der Südtiroler Familien Südtirol nicht mehr als ihre Heimat betrachten dürfen. Ein Beweis dafür ist, dass bei der Zuweisung der Wohnungen aus dem sozialen Wohnungsbau 94 Prozent der Wohnungen im vergangenen Jahr italienischen Familien zugewiesen wurden und nur 6 Prozent der Wohnungen Familien aus Südtirol. Es ist also im wahrsten Sinne des Wortes der Todesmarsch des Südtiroler Volkes noch nicht abgestoppt. Der Pariser Vertrag hat leider im wesentlichen versagt.

Nun hat ~~uns~~ der Herr Bundeskanzler, der sich gestern neuerdings als ein grosser Staatsmann und Österreicher erwiesen hat, uns jüngeren Abgeordneten den Grundsatz gelehrt: In der Politik muss man warten können auf den günstigen Augenblick, wo ein Problem sich leichter lösen lässt, wo die Voraussetzungen günstig sind. Und aus diesem Grundsatz heraus hat der Herr Bundeskanzler, wie es seine Pflicht ist und wie es auch dem Geiste der Toleranz entspricht, der unser österreichisches Volk und seine Führung immer auszeichnete, sich für neue Verhandlungen, für einen letzten Versuch, mit Italien zu einem Übereinkommen und zu einem echten Schutz des Südtiroler Volkstums zu gelangen, ausgesprochen. Unser Herz, vor allem das Herz der Tiroler, aber auch das Herz aller aufrechten Österreicher blutet zwar, und die Hoffnung in uns ist gering, dass dieses neuerliche Verhandeln das eigentliche Ziel zu erreichen vermag.

Aber wir beugen uns diesem Wollen aus dem Geiste der Toleranz, aus dem Geiste echter Bereitschaft, mit dem Volke Italiens in ein gutnachbarliches, freundschaftliches Verhältnis zu kommen.

Aber ich darf doch am Beginne dieser neuerlichen Verhandlungen aus der brennenden Sorge des Herzens heraus an alle Verantwortlichen zwei Bitten richten. Die erste Bitte lautet: Das Verhandeln darf sich nur kurzfristig vollziehen, und das Ziel der Verhandlungen darf keine verwässerte Autonomie, es muss die volle Autonomie der regionalen Gesetzgebung und Verwaltung der Provinz Bosen sein.

Und die zweite Bitte: Die Autonomie darf nicht durch die Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes des Südtiroler Volkes erkaufte werden. Gerade die Österreichische Volkspartei, die Hüterin der Freiheitsrechte der Menschen, darf es nicht vergessen, dass auch das Volk von Südtirol einmal das Recht bekommen muss, in freier Selbstentscheidung über sein künftiges Schicksal zu entscheiden! (Starker Beifall.)

Bundesrat Wilhelm Salzer (zur Geschäftsordnung): Da ohnehin genug Redner vorgemerkt sind, beantrage ich Schluss der Rednerliste.

Vorsitzender Dr. Dipl.-Ing. Karl Schleingerl

Erhebt sich gegen den Antrag auf Schluss der Rednerliste ein Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Nächster Redner ist Herr Dr. Vogler.

Dr. Vogler (Niederösterreich): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landesparteiobmann Oberhammer hat heute vormittag an die Debatteredner die Aufforderung gerichtet, dass nur jene Redner die Redezeit überschreiten sollen, können oder dürfen, die glauben, gute Redner zu sein. Ich will mich daher kurz fassen.

Die Volkspartei ist bei den vergangenen Wahlgängen nicht deshalb noch mit einem blauen Auge davongekommen, weil sie ihr Programm, das auf dem Papier so klar und deutlich formuliert ist, in der Praxis etwa so wirkungsvoll und so konsequent durchgeführt hat, sondern vor allem deshalb, weil an ihrer Spitze ein Mann stand, der in den Augen vieler Wähler mit der Volkspartei identifiziert wurde: Julius Raab!

Diese absolut erfreuliche Tatsache darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei als solche, dass der Generalstab aktionsmässig, propagandistisch und politisch seit vielen Monaten in vielfachen Dingen buchstäblich von der Hand in den Mund lebt.

So

So kann das nicht weitergehen. Diese absolut beschämende Methode hat schliesslich die Volkspartei in den vergangenen Monaten immer mehr in die Defensive gedrängt, sodass sie der sozialistischen Initiative auf vielen Gebieten einfach nicht mehr gewachsen war. Dazu kommt, dass die Öffentlichkeit immer mehr den Eindruck gewinnen musste, dass unsere Partei ihre Grundsätze verwässert, jene Grundsätze, die bisher von vielen hunderttausenden von Wählern in Österreich immer noch als das Wesentliche an der Volkspartei betrachtet worden sind: die Grundsätze der christlichen Weltanschauung und des demokratischen Rechtsstaates, auf die wir alle uns immer so gerne berufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man soll nicht verallgemeinern. Aber ich glaube, dass es genug praktische Beispiele gibt, die es höchst an der Zeit erscheinen lassen, dass die in manchen Dingen vorhandene Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen Programm und Politik endlich beseitigt werde.

Ich kann es mir nicht ersparen, und ich kann es Ihnen nicht ersparen, nochmals auf das Verstaatlichungsgesetz Niederösterreichs Bezug zu nehmen, das die Gemüter bereits mehrmals bewegt hat. Ich darf dazu feststellen: Ich muss dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Müllner absolut beipflichten, wenn er sagt, dass es unmöglich ist, auf Grund dieses Verstaatlichungsgesetzes alle Elektrogeräte und Elektromotoren bis zur letzten Taschenlampenbatterie zu verstaatlichen. Ich pflichte ihm bei, dass das unmöglich ist, aber nicht deshalb, weil das Gesetz entsprechende Bestimmungen vielleicht nicht enthalten hätte, sondern deswegen, weil Gott sei Dank die Bundesregierung dagegen Einspruch erhoben hat. (Zustimmung.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es als sehr bedauerlich empfunden, dass sich gestern und heute hier eine Frontenbildung angedeutet hat, eine Frontenbildung zwischen Niederösterreich und den Steirern, zwischen Niederösterreich und dem Burgenland. Das finde ich absolut als bedauerlich, und ich glaube, dass diese Maßstäbe, die hier angelegt wurden, nicht ganz stimmen. Ich glaube, der Maßstab, der bei diesem Gesetz angelegt werden soll und muss, ist die Frage: Gilt das Prinzip des Privateigentums oder gilt dieses Prinzip nicht? (Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Verstaatlichungsgesetz wurde beschlossen, und von der Bundesregierung ist dagegen Einspruch erhoben worden. Wenn im Nachhinein erklärt wird - ich bin zwar Jurist, kann hier aber keine juristische Vorlesung halten wie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter -

es hätte sowieso nichts verstaatlicht werden sollen, das ganze Gesetz habe sich nur auf die Objekte, die der Gemeinde Wien gehören, bezogen, dann frage ich Sie: Wer hätte den kleinen Leuten die Garantie gegeben? Wer weiss, wer eines Tages befugt gewesen wäre, dieses Gesetz anzuwenden. Ich habe die Statuten und die programmatischen Leitsätze der Österreichischen Volkspartei einigermaßen studiert, vielleicht habe ich eine Seite überblättert, und ich bitte Sie, mich zu berichtigen, wenn dort irgendwo stehen sollte, dass der Zweck die Mittel heiligt.

Wir müssen die Sache auch von einem anderen Standpunkt sehen, und das wurde von einem meiner Vorredner auch ziemlich deutlich gesagt, nicht vom Standpunkt der Parteispitze, sondern vom Standpunkt der Wählerschaft, vom Standpunkt der Öffentlichkeit und nicht zuletzt vom Standpunkt unserer zehntausenden kleinen Funktionäre in Stadt und Land. Wenn Sie sich den § 56 durchlesen, werden Sie dort finden, was einem kleinen Mann alles passieren kann, wenn er das Ansehen der Partei schädigt.

Vorsitzender Labg. Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer:

Herr Doktor! Sie bringen mich in Verlegenheit. Es ist vorgeschrieben ...

Dr. Vogel (fortsetzend): Herr Vorsitzender! Darf ich noch folgendes dazu sagen: Ich komme noch auf verschiedene andere Differenzen zwischen Theorie und Praxis. Wenn es heisst, es besteht Redefreiheit, und Sie vorher den Antrag auf Kürzung der Redezeit zur Abstimmung gebracht haben, so

so muss ich leider feststellen, dass Sie gesagt haben: Zehn Gegenstimmen. Erledigt. - Verzeihen Sie, das soll nicht persönlich sein. Es waren viel mehr Gegenstimmen, die eine Beschränkung der Redezeit abgelehnt haben. (Zwischenrufe.)

Vorsitzender Labg. Dipl.-Ing. Dr. Schleinzler:

Es wurde mit Mehrheit angenommen, dass die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt wird. Der Sprecher am Rednerpult hat sich zu Beginn seiner Ausführungen bewusst dieser Beschränkung auf fünf Minuten unterworfen. Ich wollte erklären, dass er mich deshalb in Verlegenheit bringt, weil er an und für sich so gut spricht, dass ich ihm nach den Intentionen des Herrn Dr. Oberhammer nicht abläuten dürfte. Ich bitte aber doch, sich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit diesen Richtlinien zu fügen. (Beifall.)

Dr. Vogel (fortsetzend): Zu diesem Verstaatlichungsgesetz habe ich eigentlich alles gesagt. Es gibt noch andere Beispiele, in denen Theorie und Praxis ziemlich auseinanderfallen. Sie haben bestimmt gehört, dass die Jugendbewegung der Länderorganisationen ein Aktionskomitee gegründet hat, gründen musste, weil sie verlangt hat, dass der statutenmässig schon längst fällige Bundesjugendtag abgehalten werden soll.

Ich glaube, wenn die Jugendbewegung als eigene Organisation ihren Bundestag halten will, dann soll man das auch zulassen.

Oder eine andere Frage, ein anderes Beispiel: Ich finde es äußerst bedauerlich, dass trotz der christlichen Grundsätze, von denen Abgeordneter Dr. Maleta gestern gesagt hat, dass unsere Partei keine Ursache hat, von diesen christlichen Grundsätzen abzugehen, (Rufe: Zur Sache!) dass die Religionsgemeinschaften in Österreich noch immer nicht zu ihrem Recht gekommen sind, dass die ÖVP zwar schon unzählige politische, wirtschaftliche und soziale Probleme gelöst hat, dass aber die Fragen von Konkordat, Ehe und Schule noch immer nicht bereinigt wurden.

Ich komme zum Schluß: Zurück zu den Grundsätzen, nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis! Das muss die Konsequenz dieses Parteitages sein. Diese Konsequenz trifft jeden einzelnen von uns, vor allem aber die neu zu wählenden bzw. neugewählten Männer der Bundesparteileitung.

Ich komme jetzt wirklich zum Schluß - ich bitte um Entschuldigung, noch eine Sekunde! Wenn wir in den Mittelpunkt all unserer Arbeit immer den Menschen stellen, so gestatten Sie mir abschliessend noch einen Mann besonders hervorzuheben, der für breiteste Kreise unserer Bevölkerung der Garant für eine Grundsatzzpolitik ist: Dr. Hermann Withalm. Dr. Withalm und Dr. Gorbach suchen in der politischen Funktion bestimmt keine Versorgungsstation wie so manch anderer, sondern sie sind zweifellos bereit, aus Idealismus für unsere Partei, und damit für Österreich, zu arbeiten.

Wenn jetzt der Parteitag zu Ende geht, dann müssen wir uns über einen im klaren sein: Der Gegner unserer Partei steht nicht in Niederösterreich, er steht nicht in der Steiermark, sondern der Gegner unserer Volkspartei ist der gottlose Marxismus, der Kollektivismus, und wenn alle Reformer und Gegenreformer, die in den letzten Monaten



so fleissig waren, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, dann braucht uns um die Volkspartei, dann braucht uns um Österreich nicht bange zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Nationalrat Franz M a y r: Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Ich darf mich im Telegrammstil mit dem Kreditproblem befassen. Österreich ist als klassisches Land der Klein- und Mittelbetriebe zu bezeichnen. Um aber diese gesunden lebensfähigen Klein- und Mittelbetriebe in ihrer Existenz zu sichern und zu erhalten, ist es notwendig, dass nebst den bereits geforderten und weiteren steuerlichen Erleichterungen die Kapitalarmut beseitigt wird, und zwar durch eine grosszügige und verbilligte Kreditaktion. Im Hinblick auf die europäische Integration ist dies eine zwingende und besonders dringende Notwendigkeit. Der Österreichische Wirtschaftsbund befasst sich seit längerer Zeit damit, eine Kreditkoordinierung zumindest auf Bundesebene durchzusetzen. Für die Gewährung von Krediten für die Klein- und Mittelbetriebe scheint in erster Linie die Bürgschaft-Fonds-Ges.m.b.H., kurz Bürges genannt, prädestiniert. Die Problematik der Erlangung eines Kredits liegt in der Regel in der Schwierigkeit einer der üblichen bankmässigen Besicherung. Es wäre hier vornehmlich Aufgabe der Bürges, hier helfend einzuspringen und bei Kreditwürdigkeit des Kreditwerbers auf kurzen und möglichst einfachem Weg den angesprochenen Kredit zu gewähren.

Wünschenswert wäre es auch, wenn das derzeitige Haftungskapital von 22,4 Millionen Schilling zumindest auf 30 Millionen und später wenn möglich auf 50 Millionen Schilling erhöht werden könnte, da hierdurch eine zehnfache Vermehrung des Kreditvolumens, also auf 300 bis 500 Millionen erreicht werden könnte.

Neben der Frage der Besicherung wäre es auch noch wichtig und sehr zweckmässig, die Kredithöhe von derzeit 60.000 auf 100.000 S, natürlich exklusive des notwendigen Eigenkapitals, zu erhöhen.

Weiters sollte die Diskriminierung verschiedener Sparten der gewerblichen Wirtschaft, die derzeit infolge des geringen Haftungskapitals noch besteht, beseitigt und schliesslich sollten auch Kredite zum Zwecke der Aufstockung der Warenlager sowie Vertrauenskredite gewährt werden. Mit der Erhöhung der Kreditsumme wäre aber auch die Lücke geschlossen, die durch den Ausfall der ERP-Kleinkredite entstanden ist.

Schliesslich darf ich noch darauf hinweisen, dass es auch sehr, sehr notwendig wäre, die Voraussetzungen für die eheste Freigabe der Counterpartmittel zu schaffen, da dadurch weitere 40 Millionen Schilling, wie im Jahresprogramm 1958/59 vorgesehen, für die Klein- und Mittelbetriebe zur Verfügung stünden.

Es ist sicher sehr erfreulich, dass in dieses Aktionsprogramm auch das Kreditproblem aufgenommen wurde, und ich darf im Namen der betroffenen schwer um ihre Existenz ringenden kleinen Selbständigen dafür herzlich danken und bitten, dass dieser berechtigten Forderung rasch die Lösung folge. (Beifall.)

Nationalrat Grete B e h o r (ÖAAB): Verehrter Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Es ist sicher anstrengend, viele Stunden einer Diskussion zu folgen. Darf ich unbescheiden sein und eine kleine Bemerkung machen. Würden die männlichen Delegierten des Bundespartei-

tages annähernd die Disziplin der weiblichen Delegierten aufweisen, dann würden wir nicht so viele Stunden hier angestrengt der Diskussion folgen müssen. (Zustimmung.)

Lassen Sie mich, verehrte Delegierte, ohne die Redezeit, wie ich hoffe, zu überschreiten, Ihnen einige wenige sehr anschauliche Ziffern vor Augen führen und ohne eingehenden Kommentar eine Schlussfolgerung ziehen und auch einen Vorschlag unterbreiten.

Österreich ist leider ein kleines Land. Wir zählen ungefähr 7 Millionen Einwohner, von denen die Mehrzahl Frauen sind. Es ist heute schon gesagt worden, dass 40 Prozent aller Berufstätigen Frauen sind. Die Masseneinkommen der Selbständigen und der Unselbständigen unseres Landes liegen ungefähr zwischen 1200 und 1800 S. Die Lebenshaltungskosten für eine Familie mit ein oder zwei Kindern betragen nach den Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes ungefähr 1800 bis 2100 S. Wenn wir einen Vergleich ziehen zwischen den Masseneinkommen und den Lebenshaltungskosten, so ergeben sich Differenzen.

Im Aktionsprogramm steht im Kapitel Familienpolitik als Zielsetzung eine prachtvolle These. Sie lautet: Gebt den Kindern wieder die Mütter! Wir sollten dieser These nicht nur das Wort reden, sondern auch versuchen, das zu verwirklichen, was diese These aussagt.

Vielleicht darf das auch hier auf dem Bundesparteitag eine Mutter sagen, die selbst erlebt hat, was es bedeutet, wenn die Mutter ausser Haus berufstätig sein muss.

Einen Vorschlag in der Richtung zur Verwirklichung der Forderung: Gebt den Kindern die Mütter wieder in das Haus zurück. Die steigende Produktivität und die gesteigerte Produktion in vielen Betrieben und Werkstätten unseres Landes könnten tatsächlich ein Anlass sein, die Preise der Güter des täglichen Lebens zu senken. Vielleicht mag das zunächst utopisch klingen, aber darf ich Ihnen sagen, dass mir meine reiche Erfahrung sagt, dass das wirklich vielfach möglich wäre.

Einen zweiten Vorschlag: Gehen wir neue Wege, auch wenn sie schwierig sind, in der Lohn- und Gehaltspolitik. Geben wir dem jungen Facharbeiter, den jungen Ingenieuren, den Meistern, den Angestellten, den Beamten durch ein entsprechendes Einkommen eine gerechtere Existenzgrundlage als bisher. Entschliessen wir uns zu progressiven Massnahmen in der Lohn- und Gehaltspolitik in den ersten zehn Jahren der Berufstätigkeit. Sagen wir nicht, dass das utopisch ist. Ich möchte noch einmal sagen: Wenn wir den Mut haben, diese Wege zu gehen, dann könnten wir auch der Familie direkt helfen.

Ich erlaube mir, und komme damit schon zum Schluss, die Vertreter des Wirtschaftsbundes, die Vertreter des Bauernbundes und auch die Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes aufzufordern, diese Vorschläge zu überlegen und nach Möglichkeit auch zu verwirklichen. Wir werden dadurch der prachtvollen

These, die in der Familienpolitik als oberstes Ziel gilt:  
 Gebt den Kindern ihre Mütter in das Haus und gebt damit  
 unserem Volk harmonische Menschen!, nicht nur <sup>durchs</sup> das Wort ent-  
 sprechen, sondern <sup>ihr</sup> auch die Tat folgen lassen. (Beifall.)

Vorsitzender LAbg. Dipl.-Ing. Dr. S c h l e i n z e r :

Ich muss feststellen, dass die Redezeit präzise eingehalten wurde.

Hofrat Dr. Josef H o c h l e i t n e r : Hoher Bundes-

parteitag! Der Berichterstatter über das Aktionsprogramm hat an uns alle weit über diesen Saal hinaus einen Appell gerichtet. Er lautete: Heraus aus der Defensive! Diesen Appell möchte ich besonders unterstreichen, denn den Kampf gewinnt nur der, der zuerst die Offensive ergreift. Doch nicht nur ein gutes Programm gehört dazu, um diesen Kampf zu gewinnen. Das Programm ist wohl das Primäre, es ist die Grundlage, dazu gehört aber vor allem auch eine gute allumfassende Propaganda, eine Propaganda mit allen Mitteln, die uns die technisch gewandelte Welt zur Verfügung stellt. So konservativ wir in unseren Grundsätzen sein müssen, so dynamisch müssen wir in unserer Propaganda sein. War zum Beispiel früher die Versammlung das Um und Auf der Propaganda, so ist sie heute auf vielen Gebieten und in vielen Orten geradezu überholt.

Heute können wir durch den Rundfunk, durch das Fernsehen Hunderttausende auf einmal ansprechen, und es hat die englische Wahl gezeigt, dass junge Fernsehsprecher geradezu Wahlkreise erobern können.

Ich fordere daher: Benützen wir Rundfunk und Fernsehen immer so, dass unsere Kulturauffassung zum Durchbruch kommt. Seien wir nicht allzusehr bereit, von der Entpolitisierung zu sprechen, während die anderen Rundfunk und Fernsehen für ihre Zwecke missbrauchen.

Nicht anders ist es oft mit der Presse. Leider ist es so, dass viele unsere Mitglieder ihre Informationen aus der neutralen Presse beziehen und diese Informationen einfach glauben, ohne ihre Wahrheit und Stichhaltigkeit nachzuprüfen. Es ist sogar so, dass wir bereit sind, diese Informationen so gerüchterweise weiterzugeben, überhaupt dann, wenn es sich um einen von uns handelt. Ein Musterbeispiel dafür ist wohl die Information über das niederösterreichische Elektrizitätswirtschaftsgesetz. Obwohl der Landeshauptmann von Niederösterreich eine klare Aufklärung im Rundfunk gab, obwohl die niederösterreichische Presse über den wahren Sachverhalt berichtete, berufene Funktionäre darüber gesprochen haben - man glaubt der altera pars nicht. Ich möchte daher den Kritiker<sup>n</sup>, der zuletzt hier gesprochen hat, fragen, ob er den Gesetzentwurf überhaupt gelesen hat. (Beifall.) Ich muss schon sagen: Wer ist denn überhaupt unser Sprachrohr? Von wem sollen wir denn die wahren Informationen und Aufklärungen empfangen? Von der neutralen Presse oder von der eigenen? Ich glaube schon, dass hier ein bisschen etwas faul ist im Staate Dänemark. Es mag sein und es ist sicher so, dass die Presse in unseren Ländern ein gutes Sprachrohr ist. Ich frage aber, wo ist das zentrale Megaphon, das lautstark alle übrigen Presseerzeugnisse übertönt? Ich glaube, da fehlt irgend etwas. Wo ist diese zentrale Presse, die unsere Parteigrundsätze verkündet und immer dort eine Klarstellung bringt, wo wir sie am notwendigsten brauchen?

Es gibt natürlich noch andere Propagandamittel, mit denen ich mich gerne beschäftigen würde, aber es wird schon gelüftet. So zum Beispiel das Flugblatt. Ist es nicht so, dass wir ein Flugblatt nur bei den Wahlen sehen? Ist es nicht so, dass wir Broschüren, wie zum Beispiel die schöne Broschüre über unser Aktionsprogramm, das wir heute beschlossen, meistens nur sehen, wenn Wahlen vor der Tür stehen? Ist es nicht so, dass Plakate oft sehr farblos, <sup>ja</sup> ~~es~~ so dunkel sind, dass ein böser Mensch sagen könnte: "dunkel wie die Zukunft"? Ist es nicht so, dass wir zu wenig Einfluss nehmen auf die Wochen-  
schau, auf das Filmwesen? 90 Prozent aller Eindrücke gehen durch unsere Augen in uns hinein. Der Bilderdienst: Wie oft wird er vernachlässigt?

Und zum Schluss der persönliche Kontakt. Es ist doch manchmal so, dass ein Parteimitglied und auch ein kleiner Vertrauensmann oft vergebens vor der Tür eines Mandatars wartet. Meine Damen und Herren, das verbittert. Vergessen wir das nicht!

Es gibt also sehr viele Propagandamittel - ich muss zum Schluss eilen, es ist angezeigt worden - : die Urlaubsaktion, die Volksbildungskurse, das persönliche Beispiel, und wie sie alle heißen mögen; es sind so viele, dass es notwendig ist, ein Propagandateam zu schaffen. In diesem Propagandateam aber sollen Idealisten arbeiten, Idealisten, die sich zu einer Zeit, als sie das Vaterland verloren hatten, geschworen haben, für dieses Vaterland aus Idealismus zu arbeiten. (Lobhafter Beifall.)

Kammerpräsident Nationalrat Hermann Gruber  
(Kärnten): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag!  
Ich bin ein bäuerlicher Mensch, der seit manchem Jahrzehnt in bäuerlichen Organisationen, sowohl in wirtschaftlichen als auch in politischen, arbeitet, und ich bin auch Abgeordneter zum österreichischen Parlament. Ich freue mich über eines: dass ich seit 1945 mitarbeiten durfte am politischen und wirtschaftlichen Aufbau unseres österreichischen Vaterlandes. Ich bin glücklich darüber, heute, fast 15 Jahre nach Gründung der Österreichischen Volkspartei, feststellen zu können, dass diese Österreichische Volkspartei ihren Grundsätzen im wesentlichen doch nie untreu geworden ist, und ich freue mich darüber, heute aus dem Munde des Herrn Landeshauptmanns von Salzburg das Aktionsprogramm der Österreichischen Volkspartei gehört zu haben. Ich gehöre zweifellos zu jenen Österreichern im Rahmen der Österreichischen Volkspartei, die auch in Zukunft gewillt sind, mit ganzem Herzen, mit ganzer Hingabe an der Verwirklichung dieses Aktionsprogramms mitzuarbeiten. Und ich freue mich weiterhin auch darüber, dass in dieses Aktionsprogramm auch bäuerliche Fragen und bäuerliche Probleme einbezogen wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Dorf ist in Gefahr - vielleicht wird diese Gefahr nicht überall richtig erkannt - , es ist in Gefahr kulturell, wirt-



schaftlich, aber auch politisch. Kulturell und wirtschaftlich zurückgeblieben wird das Dorf unter Umständen, wenn wir dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten, eine Beute unserer politischen Gegner werden.

Wir haben heute im Rahmen der Diskussion viele wertvolle Ausführungen gehört, auch über die geistige und wirtschaftliche Integration Europas. Hier sehen wir auch Möglichkeiten, auf geistigem, auf kulturellem Gebiet aufzuholen, was im Dorf bisher vielfach aus Mangel an Mitteln vernachlässigt worden ist.

Insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet wird es notwendig sein, aufzuholen. Die Stärkung der Bauernschaft, geistig, besonders aber wirtschaftlich, ist ein Gebot der Stunde. Das Bildungs- und Kulturniveau im Dorf muss gehoben werden. Und hier im Aktionsprogramm, das sich die Partei heute gegeben hat, sehe ich schöne und gute Ansätze dazu.

Eines ist wichtig, um wirtschaftlich nachzuholen, um aufzuholen, um im Rahmen der europäischen Integration als österreichischer Bauer bestehen zu können: das Landwirtschaftsgesetz, von dem wir schon jahrelang reden, zu verwirklichen. In Zusammenhang damit möchte ich auch auf ein Problem hinweisen: Die Strukturverbesserung ist mit allen Mitteln anzustreben, damit dem kleinen Mann im Dorf draußen geholfen wird, dem kleinen Bauern, der heute infolge der Enge seiner wirtschaftlichen Kräfte kaum seine Existenz sichern kann.

Der Bauer darf nicht der im Volke sein, der zurückgeblieben ist. Soll der Bauernstand erhalten bleiben?, diese Frage erhebt sich vielfach, und der heutige Parteitag soll sich mit dieser Frage beschäftigen. Wenn wir diese Frage positiv beantworten, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Strukturänderung draussen auf dem flachen Lande, im Dorf unvermeidlich.

In diesem Zusammenhang gibt es Aktionen zur Grundaufstockung. Ich möchte aber sagen, dass die Mittel, die bisher dazu aufgewendet wurden, keineswegs ausreichend sind. Wir müssen grosszügigere Lösungen suchen und finden. Und hier möchte ich in aller Freundschaft, aber auch in aller Offenheit e in Wort aussprechen, einen Appell richten, diesen Prozess der Strukturverbesserung auf dem Lande draussen zu beschleunigen und entsprechend zu beeinflussen, und zwar dadurch, dass auf freiwilliger Basis Latifundien Land an jene abgeben, die zuwenig Land besitzen, um in Zukunft ihre Existenz zu sichern. (Beifall.) Die Österreichischen Bundesforste sollen hier ein gutes Beispiel geben und nicht ausgeschlossen sein. (Erneuter Beifall.) Nicht revolutionär, sondern evolutionär soll sich dieser Prozess vollziehen.

Zu diesem Appell an jene, die es angeht, hat mich besonders das Schicksal der landwirtschaftlichen Zuschussrentenversicherung veranlasst. Wenn nicht Land und Stadt und Stadt und Land zusammenstehen und die gegenseitigen Probleme klar erkennen, werden wir in Österreich ein ähnliches Schicksal erleben, wie es den alten Griechen und Römern ergangen ist und wofür wir auch Beispiele aus der neueren Zeit kennen, über

die auch heute in aller Eindringlichkeit und Offenheit gesprochen wurde. Auch in neuerer Zeit hat sich ja im Osten diese Strukturveränderung genauso grausam wie im Altertum vollzogen. Wir müssen daher, solange es noch Zeit ist, innerhalb der Österreichischen Volkspartei mehr Verständnis für den Bauern und für den kleinen Mann im Volke aufbringen, wo immer er zu suchen und zu finden ist. (Beifall.) Der kleine Mann im Volk, und dazu gehört auch der Bauer, ist auch der treueste des Volkes. (Beifall.)

Labg. Leopold Weiss (Niederösterreich): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Der Vorsitzende am heutigen Vormittag, der Herr Landesrat Oberhammer, hat vor Eingang in den Tagesordnungspunkt "Debatte" davon gesprochen, dass hier auf dem Bundesparteitag in freier und offener Aussprache alle Sorgen aufgezeigt werden sollen, die uns alle berühren. Ich möchte zu einem sehr aktuellen Thema unserer Zeit vom Standpunkt der bäuerlichen Bevölkerung aus Stellung nehmen und dem Hohen Bundesparteitag auf eine besorgniserregende Entwicklung aufmerksam machen, die dem verantwortungsvollen Agrarpolitiker in der Österreichischen Volkspartei längst nicht mehr zur Ruhe kommen lässt.

Gott sei Dank haben vor mir schon einige prominente Agrarpolitiker zu dieser Frage Stellung genommen. Es sind dies die immer schlechter werdenden Einkommensverhältnisse in der österreichischen Landwirtschaft. Sie sind in ein Stadium getreten, das nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem politisch als äusserst gefährlich zu bezeichnen ist.

Die österreichische Landwirtschaft ist seit dem Abschluss des 5. Lohn- und Preisabkommens in der ununterbrochenen Reihe dieser Jahre gezwungen, mit Preisen das Auslangen zu finden, welche damals als Kalkulationsgrundlage für die gesamte Wirtschaft festgesetzt worden waren. Jeder Mensch in Österreich weiss aber, dass sich in dieser Zeit nicht nur das Sozialprodukt um ein Vielfaches vermehrt hat, sondern dass eine Lohn- und Preisbewegung stattgefunden hat, die sich fast ausschliesslich zuungunsten des bäuerlichen Berufsstandes ausgewirkt hat, der zudem noch gezwungen war, wegen fortschreitender Abwanderung bäuerlicher Arbeitskräfte ein Rationalisierungs- und Mechanisierungsprogramm durchzuführen. Diese unglücklichen Zusammenhänge haben dazu geführt, dass die Landwirtschaft zunächst einmal versucht hat, durch eine Flucht in die Produktionssteigerung einen Ausgleich für die fehlenden Einnahmen zu suchen. Als auch dieses Mittel der Produktionssteigerung, das sicherlich in einem Ausmass gelungen ist, das von der gesamten freien Welt mehr bewundert wird als von der Bevölkerung in Österreich selbst, nicht zum Ziel geführt hat, wurde noch der Versuch gemacht, durch Vermehrung der Arbeitszeit einen Ausgleich dieser fehlenden Einnahmen anzustreben. Übriggeblieben ist eine fortschreitende Verschuldung der österreichischen Landwirtschaft, die vom Österreichischen Forschungsinstitut mit 6 1/2 Milliarden angegeben wird. Ich glaube, dass diese Ziffern alarmierend genug sein müssten, um aufzuzeigen, wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist.

In allen Ausführungen am Hohen Parteitag ist zum Ausdruck gebracht worden, dass die Sorge um die Erhaltung des kleinen Mannes in unserem Staate ein integrierender Bestandteil des Programmes der Österreichischen Volkspartei sei. Die 430.000 bäuerlichen Familien, die zu 85 Prozent aus kleinen und kleinsten Existenzen bestehen, richten einen flammenden Appell und eine ernste Warnung an die neue Führung der Österreichischen Volkspartei, endlich dafür Sorge zu tragen, dass auch der bäuerliche Mensch in Österreich einen gerechten Lohn für seine harte Arbeit bekommt und dass nunmehr alle Vertreter der Österreichischen Volkspartei im Parlament dafür sorgen sollen, dass auch die Landwirtschaft endlich das für ihre Existenz so notwendige Landwirtschaftsgesetz erhält. Davon wird wesentlich die Zusammenarbeit innerhalb der Österreichischen Volkspartei mit allen anderen Bünden abhängig sein; eine Zusammenarbeit, die gerade der österreichische Mensch, der bäuerliche Mensch gesucht hat, die er noch immer anstrebt und der er auch noch immer gern das Wort redet, allerdings unter der Voraussetzung einer Gleichberechtigung aller Menschen in diesem Staate.

Es wird von der Österreichischen Bauernschaft das Verhalten zum Beispiel eines Industriezweiges niemals verstanden werden, der seine Produktion ausschliesslich in Österreich absetzt, das Rohprodukt dazu aber fast zur Gänze aus dem Ausland besorgt, obwohl es in Österreich in gleicher Qualität vorhanden ist. Es ist dies die österreichische Brauindustrie. Auch hier müssen wir bitten, nach dem Rechten zu sehen und diese Herrschaften endlich einmal darauf aufmerksam zu machen, dass die Stimmen bei den grossen Entscheidungen in Österreich nicht gewogen, sondern gezählt werden. (Beifall.)

G o t t w e i ß : Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ich habe heute in Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm als Ganzes wie im einzelnen durch die Debatten so häufig gehört, dass wir uns zum christlichen Weltbild bekennen, dass wir die christlichen Gesellschaftsprinzipien anerkennen und zu allem, was denkbar christlich durch Gegenwart und Zukunft geformt werden kann, uns bekennen. Es ist sicherlich gut, wenn die Volkspartei im Zeitalter des mit allen Mitteln menschlicher Erfindungen um die Vorherrschaft kämpfenden Atheismus sich betont zum christlichen Weltbild bekennt.

Doch wie im Leben in allen Belangen allzuviel ungesund ist, so scheint mir das Wetteifern in der Erwähnung des Bekennens zu den christlichen Lehren und Grundsätzen bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten nicht sehr vorteilhaft, ja mir kommt so ein Vorhaben eher wie eine Profanierung vor. Auch will mir scheinen, dass man sich irgendwo schuldig fühlt, zwar immer viel das Wort "christlich" gebraucht zu haben, ohne dessen universellen Sinn erfasst zu haben. Denn beim wirklichen Verstehen dieses Sinnes müssten viele, sehr viele, die, wie schon erwähnt, bei passenden und unpassenden Gelegenheiten das Wort "christlich" in den Mittelpunkt stellen, sich auch in ihrem Aufgabenkreis möglichst, wie es dem Christen gemäss seines Bekenntnisses zur christlichen

Lehre zwingend vorgeschrieben ist, einrichten.

Nun sei aber noch etwas einmal grundsätzlich ausgesprochen. Wenn wir nicht nur in der ganzen Welt, sondern auch in dem im Grunde christlich orientierten Österreich überall, in allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens sehr häufig Erscheinungen begegnen, die den Sinn echter christlicher Gesinnung in das gerade Gegenteil verkehren, so ist das gewiss nur zu einem kleinen Teil in einer Mitschuld der Partei zu suchen.

Ich glaube, dass aber ebenso grosse Mitschuld die christlichen Religionsgemeinschaften trifft. Dass ich mit dieser meiner Meinung nicht irre, zeigen die mir bekanntgewordenen mahnenden Worte des Heiligen Vaters in der letzten Synode in Rom, die er an die Priester der katholischen Kirche in der ganzen Welt richtete.

Ich bin daher der Meinung, dass die Durchsetzung einer nur allgemein christlichen Moral in allen Lebensbereichen unseres Volkes Aufgabe der Kirche sein muss. Die Partei kann und wird ihr durch ihre Grundsatzgestaltung bei der Verwirklichung dieser Aufgabe schon im Interesse der Erhaltung unmittelbarer Gesetze<sup>s</sup> eines echten Menschenbildes behilflich sein und ihr auch jede Unterstützung angedeihen lassen. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn die zur Vertretung und Führung des Volkes Berufenen in erster Linie den von ihnen Vertretenen

beweisen, dass sie Christen der Tat zu sein haben und nicht nur Christen des Wortes. Denn das Lebensschicksal hängt nicht nur von der Grundsatzgestaltung ab, sondern von der Erfüllung der Grundsätze. Dies auszusprechen schien mir wichtig.

Und nun möchte ich noch auf etwas anderes hinkommen, was heute im Aktionsprogramm vergessen wurde.



Nun möchte ich noch auf etwas zu sprechen kommen, das im Aktionsprogramm vergessen wurde. Es gibt noch hunderte Bombengeschädigte, die noch heute auf Hilfe warten. Auch sie sind eine wichtige Wählergruppe. Ich habe schon im Sommer des heurigen Jahres die Angelegenheit mit dem Herrn Bundeskanzler besprochen, und es wurde mir zugesagt, dass der Herr Kanzler mit der zuständigen Vertretung der Bombengeschädigten die Fragen, die die Bombengeschädigten betreffen, unter der Voraussetzung besprechen wird, dass diese Vertretung auf die finanziellen Möglichkeiten des Staates verantwortungsbewusst Rücksicht nimmt. Ich erachte es als notwendig, dies auszuführen, weil es sich hier um eine Geschädigtengruppe handelt, auf die im Rahmen des Aktionsprogramms keine Rücksicht genommen wurde. (Beifall.)

Labg. Dr. Richard K a a n: Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Um es Ihnen zu ermöglichen, selbst darüber zu urteilen, wer über das niederösterreichische Verstaatlichungsgesetz die Wahrheit gesprochen hat, lese ich Ihnen die massgebliche Stelle vor.

§ 2 Abs. 1 lautet:

"Zu diesem Zwecke hat die Landesregierung die in Niederösterreich gelegenen Unternehmungen, Betriebe oder Anlagen zur Erzeugung, Verteilung, Fortleitung oder Abgabe von elektrischer Energie der Landesgesellschaft (öffentliche Hand) nach Massgabe der folgenden Bestimmungen zu übertragen (Verstaatlichung)."

Hiezu sagt der Einspruch der Bundesregierung:

"Aus dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom soundsovielten ist abzuleiten, dass dieses Grundrecht durch die Verstaatlichung eines ganzen Wirtschaftszweiges verletzt wird. Genau dies unternimmt der vorliegende Gesetzesbeschluss wie in den nachstehenden Ausführungen dargelegt wird."

Es besteht also tatsächlich keine Untergrenze dafür, was nach diesem Gesetzesbefehl zu verstaatlichen ist.

Nun kommen die Ausnahmen. Die Ausnahmen des Abs. 3 betreffen lediglich die Sondergesellschaften und die Verbundgesellschaft, die kann ich beiseite lassen. Die übrige Ausnahmesmächtigung hat folgenden, stilistisch fehlerhaften Wortlaut:

"Auf Antrag der Landesgesellschaft können aus triftigen energiewirtschaftlichen Gründen die in Abs. 1 genannten Unternehmungen, Betriebe oder Anlagen von der Verstaatlichung ausgenommen werden. Hierüber entscheidet die Landesregierung durch Bescheid."

Es kann also tatsächlich eine Ausnahme gemacht werden. Wenn die Ausnahme bezüglich der nicht-Wiener-Betriebe gemacht worden wäre, hätten gewiss die Wiener Betriebe eingewendet: Ja du kannst ja nur alle ausnehmen, denn es steht ja "die" hier. Aber lassen wir das beiseite. Wer wird den Antrag stellen können? Die NEWAG. Die NEWAG wird geführt vom geschäftsführenden Präsidenten Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Müllner. Die wird diesen Antrag vielleicht einbringen. Über diesen Antrag entscheidet wer? Die Landesregierung, in welcher das

massgebende Wort Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Müllner hat. (Heiterkeit.) Ich kann es Ihnen überlassen, sich vorzustellen, wie eine solche Entscheidung ausfällt.

Die Bundesregierung hat daher auch in ihrem Einspruch gesagt, dass diese Ausnahmebestimmungen die am Eingang wiedergegebene Behauptung, dass ein ganzer Wirtschaftszweig davon betroffen ist, nicht widerlegen kann. Ich möchte Sie nicht mit juristischen Auseinandersetzungen aufhalten, aber ich glaube, Sie werden mir bestätigen, dass im Jahre 1959 oder 1960 in einer gesetzgebenden Körperschaft, in der die ÖVP die Mehrheit hat, also die vornehmliche Verantwortung trägt, ein Verstaatlichungsgesetz nicht beschlossen werden kann, sollen nicht die Grundsätze unserer Partei verletzt werden. (Starker Beifall.)

Vorsitzender LAbg. Dipl.-Ing. Dr. Karl S c h l e i n z e

Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlusswort hat der Vorsitzende des Aktionsprogrammausschusses Landeshauptmann Dr. Klaus. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Dr. Josef Klaus (Schlußwort): Hoher Bundesparteitag! Sie haben heute in einer langen Diskussion dem Aktionsprogramm Dank und Zustimmung zuteil werden lassen. Ich möchte mich aber persönlich davon ausschliessen und darauf hinweisen, dass dieses Aktionsprogramm eine Leistung von vielen, vielen unserer Parteimitglieder und von vielen Freunden unserer Partei gewesen ist. Ihnen gebührt der Dank, vor allen den Mitgliedern des Ausschusses, und ich muss es noch einmal wiederholen, nachdem es schon Staatssekretär Withalm dankenswerterweise erwähnt hat; vor allem gilt der Dank dem ausgezeichneten federführenden Referenten unseres Ausschusses, dem Redakteur Karl Pisa. (Beifall.) Er hat neben vielen anderen guten Eigenschaften die Kunst des Formulierens, die uns sehr zustatten gekommen ist.

Wenn nun, meine sehr verehrten Parteifreunde, das Aktionsprogramm beschlossen wird, dann glaube ich wohl anregen zu dürfen, dass es nun in den Landesparteileitungen, in den Bezirksparteileitungen und in den bündischen Gremien einer neuen und verstärkten Beratung und Diskussion unterzogen werden möge und dass es auch von unseren Rednern in den Versammlungen als Grundlage genommen wird, damit es möglichst popularisiert, möglichst erläutert und bekanntgemacht wird und damit unsere Wähler sehen, um was es hier gegangen ist. Im Bundesparteivorstand aber werden wir an die schrittweise und konsequente Realisierung gehen müssen.

Nationalrat Kummer hatte recht, wenn er sagte, in dem Titel steht "Aktionsprogramm", steht die Aktion an erster Stelle; nun aber muss dem Programm die Aktion tatsächlich folgen.

Und noch ein Drittes. Dieses Programm ist unter einer ständigen und ernsten Mitarbeit und Zusammenarbeit von Vertretern aller Bünde und, wie ich glaube, auch aller Bundesländer, die ihre Anliegen nachdrücklich verfolgt und vorgebracht haben, entstanden. Alle haben

dem Ganzen, haben unseren Grundsätzen immer respektvoll die Anerkennung gezollt und den Vorzug gegeben; Staatssekretär Withalm hat ganz recht, wenn er sagte, je mehr wir uns - und das war die Erfahrung dieses Ausschusses - auf die Grundsätze zurückziehen, je mehr wir uns an den Grundsätzen orientieren, um so rascher ist auch die Einigung zwischen ganz divergenten Anschauungen, die ja anfänglich bestanden haben, zu erzielen. Auch hier könnte der Arbeitsstil des Aktionsprogrammausschusses ein Vorbild zur Nachahmung in anderen Gremien und bei anderen Auseinandersetzungen werden.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor über das Aktionsprogramm abgestimmt wird, bitte ich folgende Zusätze auf Grund der Diskussion einzubauen.

1. Die Bundesparteileitung wird aufgefordert, unverzüglich eine Kommission einzusetzen, die sich mit einer Neuformulierung und Ergänzung des Partei-Programms der Österreichischen Volkspartei unter Aufrechterhaltung seiner fundamentalen Grundsätze, aber im Hinblick auf die zeitbedingten Erfordernisse der Gegenwart und der künftigen Entwicklungen zu befassen hat. Die Kommission hat innerhalb Jahresfrist der Bundesparteileitung über das Ergebnis dieser Überprüfung zu berichten und entsprechende Vorschläge über eine neue Formulierung des Programms zu erstatten. (Beifall.)

2. Die Bundesparteileitung wird aufgefordert, einen aussenpolitischen Ausschuss ehestens am Sitze der Bundesparteileitung zu konstituieren. - Ich danke dem Herrn Minister Book vor allem, dass er diese Anregung, die ich schon in meinem Referat gemacht habe, konkreter übernommen hat. Ich danke ihm aber auch an dieser Stelle für seine klaren Ausführungen, die uns gezeigt haben, dass unsere Partei und unsere Regierungsmitglieder in der Frage der europäischen Integration verantwortungsbewusst an dieser schwierigen Aufgabe arbeiten,

und ich glaube, wir müssen ihm auch danken für jenen mutigen aufklä-  
renden Artikel, den er in einer Sontagsnummer der Österreichischen  
Tageszeitung unter dem Titel "Gefährliche Attacken" geschrieben hat.  
(Beifall.)

Ich bestrage weiter, dass alle übrigen Anregungen  
und Vorschläge, die in der Diskussion geäußert worden  
sind, durch den Generalsekretariat gesammelt und der  
Parteiparteileitung zur Beschlussfassung und weiteren  
Veranlassung vorgelegt werden.  
Schließlich bestrage ich, dass das so erhaltene  
Aktionsprogramm von Parteiparteileitung zur Beschlussfassung  
gebracht werden solle. (Lebhafter Beifall.)

3. Ich möchte ferner die Anregung der Landtagsabgeordneten Frau Weiser aufnehmen, die die familienpolitischen Bestrebungen der Volkspartei zu einer Koordination und Verstärkung bringen wollte durch den Vorschlag, hierfür einen besonderen Ausschuss zu bilden.

Es möge daher in unser Programm aufgenommen werden:

"Die Bundesparteileitung wird aufgefordert, einen Arbeitsausschuss für Familienpolitik zu konstituieren."

4. Ich beantrage im Sinne der Vorschläge des Herrn Dipl.-Ing. Sykora im 3. Absatz auf Seite 9 des Aktionsprogramms nach dem Wort "vorerst" die Worte aufzunehmen: "in verstaatlichten Betrieben". Dieser Fehler ist uns tatsächlich unterlaufen. Wenn Sie genau nachlesen, so fehlt sogar textlich diese Einschaltung, denn es heisst: "vorerst und Konzernbetrieben verstaatlichter Banken". Es hat daher richtig zu lauten: "... vorerst in verstaatlichten Betrieben und Konzernbetrieben verstaatlichter Banken."

Ich beantrage weiter, dass alle übrigen Anregungen und Vorschläge, die in der Diskussion gemacht worden sind, durch das Generalsekretariat gesammelt und der Bundesparteileitung zur Beschlussfassung und weiteren Veranlassung vorgelegt werden.

Schliesslich beantrage ich, dass das so ergänzte Aktionsprogramm vom Bundesparteitag zum Beschluss erhoben werden wolle. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Dipl.-Ing. Karl Schleinzner  
Hoher Bundesparteitag! Ich schlage vor, dass wir zuerst über die Zusatzanträge abstimmen und dann über das Aktionsprogramm. Oder wünschen Sie eine en bloc-Abstimmung? (Rufe: Ja! En bloc!) Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Sie haben sowohl die Zusatzanträge gehört als auch den Antrag auf zustimmende Kenntnisnahme des Aktionsprogrammes. Ich bitte alle Delegierten, die damit einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenprobe. - Ich darf also feststellen, dass sowohl die Zusatzanträge als auch das Aktionsprogramm einstimmig zur Kenntnis genommen wurden. (Abhaltender Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht verabsäumen, sowohl dem Vorsitzenden als auch allen, die in diesem Ausschuss mitgearbeitet haben, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Und ich möchte vor allem unserer Genugtuung und Freude darüber Ausdruck geben, dass hier in einer sehr gründlichen Arbeit die wesentlichen Zielsetzungen für unsere Arbeit in der nächsten Zeit festgelegt wurden.

Was das Aktionsprogramm betrifft, so muss also dem Programm die Aktion folgen. Aber mit der Aktion untrennbar verbunden ist die Organisation unserer Partei, um die wir uns im besonderen Masse bemühen und kümmern müssen und wobei es vor allem darum geht, dass wir wirklich bis



in die letzten Verästelungen unserer Organisation unseren Funktionären draussen das Bewusstsein und die Gewissheit geben, dass sie nicht nur ausführende Werkzeuge, sondern wirklich verantwortungsbewusste Mitarbeiter sind und dass wir vor allem die Aufgabe haben, auch die Ideen und die Grundsätze dieses Aktionsprogrammes in unsere Mitarbeiter und Funktionäre hinauszutragen, damit sie mit der Kraft dieser Zielsetzung und dieser Idee auch jene Arbeit vollführen, die im Interesse unserer Partei erforderlich ist.

Damit, meine sehr verehrten Delegierten, nähern wir uns dem Ende der heutigen Tagesordnung. Ich darf nun dem Herrn Landeshauptmann Gleissner gemäss § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung den Vorsitz übergeben. (Lobhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobm. Dr. Heinrich Gleissner: Ich verdanke dem Umstand, dass ich der älteste Landesparteiobmann bin, die Ehre, auch jetzt beim Ende der Wahlhandlung wieder den Vorsitz zu führen.

Ich würde bitten, dass der Wahlleiter, Nationalratspräsident Ing. Figl, das Ergebnis der Abstimmung mitteilt.

**Punkt 20: Bekanntgabe des Wahlergebnisses**

**Wahlleiter Nationalratspräsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. F i e i s l**

Herr Kanzler! Hoher Bundesparteitag! Die Wahlkommission hat in vier Abteilungen die Stimmzettel eingesammelt. Von 398 Wahlberechtigten wurden 331 Stimmen abgegeben, gültig waren 329.

Auf den neuen Bundesparteiobmann Nationalratspräsidenten Dr. Gorbach entfielen von den 329 gültigen Stimmen 305. (Starker anhaltender Beifall. Die Delegierten erheben sich und bereiten Bundesparteiobmann Dr. Gorbach stürmische Ovationen.) Ich glaube, die Splitterstimmen sind uninteressant.

Auf den neuen Generalsekretär Staatssekretär Withalm entfielen von 329 gültigen Stimmen 320. (Starker anhaltender Beifall.)

Auf den Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl entfielen von 329 gültigen Stimmen 198. (Lebhafter Beifall.)

Auf den Hauptreferenten für Finanzen Generaldirektor Habich entfielen 308 von 329 gültigen Stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Die vier Kandidaten haben im Sinne des Parteistatutes die erforderliche Anzahl von Stimmen erreicht und sind somit gewählt. (Beifall.)

**Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Heinrich G l e i s n e r :**

Hoher Bundesparteitag! Ich habe den Antrag zu stellen, die Wahlperiode für alle Parteifunktion<sup>u</sup>en, die nach dem Stat<sup>t</sup>ut zu wählen sind, deren Wahlperiode aber mit dem Bundesparteitag in Innsbruck im Jahre 1958 begonnen <sup>hat</sup>, neuerlich vom heutigen Bundesparteitag an laufen zu lassen, sodass für alle Parteifunktionäre, sowohl für die heute gewählten wie auch für die in Innsbruck gewählten, die Funktionsperiode bis 1963 dauert.

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? - Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Damen und Herren zum Zeichen der Zustimmung ihre Delegiertenkarte zu erheben. - Ich danke. Der Antrag ist angenommen.

Höher Bundesparteitag! Ich habe nun die grosse Freude und Ehre, im Namen des Bundesparteitages die neugewählten Funktionäre herzlichst zu begrüssen und ihnen die Glückwünsche des Bundesparteitages und damit der gesamten Österreichischen Volkspartei auszurichten. Ich möchte feststellen, dass es sich um langjährige verdiente Mitarbeiter im Parteilieben handelt und dass wir mit grosser Beruhigung diese Wahl treffen konnten.

Zwei unserer Parteifreunde ziehen neu in die obersten Parteileitungsstellen ein, Gorbach und Withalm. Beide wissen, dass sie keine Ehrenstellen übernehmen, sondern sehr opfervolle Berufungen. Ich glaube, wir werden ihnen ihr Opfer erleichtern, wenn wir Ihnen versichern, dass wir ihnen die entschlossenste Mitarbeit versprechen. (Beifall.) Wir wissen auch, dass mit der Zusammenarbeit dieser beiden, des Obmannes und des Generalsekretärs, der Erfolg und die erfolgreiche weitere Entwicklung der Volkspartei verbunden und gegeben ist. Wir glauben, dass wir dies erhoffen dürfen.

Und nun möchte ich mich nur mit einem Wort noch an unseren Parteifreund Gorbach wenden. Gorbach hat ein opfervolles Leben hinter sich. Er hat für die alte Monarchie Opfer auf dem Schlachtfeld gebracht, er hat für das junge Österreich schwere Opfer aus seiner Einstellung in der Verteidigung dieses Landes bringen müssen. Wir wissen, dass er diese Opfer in seiner neuen Stellung fortsetzen wird, und wir wissen auch, er bringt hierfür die besten Eigenschaften mit: das ist eine Festigkeit in der Sache und eine Konzilians in der Methode. Wir möchten ihm aus ganzen Herzen Glück wünschen, aber wir können ihm und der neuen Bundesparteileitung doch ein trostvolles Wort sagen: Sie sind vom vollen Vertrauen von uns begleitet, und wenn etwas dem neuen Bundesparteiobmann die Arbeit erleichtert, so ist es der Umstand, dass der scheidende Bundesparteiobmann anlässlich des Wahlvorschlages in der Wahlkommission erklärte: Gorbach hat sein volles Vertrauen und er versichere ihm, dass er mit ganzer Kraft ihn bei der Führung der Partei unterstützen werde und dass er als Bundeskanzler in voller Harmonie gemeinsam den Kampf um Österreich fortsetzen werde. (Starker Beifall.)

Ich glaube, diese Äusserung verpflichtet uns heute auch zu einem besonders herzlichen Dank an den scheidenden Bundesparteiobmann. Ich brauche ja nicht seine Verdienste zu würdigen, sie sind historisch, aber der Bundesparteitag möchte ihm hier aus ganzen Herzen schlicht und einfach sagen: Wir wissen um dieses letzte Jahrzehnt und wir wissen, dass es ohne Raab nicht gegangen wäre. (Stürmischer Beifall. Die Delegierten erheben sich von den Sitzen und bereiten Bundeskanzler Raab lebhaft Ovationen.)

Ich danke auch dem scheidenden Generalsekretär Dr. Maleta für seine in schweren Jahren der Partei geleisteten Dienste. (Lebhafter Beifall.)

Nun bitte ich die neugewählten Herren und die noch in der Bundesparteileitung befindlichen Funktionäre, uns hier am Präsidium abzulösen. Ich glaube, wir sollten jetzt noch einmal dem neuen Steuermann des ÖVP-Schiffes geloben, dass wir entschlossen und vorbehaltlos und in aller Einigkeit die grosse Aufgabe der Partei weiter erfüllen, weil wir nach der Wahl vom 10. Mai erkennen mussten zu unserem Trost und zu unserer Freude, dass weit über die Parteigrenzen hinaus die Österreicher wissen, dass eine starke führende Volkspartei unser Land vor Gefahr schützt und es den Weg in die Zukunft in Sicherheit gehen lässt. Auch das ist für uns ein beruhigendes Gefühl, dass wir, ich möchte sagen, nach dem Schock jetzt die Schocktherapie auf diesem Parteitag begonnen haben, unsere Partei wird nur gewinnen, wenn wir ihre Einheit und Schlagkraft aufrecht erhalten und noch verstärken.

Lieber Freund Gorbach: Auf den Weg, der jetzt unter deiner Führung der Partei vorgeseichnet ist, Glück und Erfolg! (Stürmischer Beifall. - Landeshauptmann Gleissner schüttelt dem neuen Bundesparteiobmann die Hand und begrüsst ebenso die Mitglieder des Präsidiums.)

Bundesparteiobmann Dr. Alphons Gorbach: Hoher Bundesparteitag! Es bereitet mir eine besondere Freude und Genugtuung, als erste Handlung meines verantwortungsvollen Amtes, eben beauftragt von den Landesparteiobmännern, den Landeshauptleuten und den Führern der Bünde Ihnen einen Antrag unterbreiten zu dürfen. Ich stelle im Namen der Vorerwähnten den

A n t r a g ,

den Herrn Bundeskanzler Ing. Julius Raab zum Ehrenobmann der Österreichischen Volkspartei mit Sitz und Stimmrecht in der Bundesparteileitung auf Lebenszeit zu ernennen. (Anhaltender stürmischer Beifall. - Die Delegierten erheben sich von ihren Sitzen. - Bundeskanzler Ing. Raab begibt sich zum Präsidium und nimmt die Glückwünsche des Bundesparteiobmannes entgegen, der ihm unter anhaltendem Beifall der Delegierten die Verleihungsurkunde zum Ehrenobmann der ÖVP überreicht.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Ihr Beifall enthebt mich der Pflicht, eine formelle Abstimmung vorzunehmen.

Als Schluss des Bundesparteitages folgt nun

Punkt 20: Schlusswort des neugewählten Bundesparteiobmannes

Bundesparteiobmann Dr. Alphons Gorbach: Hoher Parteitag! Ich darf Ihnen, meine Männer und Frauen, zunächst danken für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Ich brauche dieses Vertrauen, denn ich weiss, dass eine schwere Aufgabe vor mir steht. Ich bin in einem Alter, in dem man keine politischen Ambitionen mehr hat.

Seit 34 Jahren stehe ich im politischen Kampf, und er hat mir hart genug zugesetzt. Aber auch die Einsamkeit und die Bitternis, die Kälte, der Hunger und die Todesangst im Konzentrationslager, die Kränkungen und Enttäuschungen, vor denen kein Politiker verschont bleibt, haben die Grundlagen meiner politischen Überzeugung nicht erschüttert: Ich meine hierbei meinen Glauben an die Lebensfähigkeit des österreichischen Vaterlandes; meinen Glauben an eine echte christliche Politik als der Kraft, mit der das Schicksal des Landes steht und fällt, und ich meine hierbei meine Überzeugung, dass auf die Dauer politischer Erfolg nur denen beschieden ist, die sich von nichts anderem als ihrem Gewissen leiten lassen, die bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen und Diener an einem grossen Werke zu sein.

Ich habe daher auch nie darnach gestrebt, an die Spitze dieser Partei gestellt zu werden. Meine Freunde wissen, wie schwer es mir gefallen ist, dem Ruf zu folgen, der mir die Last schwerster Verantwortung aufbürdet. Wer aber von den anderen Pflichterfüllung fordert, muss auch selbst dazu bereit sein.

Ich möchte daher auch in den Kundgebungen des Vertrauens, die Sie, meine Parteifreunde, mir entgegenbrachten, Ihre Bereitschaft erblicken, mir aus dem gleichen Pflichtbewusstsein heraus, aus der gleichen Hingabe an die Partei, ehrlich und tatkräftig zu helfen. Glauben Sie mir; Der einzelne Mann ist wenig, die verschworene Gemeinschaft aber alles.

In meine Worte des Dankes für Ihr Vertrauen darf ich auch die übrigen Gewählten einschliessen, vor allem den neuen Generalsekretär Dr. Hermann Withalm, den ich gleichzeitig in meiner neuen Eigenschaft herzlich begrüsse und um gute Zusammenarbeit bitte.

Ich bin sehr glücklich darüber, dass die Bestellung der neuen Parteiführung in einem Geiste zustandekam, der das Gemeinsame vor das Trennende stellte und uns mit Zuversicht in die Zukunft blicken lässt. Das, Herr Bundeskanzler, ist nicht zuletzt deiner menschlichen Grossmut und deiner staatsmännischen Haltung zu danken. (Beifall.) Dein Wirken und deine Verdienste für Österreich sind, wie das heute schon öfters zum Ausdruck gebracht worden ist, bereits Geschichte geworden. Du hast unserer Partei durch Jahre den Stempel deiner Persönlichkeit aufgedrückt, und die begeisterte Zustimmung der Delegierten hat dir, Herr Bundeskanzler, bewiesen, wie sehr sie dein Lebenswerk zu würdigen verstehen. Wir danken dir aber auch, dass du so lange die doppelte Last der Staats- und Parteiführung auf dich genommen hast. Ich darf dir persönlich die Versicherung abgeben, dass ich die Aufgaben der Parteiführung in loyalster Zusammenarbeit mit dir erfüllen will. (Beifall.)



Meine Frauen und Herren! Gar vielfältig sind die Anliegen, vor denen wir stehen. Jede politische Epoche hat ihre eigenen Gesetze und fordert ihre eigenen Methoden und ihre eigenen Männer. Die Grundsätze unserer Partei sind klar und unveränderlich; sie beruhen auf den Lehrsätzen des Christentums, indem sie eine Synthese von Freiheit und Gemeinschaftsverpflichtung anstreben. Diese Lehrsätze sind aber auf die Ewigkeit bezogen und müssen daher auf die politischen Erfordernisse der einzelnen Epochen immer wieder aufs neue projiziert werden. Wer dort stehen bleibt, was vor hundert, vor fünfzig oder vielleicht nur fünfundzwanzig Jahren gültig sein möchte, spricht nicht mehr auf dem Sender der Gegenwart. Wer dies nicht erkennt, ist selbst schuld, wenn dann der Geist des anderen, des Fremden, des Gegners, auf der Zeitwelle spricht. Man darf nie die Menschen anklagen, wenn sie sich von einer Partei abwenden, sondern die Partei, wenn sie den Menschen nicht mehr zu packen vermag.

In Wahrheit werden wir dann den grössten Widerhall in der österreichischen Bevölkerung finden, wenn wir wieder konsequente Grundsatzpolitik betreiben, das heisst, wenn wir von den Grundsätzen her eine klare Stellungnahme zu allen politischen Tagesfragen beziehen und wenn wir uns nicht darauf beschränken, auf gegnerische Anschauungen und Forderungen lediglich zu reagieren. Das erfordert Zivilcourage, das erfordert aber auch eine organisierte Willensbildung der Partei. Dazu ist notwendig, dass die obersten Parteigremien nicht nur regelmässig zusammentreten, sondern dass in ihnen ehrlich

diskutiert und in ihnen um Beschlüsse gerungen wird, dass aber dann auch die mit Mehrheit gefassten Beschlüsse von allen vertreten werden.

Ich stelle mir vor, dass der aktivierte Bundespartei-vorstand jede Woche an einem gleichbleibenden Termin zusammentritt, um die notwendigen Führungsentscheidungen zu fällen. Nur so, meine sehr verehrten Frauen und Herren, sehe ich eine erfolgreiche Erfüllung meines Auftrages gewährleistet.

Ich bekenne mich weiter als ein Mann der Teamarbeit, des Zusammenwirkens und des Ausgleiches. Nur darf die Verschiedenheit von Meinungen und Interessen nie dazu führen, dass Entscheidungen darüber überhaupt unterlassen werden. Sie müssen, wie ich schon sagte, in ehrlichem Ringen gefasst und dann von der ganzen Partei vertreten werden. Aus dem Widerstreit der Meinungen wird stets eine einheitliche Parteilinie zu finden sein.

Aber die Wirksamkeit einer politischen Führung ist nicht nur ein technisches Problem. Das Zusammenwirken, die Bereitschaft, eine Mehrheitsentscheidung auch wirklich anzuerkennen, hängt nicht zuletzt davon ab, dass ihre Mitglieder und Mitarbeiter um gegenseitiges Verständnis bemüht sind und in ihr das Gesetz der Kameradschaft lebendig ist.

Darmit im Zusammenhang steht die Forderung nach unbedingter Sauberkeit aller jener, welche die Partei herausstellt. (Beifall.) Wer sich schuldig macht, hat, auch wenn menschliches Verstehen berechtigt sein mag, unverzüglich aus seinen Funktionen auszuscheiden. (Erneuter Beifall.)

Man soll in einem solchen Falle zu menschlicher Hilfe bereit sein, aber der Ehrenschild der Partei verlangt in solcher Fällen kompromisslose Entscheidungen.

Es wird sich auch als notwendig erweisen, der jüngeren Generation nicht nur den Weg in die Führungsstellen der Partei frei zu machen, sondern ihr auch eine Plattform zu geben, auf der sie ihre Eignung erproben kann. Daher bin ich auch ein Gegner der allzu grossen Ämterkumulierung. (Lebhafter Beifall.) Eine solche Kumulierung führt zwangsläufig zur Vernachlässigung gewisser Führungsaufgaben. Wenn drei oder vier Menschen die Aufgaben übernehmen, die bisher eine Person innehatte, so bedeutet das eine Vervielfachung der Arbeitsleistung für die Partei.

Und nunmehr ein Wort zu den Bünden. Die Bünde, so bedeutungsvoll sie im Aufbau der Partei sind, haben immer nur ein Teil des Ganzen zu sein. (Lebhafter Beifall.) Und jeder Abgeordnete hat, bei aller Würdigung der einzelnen Berufsinteressen, die gesamte Bevölkerung zu vertreten. Jedes Parteimitglied muss das Gefühl haben, dass es einer Partei und nicht bloss einem Bunde angehört.

Die zentrale Aufgabe jeder Politik ist es, den Menschen das Leben zu erleichtern, die Schwachen stärker, die Armen <sup>zu machen</sup> reicher /und die von Unrecht Verfolgten der Gerechtigkeit teilhaftig werden zu lassen. (Beifall.)

Mit anderen Worten, die Rechtfertigung unserer Partei steht und fällt mit der Sorge um die kleinen Leute, um die wirtschaftlich Schwachen, um diejenigen, die zu kurz kommen, weil sie sich darauf beschränken, nur ihre Pflicht zu erfüllen

**Wir sind - und das möchte ich hier formuliert wissen -  
 eine demokratische Partei. Wir sind daher keine Partei eines  
 Standes oder einer Klasse. Wir sind aber auch keine Partei  
 irgendeiner Konfession.**

Wir sind - und das möchte ich hier formuliert wissen -  
 eine demokratische Partei. Wir sind daher keine Partei eines  
 Standes oder einer Klasse. Wir sind aber auch keine Partei  
 irgendeiner Konfession.

In Frankreich hat die Aufgabe der nichtkonfessionellen  
 Kräfte dieses Landes in Deutschland, in Preussentum, in  
 Italien und sonstwo zeigt ein Ausmaß erreicht geworden.

Wir wollen diese Hoffnungen, die der Vergan-  
 genheit angehören, in Zukunft beleben lassen und uns  
 um die Beseitigung der Hindernisse bemühen, welche die  
 Aufhebung der konfessionellen Lager in der Vergan-  
 genheit hinderten.

Seine Aufgabe ist es, wir stehen im Vorabend großer  
 Veränderungen und die Zukunft unseres Landes, insofern  
 wir uns nicht über die konfessionelle Seite, die uns in  
 den letzten Jahren beunruhigt hat, Ich befürchte, dass  
 sich die Parteien sehr bald nach dieser Richtung wie-  
 der aggressiver werden, dass sie sich sehr je bemühen  
 werden, durch ihre Machtmittel in allen öffent-  
 lichen Bereichen des Landes zur Machtverteilung abzurufen.

Es ist auch von der religiösen Verantwortlichkeit des gläubigen Parteifunktionärs her gesehen unsere Aufgabe, unsere Arme weit zu öffnen und allen, die aus christlicher Gesinnung zu uns kommen, eine politische Heimstatt zu geben. Wer sich gegen eine solche Auffassung wendet, der wendet sich gegen unseren Auftrag, die Mehrheit der Menschen unseres Staates zu sammeln, um diesem Staat den Stempel einer christlich-demokratischen Ordnung aufzudrücken. (Beifall.) Wer sich gegen diesen Gedanken der Sammlung wendet, der besorgt die Dienste unserer politischen Gegner.

In Wahrheit ist die Teilung der nichtmarxistischen Kräfte dieses Landes in Katholiken, in Protestanten, in Liberale und Nationale längst ein Anachronismus geworden.

Wir wollen diese Klassifizierungen, die der Vergangenheit angehören, in Hinkunft beiseite lassen und uns um die Bereinigung der Nahtstellen bemühen, welche die Aufspaltung des nichtmarxistischen Lagers in der Vergangenheit hinterlassen hat.

Meine Parteifreunde! Wir stehen am Vorabend grosser Entscheidungen über die Zukunft unseres Landes. Täuschen wir uns nicht über die innerpolitische Ruhe, die uns in den letzten Monaten beschieden war. Ich befürchte, dass ~~sich~~ die Sozialisten sehr bald nach diesem Parteitag wieder aggressiver werden, dass sie mehr denn je bemüht sein werden, durch ihre Durchdringungstaktik in allen öffentlichen Bereichen den Hebel zur Machtergreifung <sup>zu</sup> ansetzen.

Wir müssen oft den Eindruck haben, dass der Wille zur Zusammenarbeit auf Seite der Sozialisten nur bedingt ist, dass er nur solange besteht, als sie nicht über die Mehrheit verfügen. Das ist keine demagogische Behauptung, das ist eine Erfahrung, die wir hier in Österreich überall dort gesammelt haben, wo die Sozialistische Partei dominiert. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit erfordert jedoch, dass der ehrliche Wille auf beiden Seiten vorherrscht.

Wir schreiben heute den 12. Februar, fürwahr ein historisches Datum, und ich stehe nicht an, mich in Ehrfurcht zu verbeugen vor den Opfern, die dieser unglückliche Tag gekostet hat. Die einen kämpften für die Demokratie und die anderen für die Freiheit. Soll uns nicht heute dieses historische Datum auf beiden Seiten mahnen, alles daranzusetzen, dass eine solche Situation nie wiederkehrt? Die Zusammenarbeit, geboren aus der Einsicht der gemeinsamen Not, die uns der Verlust unserer Freiheit, der Krieg und die Konzentrationslager bescheerten, hat nach 1945 die Grundlagen des Wiederaufbaues und des sozialen Friedens in unserem Lande geschaffen. Wir sollten auch weiterhin bemüht sein, dass uns mehr gemeinsam ist als uns trennt.

Bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit verhehlen wir uns jedoch nicht, dass die totale Koalition, wie sie gegenwärtig praktiziert wird, nicht mehr den Erfordernissen

der Zeit entspricht. (Lebhafter Beifall.) Es ist heute von einem Debatteredner ausgeführt worden: es ist eine andere Zeit. Der Druck der Besatzungsmächte ist weggefallen. Darum möchte ich es auch als ein unverändertes Ziel bezeichnen, nach Ablauf des gegenwärtigen Paktes, falls die Kräfteverteilung sich nicht wesentlich ändert, jene Lockerung des Koalitionsregimes herbeizuführen, die für die Erhaltung eines freien und demokratischen Lebens in Österreich unerlässlich ist. (Neuerlicher Beifall.)

Wir sind jedoch keine Phantasten und wissen, dass eine solche Entwicklung ihre Zeit braucht. Der Marxismus, der nach wie vor die geistige Grundlage der SPÖ darstellt, ist in den letzten Konsequenzen unteilbar. Darüber darf uns keine Tarnung hinwegtäuschen. Wer erinnert sich nicht - in der heutigen Debatte ist es mehrfach angeklungen - der von Unmut geladenen Äusserungen, mit denen der sonst so verbindliche und gewandte Parteiohmann der Sozialistischen Partei gegen die wirtschaftliche Integration der freien Völker des europäischen Kontinent Stellung nahm.

Hier liegt auch die Torschlusspanik der Sozialisten begründet. Sie wissen genau, dass eine wirtschaftliche Integration Europas nur auf markt- oder planwirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaut sein kann. Die EWG, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, als Kernstück einer solchen Integration ist marktwirtschaftlich orientiert. Jede Assoziation bedeutet, daher zwangsläufig auch eine Bindung der inneren Wirtschaftsordnung der einzelnen Staaten an das gemeinsame Prinzip.

In einem marktwirtschaftlich integrierten Europa ist für einen Staat mit sozialistischer Wirtschaftsordnung, für gemeinwirtschaftliche Experimente kein Platz. Sehen Sie, das ist der wahre Grund der offenen und versteckten Angriffe der sozialistischen Politiker gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Das ist aber auch der wahre Hintergrund, warum sozialistische Politiker den Begriff der österreichischen Neutralität weiter zu fassen wünschen, als er im Staatsvertrag festgelegt wird; warum sie mit dem geheimen Gedanken eines sozialdemokratischen Zwischengürtels zwischen Ost und West



spielen. Das muss einmal offen gesagt sein. (Beifall.)

Gerade deshalb, weil wir in einer aussenpolitisch so ernstesten Zeit und an der Grenze zweier Welten leben, halten wir an der Zusammenarbeit der Parteien fest. Aber sie darf nicht dazu führen, dass wir das Gesicht verlieren; dass wir erst recht im Nebel einer unehrlichen Propaganda kollektivistischen Zuständen entgegengehen.

Wir sind, um es noch einmal zu sagen, zu einer ehrlichen Zusammenarbeit bereit, die berücksichtigt, dass die Mehrheit des österreichischen Volkes nicht sozialistisch ist, dass die Mehrheit des Volkes der Konzeption des freien Europa anhängt, dass diese Mehrheit von uns als der Österreichischen Volkspartei verlangt, dass wir unserer Stärke entsprechend unsere Grundsätze auch durchsetzen. Dazu muss in der Koalition Offenheit und Wahrheit herrschen. Dazu müssen die Sozialisten anerkennen, dass wir lange genug die Hauptlast der Verantwortung getragen, ihnen aber immer wieder propagandistische Effekte gestattet haben.

Für die Koalition der beiden grossen Parteien soll nicht die Umkehrung eines Wortes Baconsfields gelten, der es einmal über Europa gesagt hat: Europa, sagte er, sei eine Firma, deren Bücher nie stimmen, weil die einzelnen Teilhaber die Verluste ihrer Kompagnons jeweils als ihren Gewinn buchen. (Beifall.)

Ich wiederhole daher, meine sehr Verehrten: Unsere Bereitschaft ist da, aber sie erfordert auch auf der Gegenseite Bereitschaft. Wenn die Gegenseite den Kampf will, dann soll sie den Kampf auch von unserer Seite haben. (Lebhafter Beifall.)

Und nun, meine Parteifreunde, ein bisschen Geduld, ich komme jetzt auf etwas Grundsätzliches. Lassen Sie mich hier einige Grundsätze unseres Programmes noch einmal kurz zusammenfassen, um verständlich zu machen, vor welcher tiefgreifenden Entscheidung wir Österreicher gemeinsam mit den anderen freien Völkern der Welt stehen.

1. Es geht darum, ob der Mensch in einer Zeit, in der er sich anschickt, in den Weltraum vorzustossen, Freiheit und Menschenwürde mit Wohlstand und Sicherheit zu vereinigen<sup>n</sup> vermag oder ob er zum Objekt von Apparaten und Maschinen herabsinkt. Die christliche Synthese von Freiheit und Gemeinschaftsverpflichtung in ihrer Anwendung auf alle Lebensbereiche ist das Ziel der Österreichischen Volkspartei.

2. Die Österreichische Volkspartei ist sich bewusst, dass es die Aufgabe der Politik ist, die ethisch-moralischen Kräfte zu wecken und zu fördern. Der Staat hat daher die Mitarbeit der Religionsgemeinschaften zu begünstigen; denn religiöse Bindung bedeutet moralische Verpflichtung und Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gemeinschaft. (Beifall.)

Freiheit und Wohlfahrt werden im übrigen nicht allein durch die politischen Sendboten des Kollektivismus bedroht, sondern auch durch eine weitverbreitete Grundsatzlosigkeit und materialistische Haltung in allen Schichten der Bevölkerung. (Erneuter Beifall.)

3. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu einem freien und selbständigen Österreich, dessen Bestimmungen es ist, in einer Vereinigung der freien europäischen Völker

seiner historischen Mission als Brücke zwischen den Völkern West- und Osteuropas zu dienen. Sie sieht in einer gemeinsamen Politik der europäischen Völker eine Voraussetzung für die Erhaltung ihrer Freiheit und ihre aktive Anteilnahme am welt-politischen Geschehen.

4. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur demokratischen Staatsform, indem sie jeden Staatsbürger das gleiche Recht zu seiner geistigen und menschlichen Entfaltung anerkennt, indem sie die qualitative Gleichheit durch ständige Verbesserung des Bildungsstandes anstrebt, indem sie sich durch Überwindung der Kastengrenzen die Schaffung einer echten Gemeinschaft zum Ziele setzt.

5. Die Österreichische Volkspartei ist eine soziale Partei, indem sie sich gleichermassen gegen Kapitalismus und Kollektivismus wendet, indem sie für eine Sozialordnung eintritt, die das Recht des einzelnen auf freie Entfaltung mit dem Recht auf Arbeit, auf einen gerechten Lohn und soziale Sicherstellung verbindet. Ihr Ziel ist die Herauslösung des Arbeiters aus der Proletariersituation. (Lebhafter Beifall.)

6. Die Österreichische Volkspartei tritt für die Zurückhaltung der staatlichen Allmacht ein, sie sieht vor allem in der Zusammenballung von zuviel Eigentum in der staatlichen Hand und in einem übersteigerten Zentralismus eine ernste Gefahr für die persönliche Freiheit und die Abwehr der kollektivistischen Zeittendenzen.

7. Die Österreichische Volkspartei sieht im persönlichen Eigentum eine Funktion der freien Persönlichkeit.

Sie ist für die Unantastbarkeit des in Ehren erworbenen Eigentums, wo immer es seinen persönlichen Charakter erhalten hat. (Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei wendet sich grundsätzlich gegen jede Ausweitung des Kollektiveigentums, ob es sich nun in der Hand des Staates oder anderen öffentlichen Körperschaften befindet. Sie ist für die unbedingte Beschränkung der Verstaatlichung auf die Grundstoffindustrie und Energieerzeugung. (Beifall.) Je mehr der Staat - glauben Sie mir das - als Eigentümer auftritt, umso mehr bedroht er die Freiheit des einzelnen. Was allen gehört, gehört in Wahrheit niemandem! (Beifall.)

In Verfolg dieser Haltung tritt die Österreichische Volkspartei einerseits für ein breit gestreutes Mit Eigentum an den Grossbetrieben durch Aktiensparen, andererseits durch neue Wege der Beteiligung am Betriebserfolg seitens der Belegschaft ein.

8. Die ÖVP bekennt sich zur Forderung nach sozialer Sicherheit, aber sie lehnt den Versorgungsstaat als das Paulbett der menschlichen Gemeinschaft rücksichtslos, kompromisslos ab, ebenso wie den Staatskapitalismus, weil beide nicht nur zur Schrumpfung der Wirtschaft, zur Verringerung der sozialen Leistungsfähigkeit, sondern auch gesetzmässig zum totalen Staat führen. Die Österreichische Volkspartei erblickt in der sozialen Marktwirtschaft

das gegenwärtig geeignetste Instrument, <sup>für</sup> ein Höchstmass an wirtschaftlichem Erfolg und an Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für jedermann.

9. Die Österreichische Volkspartei verlangt eine verstärkte Familienförderung. Die Familie darf durch ihre Unterhaltssorgen, die höheren Kosten für eine familiengerechte Wohnung und die Ausgaben für die Ausbildung der Kinder keine soziale Abwertung erfahren.

10. Die Österreichische Volkspartei erachtet eine heimatverbundene und leistungsstarke Bauernschaft für die geistige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung von Volk und Staat unerlässlich. Der österreichischen Bauernschaft sind natürliche Grenzen der Rationalisierung gesetzt, sodass sie einer nachhaltigen marktgemässen Förderung nicht entraten kann.

Die Förderung der Landwirtschaft durch zusätzliche Massnahmen muss so lange als berechtigt anerkannt werden, als der nur schrittweise erreichbare Wunsch der Bauernschaft nach gerechten Löhnen für ihre harte und risikoreiche Arbeit nicht erfüllt ist. (Beifall.)

11. Die Österreichische Volkspartei sieht in der Erhaltung einer stabilen Währung die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Prosperität und sozialen Sicherheit. Die Inflation schadet gerade den wirtschaftlich Schwächsten, sie führt zur behördlichen Zwangswirtschaft und entmündigt die Selbständigen.

Die ÖVP verlangt eine Steuerpolitik, welche den Trägern der geistigen und wirtschaftlichen Initiative gerecht wird und die mittelständische Wirtschaft - ich meine hier vor allem das gefährdete Kleingewerbe - begünstigt.

12. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum Vorrang der Kulturpolitik vor jeglicher anderen Politik, da der materielle Fortschritt ohne geistige Initiative, ohne Wissen, ohne Einsicht in die technischen und organisatorischen Zusammenhänge undenkbar ist. (Beifall.)

13. Ohne geistigen Fortschritt gibt es keine Steigerung der Produktivität, ohne Steigerung der Produktivität keine Erhöhung des Wohlstandes.

Und nunmehr habe ich noch etwas am Herzen, was ich hier aussprechen muss.

Meine lieben Parteifreunde! Ich erblicke eine grosse Gefahr in der Unterwanderung durch den Geist des Gegners.

Es gibt einen Hypnose-Erfolg des Sozialismus, der weit hinein in die allerbürgerlichsten Kreise reicht. Es ist daher notwendig, auch nach dem versteckten Kollektivismus in den eigenen Denkgewohnheiten zu forschen.

Wir wollen deshalb mit allem Nachdruck auch klarstellen, dass die Koalition von ÖVP und SPÖ keine Koalition von Sozialpartnern, das heisst von Arbeitgebern auf der einen und Arbeitnehmern auf der anderen Seite ist. Wir müssen wieder durchsetzen, dass sich die Sozialpartner auf der Ebene der hierfür zuständigen autonomen Körperschaften begegnen.

Wir finden heute in unserem Staate kaum mehr Enterbte des Kapitalismus, von denen ja die Sozialdemokratie einstens lebte, sondern viel eher die Enterbten des Sozialismus. Nehmen wir uns dieser Enterbten an und präsentieren wir den Sozialisten die Rechnung.

In diesem Zusammenhang darf ich ein Anliegen, das mir persönlich dringend erscheint, die Hebung der Ausbildung unserer jungen Menschen, besonders erwähnen. Es ist Ihnen, meine lieben Parteifreunde, bekannt, dass der Ministerpräsident der Sowjetunion erklärt hat, die UdSSR würde heute doppelt so viele Ingenieure ausbilden als Amerika; damit würde die Sowjetunion auch ohne Krieg in der Lage sein, in absehbarer Zeit die Führung der Welt an sich zu reißen.

Ja, meine Parteifreunde! Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass das neue Kapital, das Kapital der zweiten Jahrtausendwende, nicht mehr die Bodenschätze, nicht mehr Gold und Devisen sein werden, sondern Menschen, die über Können und Fachwissen verfügen. Die moderne automatisierte Wirtschaft

steht und fällt mit den Ingenieuren, den Managern und den Fachleuten. Das gibt auch einem kleinen Lande, wie es Österreich ist, die Chance, in der weltpolitischen Entwicklung ein Gewicht in die Waagschale zu werfen. Für Österreich bedeutet dies die Chance der Zukunft.

Ich stehe auch nicht an, im Vollbewusstsein meiner Verantwortung, die ich jetzt trage, zu erklären, dass aus diesen Gründen, vor allem aber auch um den würdelosen Zustand der Diskriminierung der konfessionellen Schulen endlich zu beseitigen, jene Dotierung dieser Lehranstalten erreicht werden muss, die dem Staat noch immer Millionen erspart, den Trägern dieser Schule jedoch das Auskommen sichert. (Lebhafter Beifall.)

Ich bin überzeugt, dass dies auch der kleine Mann anerkennt und dass wir mit dem Verlangen, weit mehr öffentliche Mittel als bisher der Ausbildung zu widmen, tiefen Widerhall in der Bevölkerung finden werden. Ich bin zum Beispiel auch Ihrer Zustimmung zu der Anregung sicher, dass der Erlös aus dem Verkauf von Minderheitsanteilen der verstaatlichten Industrie für Schulbauten und für die Hebung der Bildungsmöglichkeiten der österreichischen Jugend verwendet wird. (Beifall.)

Unser Verlangen, dass ein begrenzter Anteil an den verstaatlichten Unternehmungen durch Ausgabe von Klein- oder Volksaktien in den unmittelbaren Besitz österreichischer Staatsbürger kommt, bleibt selbstverständlich aufrecht. Wir vertreten auch unmissverständlich den Standpunkt, dass zwischen verstaatlichter und privater Wirtschaft endlich gleiche Konkurrenzbedingungen herzustellen sind. (Beifall.)



Was das politische Klima in der verstaatlichten Industrie anbelangt, so will ich meinen Freunden im AAB die verbindliche Erklärung abgeben, dass wir wachsam sein und keinen Terrorfall dulden werden, auch wenn man sich in die Betriebe mit Katzenpfoten durch die Hintertür einschleicht. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen der Gesinnungsfreiheit ohne Rücksicht auf eigene Interessen zum Durchbruch verhelfen, weil wir überzeugt sind, dass Grundsatztreue über allem zu stehen hat und letztlich auch von der Bevölkerung honoriert wird.

Ich möchte noch etwas sagen: dass wir uns in Zukunft nicht mehr einer Terminologie bedienen sollen, die da sagt: "Der Staat ist mit den Parteien identisch." Ich glaube, hier sagen zu dürfen: Der Staat ist mehr als die Parteien. Der demokratische Staat verbietet jene Proporzpraxis, die zum Gesinnungszwang führt, die jeden, der im Lebensbereich der Sozialistischen Partei avancieren will, zu einer politischen Kapitulation verpflichtet.

Die Lüge muss daher aus dem öffentlichen Leben ausgemerzt werden, ebenso die Verletzung der Menschenwürde und *die* Korrumpierung der Charakter, die um sich zu greifen droht. Die rechtsstaatliche Ordnung muss uns über allem stehen.

Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich habe in grossen Zügen dargelegt, welche Voraussetzungen mich bei der Übernahme meines Amtes leiten. Mein Leben ist den Prinzipien der christlichen Demokratie in der Politik gewidmet. Ich habe aber auch meine Lebensaufgabe immer wieder darin gesehen, das Trennende zu überwinden und alle, die guten Willens sind,

wo immer sie gestanden haben mögen, in unseren Reihen zu sammeln. So will ich es auch als Bundesparteiobmann halten. Die grosse Sammlung, die Vereinigung aller, die diesem Lande die Freiheit und das christliche, europäische Gepräge erhalten sollen, muss unser Ziel sein.

Wir bekennen uns zu den freien Völkern Europas. Wir sehen daher in allen Integrationsbemühungen, ob sie unter dem Titel EWG oder EFTA laufen, nur ein Ziel: die Geburt eines politisch und wirtschaftlich starken und einigen Europas.

Unsere natürlichen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen drängen uns zu einer Assoziation mit unseren westlichen Nachbarn, die der EWG angehören. Fast die Hälfte unserer Exporte sind im Jahre 1958 in die Länder der EWG gegangen und nur 12 Prozent in die EFTA-Länder. Auf dem agrarischen Sektor ist unser Export sogar bis zu 90 Prozent auf die EWG-Länder abgestimmt und nur zu 5 Prozent auf den EFTA-Raum. Unsere Leitlinie ist also auch aus rein materiellen Motiven vorgezeichnet.

Es ist die Aufgabe der österreichischen Aussenpolitik, und dazu wurde in der Debatte einiges sehr Bemerkenswertes gesagt, diesen Tatsachen, die ich vorhin aufgezeigt habe, durch entsprechende Massnahmen und Vereinbarungen Rechnung zu tragen. Dass hierbei auf die Neutralität Österreichs Bedacht zu nehmen ist, ist selbstverständlich. Neutralität darf uns aber nicht in eine neutralistische Isolierung führen.  
(Beifall.)

Daher werden wir wachsam sein müssen, um zu verhindern, dass die Aussenpolitik Österreichs von Bestrebungen beeinflusst wird, die das Interesse des Landes und seine Wirtschaft

gegenüber parteipolitischen Sondertendenzen zurückstehen lassen und zu einer bedenklichen Zwischenstellung führen könnten.

Ich verhehle Ihnen nicht, welche Sorge mir und Ihnen allen in diesem Zusammenhang die Frage Südtirol bereitet. Auch dazu, obwohl in der Debatte schon sehr viel gesagt worden ist, aus meinem Mund noch einige Feststellungen.

Wenn über etwas bei uns unverbrüchliche Einmütigkeit besteht, so darüber, dass für uns die Erhaltung der Lebensrechte unserer Südtiroler Brüder und Schwestern eine Angelegenheit ist, für die wir mit unserer ganzen Hingabe und unserer ganzen Bereitschaft eintreten. (Starker Beifall.)

Ich richte daher an die Führung der Democrazia cristiana den Appell, im Zeichen unserer gemeinsamen christlichen Verantwortlichkeit, im Zeichen unserer gemeinsamen europäischen Gesinnung und im Zeichen einer Freundschaft, die zwischen unseren Völkern längst besteht, das Ihre dazu beizutragen, um diesen Zankapfel zwischen Österreich und Italien zu beseitigen. Unsere und unserer Südtiroler Brüder Forderungen sind nicht masslos, sie haben nur zum Ziel, was das italienische Volk mit gleichem Rechte einst von uns gefordert hat. Wir möchten vermeiden, dass der Gleichklang der freien Völker Europas am Brenner gestört wird. Aber niemals wird jemand von uns verlangen dürfen, dass wir unsere Südtiroler Brüder im Stiche lassen! (Lebhafter Beifall.)

Es wird begreiflicherweise nicht zu vermeiden sein, dass meine Betrauung mit der Führung der Österreichischen Volkspartei in bestimmten Kreisen mit Reserve aufgenommen wird. Ich möchte aber auch in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringen, dass für uns Österreich nicht erst nach 1918 begonnen hat. (Beifall.) Unsere Liebe, unsere Anteilnahme gehört noch immer den Völkern jenseits unserer Grenzen im Norden, im Osten und im Süden. Wir wollen nicht nur um der formalen Verpflichtung zur Neutralität willen, sondern aus innerer Gesinnung Brücke sein und zur friedlichen Koexistenz beitragen, soweit es in unseren Kräften steht.

Aber die führenden Kreise des Ostbäckeres mögen sich bewusst sein, dass diese Bereitschaft nur dann von Gewicht

ist, wenn unsere weltanschauliche Zugehörigkeit zum Geiste des christlichen Abendlandes, zu dessen Auffassungen über Demokratie und Menschenrechte unbestritten ist. Ich möchte es laut und deutlich mit anderen Worten sagen: Im Kampfe der Weltanschauungen und der Geister stehen wir auf dem Standpunkt des wahren Christentums, auf dem Standpunkt einer wohlverstandenen Demokratie und der aus ihnen fließenden Menschenrechte und der unbedingten Ablehnung der Einparteiherrschaft! (Starker Beifall.) Im gleichen Masse, in dem die Machträger des Ostens sie Selbstsicherheit ihrer politischen Überzeugung zur Schau tragen und gleichzeitig um friedliche Koexistenz werben, in demselben Masse muss auch uns und - ich möchte dies ohne Auftrag sagen - den anderen Völkern der westlichen Welt das gleiche Recht zugestanden werden.

Ich komme nunmehr endlich zum Schluss. Ich stehe vor Ihnen als ein Mann aus der Steiermark, aus jenem Land, in dem nach Ansicht mancher, die hier anwesend sind, ein wildes, nicht unbedingt verträgliches Bergvolk haust. (Lebhafte Heiterkeit.) Der Herr Kanzler hat einmal das Wort geprägt, das seien die zurückgebliebenen fusskranken Avarren (neuerliche Heiterkeit), die politischen Strauchritter an der Semmeringgrenze. Na, ich will hier nicht über Recht und Unrecht einer solchen Behauptung urteilen. Ich will Ihnen, meine Parteifreunde, nur eines sagen: Wir Steirer waren bemüht, unser Haus in Ordnung zu bringen.

Wir haben - und das möchte ich doch zum Ausdruck bringen -  
immer, wenn wir uns für politische Ziele einsetzten - das  
Klima war manches Mal etwas rauh - , das ganze Österreich  
im Auge gehabt. Wir sind in unserer ganzen Geschichte Men-  
schen gewesen, die für Österreich litten und stritten. Aus  
diesem Grunde haben mich meine Freunde in der Steiermark  
auch bewogen, dieses nicht leichte Amt anzunehmen.

Ich will nicht, daß es besser werden wird,  
aber wieviel ist gewiss in dem Jahre  
vergangen, das so gut werden soll.  
Die österreichische Bevölkerung soll das Bestreben  
haben, daß wir alle miteinander auf dem besten Weg  
zum rechten Weg für unsere Substanz, unsere Freiheit und unsere  
Sicherheit zu suchen. Die Freiheit der Person, die Achtung  
der Menschenwürde, die Toleranz und die Liebe zu einem  
einzigartigen Vaterland, in dem wir leben, sind keine leeren  
Worte. Wir können auf dieser Basis vielleicht einmal eine  
Vahlrecht verlieren, aber niemals die Zukunft, unsere  
lieben Freunde. (Lebhafter Beifall.)

Ich richte in dieser für mich so bedeutungsvollen Stunde  
auch einen Appell an die Frauen dieses Landes. Sie sind die  
Hüter des Lebens und der Zukunft. Sie sind die Beschützer der  
stillen Einsicht, des Mutes und der vernünftigen Ordnung. Ich  
denke Ihnen, meine sehr verehrten Frauen und Mütter in Öster-  
reich, nur zu wünschen, daß dies auch mein Ziel, daß dies  
auch unser aller Ziel ist. So wie wir leben den Besten  
möglich ist, der stolzen Jugend dieses Landes, so wollen

Wir haben nur die Gewohnheit, die Dinge bisweilen offener beim Namen zu nennen, als es anderswo üblich ist, Wir vertreten auch die Meinung, dass Selbstkritik bisweilen gut tut. Glauben Sie mir, meine Parteifreunde, nicht die Beschönigung von allem und jedem ist es, welche die Massen bindet, sondern das ehrliche Ringen um bestmögliche Lösungen. Es gilt auch hier das geheimnisvolle Wort Georg Lichtenbergs, der einmal sagte: "Ich weiss nicht, ob es besser werden wird, wenn es anders wird. Aber soviel ist gewiss: Es muss anders werden, wenn es gut werden soll."

Die österreichische Bevölkerung soll das Bewusstsein haben, dass wir alle mitsammen aufs neue bemüht sind, den rechten Weg für seine Wohlfahrt, seinen Schutz und seine Sicherheit zu suchen. Die Freiheit der Person, die Achtung der Menschenwürde, die Toleranz und die Liebe zu diesem einzigartigen Vaterland, in dem wir leben, sind keine Schlagworte. Wir können auf dieser Basis vielleicht einmal eine Wahlschlacht verlieren, aber niemals die Zukunft, unsere meine lieben Freunde. (Lebhafter Beifall.)

Ich richte in dieser für mich so bedeutungsvollen Stunde auch einen Appell an die Frauen dieses Landes. Sie sind die Hüter des Lebens und der Zukunft. Sie sind die Bewahrer der stillen Einsicht, des Maßes und der vernünftigen Ordnung. Ich kann Ihnen, meine sehr verehrten Frauen und Mütter in Österreich, nur versichern, dass dies auch mein Ziel, dass dies auch unser aller Ziel ist. So wie euer Leben den Nachkommenden gewidmet ist, der stolzen Jugend dieses Landes, so wollen

wir auch unsere Politik nur darauf abstimmen, dass der Jugend in Österreich ein Leben in Frieden, Glück und Ordnung beschieden ist. (Lebhafter Beifall.)

Daher mein letztes Wort und mein letzter Appell an dich, meine liebe Jugend, selbst. Glaubt es mir, alle unsere Bemühungen wären sinnlos, wenn sie nicht von der Jugend anerkannt und fortgesetzt würden. Österreichische Jugend, vor dir steht eine Zukunft, die dir jene Erfüllung bringen kann, die uns versagt blieb. Wir sind in Kriegen und politischen Schlachten fast zerrieben worden, ja man kann sagen, wir tragen die Narben von diesen Auseinandersetzungen noch an unserem Körper. Wir möchten, dass euch beschieden wird, was uns in jungen Jahren vorgeschwebt ist.

Aber auch euch muss ich sagen, es wird niemandem in dieser Welt etwas geschenkt. Ihr müsst auch euren Teil dazu beitragen. Ihr tragt ein Stück österreichische Schicksal in eurem Herzen. Nehmt daher die Geschicke selbst in eure Hand. Darum fordere ich euch auf, kommt zu uns, erfüllt die Partei mit eurer jugendlichen Kraft, mit euren Ideen und eurer Lebendigkeit. Ich werde dann immer auf eurer Seite sein.

Meine lieben Parteifreunde! Es ist mir bewusst - und nun sage ich die letzten Sätze - dass ich vor einer Aufgabe stehe, die fast über meine Kräfte geht. Aber wenn ihr mir zur Seite steht, wenn ihr mir vertraut, wenn ihr in dem Geist, den ich euch zu vermitteln suchte, nun hinausgeht in eure Städte, Bezirke und Dörfer, um zu sagen: "Nun scharen wir uns alle zusammen, alt und jung, Frauen und Männer, denn in den nächsten Jahren wird das Schicksal unserer und der folgenden Generation



entschieden werden!", dann wird Österreich alle Stürme überdauern, dann wird Österreich in jenem Geiste fortbestehen, der uns das Leben erst lebenswert macht, der die Gründer der Österreichischen Volkspartei bewegte, der uns alle in dem Ruf vereint: Österreich über alles, es lebe die Österreichische Volkspartei! (Starker lang anhaltender Beifall. - Die Delegierten erheben sich und bereiten dem Bundesparteiobmann lang anhaltende Ovationen.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir schliessen den Parteitag am besten damit, dass wir die Bundeshymne singen. Darf ich darum bitten.

(Die Delegierten erheben sich von ihren Sitzen und singen die österreichische Bundeshymne.)

Der 8. ausserordentliche Parteitag ist hiemit geschlossen. (Lebhafter Beifall.)

**Schluss des ausserordentlichen Parteitages:**

**17 Uhr 20 Minuten**